

Alfred Cattani

Hitlers Schatten über Europa

**Brennpunkte der Zeitgeschichte
1933-1945**

Verlag
Neue Zürcher Zeitung

Kartenskizzen und Fotos: Archiv NZZ

© 1995 Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
ISBN 3-85823-550-4

Eingescannt mit ABBYY Fine Reader

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
Schicksalstag 30. Januar 1933	
Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten	11
Hitler vernichtet die Opposition	
Der «Röhm-Putsch» – Meilenstein zur totalitären Diktatur	20
Die Ermordung Wilhelm Gustloffs in Davos	
Verzweiflungstat eines jüdischen Studenten	28
Österreichs Anschluss an Deutschland	
Opfer Hitlers oder Mittäter?	33
Flüchtlinge wohin?	
Der Fehlschlag der Konferenz von Evian 1938	40
Die Schweiz und der Judenstempel	
Wie das «J» in die jüdischen Pässe kam	44
Das Abkommen von München	
Ein Trugschluss der Appeasementpolitik	51
Anatomie des nationalsozialistischen Rassenwahns	
Die «Reichskristallnacht»	59
Der Todesstoss gegen die Tschechoslowakei	
Auftakt zum Zweiten Weltkrieg	65
Die unheilige Allianz	
Der Hitler-Stalin-Pakt	71
Hitlers Krieg	
Eskalation einer zielgerichteten Aggression	75
Der grosse Schock vom Sommer 1940	
Deutschlands Triumph über Frankreich	82
Die Balten – Opfer der Grossmachtpolitik	
Kurze Freiheit und lange Fremdherrschaft	87

Englands grösste Stunde	
Die Niederlage der deutschen Luftwaffe	92
Unternehmen «Barbarossa»	
Hitler eröffnet den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion	97
Wie die «Endlösung» beschlossen wurde	
Der Befehl zur Ausrottung der Juden Europas	105
Japans Angriff auf Pearl Harbor	
Die Kriege in Europa und Asien werden zum Weltkrieg	110
Wie der Holocaust organisiert wurde	
Die Wannsee-Konferenz	116
Das Attentat auf Heydrich in Prag	
Ein Anschlag mit langfristigen Folgen	122
Die Schliessung der Schweizer Grenzen von 1942	
Umstrittene Flüchtlingspolitik	128
Guadalcanal – «Verdun» des Pazifiks	
Die USA zwingen Japan in die Defensive	135
Kriegswende 1942 in Nordafrika und Stalingrad	
El Alamein, Operation «Torch» und die sowjetische Offensive	141
Symbolstadt Stalingrad	
Die Rote Armee siegt an der Wolga	147
Aufstand im Warschauer Ghetto	
Polens Juden setzen ein Zeichen des Widerstandes	154
D-Day	
Der Tag, der die Entscheidung brachte	159
Tragik der deutschen Opposition	
Fehlschlag des Attentates auf Hitler	170
Die Polen in Warschau erheben sich	
Vorspiel zum Kalten Krieg zwischen Ost und West	175
Auftakt zur Teilung Deutschlands	
Der Entscheid über die Zonengrenzen	181
Auschwitz	
Eine Dokumentation des Grauens	187
Jalta – Etappe auf dem Weg zum Kriegsende	
Die Konferenz der Grossen Drei	196

8. Mai 1945	
Kriegsende in Europa	203
Sühne für die Verbrechen des Dritten Reiches	
Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg	212
Hitlers Drachensaat	
Die langen Schatten des Zweiten Weltkrieges	216
Nachweis der Erstveröffentlichungen in der NZZ	219

Vorwort

Die vorliegende Sammlung von Artikeln zur Zeitgeschichte enthält Beiträge, die in den Jahren zwischen 1963 und 1994 in der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ erschienen sind. Sie greifen wichtige Ereignisse des Geschehens von 1933 bis 1945 heraus, in denen sich diese bewegte und katastrophenreiche Epoche widerspiegelt. Es ist Geschichtsschreibung aus dem Blickwinkel des Journalisten, schildernd und wertend zugleich. Vollständigkeit wurde nicht angestrebt. Trotzdem lässt sich aus der Fülle der Einzelereignisse eine Linie ausmachen, die sich durch das Ganze zieht. Es waren zwölf Jahre, geprägt von der Vergötzung der Macht und einer von keinerlei Hemmungen moralischer oder humaner Art gebremster politischen Masslosigkeit. Das Ende waren Trümmer und Chaos.

Das verhältnismässig grosse und überwiegend zustimmende Echo, das diese Beiträge über die Jahre hinweg gefunden haben, hat den NZZ-Verlag ermutigt, eine Ausgabe in Buchform anzuregen. Ich habe dem Plan nicht ohne einige Bedenken zugestimmt. Ein Zeitungsartikel, auch ein solcher historischen Charakters, ist primär *journalistische* Arbeit. Die Beiträge sind aus dem Umfeld des Tages heraus für den Tag geschrieben. Sie widerspiegeln so zwangsläufig nicht nur die Epoche, die sie darstellen, sondern auch die *Zeit*, in der sie verfasst worden sind. Auch bei den hier ausgewählten Artikeln hat manches Patina angesetzt im Lauf der Jahre, die seit ihrer erstmaligen Publikation vergangen sind. Mit dem Anwachsen des zeitlichen Abstandes zu den Ereignissen der Jahre 1933 bis 1945 haben sich auch manche Perspektiven geändert. Weder Leser noch Autor können sich dem entziehen. Und nicht selten geht die spätere Entwicklung über das einst in der Zeitung Geschriebene hinweg und lässt es veraltet oder überholt erscheinen.

Selbst die äussere Form eines journalistischen Beitrages ist den Gesetzen der Zeit unterworfen. 1963 war es noch möglich, auch im aktuellen Teil des Blattes ein Thema über vier Spalten oder gar in Fortsetzungen betulich auszubreiten. In der gewandelten Medienwelt von heute ist es Gebot, sich knapp und konzentriert auf möglichst engen Raum zu beschränken. Zudem folgt die Zeitung auch grundsätzlich anderer publizistischer Methodik als das Buch. Der Journalist muss davon ausgehen, dass seine Leserschaft breiter gestreut ist und fluktuiert. Wiederholungen, die in einem Buch störend wirken können, sind in einer über Jahre hinweg publizierten lockeren Serie von Artikeln nicht zu vermeiden.

Bei der Edition dieses Buches hat mir Manfred Papst vom NZZ-Verlag als Initiator und unermüdlicher Anreger in verdankenswerter Weise grosse Hilfe geleistet. Wir haben uns bemüht, die Artikel möglichst ohne Änderungen in der Originalform zu belassen. Der Hinweis auf das jeweilige Erscheinungsdatum findet sich am Schluss des Bandes. Einige Straffungen formaler Art waren trotzdem notwendig, etwa bei Titelüberschriften, Hinweisen auf Erinnerungsdaten (wie ‚heute vor 50 Jahren .. .‘), Wiederholung von Zitaten, vereinzelt unumgänglichen Aktualisierungen, vor allem im Zusammenhang mit der Wende von 1989. Ein grösserer Eingriff in den Originaltext schien lediglich angebracht beim Kapitel ‚Hitlers Krieg‘. Hier wurde die Rekapitulation der Entwicklung von 1937 bis 1939, die in den vorangehenden Kapiteln ausführlich dargelegt worden ist, in neuer Formulierung kurz zusammengefasst. Der eingeschobene Abschnitt (Seite 78) ist durch Kursivschrift gekennzeichnet. Am Inhalt der Beiträge ist nichts geändert worden. Sie sollen im Buch von gleicher Aussagekraft sein wie in der Zeitung.

Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland haben das Gesicht der Welt verändert. Hitlers Schatten lastete auch nach 1945 weiter über Europa. Erst 1989 hat der Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie in Mittel- und Osteuropa eine neue Phase eingeleitet, begann erst eigentlich eine späte Nachkriegszeit. Doch die Finsternis, welche die Jahre von 1933 bis 1945 über die Welt gebracht haben, lichtet sich nur langsam. Möglicherweise werden eines Tages einmal alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser grossen geschichtlichen Katastrophe überwunden sein. Aber selbst dann bleibt der vom Nationalsozialismus geplante, organisierte und durchgeführte Judenmord prägende Erinnerung an eine Zeit, in der Brutalität und niedere Instinkte entfesselt wurden wie kaum je zuvor. Ein Abgrund des Bösen öffnete sich damals, der als schreckliche Mahnung im Bewusstsein auch kommender Generationen fortleben wird.

Alfred Cattani

Schicksalstag 30. Januar 1933

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten haben die Übergabe der Regierungsgewalt an Adolf Hitler am 30. Januar 1933, dem «Tag der Machtergreifung», in eigentümlicher Widersprüchlichkeit gleichzeitig als «legal» und als «revolutionären Akt» gefeiert. Das Dritte Reich sollte in die Tradition des Ersten und des Zweiten Reiches eingeordnet, sein Anbruch zugleich aber mit der Glorie von Kampf, Blut und Märtyrertum umgeben werden. Tatsächlich war die Betrauung Hitlers mit der Kanzlerschaft, nüchtern betrachtet, zunächst vor allem das Ergebnis einer wenig heroischen Kulissenpolitik, erfüllt von Intrigen im engsten Zirkel um den greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg. Es war ein Kompromisshandel voller falscher Versprechungen, heiliger Eidschwüre und Ehrenworte deutscher Männer, die sich gegenseitig misstrauten und von denen jeder überzeugt war, den andern für seine eigenen Zwecke gebrauchen und ausmanövrieren zu können.

Nicht die stürmische Woge der auf ihn eingeschworenen Massenbewegung hat Hitler schliesslich in die Reichskanzlei getragen, auch wenn die mächtige Zahl seiner Anhänger die wichtigste Trumpfkarte in seinem Spiel war. Den letzten Abschnitt des Weges schaffte Hitler nicht mehr aus eigener Kraft. Er wurde ihm geebnet von einer Gruppe reaktionärer Konservativer unter der Führung des ehemaligen Reichskanzlers Franz von Papen, die in geradezu verblendeter Leichtfertigkeit die Nazi-partei und deren Führer einzuspannen suchten, um durch sie die ihnen fehlende breite Volksbasis zu gewinnen. Es war eine der verhängnisvollsten politischen Fehlspekulationen, die es je gegeben hat.

Die grosse Illusion

Tragisch und verwirrend erscheint es rückblickend, dass Hitler in einem Augenblick zur Macht kam, als die Flutwelle des Nationalsozialismus gebrochen schien. Die Hoffnung der NSDAP, die absolute Mehrheit im Parlament zu erreichen, hatte sich bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 zerschlagen. Erstmals seit dem schicksalhaften 14. September 1930, als die Nazis über Nacht zur zweitstärksten Fraktion im Reichstag wurden, brachten die Novemberwahlen von 1932 einen empfindlichen Stimmenrückgang. Der Vertrauensschwund stürzte die Partei in eine fi-

nanzielle Krise und brachte sie an den Rand des Zerfalles. An der Jahreswende 1933 stellte die «Frankfurter Zeitung» befriedigt fest, die härteste Notzeit Deutschlands sei überwunden, der gewaltige nationalsozialistische Angriff auf den Staat abgeschlagen. Und der «Simplicissimus» prophezeite:

«Eines lässt sich sicher sagen,
Und das freut uns rundherum,
Hitler geht es an den Kragen,
Dieses Führers Zeit ist um ...»

Aber gerade aus diesen Auflösungserscheinungen erwuchs für Hitler die grosse Chance. Von den meisten Politikern (und vielen Intellektuellen) ohnehin kaum je recht ernst genommen, bestenfalls als schwadronierender Phantast und Hasardeur betrachtet, den die Not der in Krise und Arbeitslosigkeit verelendenden Massen an die Oberfläche gespült hatte, glaubten viele der in Staat, Wirtschaft und Reichswehr an den Hebeln der Macht sitzenden Leute, nun sei der Augenblick gekommen, den wilden Demagogen samt seinem ungebärdigen Anhang zu zähmen und die Dynamik der Nazibewegung eigenen Zielen dienstbar zu machen.

Not, Elend, Arbeitslosigkeit

Seit fast drei Jahren befand sich Deutschland im Ausnahmezustand. Die Arbeitslosenzahl stieg bis auf sechs Millionen, Radikalisierung und Anschwellen der extremistischen Parteien rechts wie links waren die Folge. Parlamentarische Mehrheiten waren nicht mehr möglich; nach den Wahlen vom Juli 1932 verfügten Nazis und Kommunisten zusammen über mehr als die Hälfte der Sitze im Reichstag. Das Land schien an der Schwelle eines Bürgerkriegs zu stehen. Die militanten Gliederungen der einzelnen Parteien bekämpften sich bis aufs Blut; Strassenkämpfe mit Toten und Verletzten waren an der Tagesordnung. Die Regierungen unter den Kanzlern Brüning, Papen und Schleicher lösten sich in rascher Folge ab. Sie alle regierten als Präsidialkabinette, ihr Rückhalt war das Vertrauen Hindenburgs; formell stützten sie sich auf das Notverordnungsrecht nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung, der dem Staatschef fast diktatorische Vollmachten gab.

Winkelzüge

Ende 1932 hatte sich dieser Regierungsstil abgenützt. Praktisch lag die politische Macht in den Händen einer kleinen Kamarilla von Vertrauten des Reichspräsidenten, deren einzige Legitimation die Autorität des hochangesehenen Marschall-Präsidenten war. Hindenburg selbst, 85jährig, trug die Last der politischen Verantwort-

3n S Monaten

2^ Millionen ^otfeafenoffen
in SMr&cif u. 15roi gefcradjf !

Den Klafcntamp nnö feine Parteien beteiligt !
Den Bolfd|en'is\$mtt\$ jerdf|agen!
Die Klein|taatereij|bcr@unben!

(fin öer **DrSauna**
und **Saubeffei** aufaefraut!
Ein Volk —
Ein Reich —
Ein Führer!

**Das sind die Leistungen
der Regierung Hitler!**
Hitler will
berechtigung und einen Siggöen Oer Etyre!
Deutdfdfante **Chreiff** eine(fi?re!
Teutfcyfanös Tein SchyicTfal !

6fin Wm
SÖätyfe sum jReid?\$iag
SCMf differ
uni» feine (betreuen !

OtaMm hr XO.O. K.P. Hi:- Otto 7«w»(*)

tung für eine Republik, die ihm innerlich fremd war, zunehmend nur widerwillig. Er mochte wohl fühlen, dass er in seinem Amt, in dem er sich Tag für Tag den widersprüchlichsten Einflüsterungen ausgesetzt sah, überfordert war und strebte nach einer Rückkehr zu «geordneten» Verhältnissen. Zwar schenkte er dem ihm nach Brüning's Sturz im Mai 1932 als Kanzler empfohlenen Papen sein Vertrauen, einem politisch dilettierenden «Herrenreiter», ehemals Diplomat und Offizier, dem er sich rasch kameradschaftlich verbunden fühlte. Aber als Papen, im Reichstag völlig isoliert, Staatsstreichpläne entwarf, schreckte Hindenburg wegen der möglichen Konsequenzen einer solchen Politik vor der Gefahr eines Bürgerkrieges zurück.

Damit zwang er jenen Mann ins Rampenlicht, der bisher im dunklen als eine Art politischer Spiritus rector der Kamarilla die Fäden gezogen hatte, den General Kurt von Schleicher» So geschickt dieser im Finassieren hinter den Kulissen gewesen war, so gründlich versagte er nun als Reichskanzler. Er suchte Hindenburgs Wunsch nach Rückkehr zu «geordneten» Zuständen durch eine Aufspaltung der Hitler-Partei zu erreichen, er agierte als «sozialer General», der über sozialdemokratische und christliche Gewerkschaften bis zum Arbeiter- und Angestelltenflügel der NSDAP eine neue politische Front aufzubauen suchte. Mit seinem undurchsichtigen Taktieren setzte sich Schleicher zwischen alle Stühle. Er vermochte weder die Linken noch die gegen Hitler opponierenden Nazis zu gewinnen, handelte sich aber dafür das Misstrauen der Wirtschaft und der Hindenburg nahestehenden ostelbischen Grundbesitzer ein, die seinen sozialreformerischen Plänen misstrauten und beim Reichspräsidenten auf Ablösung des unsicheren Kantonisten drangen. Vollends verscherzte sich Schleicher die Gunst des alten Herrn, als er in der Ausweglosigkeit schliesslich kein besseres Rezept wusste als ebenfalls den Staatsstreich, auf den sich der Präsident aber wiederum nicht einlassen wollte.

Papens Plan

Einen anderen Weg bot in dieser Situation Papen an. Obwohl von Schleicher einst fürs Kanzleramt empfohlen, war er mit diesem seit seiner Verabschiedung im Dezember 1932 zerstritten und begierig darauf, wieder an die Macht zurückzukehren. Papen glaubte Hitler dadurch überspielen zu können, dass er den Volkstribunen in ein Kabinett lockte, in welchem dieser eingerahmt sein würde von honorigen Herren von Rang und Ansehen. In diesem Kreis erfahrener Politiker, Diplomaten und Militärs würde sich – so die Spekulation – die Unfähigkeit des Emporkömmlings und seiner Prätorianer, einen modernen Industriestaat zu lenken, bald herausstellen, und die irgeleiteten Massen würden zurückkehren zu den bewährten Namen von Adel, Wirtschaft und Reichswehr. Der am Ende seines Lateins angelangte «Führer» aber würde in die Ecke gestellt werden können.

Dieser Plan fand ein positives Echo vor allem in den Kreisen von Wirtschaft und Finanz. Der frühere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht bewegte sich auf dieser Linie (er trat später auch ins Kabinett ein). Der Führer der Deutschnationalen, Alfred Hugenberg, einst eifriger Förderer Hitlers, dann im Streit mit ihm und bis zum Schluss misstrauisch – «Hugenzwerg», hatte Goebbels gehöhnt –, lenkte ein, als er gleich ein Doppelministerium, Wirtschaft und Landwirtschaft, bekam. Vor allem aber auch den ständigen Begleitern Hindenburgs, seinem Staatssekretär Meissner und dem als Adjutanten wirkenden Präsidentensohn Oskar, schien Papens Plan geradezu die Quadratur des Kreises zu bringen, ganz abgesehen davon, dass keiner von ihnen eine auch nur halbwegs überzeugende Alternative anbieten konnte. So erlag der Reichspräsident, der sich aus gesundem Instinkt heraus lange gegen eine Kanzlerschaft Hitlers gestäubt hatte – «den böhmischen Gefreiten? Nie, höchstens Postminister» –, den Einflüsterungen jener, die ihm weismachten, der Naziführer werde nur nomineller Chef der Regierung, das Heft bliebe in den Händen der andern. Schliesslich waren sie ja in der Mehrzahl, da Hitler neben sich für die NSDAP nur zwei Ministerposten verlangt und ehrenwörtlich versichert hatte, an der Zusammensetzung des Kabinetts werde sich in den nächsten Jahren nichts ändern. Dafür garantierte die neue Regierung, der Papen als Vizekanzler und «Aufpasser» Hitlers beitrug, eine Mehrheit im Parlament für ein zeitlich begrenztes Ermächtigungsgesetz, mit dem die nationale Not gemeistert und Hindenburg von der Verantwortung der Notverordnungspolitik entlastet werden sollte.

Dynamik einer «Bewegung»

Es war also kein revolutionärer Akt, der sich am 30. Januar 1933 vollzog. Aber was Hitler aus seiner Ernennung zum Kanzler machte, war tatsächlich eine Revolution eigenster Art, die innerhalb weniger Wochen Deutschland von Grund auf umgestalten sollte. Er hatte nach kurzem Zögern die Bedeutung des Angebotes erkannt, das Papen ihm vorlegte. Die scheinbare «Einkreisung» im Kabinett wusste er zu ertragen. Wichtiger war ihm die Vollmacht zur Auflösung des Reichstages, die ihm Hindenburg gegeben hatte, trotz dem Widerstreben des schlaun Hugenberg, der Hitlers Trick zwar durchschaute und sich heftig gegen eine Auflösung sträubte, von den andern aber bestürmt, nach preussischem Vorbild am «Portepe» gefasst und schliesslich zur Zustimmung überredet wurde.

Der unmittelbar nach dem Machtwechsel entbrennende Reichstagswahlkampf, der dritte innerhalb von acht Monaten, war der Hebel, mit dem Hitler die Positionen der andern zum Einsturz brachte. Mit dem Kanzlerbonus ohnehin in der Favoritenrolle, liess Hitler alle Register einer die nationalen Emotionen aufputschenden Propaganda ziehen. Deutschland sollte in einen Rauschzustand ähnlich jenem vom Au-

gust 1914 versetzt werden. Die Machtmittel des Staates wurden rücksichtslos in den Dienst der führenden Partei gestellt. Mit dem Radio, dessen sich die Nazis sofort bemächtigten, erreichten sie mit ihrer Propaganda das letzte Dorf, sofern es dort schon Empfänger gab. Die preussische Polizei, nun Göring unterstellt, wurde zum Instrument der neuen Machthaber. Um den Druck zu verstärken und mögliche demokratische Bedenken der Polizisten alter Schule zu neutralisieren, erhielten SA und SS offizielle Funktionen als Hilfspolizei. Die ersten willkürlichen Festnahmen begannen. Höhepunkt des Terrors war der Brand des Reichstages, knapp eine Woche vor der Wahl. Er brachte Hitler den willkommenen Vorwand, alle politischen Freiheitsrechte durch eine Notverordnung «zum Schutze von Volk und Staat» aufzuheben. Die Nazigegner wurden festgenommen, ihre Presse mundtot gemacht.

Obwohl die Wahlen vom 5. März 1933 der NSDAP nicht die absolute Mehrheit brachten, sondern nur 44 Prozent, und die mit ihr verbündeten Gruppen unter Papen und Hugenberg mit ihren 8 Prozent theoretisch die Rolle des Züngleins an der Waage hätten spielen können, liess sich Hitler keinen Augenblick beirren. Er nahm diese Situation einfach nicht zur Kenntnis, sondern münzte den Erfolg der Koalition in einen Alleinsieg seiner Partei um. Die Agitation ging nach der Wahl pausenlos weiter und steigerte sich mit überbordendem nationalem Pathos in einen pseudoreligiösen Erweckungsfeldzug hinein. Gleichzeitig marschierten SA und SS in den Hauptstädten der Länder auf, hissten auf Regierungsgebäuden, Landtagen und Rathäusern die Hakenkreuzfahne und vollzogen die Gleichschaltung mit dem Reich. Die Verhaftungen dauerten an, die ersten Konzentrationslager entstanden.

Der Tag von Potsdam

In dieser aufgewühlten Atmosphäre trat der neue Reichstag erstmals zusammen. Ort und Zeitpunkt waren trefflich gewählt, um das deutsche Gemüt zum Schwingen zu bringen. Am 21. März, dem Frühjahrsbeginn, versammelten sich die Abgeordneten in der Garnisonskirche von Potsdam am Grabe Friedrichs des Grossen, der Symbolstätte des Preussentums. Ein nationales Schaustück wurde zelebriert, Hitler in Frack und Zylinder in tiefer Verbeugung vor dem ehrwürdigen Reichspräsidenten, der Marschall und der Gefreite, die «Vermählung von Vergangenheit und Zukunft». Die Gefühls woge schwemmte weg, was der Diktatur noch im Wege stand. Das katholische Zentrum kapitulierte und gab in der Abstimmung vom 23. März 1933 mit dem Ermächtigungsgesetz Hitler plein pouvoir für die Errichtung seiner Diktatur. Nur die Sozialdemokraten opponierten. Die Kommunisten waren längst verboten und ihre Abgeordneten in Haft oder geflohen.

Die Auflösung jeden Widerstandes setzte sich in den folgenden Wochen im gleichen Tempo fort. Appell an die nationale Disziplin und die Verpflichtung gegenüber der Volksgemeinschaft wechselten ab mit Gewalt und Terror. Schon Anfang April wurde zu einem Boykott der jüdischen Ladengeschäfte aufgerufen, am 2. Mai wurden die Gewerkschaften verboten, am 10. Mai brannten die Bücher, dann folgte Schritt für Schritt die Auflösung der Parteien, bis im Sommer 1933 Hitlers Diktatur perfekt war und triumphierend der Abschluss der nationalen Revolution verkündet wurde.

Vom Parteienverbot war auch Hitlers Koalitionspartner, die Deutschnationale Volkspartei, nicht verschont geblieben. Papen, der sich im Januar noch gebrüstet hatte, er habe Hitler engagiert und werde ihn innerhalb weniger Wochen an die Wand drücken, «bis er quietscht», sah sich plötzlich selbst in dieser Lage. Sogar der Pressezar Hugenberg, der Vertreter der Industrie im Kabinett, den viele in völliger Verkenntung der Lage zunächst als den eigentlichen starken Mann der Hitler-Regierung betrachtet hatten, sah sich kaltgestellt. Im Juni 1933 schied er aus der Regierung aus. Franz von Papens politische Rolle war zu Ende.

Das grosse Versagen

Es ist tatsächlich nur schwer zu fassen, mit welcher Dynamik der Nationalsozialismus 1933 in kurzer Zeit die Positionen all seiner Gegner überrannte. Terror und Gewalt genügen als Argumente allein nicht. Trotz drohenden Zerfallserscheinungen war Hitlers Partei auch nach der Niederlage vom November 1932 noch immer die stärkste politische Kraft in Deutschland, weniger wegen ihrer zahlenmässigen Stärke (nur ein Drittel der Bevölkerung stand hinter ihr) als wegen der Uneinigkeit und Unentschlossenheit ihrer Gegner. Zu sehr hatten die Ereignisse der letzten zwanzig Jahre an der Psyche des deutschen Volkes gezehrt. Der Krieg, die Niederlage, die Inflation, dann der kurze Wiederaufschwung und schliesslich der Absturz in Krise und Arbeitslosigkeit, all das hatte tiefe Spuren hinterlassen. Die deutsche Bevölkerung war weithin resigniert und bereit, sich jedem zu eröffnen, der ihr eine bessere Zukunft versprach.

Die Nationalsozialisten nützten diese Situation hemmungslos aus. Die bürgerliche Seite köderten sie geschickt mit ihren patriotischen Phrasen und spekulierten auf die weitverbreitete Sehnsucht nach Wiederherstellung nationaler Grösse. Aber auch die konfessionellen und ideologisch ausgerichteten Parteien waren unsicher geworden, obwohl ihnen die Wähler bis zum Schluss die Treue hielten. Das katholische Zentrum gab fast kampfflos auf. Gewerkschaften und SPD waren bürokratisch erstarrt und zum Handeln unfähig. Sie glaubten, jeder Aufruf zum Generalstreik werde angesichts der Millionen Unbeschäftigter wirkungslos sein; sie fürchteten zum Teil

Hugenberg mehr als den nicht in ihr marxistisches Denkschema passenden Demagogen Hitler. Die Kommunisten schliesslich, fest an der Kandare Stalins, waren überzeugt, dass Hitlers Herrschaft nur das Vorspiel zur kommunistischen Machtübernahme sein werde. Ihre Taktik, den Hauptfeind in den als «Sozialfaschisten» verlästerten Sozialdemokraten zu sehen, machte schliesslich auch sie zu indirekten Mithelfern an der Etablierung der nationalsozialistischen Diktatur.

Beamtschaft und Reichswehr

Aber nicht nur die Parteien und Gewerkschaften versagten. Auch die unpolitische Beamtschaft schwenkte nach den Märzstürmen der nationalen Erhebung im grossen Ganzen zu den neuen Machthabern hinüber. Die Reichswehr schliesslich, während der Republik ein Staat im Staat, eifersüchtig bedacht auf ihre Selbständigkeit und Handlungsfreiheit, lieb dem Diktator, der sie seit je geschickt zu umwerben und mit Versprechen auf Aufrüstung und Heeresvergrösserung zu ködern verstanden hatte, ihre Unterstützung, indem sie sich aus den politischen Kämpfen heraushielt und eine Neutralität proklamierte, die keine war, da sie den Nazis einfach freie Bahn liess. Wie hätte sie auch opponieren sollen, wenn der Generalfeldmarschall an der Spitze des Reiches sich hinter den Gefreiten stellte und der neue Kriegsminister, der General Werner von Blomberg, eifrig für die Nazis warb? Bis weit in kirchliche Kreise hinein riss der Begeisterungstaumel des «erwachenden Deutschland» die Leute mit. Auch der Widerstand regionaler und partikularistischer Kräfte in Süddeutschland, auf den Hitlers Gegner gehofft hatten, erstarb in dem Ruf nach Einigkeit und Volksgemeinschaft. So brachen alle Dämme.

Im Taumel ins Dritte Reich

Für manche, die im Frühjahr 1933 mitjubelten, geblendet und betört von der Begeisterung der Massen, folgte bald die Ernüchterung, als das Regime seine unmenschlichen und verbrecherischen Seiten zeigte, Menschen gefoltert wurden und der Judenboykott demonstrierte, dass der Antisemitismus der neuen Machthaber mehr als nur Wahlpropaganda war. Für viele andere aber hielt der Taumel an. Denn nun begann die Zeit der grossen Triumphe. Die Arbeitslosen verschwand von den Strassen; es herrschte Ordnung. In spektakulären Wochenendaktionen zerriss Hitler – so die damalige Terminologie – die Fesseln des Vertrages von Versailles, und Deutschland stieg erneut zu europäischer Grossmachtgeltung auf. Es gab Millionen Deutsche, die erst im Grauen des Kriegs und auch dann noch spät erwachten.

Noch immer ist es ein Rätsel, wie rasch und vollkommen im Frühjahr 1933 die überlieferten Strukturen in Deutschland eingeebnet, wie Vernunft und Verstand durch Fanatismus und Euphorie verdunkelt wurden. An die Stelle der nüchternen

Einschätzung von Politik und Wirtschaft trat der Glaube an die Heilskraft eines einzelnen Menschen, der in immer unerreichbarere Höhen der Gottähnlichkeit hinaufgesteigert wurde. Dass so etwas einer Nation passieren konnte, die längst dem magischen Denken entwachsen schien, ist ein Phänomen, das auch heute noch zu denken gibt.

Hitler vernichtet die Opposition

Der «Röhm-Putsch» – Meilenstein zur totalitären Diktatur

Im Frühjahr und Vorsommer 1934 trieb das nationalsozialistische Regime in Deutschland sichtbar einer schweren inneren Krise zu. Der nationale Begeisterungstaumel, der in den Märztagen von 1933 viele Deutsche ergriffen und es Hitler ermöglichte, seine Herrschaft zu etablieren, war verflogen. Zwar konnte das Regime an seinem ersten Jahrestag eine Erfolgsbilanz vorweisen. Ein ehrgeiziges Arbeitsbeschaffungsprogramm war in Angriff genommen worden, und im Zeichen der abflauenden Krise und der anlaufenden Rüstung sank die Arbeitslosenziffer. Nach aussen hin hatte Deutschland durch den Auszug aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund im Herbst 1933 den Willen zu einer eigenen Aussenpolitik demonstriert und so dem durch den Versailler Vertrag gedemütigten patriotischen Empfinden Genugtuung verschafft.

Die Enttäuschten ...

Gleichzeitig aber waren auch die Schattenseiten des Regimes spürbar geworden: die öde Gleichschaltung des politischen wie des geistigen Lebens, der Terror der Parteiformationen, die Rechtsunsicherheit, das Bonzentum vieler hoher und niederer Nazi-Führer. Ein Jahr nach der Machtübernahme herrschte in Deutschland schwelende Unrast, die, ungeachtet des aufputschenden Lärms der offiziellen Propaganda, um sich zu greifen begann.

In dem diffusen Zwielicht der Diktatur, die jede offene Oppositionsregung brutal unterdrückte, formierten sich vor allem zwei Gruppen als unschwer erkennbare Herde der Unzufriedenheit. Die eine gehörte der Hitlerpartei selber an, die andere bestand aus einer mehr oder minder zusammengewürfelten Gruppe von «Konservativen». Beiden gemeinsam war, dass sie wichtige Helfer Hitlers in dessen Kampf um die Macht gewesen waren. Die Haupttriebfeder ihrer Kritik am Regime (bei der fast immer die Person Hitlers vorsichtigerweise ausgespart wurde) war die Enttäuschung, dass ihre Kalkulationen sie getrogen hatten und die Entwicklung in eine ganz andere Richtung gegangen war.

... Röhm und seine SA ...

Die erste Gruppe der Unzufriedenen war Hitlers Parteiarmee, die Sturmabteilungen (SA). Die braunen Bataillone der SA nahmen für sich in Anspruch, als Bürgerkriegstruppe Hitler die Strasse freigekämpft und ihm den Weg in die Reichskanzlei geeb-

net zu haben. Als der Sieg erfochten war, schwelgten die Braunhemden im Gefühl ihrer Macht. Sie jagten die nun wehrlosen Gegner, misshandelten oder töteten sie in eigens errichteten Folterkellern oder Konzentrationslagern. Gleichzeitig aber mussten sie es erleben, dass Schlauere und Tüchtigere als sie sich an die Staatskrippe drängten. Für die alten Troupiers, unter ihnen viele durch Krieg und Arbeitslosigkeit aus der Bahn geworfene sozial Deklassierte, waren keine Stellen frei.

Die Enttäuschung reichte hinauf bis in die obersten Ränge. Der Stabschef der SA war Ernst Röhm, ein bayerischer Berufsoffizier, im Kriege Hauptmann, dann Kämpfer gegen die Münchner Räterepublik, ein von wenig moralischen Skrupeln geplagter Haudegen. Er hatte schon in den frühesten Tagen Hitler zur Seite gestanden, ja dessen Partei erst zu einem wichtigen politischen Faktor in Bayern gemacht und beim Putsch von 1923 getreulich seinem Führer geholfen. Röhm spürte bald, dass Landsknechtsnaturen seiner Art im neuen Reich nicht mehr gefragt waren. Monate lang musste er warten, ehe er ins Reichskabinett aufgenommen wurde. Aber er erhielt nur den dekorativen Titel eines Ministers ohne Geschäftsbereich, was weder seinem Ehrgeiz noch seinem ungezügelter Temperament und seinem Tatendrang genügte.

Röhms Ziel war es, seine SA zur neuen Wehrmacht des Dritten Reiches zu machen, sich selber sah er an der Spitze dieser revolutionären Armee als Oberbefehlshaber oder Kriegsminister. Damit stiess er auf den Widerspruch der Generäle, die in der Reichswehr eine zwar kleine, aber schlagkräftige Truppe herangebildet hatten; diese sollte nach Abstreifung der Fesseln des Versailler Vertrages das Kader einer neuen, auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhenden grossen Armee werden. Röhm antwortete auf diesen Widerstand mit einer sich ins Ungemessene steigenden Vergrösserung seiner eigenen Truppe. Die SA schwoll 1933 auf 3 oder 4 Millionen Mann an: Der «graue Fels» – die Reichswehr – sollte «in der braunen Brandung der SA untergehen». Röhm, der Hitlers Abneigung gegen alle Fachleute und seinen Widerwillen gegen die monokeltragenden, arroganten und auf ihre Privilegien pochenden Offiziere kannte, hoffte bei seinem Führer Verständnis für die Schaffung einer revolutionären, von der SA getragenen Volksarmee zu finden.

... und die «Konservativen»

Die zweite Gruppe, die «Konservativen», unter sich freilich uneins und zerstritten, fühlten sich ebenfalls als die Betrogenen. Sie hatten auf Hitler gesetzt, weil sie den «Trommler» brauchten, der ihnen in ihrem Kampf gegen die Weimarer Demokratie die Massen brachte. Als sie Hitler in den Sattel hoben, hatten sie geglaubt, den Demagogen in der Reichskanzlei leicht an die Kandare nehmen zu können. Franz von Papen, einst selber Regierungschef, stand als Vizekanzler neben Hitler, und im Kabinett gab es neben zahlreichen konservativen Fachministern nur wenige Nazis. Und

sollten alle Stricke reissen, war da schliesslich noch die ehrfurchtgebietende Gestalt des 86jährigen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg, des alten Feldmarschalls und Siegers von Tannenberg, dessen Prestige ihnen Garantie genug schien, den unberechenbaren Parteiführer zu zähmen.

Die Taktik dieser «Konservativen» war eine folgenschwere Fehlspekulation. In wenigen Wochen überspielte Hitler sie alle miteinander. Er brachte zunächst die Polizei unter seine Kontrolle, vor allem in Preussen, wo er Hermann Göring zum Innenminister gemacht hatte. Gleichzeitig entfesselte er die grosse nationale Propagandawelle, die Josef Goebbels mit der ihm eigenen zynischen Überlegenheit leitete. Nach dem Reichstagsbrand setzte Hitler die Polizei sowie SA und SS ein, um seine Gegner durch eine riesige Verhaftungswelle einzuschüchtern. In der für die nationalsozialistischen Methoden typischen Wechselwirkung von Terror und Propaganda wurden die gegnerischen Organisationen eine nach der andern ausgeschaltet. Schon Mitte 1933 hatten die zunächst von der nationalen Begeisterungswoge mit fortgerissenen «Konservativen» in Deutschland kaum mehr viel zu sagen. Selbst Hindenburg war keineswegs der feste Damm gegen die Diktatur. Hitler, äusserlich stets voller Respekt und Ehrfurcht, verstand es, in listiger Berechnung den alten Marschall für sich einzunehmen, der Gefallen an dem Mann zu finden begann, dem er einst zwar misstraut, der ihn nun aber vom Parteiengzänk der Weimarer Zeit befreit hatte.

So an die Wand gespielt, suchten die «Konservativen» Anfang 1934 Hitler durch die Frage einer Restauration der Monarchie zu verunsichern. Sie spekulierten dabei auf den baldigen Tod Hindenburgs und wollten noch vor dessen Ableben die Sache einer Entscheidung zuführen. Papen drängte Hitler, das Kaisertum wiederherzustellen; er suchte Hindenburg zu veranlassen, einen entsprechenden Passus in sein Testament einzufügen. Gleichzeitig entfesselten die «Konservativen» eine Flüsterkampagne gegen das Regime. Wie Röhm und seine Sturmabteilungen drohend nach einer «zweiten Revolution» riefen und genüsslich von einer «Nacht der langen Messer» redeten, in der sie ihre Gegner umbringen und die Atmosphäre reinigen wollten, so verkündeten die andern, das Heil Deutschlands und die wahre Erfüllung der Revolution von 1933 liege in einer Rückkehr zur Monarchie.

Hitlers Zögern

Es ist bezeichnend für Hitler, wie er der in einer Atmosphäre von Beklemmung und Argwohn heraufziehenden Krise entgegentrat. Er liess beide Gruppen bis fast zum letzten Augenblick im ungewissen über seine Absichten. Den Kaiserstreuen gab er unverbindliche, die Monarchie in allgemeinen Worten preisende Erklärungen ab, die SA feierte er als Garanten der Revolution mit der Aufgabe, das deutsche Volk

zum Nationalsozialismus zu erziehen. Ohne Zweifel dachte Hitler keinen Moment an eine Restauration des Kaisertums (das hätte ihn ja einen Teil seiner Macht gekostet). Auch für die Pläne Röhm, die SA zur neuen Wehrmacht zu machen, hegte er wenig Sympathien, weil ihm diese «krummknochigen» SA-Männer nicht das geeignete «Menschenmaterial» zu sein schienen, mit dem er seinen späteren Krieg zu führen imstande sein würde; eine völlige Ausschaltung der Reichswehr hätte auf alle Fälle seine Kriegspläne erheblich verzögert. So versicherte sich Hitler zunächst der Generalität, der er schon an der Jahreswende 1933/34 versprach, die bevorstehende Aufrüstung werde begleitet sein von einer Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, und diese zu organisieren werde Sache der Wehrmacht sein und nicht der SA. Die Führung der SA aber zwang er Ende Februar 1934 zur Anerkennung des Primates der Reichswehr.

Röhm reagierte auf für ihn typische Weise. Er machte zwar bei der von Hitler diktierten offiziellen Versöhnung mit, erging sich aber recht bald in wilden Beschimpfungen und Drohungen, die auch vor der Person Hitlers nicht haltmachten. Gleichzeitig verstärkte Röhm die Bewaffnung der SA, hielt grosse Paraden ab, rüstete «Stabswachen» aus und kaufte sogar Gewehre im Ausland, unter dem Vorwand, den der SA zum Teil übertragenen Grenzschutz verstärken zu müssen.

Aber selbst einem so bramarbasierenden Condottiere wie Röhm konnte als talentiertem Organisator nicht verborgen bleiben, dass er nur wenig Aussichten haben würde, mit seinem undisziplinierten Millionenhaufen wilder kraftmeierischer Kumpane, die zudem wegen ihrer Zügellosigkeit und wegen der homosexuellen Neigungen der Führung bei der Bevölkerung verhasst waren, einen erfolgreichen Putsch durchzuführen. So gefiel er sich zwar in einer martialischen Sprache, aber die markigen Worte von Putsch und «zweiter Revolution» sollten zunächst vor allem der Besänftigung seiner aufgebrachtten Unterführer dienen, welche immer stürmischer verlangten, selber an die Staatskrippe zu kommen. Die Kontakte, die Röhm zu konservativen Opponenten anzubahnen suchte, wie etwa zum früheren Reichskanzler Kurt von Schleicher oder zum französischen Botschafter André François-Poncet, ergaben nichts, auch wenn sie später als Indiz für seinen «Verrat» herhalten mussten. Und wenn der SA-Chef eifrig bei Industriellen und Banken für seine Braunhemden Geld zu sammeln begann, dann weniger um die «Nacht der langen Messer» vorzubereiten, als um die dringendsten Forderungen seiner Anhänger zu befriedigen, vielleicht auch als Druckmittel, um Hitler auf seine Seite zu zwingen.

Es darf fast als sicher gelten, dass Hitler von allem Anfang an mindestens in groben Umrissen geplant hat, den Schlag gegen die Opposition etwa so zu führen, wie er dann am 30. Juni 1934 tatsächlich erfolgte. Nach aussen hin zeigte er sich als Zögerer, der seiner Umgebung immer wieder erklärte, man müsse die «Sache ausrei-

fen» lassen. Tatsächlich aber hatte er schon im Januar der Polizei Auftrag gegeben, belastendes Material gegen Röhm und dessen engeren Kreis zu sammeln, auch im Hinblick auf die Homosexualität des Stabschefs, die er bisher immer grosszügig toleriert hatte. Im Februar versicherte Hitler dem bei ihm weilenden Anthony Eden, er sei bereit, die SA um zwei Drittel ihres Bestandes zu verringern. Im April übernahmen Heinrich Himmler und sein Gehilfe Reinhard Heydrich die preussische Gestapo – sie sollten später mit der SS Hitler den Bütteldienst gegen Röhm leisten.

Hindenburgs Erkrankung

Ende April beschleunigte sich das Tempo der Ereignisse. Hindenburg erkrankte ernstlich; mit seinem baldigen Ableben musste gerechnet und die Frage der Nachfolge geregelt werden. Die Monarchisten hofften auf eine Restauration und suchten eifrig nach dem geeigneten Prinzen, der an die Spitze des Reiches treten sollte. Hitler, der das Amt des Staatschefs nicht in andere als in die eigenen Hände legen wollte, hatte sich jedoch bereits der Zustimmung der Reichswehr versichert, dass unter den obwaltenden Umständen der einzig denkbare Nachfolger Hindenburgs allein Adolf Hitler sein könne. Sowohl Reichswehrminister Werner von Blomberg wie sein Chef des Ministeramtes, Walter von Reichenau, schlugen sich auf Hitlers Seite. Ihnen kam es vor allem darauf an, die lästige Konkurrenz der SA auszuschalten und das Monopol der Reichswehr als Waffenträger der Nation zu behaupten. Hitler seinerseits versprach ihnen, die Reichswehr brauche sich die Hände nicht zu beflecken, es werde eine reine Parteiauseinandersetzung sein, die jetzt heraufziehe, die SS müsse die Aktion gegen die SA übernehmen.

Der Feldzug gegen die Miesmacher

So stand auf der einen Seite das Terrorinstrument zum Schlag bereit. Nun folgte die propagandistische Vorbereitung. Es ist einer der phantastischsten politischen Werbefeldzüge, die je geführt worden sind. Hitler hatte den Entschluss dazu schon im März gefasst, am 3. Mai setzte die Kampagne ein. Sie ging «gegen die Miesmacher und Kritikaster, gegen Gerüchtemacher und Nichtskönner, gegen Saboteure und Hetzer». Auch die Dauer des Feldzuges wurde auf den Tag genau angekündigt: Er sollte am 30. Juni 1934 enden ...

Die Agitation unter der Leitung von Reichspropagandaminister Goebbels zog sich durch die Monate Mai und Juni in einem dauernden Crescendo hin bis zum ohrenbetäubenden Finale in den letzten Tagen vor dem Schlag. Hauptbetroffene waren die konservativen Gegner des Regimes. Sie wurden beschuldigt und verhöhnt, als Nichtsnutze, Nörgler und Parasiten der Volksgemeinschaft angeprangert. Die so in die Defensive getriebenen «Konservativen» wurden zudem einer ihrer Stützen be-

raubt, als Anfang Juni der schwerkranke Hindenburg nach seinem ostpreussischen Gut Neudeck abfuhr, wo er, in völliger Isolation gehalten, nicht mehr in der Lage war, auf das Geschehen einzuwirken. Fast gleichzeitig begab sich auch Röhm zur Kur. Er reiste nach Bad Wiessee in Bayern und schickte die SA für den Monat Juli in Urlaub, nicht ohne noch drohend anzukündigen, die Gegner der SA sollten sich nicht zu früh freuen, im August werde man wieder da sein, denn: «Die SA ist und bleibt das Schicksal Deutschlands.»

Es war, als spielte, wie so oft in der Geschichte des Dritten Reiches, alles Hitlers Spiel. Die Gegner räumten das Feld und überliessen ihm allein die Aktion. Lediglich die konservativen Gruppen machten noch einen Versuch, indem Vizekanzler Papen am 17. Juni vor der Marburger Universität eine Rede hielt, in welcher er das Regime aufs Heftigste attackierte. Aber auch jetzt überspielten ihn seine Gegner. Goebbels liess die Verbreitung der Rede verbieten. Hitler, eben von einem Staatsbesuch aus Italien zurückgekehrt, beruhigte den aufgebracht und mit seinem Rücktritt drohenden Papen, er vertröstete ihn auf eine gemeinsame Aussprache mit Hindenburg. Wie üblich fiel Papen auf Hitler herein, der zwar tatsächlich zum Präsidenten reiste, aber ohne den Vizekanzler und lediglich in der Absicht, den Gesundheitszustand des alten Herrn zu testen. Als er sah, dass von dort kaum eine Gefahr mehr drohte (Hindenburg starb kurz darauf, am 2. August 1934), wusste er, dass er freie Hand hatte.

Die letzten Vorbereitungen begannen. Die SS, welche die Listen der zu Ermordenden vorbereitet hatte, setzte sich in Alarmzustand; auch die Reichswehr wurde informiert, dass ein Putsch der SA drohe. Gleichzeitig entfalteten Himmler und Heydrich eine gezielte Kampagne mit fingierten Briefen, Aufrufen und Appellen, die den Anschein vortäuschen sollten, als stehe ein Aufstandsversuch Röhm's und seiner Truppen unmittelbar bevor. Die konservativen Gegner Hitlers machten in diesem Spiel der SS gegen die SA ahnungslos mit, gelegentlich gewann man den Eindruck, als glaubten die Urheber der Verleumdungskampagne ihre Lügen über die SA selbst. Die SS steigerte sich in einen Hass und einen Blutrausch hinein, der sich dann am 30. Juni austoben sollte.

Schauplatz Berlin und München

Der allerletzte Akt des Dramas vom 30. Juni trägt die Züge eines reinen Gangsterstückes. Göring führte die Aktion in Berlin, Hitler in München. Zuvor hatten beide, um den Anschein völliger Ruhe zu erwecken, an einer Gauleiterhochzeit in Essen teilgenommen. Hitler machte anschliessend eine Inspektionstour im Rheinland, ehe er nach München flog. An seine Fersen heftete sich Goebbels, der im Stil eines politischen Sex-and-Crime-Reports dem deutschen Volk Berichte von des Führers eiserner Entschlossenheit auf dem nächtlichen Flug ins Ungewisse und von der

Schändlichkeit des homosexuellen Augias-Stalles der SA gab. Hitler selber trommelte Röhm in seinem Kurort Bad Wiessee aus dem Bett, die meisten höheren SA-Führer wurden zu nachtschlafender Zeit festgenommen, im Braunen Haus in München befahl der Führer die Exekutionen, welche die SS anschliessend vornahm.

Auf das Stichwort aus München hin führte Göring in Berlin seinen Schlag. Er richtete sich vor allem gegen die Gruppe der «Konservativen». Papen als Vizekanzler wurde zwar verschont, aber unter Hausarrest gestellt, dafür räumte die SS seine Amtskanzlei aus und erschoss einige seiner engsten Mitarbeiter. Der Schlag traf aber auch den früheren Reichskanzler von Schleicher und den General von Bredow. Er traf weiter Hitlers einstigen Mitstreiter Gregor Strasser. Alte Rechnungen wurden beglichen: Der greise Herr von Kahr, der 1923 Hitlers Putsch vereitelt hatte, wurde ermordet, ebenso der Pater Stempfle, der bei der Abfassung von «Mein Kampf» mitgeholfen hatte, und viele andere. Die einen fielen vor den Exekutionskommandos der SS in München-Stadelheim oder in der Berliner Kadettenanstalt Lichterfelde, die andern wurden, wie Schleicher, in ihrem Heim erschossen oder einfach totgeschlagen und die Leichen verscharrt. Röhm selber wurde in seiner Gefängniszelle niedergemacht, nachdem er sich geweigert hatte, Selbstmord zu begehen. Auch Zwischenfälle gab es. Mit Schleicher zusammen wurde seine Frau getötet, und der Musikkritiker Willi Schmidt in München kam zu Tode, weil er mit einem höheren SA-Führer gleichen Namens verwechselt wurde ... Als Hitler am Abend des 30. Juni von seinem nächtlichen Flug ins Ungewisse nach Berlin zurückkehrte, war alles vorbei, auch wenn die Exekutionen noch am 1. und 2. Juli andauerten. Das Ziel war erreicht, nach Hitlers eigenen Worten war es gelungen, «das Geschwür der inneren Brunnenvergiftung auszubrennen bis auf das rohe Fleisch».

Morden mit Methode

Nach aussen hin vermittelt der 30. Juni den Eindruck einer wilden planlosen Herumschiesserei einer entfesselten Bande von Desperados, deren von inneren Zweifeln zerrissener Führer lange gezögert hatte, ehe er den entscheidenden Befehl gab, dann aber selbst vom Blutausch mit fortgerissen wurde. Tatsächlich aber steckte in den Morden Methode. Mit einem Schlag entledigte sich Hitler praktisch aller Gegner, die ihm zu jenem Zeitpunkt hätten gefährlich werden können. Der unberechenbare, ständig vom Putschen schwadronierende Röhm wurde beseitigt, die SA als Machtfaktor ausgeschaltet. Der zwar schwache, aber doch unbequeme Aufpasser Papen wurde aus dem Vizekanzleramt verdrängt, die zersplitterte Gruppe der «Konservativen» durch die gezielten Morde an den Ihren eingeschüchtert und paralysiert. Selbst die Reichswehrführung, die sich auf der Seite der Sieger des 30. Juni wähnte

und Hitler überschwänglich als einen der Ihren feierte, erhielt durch die Ermordung von Schleicher und Bredow einen Denkmalszettel verpasst.

Tatsächlich gab es an diesem Tag des Grauens nur einen einzigen Sieger, Adolf Hitler selbst. Niemand konnte ihm mehr in den Weg treten, wenn er nach Hindenburgs Tod auch das höchste Staatsamt in seine Hände nehmen würde. Seine SA, die im inneren Kräftespiel ein wirksamer Konkurrent gegen die Reichswehr gewesen war, hatte er zwar opfern müssen, aber an die Stelle der ungebärdigen braunen Horden trat die für ihre künftige Aufgabe viel besser gerüstete schwarze Prätorianergarde der SS, neben der Wehrmacht bald der zweite Waffenträger der Nation. Doch selbst den psychologischen Schock, den das Blutbad vom 30. Juni bei jenen hinterlassen hatte, in denen das Bewusstsein von Gesetz und Ordnung, von Humanität und Christentum nicht ganz erloschen war, meisterte das Regime. Um die Formalisten zu ködern, liess Hitler durch ein eigens erlassenes Gesetz die Mordtaten als «aus Staatsnotwehr rechens» erklären. Im Übrigen spekulierte er darauf, dass weitherum ein Aufatmen herrschen würde über die Ausschaltung der unbeliebten und wegen ihrer brutalen Exzesse gefürchteten SA. Vor dem Ausland mochte das nationalsozialistische Regime mindestens für einige Zeit eine Prestigeeinbusse erleiden, im Inland waren die in der Mehrzahl, welche wegen der Tat des 30. Juni dem Führer begeistert applaudierten, der als «oberster Gerichtsherr der Nation» für Ordnung gesorgt und selbst seine einstigen engen Freunde nicht geschont hatte.

Am 30. Juni hat Hitler seine unumschränkte Diktatur errichtet. Sein Wille und sein Befehl galten fortan als oberstes Gesetz. Die inneren Widerstände waren gebrochen, seine Gegner eingeschüchtert, geflohen oder tot. Das Dritte Reich hatte sein wahres Gesicht gezeigt. Vom 30. Juni 1934 bis zu den Verbrechen des Krieges führt eine gerade Linie.

Die Ermordung Wilhelm Gustloffs in Davos

Verzweiflungstat eines jüdischen Studenten

Adolf Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und die Errichtung der Diktatur hatte die im Ausland lebenden Deutschen in eine Zwangslage gebracht. Die meisten von ihnen waren, selbst wenn sie betont patriotisch dachten, damals noch keine Nationalsozialisten. Manche standen der emotional-nationalistischen Welle, die 1933 über Deutschland ging, zunächst skeptisch gegenüber und betrachteten die Entwicklung mit Sorge, da sie Rückwirkungen auf die eigene Stellung im Gastland befürchteten. Die Besorgnisse waren berechtigt. Schon vor der «Machtergreifung» hatte die Auslandorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in vielen Ländern die Anhänger Hitlers unter den Deutschen in Gruppen zusammengefasst und organisatorische Stützpunkte errichtet. Mit der Festigung der Diktatur und der Verwischung der Grenzen zwischen Staat und Partei wurden diese «Landesgruppen» der NSDAP mehr und mehr zu einem politischen Faktor, der die Beziehungen der einzelnen Länder zu Deutschland komplizierte und belastete.

In der Schweiz als Nachbarland Deutschlands mit einer zahlenmässig starken deutschen Kolonie und engen wirtschaftlichen, kulturellen und persönlichen Bindungen zu Deutschland stellte sich das Problem schärfer als anderswo. Eine Landesgruppe existierte hier seit 1932, ihr Leiter war der 1895 in Schwerin in Mecklenburg geborene Wilhelm Gustloff, der 1917 wegen eines Lungenleidens in die Schweiz gekommen und in Davos beim Physikalisch-Meteorologischen Forschungsinstitut als Mitarbeiter tätig war. Gustloff war wie viele Nazi-Funktionäre ein wenig bedeutender Mann vom Typus kleiner Beamter; seine Führerstellung hatte er erhalten, weil er ein fanatischer Anhänger Hitlers war. Der damalige deutsche Gesandte in der Schweiz, Ernst von Weizsäcker (der Vater des späteren deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker), beurteilte Gustloff als im Grunde gutmütigen Menschen, der unter vier Augen durchaus traitabel gewesen sei. Andererseits aber habe es ihm an Gleichgewicht gemangelt, und er habe eine bei Lungenkranken häufig zu bemerkende «Steigerung der Funktionen» gezeigt. Die Verehrung Hitlers sei so weit gegangen, dass Gustloff oft das Bild des «Führers» betrachtet habe, allein, um sich neue Kraft zu holen.

Unwille und Misstrauen

Nach dem 30. Januar 1933 intensivierte Gustloff seine Bemühungen, die deutsche Kolonie, von der nur etwa vier Prozent NSDAP-Angehörige waren, auf Vordermann zu bringen und sie mit Nazigedankengut zu durchtränken. In seinem Organ, dem «Reichsdeutschen», folgte er blindlings den propagandistischen Leitlinien des Dr. Goebbels in Berlin. Die einzelnen Ortsgruppen suchten das Parteiritual mit Feiern, Fahnen und Uniformen auch in die Schweiz zu tragen. Zwangsläufig mussten die Landesgruppe und ihr Leiter damit Misstrauen im schweizerischen Gastland wecken und die öffentliche Kritik herausfordern. Die Presse, voran die sozialdemokratischen Blätter, aber auch viele bürgerliche Zeitungen stiessen sich an der Doppelstellung Gustloffs, der einerseits als Privatmann in der Schweiz wohne, andererseits mit seiner Landesgruppe und ihren Unterorganisationen sich die Funktion des Vertreters einer auswärtigen Macht anmasse, mit Drohungen seine in der Schweiz lebenden Landsleute unter Druck setze und durch Errichtung paramilitärischer Gruppen, die als Sportvereine getarnt seien, auch die Sicherheit der Schweiz gefährde. Im April 1935 beschwerte sich der Bündner Nationalrat Canova in einer Interpellation über die Tätigkeit Gustloffs und verlangte dessen Ausweisung.

Der Bundesrat verhielt sich vorsichtig. Er zitierte Gustloff nach Bern und ermahnte ihn zu Zurückhaltung. Der Landesgruppenleiter gab beruhigende Zusicherungen ab und beteuerte, dass er das Gastrecht nicht missbrauche. Die Landesregierung schenkte diesen Worten Glauben; in der Beantwortung der Interpellation Canova lehnte der Bundesrat im September 1935 Gustloffs Ausweisung ab.

Die Polemik über die Tätigkeit des Landesgruppenleiters Schweiz der NSDAP war noch im Gange, als am Abend des 4. Februar 1936 Gustloff in seiner Wohnung in Davos erschossen wurde. Der Täter, David Frankfurter, damals 26jährig, ein Medizinstudent, war Sohn eines Rabbiners und jugoslawischer Staatsangehörigkeit. Begonnen hatte er sein Studium in Deutschland, war aber nach Hitlers Machtübernahme im Herbst 1933 in die Schweiz gekommen und hatte sich in Bern immatrikuliert. Er stellte sich unmittelbar nach der Tat der Polizei und gab als Motiv an, er habe als Jude einen nationalsozialistischen Funktionär töten wollen, um damit gegen die Verfolgungspolitik des Dritten Reiches zu protestieren. Die Kugel habe eigentlich Hitler gegolten. Mit ein Anlass zur Tat waren neben den ideellen wahrscheinlich auch persönliche Gründe: häufige Krankheiten, Schwierigkeiten im Studium, Zerwürfnisse mit der Familie. Tatsächlich hatte der Attentäter David Frankfurter aus eigenem Antrieb gehandelt, nicht im Auftrag einer Gruppe. Es war der Protest einer gequälten Kreatur gegen die Unmenschlichkeit des Hitlerschen Antisemitismus.

Pressepolemik

Aus Deutschland kam ein Schrei gelenkter Empörung. Die gleichgeschaltete Presse suchte einen Zusammenhang zwischen der Polemik gegen Gustloff und der Tat herzustellen und damit die Verantwortung der Schweiz, vor allem der Schweizer Presse, anzulasten, die mit ihrer Kritik an Gustloff den Täter angestiftet und damit «Blutschuld» auf sich geladen habe. In der Eidgenossenschaft gebe es eine unvorstellbare «Verwilderung der politischen Sitten», und es herrsche eine «Atmosphäre besinnungslosen Hasses». Die Schweizer Presse, die, bei allem Verständnis für die Seelennot des Täters, den Mord entschieden verurteilte, reagierte entsprechend auf diese Verkehrung der ursächlichen Motive. Diese, so schrieb damals die «NZZ», seien nicht schweizerischer Provenienz gewesen, sondern stammten aus Deutschland und den deutschen Verhältnissen. Gustloff sei getroffen worden «in seiner Eigenschaft als Repräsentant der in Deutschland regierenden Partei, die – wie sich zeigt – mit der Verkündung eines rauhen Zeitalters auch in andern als arischen Köpfen destruktive Triebe geweckt und unzählbare Leidenschaften entfesselt hat».

«Blutzeuge der Bewegung»

Auf politischer Ebene führte die Tat zu einer Demarche des Gesandten Weizsäcker bei Bundesrat Motta, dem Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, der zwar nach Deutschland ein Beileidstelegramm geschickt hatte, im Übrigen aber die Zumutungen zurückwies, die Schweizer Presse für die Tat verantwortlich zu machen. Das nationalsozialistische Deutschland feierte den toten Gustloff in der dem Regime gemässen Art als «Blutzeugen der Bewegung». Im Sonderzug wurde der Sarg von Davos quer durch Deutschland nach Schwerin gebracht. Die Trauerfeier gestaltete sich zu einem Staatsakt. In einer riesigen Halle wurde der Tote aufgebahrt, flankiert von Pylonen mit lodernen Flammen und einer Totenwache. Hitler, umgeben von ungezählten hohen Partei- und Regierungsfunktionären, hielt in höchst eigener Person die Leichenrede, und er malte in leidenschaftlichen Worten ein Bild des hehren Kämpfers Gustloff, der Opfer einer tückischen Weltverschwörung geworden sei, gefallen durch die Hand des ewigen Feindes, des Judentums. Im Hinblick auf die Schweiz enthielt Hitlers Rede allerdings eine überraschende Wendung. Keine Ausfälle und keine Anschuldigungen, ganz im Gegenteil. Er erklärte, bei diesem Mord sei der jüdische Weltfeind selbst in Erscheinung getreten und es sei «ein Ruhmesblatt für die Schweiz sowohl als auch für unsere eigenen Deutschen in der Schweiz, dass sich keiner dinge liess zu dieser Tat, so dass zum erstenmal der geistige Urheber selbst zum Täter werden musste». Es war klar, Hitler wollte das Attentat nicht zum Anlass irgendeiner Aktion gegen die Schweiz nehmen, wie dort befürchtet worden war.

Verbot der Landesleitung der NSDAP

Die Totenfeier von Schwerin offenbarte aber auch, dass Gustloff als Instrument des Naziregimes doch mehr gewesen war als eine harmlose Privatperson. Der Bundesrat kam nun nicht mehr darum herum, endlich Konsequenzen zu ziehen. Am 18. Februar 1936 verbot er die Landesleitung und die Kreisleitungen der NSDAP in der Schweiz. Gustloff sollte also keinen Nachfolger erhalten und die Nazi-Partei hier über keine zentrale Organisation mehr verfügen. Der Bundesrat hatte damit eine mittlere Linie eingeschlagen. In der Presse war gefordert worden, dass auf schweizerischem Boden überhaupt keine Ableger ausländischer Parteien geduldet werden sollten, die ausländischen Befehlen unterstünden und deren «vom Ausland bestimmte Leiter in ihren eigenen Ländern als Staatspersonen, bei uns aber als Privatleute gelten». Auch der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Dinichert, hatte sich für ein generelles Verbot der NSDAP in der Schweiz eingesetzt, beim Bundesrat aber kein Gehör gefunden.

Die befürchteten Repressalien von deutscher Seite blieben aus. Hitler hatte in diesem Augenblick andere Sorgen. Er bereitete eben die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes vor, sein bis dahin kühnster aussenpolitischer Coup, der bei einem Misslingen leicht in einem Debakel für das Regime hätte enden können. Ein weiteres Aufbausuchen des Falles Gustloff hätte dieses Vabanquespiel des Diktators gestört. Auch die dem Judentum angedrohte Vergeltung fand vorläufig nicht statt. Erst als im November 1938 in Paris ein junger Jude einen deutschen Diplomaten erschoss, liess Hitler, nach der Besetzung Österreichs und des Sudetenlandes in seiner Position gefestigt, seinen antisemitischen Hassgefühlen in der Kristallnacht freien Lauf.

Nachspiele

Der Fall Gustloff hatte noch Nachspiele. Das Verbot einer Nachfolge verstanden die Deutschen rasch zu umgehen, indem sie die Landesgruppenleitung nun direkt der Gesandtschaft in Bern unterstellten und in der Person des Freiherrn Hans Sigismund von Bibra einen rührigen Aktivisten fanden, der den von Gustloff eingeleiteten Kurs mit wachsendem Erfolg und geschützt durch den diplomatischen Status weiterführte und intensivierte.

Frankfurter wurde in Chur vor Gericht gestellt und im Dezember 1936 wegen Mordes zu achtzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Obwohl die deutsche Propaganda noch einmal alle Register zog und es zu einigen spektakulären Auftritten im Gerichtssaal kam – so, als die tiefverschleierte Witwe Gustloffs aussagte –, wickelte sich das Verfahren streng in dem von Strafgesetz und Prozessordnung gegebenen Rahmen ab. Das Bemühen, den deutschen Nachbarn während der Verhandlungen nicht zu reizen, war jedoch nicht zu übersehen.

Sarkastisch hiess es damals in der Schweiz hinter vorgehaltener Hand, der Angeklagte habe zwar achtzehn Jahre erhalten, man nehme aber an, dass er davon nur tausend werde absitzen müssen. Tatsächlich ist Frankfurter unmittelbar nach dem Zusammenbruch des «tausendjährigen Reiches», Anfang Juni 1945, begnadigt worden. Er verliess – in Vollzug der gegen ihn verhängten Landesverweisung – sofort die Schweiz. 1982 ist er in Israel gestorben.

Österreichs Anschluss an Deutschland

Opfer Hitlers oder Mittäter?

Am 12. März 1938 griff Hitler erstmals über die Grenzen Deutschlands und verleibte die Republik Österreich dem Dritten Reich ein. Der «Anschluss», der in den ersten Tagen und Wochen von einem begeisterten Freudentaumel eines grossen Teils der österreichischen Bevölkerung begleitet war, markierte den Auftakt zur immer weiter ausufernden Aggressionspolitik Hitlers, die im Zweiten Weltkrieg und schliesslich in der nationalen Katastrophe der Deutschen endete.

Eine erste Etappe

Österreich als Opfer Hitlers oder als Mittäter bei den Verbrechen des Dritten Reiches? Die Frage stellt sich seit den Tagen des Anschlusses. Aus der Sicht des Diktators war Österreichs Eingliederung in den Reichsverband kaum mehr als eine erste Etappe auf dem Weg Deutschlands zur dominierenden Weltmacht. Daran ändern auch die zielgerichtet auf Beruhigung bedachten bombastischen Worte nichts, die Hitler bei dem triumphalen Einzug in seine alte Heimat Österreich den Massen zurief. Die «grösste Vollzugsmeldung vor der Geschichte», die der «Führer» vom Balkon der Wiener Hofburg aus erstattete, der angebliche «Auftrag der Vorsehung» als Erfüllung einer nationalen Sehnsucht nach Wiedervereinigung – das waren Worte, die vor allem eine kritische Öffentlichkeit einschläfern sollten, ein Rauchs Schleier vor den weitgesteckten Zielen des neu erwachten deutschen Imperialismus.

Nicht zufällig war Österreich die erste Station dieses Weges. Hier war eine der schwächsten Stellen in dem Gefüge des durch die Pariser Vorortverträge von 1919 in Mittel- und Osteuropa neu geschaffenen Staatensystems. Nur noch der Name erinnerte an die einstige Grösse der vom Bodensee bis zu den Grenzen Russlands reichenden mächtigen Donaumonarchie. Das Österreich von 1919 war ein kümmerlicher Rest, mit mehr oder minder willkürlich gezogenen Grenzen. Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, der hehren Devise des gleichermassen idealistischen wie weltfremden amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, war im Falle Österreichs nicht mehr die Rede. Weite deutschsprachige Gebiete der alten Monarchie waren Italien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei zugesprochen worden. Die Rumpfpublik Österreich glaubte nicht an die Möglichkeit einer eigenen Existenz

im engen Raum der Alpenländer. Sie sah ihr Heil schon 1918 in einem Anschluss an die deutsche Republik, der ihr von den Friedensmachern aber vertraglich verboten wurde, wie auch der selbstgewählte Name Deutsch-Österreich.

So entstand dann «der Staat, den keiner wollte», niemand zumindest im eigenen Lande. Er war umgeben von misstrauischen und kaum gutwilligen Nachbarn, die mit protektionistischen Wirtschaftsordnungen zusätzlich hohe Grenzwälle errichteten. Eine in Jahrhunderten im Donaauraum gewachsene Ordnung wurde auseinandergerissen. Die Dynastie der Habsburger, die das Reich geschaffen und zusammengehalten hatte, verschwand 1918 buchstäblich über Nacht. Österreich sah sich in die Leere gestossen, in eine Identitätskrise.

Gespaltenes Land

Die zwei Jahrzehnte der ersten österreichischen Republik waren von Not, Elend und innerem Zwiespalt erfüllt. Das durch den Krieg ausgepowerte Land, dem seine wirtschaftlich wertvollsten Gebiete entrissen worden waren, glitt von einer Krise in die andere. Die kargen Alpengebiete waren nicht in der Lage, die überdimensionierte, von allen natürlichen Verbindungen abgeschnittene Hauptstadt Wien zu ernähren. Zum Hunger gesellte sich die Geldentwertung, die in einer wilden Inflation gipfelte. Als die Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre einigermaßen bewältigt waren und Österreich auch vom Boom der goldenen zwanziger Jahre zu profitieren hoffte, stürzte es in schwere innenpolitische Konflikte.

Vn Anfang an war die Republik in das bürgerliche und das sozialistische Lager gespalten, beide ähnlich gross und sich in ständig wachsender Feindschaft gegenüberstehend. Die Hoffnungen der Sozialisten, in Österreich ein Musterexperiment moderner Gesellschaftsordnung durchführen zu können, scheiterten schon 1920, als in den Wahlen die bürgerlichen Gruppen siegreich waren. Diese stellten nun die Regierung, und daran änderte sich bis zum Ende der Republik nichts mehr. Kein Sozialist hat nach dem Ausscheiden des ersten Staatskanzlers Karl Renner mehr ein österreichisches Kabinett gebildet, ja nicht einmal zu Koalitionen auf nationaler Ebene kam es. Die Sozialisten blieben in der Opposition, waren im Österreich der Ersten Republik die ewigen Zweiten.

Die Folge war eine fortschreitende Polarisierung. Ein praktisch zwar gemässigt-reformerisches, verbal aber mit Kraftausdrücken nicht geizendes Parteiprogramm der Sozialisten liess die sich in der Christlichsozialen Partei sammelnden Bürgerlichen vermuten, die Linke plane einen gewaltsamen Umsturz. Die Sozialisten ihrerseits befürchteten, die sich permanent der Macht erfreuenden Bürgerlichen würden ihre starke Position zu einem Staatsstreich von oben missbrauchen. In beiden Grup-

pierungen bildeten sich, dem Vorbild Deutschlands nacheifernd, paramilitärische Organisationen, auf der Rechten die Heimwehr, auf der Linken der Schutzbund. Vom Krieg her waren Waffen in genügender Anzahl vorhanden, veraltet zwar, für innere Konflikte aber noch zu gebrauchen und deshalb gut versteckt und gewartet. Die beiden Lager beobachteten sich mit Argwohn. Jeder traute dem andern zu, er werde die Lunte als erster ans Pulverfass legen.

Ein erster Ausbruch der Gewalt ereignete sich im Sommer 1927 mit der Erstürmung und Niederbrennung des Justizpalastes in Wien. Eine Gruppe radikaler Linker, mit dem Urteil in einem politischen Prozess unzufrieden, agierte über die Köpfe der Parteiführung hinweg. Mehr als achtzig Tote und Hunderte von Verletzten waren die Folge. Der Riss zwischen rechts und links hatte sich vertieft.

Versuchsfeld der Ideologien

Er schloss sich in den nächsten zehn Jahren nicht mehr. Die Bundeskanzler lösten sich in rascher Folge ab. Der Prälat Ignaz Seipel mit seinem klerikalen Kurs hatte Mitte der zwanziger Jahre für einige Zeit eine gewisse Stabilität herzustellen vermocht. Nach seinem Abgang aber folgte ein Regierungschef dem andern, ein gutes Dutzend waren es zwischen 1920 und 1938. Österreich war zum Versuchsfeld für die politischen Ideologien der Zeit geworden. Es entwickelte seinen Austromarxismus, der auf politischer Ebene Theorie blieb und sich nur im sozialen und kommunalen Bereich erfolgreich betätigen konnte. Als es in den Sog der Weltwirtschaftskrise geriet, entstand ein Austrofaschismus. Die steigenden Arbeitslosenzahlen nach 1929 und die zunehmende Radikalisierung in Deutschland veränderten die politische Szene auch in Österreich. 1931 wurde noch einmal mit dem Versuch einer Zollunion ein wirtschaftlicher Anschluss an das Reich geplant. Er scheiterte wiederum am Veto vor allem Frankreichs, aber auch Italiens und der Tschechoslowakei. Seit dem Durchbruch der deutschen Nationalsozialisten in den Reichstagswahlen vom September 1930 suchte die Christlichsoziale Partei sich auch gegenüber der von rechts drohenden Gefahr abzugrenzen. Dadurch geriet sie aber in einen immer schwieriger werdenden Zweifrontenkrieg zwischen den Sozialisten und den Rechtsradikalen.

Diktatur des Austrofaschismus

Die im Mai 1932 ins Amt gelangte Regierung des christlich-sozialen Bauernführers Engelbert Dollfuß wandelte auf einem schmalen Grat. Sie nützte eine Pattsituation des Parlaments im März 1933 aus, um sich quasi diktatorische Vollmachten zu geben, einen christlichen Ständestaat aufzurichten, eine österreichische Abart des Faschismus, aber mit scharfer Spitze gegen den damals eben in Deutschland zur Macht

gelangten Hitler. Die Interventionen des Reiches in Österreich häuften sich schon 1933 in beängstigender Weise: Terroranschläge, Aufrufe zum Sturz von Dollfuss und schliesslich ein Schlag gegen den österreichischen Fremdenverkehr durch Einführung einer Gebühr von 1'000 Mark für ein deutsches Visum zur Ausreise nach Österreich.

In seiner bedrängten Situation suchte Dollfuss Anschluss an den südlichen Nachbarn. Der italienische Diktator Benito Mussolini spielte sich zum Protektor Österreichs auf. Dollfuss hatte den Preis zu zahlen, indem er die Sozialisten völlig entmachtete, was im Februar 1934 zu einem mehrtägigen blutigen, bürgerkriegsähnlichen Aufruhr führte. Die Sozialisten wurden niedergeschlagen und in die Illegalität getrieben. Damit war die Spaltung des Landes eine unheilbare geworden. Im Streit zwischen Christlichsozialen und Sozialisten suchten die schon seit 1933 verbotenen Nazis als Dritte Gewinn aus der Konfrontation zu ziehen. Sie stürmten am 25. Juli 1934 den Regierungssitz am Ballhausplatz und ermordeten in brutaler Weise Dollfuss. Der Juli-Putsch, dilettantisch inszeniert, endete kläglich. Der Protektor Mussolini mobilisierte, Hitler wich zurück und überliess die Putschisten den österreichischen Gerichten, welche die Dollfuss-Mörder zum Tode verurteilten.

Schuschniggs Balancepolitik

Der neue Bundeskanzler, Kurt von Schuschnigg, suchte die Linie des Vorgängers fortzusetzen. An politischem Format Dollfuss weit unterlegen, dazu ohne Ausstrahlungskraft und Popularität, agierte er innenpolitisch auf dem Kurs eines abendländischen christlichen Österreich, das angesichts der Nazibarbarei die Ideale des wahren Deutschtums hochhalten sollte. Die habsburg-freundlichen Legitimisten suchte er mit vagen Versprechen auf Restauration der Monarchie und mit der Pflege von K.- und -K.-Traditionen an sich zu ziehen. Politisch war das nur von geringer Wirkung. Schuschnigg setzte sich schliesslich zwischen alle Stühle.

Zudem änderte sich die aussenpolitische Szene seit 1935 immer mehr zuungunsten Österreichs. Das Dritte Reich stabilisierte sich und führte die Wehrhoheit ein. Grossbritannien schloss mit Hitler einen Flottenvertrag. Mussolini aber verstrickte sich im Herbst 1935 in sein abessinisches Abenteuer, das ihn an die Seite Hitlers trieb. Frankreich war durch die innenpolitische Spannung der Volksfrontexperimente in seiner äusseren Aktivität gelähmt. Wachsendes Desinteresse der Westmächte an Österreich, engere Bindung Italiens an Deutschland, die auch gemeinsam im Spanischen Bürgerkrieg kämpften, zusammen mit der Furcht der Nachfolgestaaten vor einer Rückkehr der Habsburger (die ihnen seltsamerweise unerträglicher schien als Hitler in Wien), vollendeten schliesslich die aussenpolitische Isolierung Österreichs. Ein Versuch Schuschniggs, Hitler zu besänftigen, führte 1936 zu dem

Arrangement des Juli-Abkommens, das zwar die 1'000-Mark-Sperre aufhob, Österreich aber bereits Bedingungen auferlegte, die es in immer stärkere Abhängigkeit von Deutschland brachten.

Hitlers Chance

Das war die politische Ausgangslage, die zum Anschluss Österreichs führte. Für Hitler standen die Chancen günstig. Er hatte im November 1937 beim Besuch des damaligen britischen Lordsiegelbewahrers Lord Halifax (der im Februar 1938 Außenminister wurde) die Gewissheit erhalten, dass Grossbritannien bei einer Annexion Österreichs durch Deutschland kaum mit etwas mehr als einem formellen Protest reagieren würde. Grossbritannien abseits, Frankreich immobilisiert, Italien auf Seiten Deutschlands – das war der Punkt, an dem Hitler Österreich haben wollte, um es gefahrlos zu verschlingen.

Die letzte Phase vor dem Untergang Österreichs im März 1938 war eine Mischung von schlechtem Kriminalroman und Horrorstück. Hitler hatte im Februar 1938 die ihm opponierende Armeespitze entlassen und suchte von der inneren Unrast abzulenken. Er bestellte mit Vermittlung Papens, den er nach dem Debakel des Juliputschs 1934 als Sonderbotschafter nach Wien geschickt hatte, Schuschnigg zu sich auf den Obersalzberg in Berchtesgaden. Hier schüchterte er den österreichischen Regierungschef in einer bis dahin in der politischen Geschichte Europas einmaligen Art des Umgangs mit einem auswärtigen Staatsmann ein und nötigte ihm ein demütigendes Abkommen ab. Die Nazis erhielten in Österreich freies Betätigungsrecht, einer der Ihren wurde als Innenminister in die Regierung aufgenommen.

Schuschnigg hat auf Hitlers Provokation erst spät mit der Anordnung einer Volksabstimmung reagiert. Er setzte sie kurzfristig auf den 13. März an. Österreich sollte, so war die Fragestellung, entscheiden für ein «freies und deutsches, ein unabhängiges und soziales, christliches und einiges Österreich». Hitler mobilisierte darauf seine österreichischen Anhänger, die in den Strassen der Städte zu demonstrieren begannen. Er drohte mit Einmarsch und Krieg. Göring managte von Berlin aus am Telefon den Anschluss, indem er den Österreichern Ultimaten diktierte und sie zustimmend gleich selbst beantwortete. Schuschnigg resignierte und dankte am 11. März ab. Er wandte sich ein letztes Mal über das Radio an Österreich und die Welt: «Wir weichen der Gewalt», sagte er.

Der Einmarsch fand trotzdem statt. Am Nachmittag des 12. März zog Hitler unter dem Läuten der Kirchenglocken in seine Geburtsstadt Braunau am Inn ein. Am nächsten Tag verkündete er von Linz aus den Anschluss, und in Wien nahm er die Parade seiner Truppen ab. Der verlorene Sohn war heimgekehrt. Eine geschickte propagandistische Regie sorgte für die nötigen Effekte. Aufrecht, mit Imperatorengruss fuhr der Führer im offenen Dreiaxser-Mercedes durch das von der Polizei nur mit Mühe

zurückgehaltene Spalier ‚Heil‘ rufender Massen. Gedankenversunken stand Hitler allein am Elterngrab in Leonding. Das waren berechnend aufs Gemüt abzielende Posen, die auch die Lauen und Unentschiedenen mitrissen. Der öffentliche Jubel war unermesslich. Er übertönte die Schmerzensschreie der Gemarterten. Der sadistische Rausch eines lange aufgestauten Antisemitismus tobte sich auf offener Strasse an den wehrlosen Juden aus. Die schon in den ersten Stunden des Anschlusses in Österreich aufgetauchte Gestapo verhaftete die Nazi-Gegner, deren sie habhaft werden konnte. Eine erste Welle der Emigration setzte ein. In der für das Regime charakteristischen Atmosphäre von Jubelgeschrei und Terror veranstaltete Hitler nun seine eigene Volksabstimmung, um sich quasi die Legitimität seines Tuns bestätigen zu lassen. Sie ergab am 10. April 1938 in Österreich 99,75 Prozent für den Anschluss

...

Die überschwengliche Begeisterung der Österreicher schwand bald, als sie merkten, dass Hitler weit davon entfernt war, ihnen eine Sonderstellung im Grossdeutschen Reich einzuräumen. Der Einebnungsprozess des Regimes machte vor der neu eroberten Provinz nicht halt. Der traditionsreiche Name Österreich wurde getilgt. Es wurde zur Ostmark und später aufgelöst in die Donau- und Alpengaue. Der 1939 entfesselte Zweite Weltkrieg riss das Land schliesslich in den Strudel der deutschen Katastrophe und den totalen Zusammenbruch von 1945.

Lehren

Das tragische Geschick der ersten österreichischen Republik war der Anlass, dass nach dem Zweiten Weltkrieg einige Lehren gezogen wurden. Die Alliierten anerkannten bereits in der Moskauer Erklärung von 1943 das Recht Österreichs auf Eigenständigkeit. Die aussenpolitische Situation des Landes wurde zehn Jahre nach dem Krieg, 1955, durch den Staatsvertrag und die Anerkennung seiner Neutralität in völkerrechtlich verbindlicher Form einigermaßen klar umschrieben. Ein neues Vakuum, wie es sich nach 1919 ergeben hatte, wurde so vermieden. Innenpolitisch zogen die Christlichsozialen und die Sozialisten, deren Vertreter gemeinsam in den Konzentrationslagern Hitlers eingesperrt gewesen waren, die Konsequenzen und einigten sich auf die Bildung von Koalitionen, um das Wiederaufbrechen der Polarisierung der Ersten Republik zu verhindern. Über zwanzig Jahre lang galt die schwarz-rote Koalition als Garant der inneren Stabilität Österreichs.

Wichtiger noch als völkerrechtliche Garantien und parteipolitischer Konsens waren die Stärkung des nationalen Bewusstseins und der Glaube an die Existenzmöglichkeit Österreichs. Diese haben der Zweiten Republik ein Selbstvertrauen gegeben, das der Ersten völlig fehlte. Trotzdem lastet, wie noch in den 1980er Jahren der Fall Waldheim zeigte, die Vergangenheit auch auf dem Österreich der Nachkriegs-

zeit. In der Frage, ob Österreich Opfer oder Mittäter Hitlers gewesen sei, haben die Alliierten durch die Moskauer Erklärung von 1943 einen eindeutigen Entscheid zur Entlastung Österreichs gefällt. Das hat ohne Zweifel den Neubeginn als unabhängiger Staat im Jahre 1945 erleichtert. Der Verdrängungsprozess, der damit gefördert worden war, hat aber gleichzeitig jene «Lebenslüge» entstehen lassen, mit der sich Österreich noch vierzig Jahre nach dem Krieg auseinanderzusetzen hatte.

Flüchtlinge wohin?

Der Fehlschlag der Konferenz von Evian 1938

Am 25. März 1938 schlug der damalige Präsident der Vereinigten Staaten, Franklin D. Roosevelt, die Einberufung einer internationalen Konferenz über die Flüchtlingsfrage vor. Roosevelt stand unter dem Eindruck der immer stärker anschwellenden Flüchtlingswelle, welche die Länder Westeuropas nach dem Anschluss Österreichs überflutete. Der Einmarsch der Deutschen hatte in der «Ostmark» zu einem wilden Ausbruch des Antisemitismus geführt, der in seiner brutalen und gemeinen Art alles übertraf, was sich das Reich Hitlers an Judenverfolgung bisher geleistet hatte. Zu Tausenden flohen die bedrohten Juden vor dem Nazi-Terror. Die Nachbarländer begannen, ihre Grenzen zu schliessen – ein neuer Akt in der Tragödie des jüdischen Volkes brach an.

Langwierige Vorbereitungen

Roosevelts Initiative zielte auf eine langfristige Lösung. An ihr sollten sich so viele Länder als möglich beteiligen. Bisher war die Frage der deutschen Flüchtlinge im Rahmen des Völkerbundes behandelt worden, der 1933 ein Hochkommissariat dafür geschaffen hatte. Grössere Erfolge konnte diese Institution nicht erzielen. Das lag zunächst an der Intransigenz Deutschlands, das sich in keiner Weise gesprächsbereit zeigte, aber auch an dem mehr und mehr schwindenden Ansehen des Völkerbundes. Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten zielte darauf ab, Länder zur Mitarbeit zu gewinnen, die nicht Mitglied des Völkerbundes waren, neben den USA also vor allem lateinamerikanische Staaten. Angesprochen werden sollten all jene, bei denen wenigstens die Hoffnung bestand, sie könnten sich zu einer vermehrten Aufnahme von Flüchtlingen bereit erklären.

Die Vorbereitungen der Konferenz waren langwierig und umständlich. Roosevelt beauftragte damit das State Department, das eine Traktandenliste vorbereitete. Einladungen gingen an 36 Länder Westeuropas und Amerikas. Vier lehnten von vornherein ab: Italien, Island, Südafrika und El Salvador. 32 sagten zu.* Roosevelt beauftragte mit der Leitung der amerikanischen Konferenzdelegation einen persönli-

* Die 32 Teilnehmerstaaten waren: Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dänemark, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Grossbritannien, Guatemala, Haiti, Honduras, Irland, Kanada, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Panama, Paraguay, Peru, Schweden, Schweiz, Uruguay, Venezuela, Vereinigte Staaten von Amerika.

chen Bekannten, den Geschäftsmann Myron C. Taylor, Manager bei United Steel (später Botschafter der USA beim Heiligen Stuhl). Im Frühsommer bereitete der in der Diplomatie damals noch kaum bewanderte Taylor das Treffen vor. Als Konferenzort wurde Evian gewählt, nachdem die Schweiz – mit Rücksicht auf den Völkerbund und auf eine mögliche Verstimmung Berlins – den Wunsch geäußert hatte, man möge die Tagung nicht auf eidgenössischem Boden abhalten.

Am 6. Juli wurde die Konferenz in dem hoch über dem Genfersee gelegenen Hotel Royal eröffnet, dem grössten am Platz und wohl einem der luxuriösesten der Gegend. Neben den staatlichen Delegationen waren auch die Vertreter von 39 privaten Hilfsorganisationen sowie der Hochkommissar für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes eingeladen. Hauptziel war es, so viele Länder als möglich zu gewinnen, um Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich aufzunehmen. Man beschränkte sich konsequent auf dieses eine Thema und lehnte alle Versuche ab, die Flüchtlingsfrage auch auf andere Länder als Deutschland und Österreich auszudehnen.

Juden unerwünscht

Die Konferenz dauerte zehn Tage. Der grösste Teil der Zeit wurde darauf verwendet, in öffentlichen Sitzungen die Statements der einzelnen Delegationen anzuhören. Die Resultate waren ernüchternd. Praktisch alle der 32 Staaten erklärten sich ausserstande, Flüchtlinge aufzunehmen. Als Grund dafür nannten die meisten wirtschaftliche Überlegungen, aber auch die Überfremdungsgefahr wurde immer wieder angeführt. Die USA, deren Chefdelegierter Taylor die Konferenz präsidierte, erklärten sich bereit, die in den Einwanderungsgesetzen von 1921 und 1924 festgelegten Immigrationsquoten für Deutsche und Österreicher voll auszuschöpfen, wollten jedoch nicht darüber hinausgehen. Die westeuropäischen Delegierten verwiesen auf die Übervölkerung ihrer hochindustrialisierten Länder und die grosse Zahl von Arbeitslosen. Alle boten sich höchstens als Transitländer an, wenn Garantie bestände für eine dauernde Niederlassung in Übersee. Die britischen Dominions beriefen sich auf ihre Bindungen an das Mutterland und erklärten mehr oder minder unverblümt, ausser angelsächsischen Einwanderern habe kaum jemand eine Chance. Am offensten tat dies der Vertreter Australiens, der direkt sagte, sein Land habe bisher kein Rassenproblem gekannt und denke nicht daran, es zu importieren.

Auch die auf die lateinamerikanischen Staaten gesetzten Erwartungen blieben unerfüllt. Zwar zeigten sich diese verbal entgegenkommender. Aber sie verwiesen auf ihre agrarischen Strukturen und wünschten vor allem die Einwanderung von Bauern – eine Grotteske angesichts der Tatsache, dass von den Juden Deutschlands und Österreichs keine zwei Prozent in Land- und Forstwirtschaft tätig waren. Die Dele-

gationen aus Mittel- und Südamerika betonten auch den geschlossenen «lateinischen und katholischen Charakter» ihrer Länder. Man wollte vielleicht Einwanderer, aber sicher nicht Juden aus Deutschland und Österreich.

Knapper als die Darlegungen der einzelnen staatlichen Delegationen, die während Tagen referiert hatten, fiel das Anhören der Stellungnahmen der verschiedenen privaten Organisationen aus, die an der Konferenz zugelassen waren. Meistens handelte es sich um jüdische Vereinigungen, die vor allem auch zur Finanzierung der Auswanderungsprojekte beisteuern sollten. Sie konnten, obwohl fast 40 an der Zahl, gerade einen Nachmittag lang ihre Meinungen vortragen. Es war unmöglich gewesen, die unter sich zerstrittenen Organisationen gesamthaft oder wenigstens in grösseren Gruppen gemeinsam auftreten zu lassen. In dieser Zersplitterung konnten sie ihr Gewicht in keiner Weise zur Geltung bringen.

Äusserer Erfolg

Trotzdem schloss die Konferenz formal mit einem Erfolg ab. Das war vor allem dem Verhandlungsgeschick Myron C. Taylors zuzuschreiben. Er wollte in Übereinstimmung mit seiner Regierung eine neue Institution schaffen, das Intergovernmental Committee on Political Refugees (IGC), das die von der Konferenz eingeleitete Arbeit weiterführen und Lösungsmöglichkeiten in der Flüchtlingsfrage aushandeln sollte. Widerstand leisteten vor allem die Briten. Ihr Chefdelegierter, Lord Winter-ton, weigerte sich nicht nur, über eine mögliche Lockerung der Einwanderungsbestimmungen für Palästina überhaupt nur nachzudenken, er zeigte auch demonstrativ sein Desinteresse am Konferenzthema überhaupt. Die Frage sollte wie bisher weiterhin im Rahmen des Völkerbundes behandelt werden. Taylor gelang es jedoch, in einem Privatgespräch den Briten auf seine Linie zu bringen. Nach zehn Tagen einigte man sich auf ein Schlusscommuniqué. Dieses sah die Bildung des IGC vor, zu dessen Vorsitzendem der Amerikaner Georges Rublee gewählt wurde, ein 70jähriger Kaufmann. Schon in kürzester Zeit sollte das Komitee zusammentreten und mit seiner Tätigkeit beginnen.

Verflogene Illusionen

Dass die in das IGC gesetzten Erwartungen nur Illusionen waren, zeigte sich recht bald. Versuche, das «Verursacherland» Deutschland zur Mithilfe beim Aufbau von Existenzen für Flüchtlinge durch finanzielle Leistungen heranzuziehen, schlugen fehl. Das Hitler-Regime wollte die Juden nicht nur loswerden, es wollte sie auch ausplündern bis aufs Hemd, und es tat dies in einer himmelschreiend schamlosen und zynischen Weise. Die doppelte Absicht war offensichtlich. Die Nazis wollten

sich an den Juden bereichern, und gleichzeitig sollten die völlig mittellos aus dem Land gejagten Menschen den andern Ländern zur Last fallen und so weltweit den Antisemitismus schüren.

Ralph Weingarten, der vor einigen Jahren über die Konferenz von Evian und die anschliessende Tätigkeit des IGC eine scharfsinnige Analyse geschrieben hat*, kommt zum Schluss, letztlich habe Evian kontraproduktiv gewirkt. Tatsächlich hat die Konferenz trotz ihrem äusseren Erfolg deutlich gemacht, dass die wortreichen Sympathieadressen nicht viel mehr als leere Gesten waren und die Juden in keinem der vertretenen Länder auf umfassende und wirksame Hilfe zählen konnten. Sie standen allein und waren der Willkür und dem Terror ihrer Peiniger schutzlos preisgegeben.

Evian sollte eine Phase verstärkter und koordinierter Hilfe für die verfolgten Juden einleiten. Aber es wurde zu einer Demonstration der Hilflosigkeit und des Kleinmutes. Keine einzige der auf der Konferenz vertretenen Regierungen war zu einer ernsthaften Geste gegenüber den von Hitlers Rassenwahn bedrohten Menschen bereit – ein beschämendes Kapitel menschlichen Versagens vor der Dämonie des Bösen.

* Ralph Weingarten, Die Hilfeleistung der westlichen Welt bei der Erklärung der Judenfrage, Bern 1981

Die Schweiz und der Judenstempel

Wie das «J» in die jüdischen Pässe kam

Die schweizerische Flüchtlingspolitik der Krisen- und Kriegsjahre zwischen 1933 und 1945 gehört zu den umstrittenen und wenig erfreulichen Kapiteln der jüngsten Vergangenheit. Es ist ein Thema, über das die Diskussion immer wieder neu entbrennt. Angesichts der grundsätzlichen Problematik ist das nicht weiter erstaunlich; jede Generation sucht sich ihr Geschichtsbild selbst zu schaffen. Ohne Zweifel ist es schwer, emotionslos an die Fragen der Flüchtlingspolitik heranzugehen, den Blick auf die grösseren Zusammenhänge zu wahren und nicht durch einseitige Argumentation ein Zerrbild der Vergangenheit zu entwerfen. In der schweizerischen Flüchtlingspolitik mischen sich aber Dunkles und Helles, stehen starre Bürokratie und Pochen auf Staatsräson neben selbstlosem Helferwillen und leidenschaftlichem Einsatz für die Gebote der Menschlichkeit. Wer den Akzent nur auf das eine legt, läuft Gefahr, die Wirklichkeit zu verfälschen.

«Rigides Tabu»?

Drei grössere Komplexe der Flüchtlingspolitik haben immer wieder Anlass zu Auseinandersetzungen gegeben. Es ist zunächst die Mitverantwortung der schweizerischen Behörden an den Judenstempeln in den deutschen Pässen seit 1938, dann die Schliessung der Grenzen gegenüber den Flüchtlingen im Sommer 1942 und schliesslich die Verhältnisse in den Flüchtlingslagern. Hier finden sich die düstersten Aspekte der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Wenn sie heute in Filmen und Pressepublikationen wieder aufgegriffen werden, so wird aber kein «rigides Tabu» gebrochen, wie 1982 das Hamburger Wochenblatt «Die Zeit» schrieb. All diese katastrophalen Fehler, Versäumnisse und Unterlassungen, die wohl erklärt, aber nicht entschuldigt werden können, sind schon vor Jahrzehnten schonungslos und offen dargelegt worden. Sowohl die Schliessung der Grenzen 1942 wie gewisse Zustände in den Flüchtlingslagern waren bereits während des Kriegs Gegenstand heftiger öffentlicher Kontroversen in der Schweiz. Nach dem Krieg wurden mehrere offizielle, aber keineswegs schönfärberische Berichte erstattet: im April 1947 der Schlussbericht des Eidgenössischen Kommissariates für Internierung und Hospitalisierung, im Februar 1950 der Bericht der Zentralleitung für Heime und Lager und im gleichen Jahr schliesslich ein der Presse zugänglich gemachter Bericht des Eidgenössischen

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) an den Bundesrat über das Flüchtlingswesen in der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Als 1954 durch die Publikation deutscher Akten die Geschichte der Entstehung des Judenstempels in deutschen Pässen bekannt wurde, erhob sich in der Schweiz ein Sturm der Entrüstung, und der Bundesrat ordnete sofort eine umfassende Untersuchung der Flüchtlingspolitik an. So entstand der Bericht von Prof. Dr. Carl Ludwig, der 1957 zum erstenmal publiziert wurde und noch heute die grundlegende Quelle für die schweizerische Flüchtlingspolitik seit 1933 geblieben ist. Auf dem Ludwig-Bericht basieren zum grossen Teil viele spätere Publikationen, so beispielsweise das packend und ergreifend geschriebene Buch von Alfred A. Häsler «Das Boot ist voll» von 1967 (der Ludwig-Bericht war zudem 1966 bei Herberg Lang in Bern neu aufgelegt worden). 1970 erschien der sechste Band der «Geschichte der schweizerischen Neutralität» von Prof. Edgar Bonjour mit einem längeren, ebenfalls recht kritischen Kapitel über die Flüchtlingspolitik. Daneben existiert eine fast unübersehbare Zahl von Erlebnisberichten und Erinnerungen – erwähnt seien nur die eindringlichen und bei allem Engagement abgewogenen Schilderungen von Regina Kägi-Fuchsmann («Das gute Herz genügt nicht», Zürich 1968) und von Nettie Sutro-Katzenstein («Jugend auf der Flucht», Zürich 1952).

Furcht vor Überfremdung und Arbeitslosigkeit

Wer die schweizerische Flüchtlingspolitik zwischen 1933 und 1945 darzustellen sucht, muss sie in jene Epoche verschärfter internationaler Spannungen einordnen. Die Flüchtlinge kamen nicht zu einer Zeit, da Vollbeschäftigung herrschte und die Wirtschaft nach Arbeitskräften schrie, sondern in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression und Arbeitslosigkeit. Es war auch nicht die Zeit, da die Grenzen überall offenstanden, sondern eine Zeit, da unter dem Druck drohender Kriegsgefahr die Nationen sich gegeneinander abzuschliessen begannen. Es war auch nicht eine Zeit, in der in der Schweiz materieller Überfluss herrschte, sondern – im Krieg – die wichtigsten Nahrungsmittel rationiert und die Zufahrten nach dem von *einer* Kriegspartei umschlossenen Land unsicher und gefährdet waren. Dass in einer solchen Situation das Sicherheitsbedürfnis eine erheblich grössere Rolle spielte als in ruhigen Zeiten, mag bedauerlich sein, aber es war ein Faktor, welcher die Haltung gegenüber den Flüchtlingen und die Entscheide der Behörden zwangsläufig stark beeinflusste.

Als 1933 nach Hitlers «Machtergreifung» die ersten Flüchtlinge nach der Schweiz kamen, traf diese Welle das Land ziemlich unvorbereitet. Die Rechtsgrundlagen waren in Revision, die Institutionen noch neu. Erst 1919 war die Eidgenössische Zentralstelle für Fremdenpolizei geschaffen worden, 1925 hatten Volk und Stände die

Abänderung von Art. 69 der Bundesverfassung gutgeheissen, welcher die abschliessende Kompetenz über Gewähr oder Verweigerung des Asyls dem Bund übertrug. Das ausführende Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern datierte zwar vom 26. März 1931, trat aber erst auf 1. Januar 1934 in Kraft.

Die Schweiz als Durchgangsland

Die erste Reaktion, die sich in der Weisung des EJPD vom 31. März 1933 und dem Bundesratsbeschluss vom 7. April 1933 niederschlug, war zwar spontane Hilfsbereitschaft und Mitgefühl mit den Vertriebenen, gleichzeitig aber auch eine aus Furcht vor Überfremdung und Überlastung des Arbeitsmarktes diktierte Abwehrhaltung. Daraus resultierten die bis weit in den Krieg hinein befolgten (und nach dem Krieg weiter aufgenommenen) Richtlinien der Flüchtlingspolitik. Die Schweiz sollte für die Flüchtlinge nur ein Durchgangsland sein, kein Daueraufenthalt.

Aus heutiger Sicht mag das nur schwer begrifflich erscheinen. Wie komplex die Situation unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme jedoch war, deuten Aussagen des damaligen Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes an, der (wie Prof. Ludwig bezeugt) wiederholt erklärte, die Schweizer Juden hätten alles Interesse daran, möglichst viele Flüchtlinge in die Schweiz hineinzulassen, gleichzeitig aber auch deren möglichst rasche Weiterwanderung zu erwirken. Ähnlich argumentierte am 8. Mai 1939 Walther Bringolf in der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates, als er erklärte, die in der Schweiz wohnhaften Juden legten Wert darauf, dass die unerwünschte Judeneinwanderung zurückgedämmt werde. Was die Arbeitsbewilligungen betraf, so ging der Druck auf die Behörden hauptsächlich von den Gewerkschaften aus, die «mit Nachdruck die Forderung erhoben, dass freie Arbeitsplätze der schweizerischen Arbeiterschaft zu reservieren und alle Versuche zu Lohndrückereien durch ausländische Arbeitskräfte zu verhindern seien» (Ludwig-Bericht Seite 64). Auch in Kreisen, in denen Tausende den Verfolgten uneigennützig Hilfe leisteten, war die Stimmung keineswegs einheitlich und das Gefühl weit verbreitet, der Überfremdung und der Belastung des Arbeitsmarktes steuern zu müssen.

Aus dieser von heute aus gesehen unberechtigten und übertriebenen Besorgnis vor Überfremdung heraus (von der man damals ein Anschwellen des Antisemitismus befürchtete) kam es zur schweizerischen Mitwirkung an der Eintragung des Judenstempels in deutschen Pässen. Am 12. März 1938 war Hitler in Österreich einmarschiert. Unmittelbar nach dem «Anschluss» setzte in dem annektierten Nachbarland eine Judenverfolgung ein, die alles übertraf, was seit 1933 in Deutschland gesehen war. Die Zahl der Flüchtlinge stieg von Tag zu Tag. Um die Zuwanderung zu kontrollieren, verfügte die Schweiz bereits am 28. März 1938 die Einführung des

Visumzwanges für Inhaber österreichischer Pässe. Da vorauszusehen war, dass diese bald durch deutsche Pässe ersetzt würden, beantragte der Leiter der Polizeibehörde im EJPD, Fremdenpolizeichef Dr. Heinrich Rothmund, der Bundesrat solle auch gegenüber Inhabern deutscher Pässe den Visumzwang einführen. Das geschah vor allem unter dem Eindruck der perfiden Taktik der deutschen Behörden, die Juden auszuplündern und sie mittellos mit gefälschten Papieren aus dem Land zu jagen – eine 1938 und 1939 von den Deutschen mit der durchsichtigen Absicht verfolgte Politik, in die noch immer unter den Nachwirkungen der Krise leidenden Länder Juden abzuschieben in der Hoffnung, den überall latenten Antisemitismus zu verschärfen.

Schweizerisch-deutsche Passgespräche

Rothmunds Antrag, gegenüber Deutschland generell zum 1926 aufgehobenen Visumzwang zurückzukehren, fand beim Bundesrat wenig Anklang. Vor allem das Eidgenössische Politische Departement befürchtete eine Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und suchte auf diplomatischem Wege eine Verständigung. Die schweizerisch-deutschen Gespräche begannen schon zu der Zeit, da noch Minister Dinichert Gesandter in Berlin war, und sie wurden von dessen Nachfolger Hans Frölicher und Legationsrat Kappeler weitergeführt. Im Laufe dieser Unterhandlungen, bei denen von Schweizer Seite auf eine besondere Kennzeichnung der Pässe deutscher Juden gedrängt wurde, unterbreiteten die Deutschen durch den Ministerialrat des Auswärtigen Amtes, Roediger, am 7. September 1938 Kappeler zwei Vorschläge zur Unterscheidung der «nichtarischen» von den «arischen» Pässen: entweder sollte der Vorname, der üblicherweise schwarz unterstrichen war, rot unterstrichen werden, oder auf der ersten Seite des Passes sei links oben ein Stempel anzubringen, bestehend aus einem Kreis von 2 cm Durchmesser und dem Buchstaben J oder allenfalls einem anderen Zeichen. Kappeler beurteilte den ersten Vorschlag als nicht annehmbar, da (wie übrigens die Deutschen selber sagten) der rote Strich leicht durch einen schwarzen überdeckt werden könnte. Zum zweiten Vorschlag bemerkte der Legationsrat, dass «dieser unsern Bedürfnissen vollauf genügen würde». Kappeler ging sogar so weit, den deutschen Wunsch auf Gegenseitigkeit – das heisst, dass auch den schweizerischen Juden ein J in den Pass gestempelt werde – zu akzeptieren.

Rothmund telefonierte am folgenden Tag mit Kappeler und sagte zu, den Vorschlag zu prüfen, lehnte die Gegenseitigkeit jedoch sofort ab und meldete weitere Bedenken an. In gleichem Sinn orientierte der Chef der Polizeibehörde am 15. September 1938 das EJPD und beantragte Ablehnung des deutschen Vorschlags. Es habe den Anschein, schrieb Rothmund, dass Deutschland den Versuch mache, «uns in den Antisemitismus hineinzutreiben oder uns zum wenigsten bei den anderen Län-

dem so erscheinen zu lassen». Auch in einer Reihe weiterer Besprechungen blieb Rothmund bei seinem Nein. Der deutsche Gesandte in Bern, Koecher, schlug nun in einer Unterredung Aussenminister Motta vor, Rothmund solle nach Berlin fahren und mit «Sachverständigen» die Frage besprechen. Motta ging auf diesen Wunsch ein, und Rothmund reiste nach Berlin.

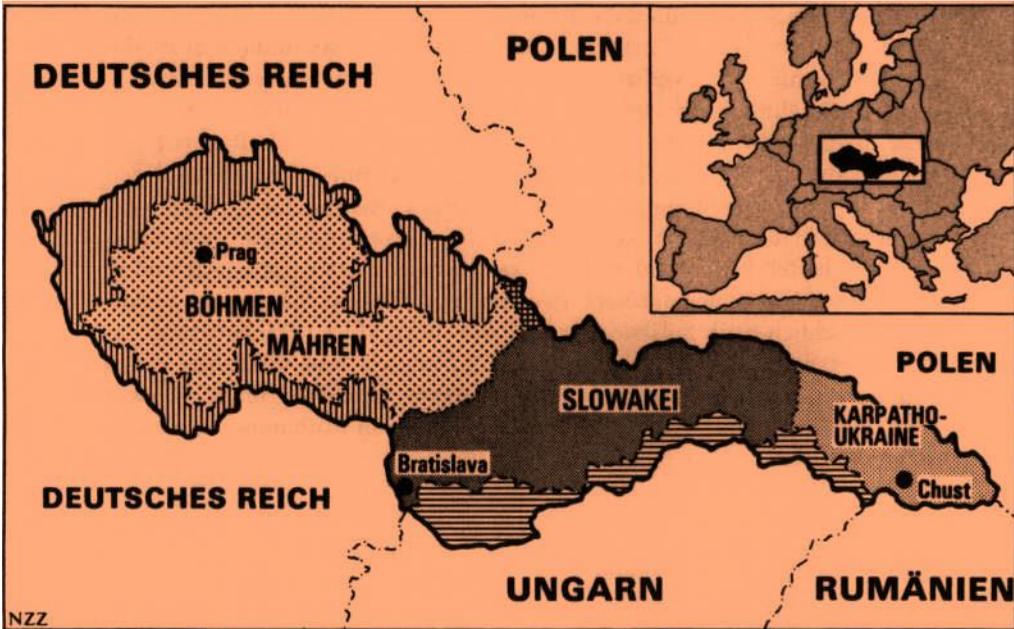
Schmähliche Kapitulation

In den vom 27. bis zum 29. September 1938 geführten Gesprächen, an denen auf deutscher Seite neben Vertretern des Auswärtigen Amtes auch Dr. Werner Best, ein hoher Funktionär der Gestapo, teilnahm, wurde Rothmund überspielt. Best versicherte, Deutschland erwäge ohnehin eine Kennzeichnung der Juden im Inland. Die Inlandpässe sollten eingezogen und durch besondere Kennkarten ersetzt werden. Deutsche «Nichtarier» sollten einen Pass nur noch erhalten, wenn sie nachweisen könnten, dass sie die Übersiedlungsbewilligung eines anderen Staates besässen. Übrigens habe Deutschland ein Interesse daran, dass sich die auswandernden Juden in möglichst entfernten Ländern ansiedelten, auf keinen Fall in Nachbarstaaten.

Rothmund, der noch am 21. September erklärt hatte, dass ein Visumzwang bloss für deutsche Juden der Schweiz «enormen Schaden» bringen könnte, hat sich in Berlin, wo er sich der vereinigten Front der deutschen Unterhändler und des den gleichen Standpunkt vertretenden Legationsrates Kappeler gegenüber sah, diesen Argumenten gebeugt, offensichtlich mit Vorbehalten und auch im Wissen, dass der Bundesrat einer Einführung des generellen Visumzwangs aus politischen Gründen nicht geneigt sei. Es war eine schmähliche Vereinbarung, die an diesem 29. September 1938 die Schweizer Delegierten mit den Deutschen aushandelten, und es mutet symbolhaft an, dass diese vom Geist der Inhumanität und des Anpassertums getragene Abmachung am gleichen Tage geschlossen wurde wie das Abkommen von München, in welchem die Westmächte vor Hitlers Aggression kapitulierten.

Rothmunds Verhalten in der Frage des Judenstempels ist bezeichnend für den schwankenden Charakter des Mannes, der die Flüchtlingspolitik der Schweiz massgeblich bestimmte. Nach den vorliegenden Akten ist er am Zustandekommen des J, wofür ihm später die Hauptschuld überbürdet wurde, viel weniger verantwortlich, als immer wieder behauptet wird. Er hat zwar eine Unterscheidung zwischen den Pässen der deutschen Juden und jenen der übrigen Deutschen angeregt, hat dann aber, als der konkrete Vorschlag vorlag, stärker als alle anderen auf Schweizer Seite verspürt, dass hier die Schweiz zum Komplizen des verbrecherischen deutschen Antisemitismus gemacht wurde. Er hat die von den Deutschen vorgeschlagene Regelung in Vorahnung der Konsequenzen abgelehnt, hatte schliesslich aber nicht die

Kraft, sich gegenüber dem Druck durchzusetzen, der vor allem vom Politischen Departement, von der Berliner Gesandtschaft und schliesslich vom Gesamtbundesrat auf ihn ausgeübt wurde. Damit verband er, vom Treibenden zum Getriebenen geworden, als der allmächtige Herr der Fremdenpolizei auch seinen Namen mit einer der dunkelsten Handlungen der schweizerischen Politik. Regina Kägi-Fuchsmann, die manchen harten Kampf mit Rothmund ausfocht und den Chef der Polizeiabteilung im Ganzen kritisch beurteilte, schrieb 1968, dass Rothmund in der Flüchtlingspolitik letztlich Opfer einer Situation war, die er nicht geschaffen hatte, sondern in die er hineingedrängt worden war und in der er unter dem Druck der Verantwortung zuweilen das Mass dessen verlor, was menschlich noch zulässig war und was nicht. «Die Verantwortung des Flüchtlingsfürsorgers, des Mannes und der Frau aus dem Volke, die helfen und ihren Gefühlen freien Lauf lassen konnten», urteilt Regina Kägi, «war ganz anders gelagert. Wohl wenige von uns hätten an Rothmunds Stelle sein mögen.»



Grenzen der Tschechoslowakei Anfang September 1938

Grenzen der Tschechoslowakei Ende November 1938

Grenzen zwischen den «autonomen» drei Teilen der Tschechoslowakei (Böhmen-Mähren, Slowakei, Karpatho-Ukraine)

Im Münchener Abkommen vom 30. September 1938 an Deutschland abgetretene «Sudetengebiete»

Von Polen am 1. Okt. 1938 annektiertes Gebiet von Teschen

Ungarn im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 zugesprochenes Gebiet (Südslowakei und südliche Karpatho-Ukraine)

Die drei «autonomen» Teilgebiete der Tschechoslowakei Oktober 1938 bis März 1939

«Historische Länder» Böhmen und Mähren
16. März 1939 deutsches «Reichsprotectorat

Slowakei

14. März 1939 nominell unabhängig, faktisch unter deutscher «Schutzherrschaft»

Karpatho-Ukraine

März 1939 von Ungarn annektiert

Die Aufteilung der Tschechoslowakei im Herbst 1938.

Das Abkommen von München

Ein Trugschluss der Appeasementpolitik

Am 29. September 1938 wurde in München zwischen den vier europäischen Grossmächten Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien jenes Abkommen geschlossen, dessen Name später sprichwörtlich für den Geist der Unterwerfung unter den Willen einer totalitären Diktatur werden sollte. München – das bedeutete den Höhepunkt der vor allem vom britischen Premierminister Chamberlain inspirierten Politik des Appeasements; es war der letzte, untaugliche Versuch, den unersättlichen Eroberungsdrang Hitlers durch Entgegenkommen zu besänftigen. Die Hoffnung, sich damit den Frieden wenigstens für die eigene Generation zu erkaufen, erwies sich als trügerisch. Der Geist von München, der eine neue Epoche friedlichen Zusammenlebens in Europa und der Welt hätte einleiten sollen, verflüchtigte sich innert weniger Wochen und machte in den Ländern des Westens Ernüchterung und Resignation Platz. Und nur sechs Monate dauerte es, bis der deutsche Diktator, der feierlich sein Wort verpfändet hatte, die Abtretung des Sudetenlandes sei seine letzte territoriale Forderung in Europa, am 15. März 1939 diese Versicherung in den Wind schlug und seine Truppen, entgegen den in München getroffenen Vereinbarungen, auch den Rest der Tschechoslowakei besetzen liess. Der Geist von München war tot. Jedem klardenkenden Menschen musste nach Hitlers Handstreich auf Prag bewusst werden, dass mit diesem Mann keine Verträge geschlossen werden konnten, dass der Machtgier dieses Einzelnen nur durch den Krieg Grenzen gesetzt würden.

Hitlers Ziele

Der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, bemerkte in seinem unmittelbar nach Kriegsausbruch erschienen Bericht über den Fehlschlag seiner Berliner Mission, mit der Besetzung Prags habe das deutsche Staatsschiff seine nationale Flagge eingezogen und den schwarzen Piratenwimpel mit Totenkopf und Knochen gehisst. Das mag für die Fahne, unter der das Dritte Reich segelte, ein treffendes Bild sein. Aber nur die Flagge hatte gewechselt; der Kurs der nationalsozialistischen Aussenpolitik war derselbe geblieben. Für Hitler war die Einverleibung der Restgebiete Böhmens und Mährens ins Reich nicht die dramatische Zäsur wie für die unsanft aus ihren Illusionen aufgeweckten Politiker und Diplomaten des Westens. Für

Hitler war die Eroberung der Tschechoslowakei lediglich der logische Abschluss einer vor Monaten eingeleiteten Politik, in der München nur eine Zwischenstation bedeutet hatte.

Die zahlreichen nach dem Kriege aufgefundenen Dokumente erlauben es, die Grundzüge dieser Expansionspolitik Deutschlands bis in die Einzelheiten zu verfolgen. Sie zeigen, was freilich schon scharfsinnigen zeitgenössischen Beobachtern nicht verborgen bleiben konnte, dass Hitlers Kampf gegen Versailles und seine «Heim ins Reich»-Parolen lediglich bequeme Vorwände waren, um vor der Weltöffentlichkeit seinen Eroberungsdrang zu legitimieren. Die Ziele waren von allem Anfang an über die Grenzen des deutschen Volkstums hinaus abgesteckt.

Stichtag des Beginnes von Hitlers imperialistischer Politik ist der 5. November 1937. Am Nachmittag dieses Tages berief er die oberste militärische Führung und den Aussenminister in die Reichskanzlei. An der Besprechung nahmen teil: der damalige Kriegsminister von Blomberg, die Chefs von Heer, Luftwaffe und Marine – von Fritsch, Göring und Raeder – sowie Aussenminister von Neurath. Das Protokoll, das der Nachwelt erhalten geblieben ist, führte Hitlers Adjutant Friedrich Hossbach.

Hitler entwickelte vor seinen fünf Zuhörern die Notwendigkeit einer territorialen Expansion Deutschlands. Als unmittelbare Hauptziele nannte er die Besetzung Österreichs und der Tschechoslowakei. Zeitliche Fristen setzte sich Hitler nicht; er richtete sich sowohl auf eine langfristige Planung ein, wie er sich vorbehielt, in den ihm günstig scheinenden Zeitpunkt – möglicherweise schon im Jahre 1938 – loszuschlagen.

Bedeutung und Folgen der Aussprache in der Reichskanzlei sind später von den Beteiligten, soweit sie den Krieg überlebten, verschiedenartig bewertet worden. Der Streit, ob es sich um eine aussergewöhnliche Konferenz oder nur um eine übliche Routineangelegenheit im Rahmen der unorthodoxen Regierungsmethoden Hitlers gehandelt habe, scheint jedoch müssig angesichts der Reaktion der Zuhörer des deutschen Reichskanzlers. Ausser Raeder erhoben alle mehr oder minder versteckte Einwände, sogar Göring. Allen war es jedenfalls klar, was Hitlers Pläne bedeuteten: einen neuen Krieg, in dem Deutschland wiederum wie im Ersten Weltkrieg die grossen Mächte gegen sich haben würde und den es, selbst unter optimistischer Einschätzung seiner Machtmittel, niemals würde siegreich beenden können.

Erste Etappe Österreich

Hitler war durch die Opposition seiner Generäle und des Aussenministers zwar gereizt; aber er war gleichzeitig entschlossen, sich nicht von seinen Plänen abbringen zu lassen. Er sann darauf, wie er sich der widerstrebenden Gefolgsleute auf einfache und elegante Art entledigen könne. Die Gelegenheit bot sich bald, und möglicher-

weise half Hitler auf dem Umweg über seine Polizeispezialisten Himmler und Heydrich nach. Blomberg stolperte über die Heirat mit einer «nicht-standesgemässen» Person; gegen Fritsch wurden alte, gefälschte Akten, die ihn der Homosexualität verdächtigten, aus den Gestapo-Archiven geholt; Neurath wurde im Zuge eines allgemeinen Revirements des ganzen diplomatischen Dienstes entlassen und durch den Hitler blind ergebenden Gelegenheitsdiplomaten Joachim von Ribbentrop ersetzt. Das Kriegsministerium wurde aufgelöst; Hitler selbst wurde Wehrmachtoberbefehlshaber mit General Keitel als militärischem Berater. An der Stelle Fritschs übernahm Walter von Brauchitsch die Führung des Heeres.

Mit diesen personellen Umbesetzungen hatte Hitler die Widerstände, denen er im November 1937 begegnet war, aus dem Wege geräumt. Wenige Tage nach dem 4. Februar 1938, an dem diese Konzentration der Macht in den Händen des «Führers» bekanntgegeben wurde, ohne dass freilich die unwürdigen Begleiterscheinungen dieser Intrige Erwähnung fanden, empfing Hitler den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg auf dem Obersalzberg, setzte ihn unter Druck und zwang ihn zum Abschluss eines Abkommens, das den Nationalsozialisten in Österreich freie Hand für ihre Betätigung gab. Es dauerte nur vier Wochen, bis Österreich sturmreif war: Am 12. März marschierte die Wehrmacht in Österreich ein; Hitler proklamierte am Tag darauf in Linz an der Donau den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. Die erste Etappe der am 5. November 1937 skizzierten Expansionspolitik war erreicht.

«Fall Grün»

Nächstes Ziel war die Tschechoslowakei. Hier sah sich Hitler zunächst vor einigen Schwierigkeiten. Die Tschechoslowakei nahm eine Schlüsselstellung innerhalb der französischen Bündnispolitik in Osteuropa ein. Sie war ferner durch einen Vertrag mit der Sowjetunion verbunden und Partner Rumäniens und Jugoslawiens in der Kleinen Entente. Hinter Frankreich wiederum stand Grossbritannien. Obwohl Hitler auf Verträge nicht viel gab, war es doch möglich, dass hier ein Bündnisautomatismus ausgelöst wurde, der zu einem allgemeinen Konflikt führen konnte, den Hitler damals noch zu vermeiden trachtete. Er beeilte sich deshalb schon unmittelbar nach dem Anschluss Österreichs, der Tschechoslowakei beruhigende Versicherungen abzugeben.

Es scheint, dass Hitler, überrascht durch den relativ einfachen Erfolg in Österreich, zunächst eine Pause einzuschalten gedachte. Da kam es während der Gemeindevahlen in der Tschechoslowakei am 22. und 23. Mai zu einigen Zwischenfällen. Der tschechoslowakische Präsident Benesch führte eine Teilmobilisierung durch; die Weltpresse war voll von drohenden Meldungen über einen unmittelbar bevorstehenden Überfall Hitlers auf die Tschechoslowakei.

Heute steht fest, dass Hitler damals keinen Angriff plante. Aber die triumphierenden Kommentare der westlichen Presse, in denen es hiess, er sei vor der entschlossenen Haltung Beneschs zurückgewichen, steigerten seinen Zorn zur Raserei. In den letzten Maitagen unterzeichnete er eine Weisung zum «Fall Grün», die mit den Worten begann: «Es ist mein unabänderlicher Entschluss, die Tschechoslowakei zu zerschlagen ...» Sogar einen festen Termin setzte er sich; es war der 1. Oktober 1938.

Alles, was im darauffolgenden Sommer und Herbst geschah, ist unter dem Aspekt dieser Weisung Hitlers zu betrachten. Er war entschlossen, wie er sagte, die tschechoslowakische Frage «so oder so» zu lösen. Er redete zwar von den Sudetendeutschen, die er von tschechischer Unterdrückung befreien und «heim ins Reich» führen wollte; aber die Sudetendeutschen waren ihm von allem Anfang an nichts anderes als der bequeme Hebel, mit dem er den tschechoslowakischen Staat aus den Angeln zu heben dachte. Den ganzen Sommer über wurden Besprechungen zwischen den sudetendeutschen Politikern und Vertretern der Regierung in Prag geführt; doch das waren alles nur Scheinmanöver. Hitler wollte den böhmischen Kessel am Kochen halten; die Initiative sollte nicht an die Gegenseite übergehen.

Chamberlains Initiative

Den schrillen Auftakt zum Finale in der tschechischen Krise bildete Hitlers Schlussrede auf dem Nürnberger Parteitag. Am 12. September forderte er in harten Worten den Anschluss der Sudetengebiete an Deutschland. Im ganzen Sudetenland brach ein von Berlin ferngesteuerter Aufstand aus. Es gab keinen Zweifel mehr: Europa stand vor der Drohung eines neuen Krieges.

In diesem Augenblick fasste der britische Premierminister Chamberlain den Entschluss, persönlich eine Initiative zur Vermittlung zu ergreifen. Er schickte Hitler ein Telegramm, in dem er ihn um eine Unterredung bat, sich bereit erklärte, sofort nach Deutschland zu fliegen, und Hitler ersuchte, den Ort des Treffens zu bestimmen. Es war eine für den Regierungschef des Empire demütige Geste, und Hitler war nicht der Mann, in einem solchen Fall – und sei es lediglich in der äusseren Form – auch nur Spuren eines Anflugs von Grossmut zu zeigen. Er kam Chamberlain keinen Schritt entgegen, sondern bestellte ihn an den äussersten Winkel Deutschlands, nach Berchtesgaden.

Die Situation dieser Verhandlungen zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem britischen Premier war eine einmalige. Hitler im Vollgefühl seines Triumphes, dass der Regierungschef des bewunderten und gehassten weltumspannenden Empire sich zu ihm bemüht hatte, schwelgte in Lob über seine eigenen Leistungen und in wilden Drohungen gegen die Tschechen. Chamberlain bemühte sich, eine reale Verhandlungsbasis zu finden, und ersuchte Hitler, seine Forderungen zu präzisieren. Hitler verlangte die Abtretung der mehrheitlich deutschen Gebiete der Tschechoslo-

wakei. Und nun erlebte er die für ihn peinliche Überraschung, dass Chamberlain die Forderung akzeptierte und sich bereit erklärte, sie nach Konsultationen mit seinem Kabinett und seinen französischen Verbündeten in empfehlendem Sinne nach Prag weiterzuleiten. In diesem Stadium wurden die Gespräche abgebrochen, und Chamberlain kehrte nach London zurück.

Hitler war überzeugt, dass es Chamberlain niemals gelingen werde, die Tschechen zur Annahme dieser Forderungen zu bewegen. Die Abtretung des Sudetenlandes bedeutete für die Tschechoslowakei eine Amputation, deren Ausgang mit Sicherheit den Tod des Patienten zur Folge haben würde. Hitler hoffte, die zu erwartenden Differenzen zwischen Prag und London, die nach einer Ablehnung der britischen Vorschläge entstehen müssten, würden es ihm erlauben, die isolierte Tschechoslowakei zu überwältigen und damit sein im November zuvor gestecktes Ziel zu erreichen und gleichzeitig an Präsident Benesch seinen Rachedurst zu stillen, der seit den Zwischenfällen vom Mai geradezu pathologische Formen angenommen hatte.

Zustimmung Prags

Aber Hitler täuschte sich. Frankreich stimmte Chamberlains Vermittlungsaktion zu, und nach hartem Druck der beiden Westmächte auf Prag nahm auch die Tschechoslowakei an. Die Krise schien gelöst zu sein. Chamberlain kehrte mit diesem Ergebnis seiner Mission nach Deutschland zurück. Diesmal traf er Hitler in Godesberg, und er erlebte zum ersten Male, was es heisst, auf das Wort eines unberechenbaren Gewaltherrschers zu vertrauen. Denn Hitler fegte alles vom Tisch, was er in Berchtesgaden als Forderungen aufgestellt hatte, verlangte die Abtretung weit umfangreicher Gebiete und deren sofortige Besetzung durch deutsche Truppen. Als Chamberlain sich weigerte, diesen in ultimativer Form vorgetragenen Ansinnen nachzugeben, kam es zunächst zu einem Bruch. Chamberlain nahm zwar schliesslich, um wenigstens die äussere Form zu wahren, Hitlers Ultimatum, das der «Führer» verharmlosend als «Memorandum» bezeichnete, zur Weiterleitung an die tschechoslowakische Regierung mit; aber der Premier weigerte sich entschieden, es ebenfalls mit seinen Empfehlungen zu versehen wie die Forderungen von Berchtesgaden. Nach Chamberlains Rückkehr nach London schien der Ausbruch eines europäischen Krieges erneut unvermeidlich.

Der Gang nach München

Das war die Ausgangssituation für die Konferenz von München. Nach dem Erlebten bleibt es erstaunlich, dass Chamberlain sich schliesslich ein drittes Mal nach Deutschland auf den Weg machte. Aber sein zäher Wille, zu einer Vereinbarung mit

Hitler zu gelangen, von der er sich eine Art «Zähmung» des Diktators versprach, war stärker als die Stimme der Vernunft, die doch spätestens bei den Gesprächen in Godesberg ihm gesagt haben musste, dass er sich mit einem kontraktunfähigen Partner an den Verhandlungstisch gesetzt hatte.

Bei Hitler hingegen hatte nach Godesberg die Stimmung einige Schwankungen durchgemacht. Er wollte zwar einen Krieg, aber wenn möglich nur einen begrenzten Krieg mit der Tschechoslowakei. Den ganzen Sommer über hatten seine Generäle ihn gemahnt, den Bogen nicht zu überspannen. Der Generalstabschef des Heeres, Beck, war zurückgetreten, weil er überzeugt war, Hitlers Politik ende zwangsläufig in einem neuen Weltkrieg. Es gab sogar eine Verschwörung einzelner Generäle, die Hitler bei unmittelbar drohendem Kriegsausbruch festnehmen und vor ein Gericht stellen wollten. Von diesen Absichten wusste Hitler zwar nichts; aber er spürte die Fronde unter der Generalität, und er schien unsicher zu werden, ob er unter solchen Umständen in der Lage sein würde, einen grossen Krieg zu führen. Dazu kam noch die geringe Kriegsbegeisterung des deutschen Volkes, die sich bei einem Marsch von Panzertruppen durch Berlin unmissverständlich manifestiert hatte. Und schliesslich war auch Hitler seines Achsenpartners Italien nicht sicher, der zwar immer in bombastischen Tönen Unterstützung versprochen hatte, dessen Mittel zur Führung eines grossen Krieges aber selbst Hitler unzulänglich schienen.

So waren auch bei Hitler die Voraussetzungen für ein neues Gespräch vorhanden. Chamberlain wählte als Vermittler Mussolini, der den Vorschlag auf Einberufung einer Konferenz der vier europäischen Grossmächte machte. Hitler stimmte zu. Als Tagungsort wurde München gewählt.

Überstürzte Konferenz

Es war wohl eine der eigentümlichsten Konferenzen in der Geschichte der internationalen Verhandlungen. Das Treffen war überstürzt angesetzt worden. Die Gespräche liefen oft wirr durcheinander. Vertreter der Tschechoslowakei, über deren Schicksal verhandelt wurde, waren nicht zugelassen. Wenn nicht Mussolini eine Art Memorandum mitgebracht hätte, das vom Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amts, Weizsäcker, zusammen mit Göring und dem früheren Aussenminister Neurath ausgearbeitet worden war, hätte es sogar an einer Verhandlungsgrundlage gefehlt.

Die Gespräche begannen am 29. September 1938 um Mittag kurz vor ein Uhr, und sie zogen sich bis über Mitternacht hinaus hin. Schliesslich setzten in den frühen Morgenstunden des 30. September die Regierungschefs der vier Staaten ihre Unterschrift unter ein Abkommen, das praktisch Hitler alle von ihm in Godesberg erhobenen Forderungen zugestand. Selbst der Stichtag, den er sich selbst im Mai gesetzt

hatte, war eingehalten worden: Am 1. Oktober überschritten deutsche Truppen die tschechoslowakische Grenze, um einen Teil der Sudetengebiete in Besitz zu nehmen. Die Besetzung der übrigen Gebiete sollte in den folgenden Tagen abschnittsweise vor sich gehen und am 10. Oktober beendet sein.

Unzufriedenheit Hitlers

Hitler hatte wieder einmal triumphiert und ohne Schwertstreich seinen Machtbereich vergrößert. Aber der «Führer» selbst empfand das Münchner Abkommen keineswegs als seinen Triumph. Er hatte nicht, wie er es wollte, die ganze Tschechoslowakei erobert, sondern nur einen Teil. Der von ihm erhoffte spektakuläre, aber aller Voraussicht nach leicht zu erringende militärische Sieg seiner Wehrmacht über die viel kleinere tschechische Armee war ihm vorenthalten worden. Die Begegnung von München hatte in Hitler, der zwar in dem ihm ungewohnten Konferenzklima ausgesprochen linkisch wirkte, die Meinung hinterlassen, sowohl der britische Premierminister Chamberlain wie der französische Ministerpräsident Daladier seien Männer, die es nicht gewagt hätten, einen gewaltsamen Überfall auf die Tschechoslowakei mit der Kriegserklärung an Deutschland zu beantworten. Er hatte das Gefühl, in München sei nur halbe Sache gemacht worden; er war entschlossen, die andere Hälfte so rasch als möglich nachzuholen: Wenige Tage später unterzeichnete er bereits die Weisung für die Besetzung des Restes der Tschechoslowakei.

Ohne Zweifel bestärkte das Nachgeben der Westmächte in Hitler den Entschluss, es bei nächster Gelegenheit auf einen Krieg mit den Westmächten ankommen zu lassen. «Unsere Gegner sind kleine Würmchen», sagte er ein Jahr später zu seinen Generälen; «ich sah sie in München ...»

Jubel und Skepsis

In Westeuropa löste die Nachricht vom Abschluss des Münchner Abkommens zunächst einen Jubel der Begeisterung aus, Chamberlain stieg in London mit dem Ausruf: «Peace for our time» aus dem Flugzeug. Zur Bekräftigung schwenkte er ein Stück Papier, auf dem er am Vormittag des 30. September in München zusammen mit Hitler ein weiteres Abkommen unterzeichnet hatte, das eine Art Konsultationsvertrag zwischen Deutschland und Grossbritannien darstellte und das vorsah, künftige Konflikte zwischen den beiden Ländern zu vermeiden. Auch Daladier wurde stürmisch gefeiert, als er, skeptisch und unsicher, wie man in Paris die Opferung des tschechoslowakischen Verbündeten aufnehmen werde, nach Frankreich zurückkehrte.

Aber es erhoben sich auch andere Stimmen. Aus Protest gegen das Münchner Abkommen trat in London Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, zurück. Im Unterhaus erhob sich Winston Churchill, um die erpresserischen Methoden Hitlers

anzuprangern und zu prophezeien, dass dieses Abkommen Europa keinen Frieden bringe, sondern nur einen Aufschub bedeute. Die kurze Zeit begann, da sich die Geister schieden in «Munichois» und «Antimunichois».

Aus der zeitlichen Distanz erscheint die nach München führende Politik Chamberlains in ihrer Verblendung fast unbegreiflich. Der Preis, der ein Jahr später dafür bezahlt werden musste, als der Zweite Weltkrieg, den der britische Premier unter Gewährung selbst der äussersten Nachgiebigkeit zu vermeiden getrachtet hatte, doch ausbrach, war entsprechend hoch. Aber eine Lehre hat München doch erteilt, die ihre Gültigkeit behalten hat, die Lehre, dass durch eine Politik dauernder Konzessionen die Gefahr eines Krieges nicht gebannt werden kann und dass Entgegenkommen gegenüber einem totalitären Regime von diesem mit Bestimmtheit als Schwäche ausgelegt wird. München ist damit zum Synonym für eine Politik des Appeasements geworden, die heute noch dieselben Risiken und Drohungen in sich birgt wie im Jahr 1938.

Anatomie des nationalsozialistischen Rassenwahns

Die «Reichskristallnacht»

Der in der Nacht vom 9./10. November 1938 im ganzen Deutschen Reich wütende Judenpogrom, vom Regime bewusst inszeniert, war ein demonstratives Fanal. Er markiert, etwa sechs Jahre nach der «Machtergreifung», nicht nur zeitlich die Mitte der zwölfjährigen Hitlerherrschaft. Das, was später den vielleicht von den Nazis selbst erfundenen beschönigenden Namen «Reichskristallnacht» erhielt, trug zwar äusserlich die Züge des blindwütigen Radauantisemitismus, wie er in den ersten Monaten des Jahres 1933 von den machtrunkenen SA-Rabauken auf ihren Streifzügen durch deutsche Städte und Dörfer praktiziert worden war. Gleichzeitig aber leitet der Novemberpogrom von 1938 über zu einer forcierteren Gangart in der ebenso perfiden und bösartigen wie mit bürokratischer Kälte schrittweise durchgeführten, quasi legalen Entrechtung des Judentums, deren letzte Stationen das Ghetto und schliesslich die Todeskammern von Auschwitz waren.

Die Lehre vom Hoch- und Minderwertigen

Der brutale Antisemitismus und dessen sich nach 1933 unerbittlich vollziehende Eskalation waren die Konsequenz der in den politischen und sozialen Alltag umgesetzten, von den Gralshütern des «Ariertums» zum Mythos gesteigerten Rassenlehre. Man neigt dazu, den Nationalsozialismus primär als eine von wenig ideologischen Dogmen belastete, lediglich auf Erringung und Etablierung von Macht abzielende Bewegung einzustufen. Aber es gab, was immer der Einzelne daraus machen mochte, ein, wie Hitler es formuliert hatte, «granitenes Fundament» einer Weltanschauung, das unverrückbar blieb.

Diese Ideologie ging davon aus, dass alle höhere Kultur von einer einzigen allein wertvollen Rasse, den Ariern, geschaffen worden sei und von ihr getragen werde. Die Herrschaft dieser überlegenen Rasse werde aber bedroht durch eine unheimliche Macht von Minderwertigen, die durch Rassenmischung und Zersetzung des arischen Blutes auf eine Vernichtung der Höherwertigen abziele. Die Verkörperung dieser Macht seien die Juden, die überall in der Welt über einen ungeheuren Einfluss verfügten. Instrumente im Kampf gegen die Höherwertigen seien sowohl das Finanzkapital der westlichen Industrieländer wie der russische Bolschewismus. Diese jüdische Verschwörung zu zerschlagen und den Weltfeind Alljuda zu vernichten sei die

Aufgabe des Nationalsozialismus. Der Weg dazu führe über die Errichtung eines die Erhaltung und Hochzüchtung der arischen Rasse erstrebenden mächtigen Deutschen Reiches, dem dadurch nicht nur die Hegemonie über Europa, sondern schliesslich automatisch auch die Weltherrschaft zufallen werde.

Man mag einwenden, dass solch haarsträubender Unsinn selbst innerhalb des Nationalsozialismus nur von wenigen zum Nennwert genommen wurde und in der von wirtschaftlichen, technischen und sozialen Zwängen bestimmten praktischen Politik nur eine agitatorische Begleitrolle gespielt habe. Wenn auch manche der führenden Nazis sich wenig um die Rassenlehre kümmerten und, wie etwa Göring und Goebbels, den Antisemitismus vor allem in ihr taktisches Kalkül einsetzten, so hat es doch auch viele andere gegeben.

An der Spitze stand der «Führer» Adolf Hitler selbst. Er scheint den Kampf gegen das Judentum als Auftrag einer göttlichen Vorsehung genommen zu haben. «Indem ich mich der Juden erwehre», schrieb er schon 1924, «kämpfe ich für das Werk des Herrn.» Von solchen frühen politischen Äusserungen an bis zu seinem als Vermächtnis gedachten, in den Ruinen Berlins 1945 aufgesetzten Testament zieht sich unentwegt das fanatische Bekenntnis zum Mythos der Rasse. Himmler und der Parteiideologe Rosenberg mögen mit individuellen Variationen ähnlich gedacht haben, ganz abgesehen vom pathologischen antisemitischen Hetzer Julius Streicher, dem Gauleiter von Nürnberg.

Auf vielfältige Weise erlebte die Bevölkerung im Dritten Reich die Indoktrination einer zum Wahn gesteigerten Rassenlehre. An den Universitäten wurden Lehrstühle für Rassenkunde eingerichtet, und es gab Professoren, die ihr einen Anflug von Wissenschaftlichkeit verliehen. An den Schulen wurde Rassenkunde zum Pflicht- und Prüfungsfach. In der Presse und im Rundfunk hielt seit dem 30. Januar 1933 eine mehr oder minder starke antisemitische Agitation ununterbrochen an.

Endziel physische Vernichtung

Die Konsequenz einer solchen Weltanschauung konnte, sofern sie logisch durchdacht wurde, nur die Vernichtung der Mächte der Finsternis sein. Bei der biologischen Basis des nationalsozialistischen Antisemitismus, dem Denken in eugenischen Kategorien und dem Drang, im Lebenszeitraum einer einzigen Generation eine «Endlösung» der Judenfrage zu finden, bedeutete das, dass von vornherein die physische Ausrottung der als minderwertig und böse eingestuft Rasse in Betracht gezogen wurde. Zwar hat die antisemitische Politik des Dritten Reiches verschiedene Stufen durchlaufen. Es handelte sich aber, wie Hermann Graml in seinem Buch über die «Reichskristallnacht» feststellt, um einen «Prozess, der keineswegs als Radikalisierung, sondern lediglich als Reifung einer ihrem Wesen nach radikalen Überzeugung zu charakterisieren ist, als eine Reifung freilich, die zu ihrer Vollendung die bis-

her durchlaufenen Stationen durchaus brauchte. In logischer Fortsetzung dieses Prozesses wurde nach Entrechtung, Isolierung und Enteignung als nächstes und eigentliches Ziel die Ausrottung der Juden denkbar und wünschbar.»*

Stufen der Diskriminierung

Tatsächlich war die nationalsozialistische Judenpolitik in den sechs Jahren vor der «Kristallnacht» gekennzeichnet durch eine akzelerierende Dynamik. An diesem Grundtrend ändert auch die Tatsache nichts, dass es Phasen der Ruhe gab, für Monate oder Wochen wenigstens. Agitation, diskriminierende Gesetzgebung und nackter Terror liefen aber kontinuierlich nebeneinander her und arbeiteten sich in die Hand. Noch einmal Hermann Graml: «Antijüdische Massnahmen... erwiesen sich stets als blosse Etappen, hinter denen sich, kaum waren sie erreicht, sogleich noch endgültigere Lösungen abzeichneten, die sich dann nach ihrer Verwirklichung wieder nur als Nahziele entpuppten.»

Dem Ausschluss der Juden aus dem öffentlichen Leben in den Jahren 1933 und 1934 folgte 1935 die Isolierung durch die Nürnberger Rassengesetze, die in völliger Verkennung der Realitäten damals von vielen, selbst von Juden, als eine tragbare Lösung betrachtet wurden, als eine Art durchaus akzeptabler Apartheid. Aussenpolitische Rücksichtnahmen und die Olympischen Spiele zwangen dem Regime 1936 eine gewisse Zurückhaltung auf. Auch die Ermordung des Landesgruppenleiters Schweiz der NSDAP in Davos veranlasste die NS-Machthaber zu keinen schwereren Repressalien gegenüber den deutschen Juden. 1937 wurde der Druck schärfer. Er richtete sich diesmal gegen die wirtschaftlichen Positionen der in Deutschland verbliebenen Juden. Das wegen der forcierten Aufrüstung und der auf schwankenden Grundlagen sanierten Wirtschaft sich ständig in finanziellen Engpässen befindende Regime suchte zusätzliche Mittel aus der deutschen Judenheit herauszupressen.

Schicksalsjahr 1938

Das Jahr 1938 brachte mit dem Anschluss Österreichs eine weitere Verschärfung. In der «heimgekehrten Ostmark» organisierten die Hitler-Anhänger in ihrem Siegesrausch einen auf private Bereicherung aus gerichteten Raubfeldzug gegen jüdische Betriebe. Die Berliner Zentrale reagierte mit staatlichen Massnahmen, die auf eine Ausplünderung und anschliessende Austreibung der Juden abzielten. Als Mittel zur Erreichung dieser Ziele wurden wie üblich nebeneinander Terror und Ausnahmegesetzgebung verwendet. Im Juni 1938 erging der Befehl, die Synagogen in München und Nürnberg niederzureissen.

* Hermann Graml, Reichskristallnacht, Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1988.

Im August wurde eine Verordnung erlassen, gemäss welcher den Juden das Tragen bestimmter Vornamen und der Zusatznamen «Israel» bzw. «Sara» aufgezwungen wurde. Anfang Oktober kam das berüchtigte «J» in die Pässe der Juden (wie oben erläutert, hat die Schweiz dabei eine wenig rühmliche Rolle gespielt). Und am 14. Oktober erklärte Generalfeldmarschall Göring, Beauftragter für die Durchführung des Vier-Jahres-Planes und damit eine Art deutscher Wirtschaftsdiktator, die Juden müssten jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, «denn sie müssen aus der Wirtschaft raus».

Das Attentat von Paris

Das war die Lage der Juden in Deutschland, als in Paris am Vormittag des 7. November 1938 der 17jährige polnische Jude Herschel Grynszpan in den Räumen der deutschen Botschaft den jungen Diplomaten Ernst vom Rath niederschoss. Grynszpan wollte damit ein Zeichen setzen und die Welt auf das Schicksal der deutschen Juden aufmerksam machen. Er hatte ohne Zweifel auch persönliche Motive. Seine Familie war aus Deutschland deportiert worden und irrte in jenen Tagen im Niemandsland an der polnischen Grenze umher, da die Warschauer Behörden die Aufnahme aller Juden verweigerten, die länger als fünf Jahre im Ausland gelebt hatten. Die Tat Grynszpans gab dem Nazi-Regime die willkommene Gelegenheit, seinen ungebrochenen terroristisch-revolutionären Drang nach dem Abkommen von München zu demonstrieren. Die sich auf eine Phase der Beruhigung einrichtende Bevölkerung sollte aufgeschreckt und zugleich die Judenverfolgung wieder verschärft werden.

Die Ereignisse in der Nacht vom 9./10. November 1938 lassen sich auf Grund der vorhandenen Akten und Dokumente bis ins letzte Detail rekonstruieren. Die Nachricht, dass der angeschossene Diplomat in Paris gestorben sei, erreichte Hitler beim alljährlichen Treffen der «alten Kämpfer» in München. Der «Führer» überliess in diesem Falle Goebbels die Regie, der den anwesenden «harten Kern» der Bewegung zu antisemitischen Ausschreitungen aufputschte, bei denen die Partei sich als Organisator möglichst im Hintergrund zu halten habe. Es sollte nach «spontanem» Volkszorn aussehen. Goebbels' Intentionen wurden nicht überall verstanden. Im ganzen Reich spielten sich jedenfalls die nun folgenden Ausschreitungen mit unterschiedlicher Intensität nach dem gleichen Schema ab, so dass die organisierende Hand dahinter leicht zu erkennen war. Jüdische Geschäfte wurden ausgeräumt, jüdische Wohnungen gestürmt, Synagogen niedergebrannt. Polizei und SS wurden erst spät informiert; die Weisung hiess, sich zurückzuhalten; die Feuerwehr sollte lediglich das Übergreifen der Brände auf «arische» Wohngebäude verhindern. Die Gestapo leitete in der gleichen Nacht eine längst vorbereitete Verhaftungsaktion ein, in der über 20'000 meist wohlhabende jüdische Männer festgenommen und in Konzentra-

tionslager eingeliefert wurden. Die jüdischen Opfer wurden in gemeinster Weise misshandelt, gequält und gedemütigt. 91 Todesopfer, darunter auch Frauen, waren die blutige Bilanz dieser Mordnacht.

Neue Phase der antijüdischen Politik

War der Pogrom ein von der Führung gebilligter und gewollter Rückfall in die Rowdy-Gewohnheiten der Jahre 1933 und 1934? Rein äusserlich musste der Verlauf der Ausschreitungen diesen Anschein erwecken. Tatsächlich aber bedeutete die Raub- und Mordaktion des 9./10. November 1938 den Beginn einer neuen Phase der antijüdischen Politik in Deutschland. Enteignung und Austreibung wurden zwar noch weitergeführt, aber bereits zeichnete sich hinter ihnen immer unverhüllter der Wille des Regimes ab, die Juden physisch zu vernichten. Keiner der Täter, die Juden umgebracht hatten, wurde gerichtlich verurteilt, weder wegen Totschlags noch wegen Mordes.

Die neuen Richtlinien der Judenpolitik wurden in einer von Göring geleiteten Sitzung im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938 festgelegt. Die Besprechung ist wörtlich protokolliert worden – sie ist getragen von einem Zynismus, der jeder Beschreibung spottet. Göring tobte wegen der wirtschaftlichen und materiellen Werte, die in dieser Nacht zugrunde gerichtet worden seien. Lieber wäre ihm gewesen, man hätte 200 Juden totgeschlagen, als so viele Fensterscheiben zertrümmert oder Pelze und Diamanten gestohlen. Goebbels forderte eine verschärfte Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Juden. Heydrich referierte kühl über die Zahl der Todesopfer und die Verhaftungswelle. Der Vertreter der deutschen Versicherungsgesellschaften hatte nichts anderes im Sinn, als den guten Ruf des Versicherungsgewerbes zu wahren durch Auszahlung der Schadenssummen, was Göring wiederum, wie er sagte, die «Wand hochtrieb», bis er merkte, dass man über eventuelle Rückversicherungen im Ausland möglicherweise an Devisen herankommen könne.

Das Gespräch dieser führenden Repräsentanten einer europäischen Grossmacht bewegte sich in Stil und Niveau im Rahmen von Auseinandersetzungen, wie sie etwa eine Gangsterbande zu führen pflegt, die entgangenes Diebesgut beklagt und gierig auf neuen Raub aus ist. Von irgendwelchen Gefühlen des Bedauerns mit den Opfern keine Spur, auch kein Hauch davon, dass das Reich im Ausland an Prestige verloren und das Regime auch im Innern auf eine breite (allerdings kaum je zu einem eindrucksvollen Protest sich verdeutlichende) Kritik gestossen sei. Der britische Geschäftsträger charakterisierte die Situation treffend, als er am 16. November in einem Telegramm nach London schrieb, die Ausschreitungen seien zwar selbst von überzeugten Nationalsozialisten missbilligt worden, aber er fürchte, so wörtlich, dass

dies «keinerlei Einfluss auf die Horde von Wahnsinnigen haben wird, die gegenwärtig Deutschland beherrscht».

Der Besprechung bei Göring am 12. November folgte ein wahrer Hexensabbat antisemitischer Verordnungen. Die Juden wurden gezwungen, die in der Nacht vom 9./10. November entstandenen Schäden selbst zu beseitigen. Es wurde ihnen verboten, selbständige Unternehmen zu führen oder in leitender Stellung tätig zu sein. Besitz von Grundeigentum war ihnen untersagt, ebenso der freie Umgang mit Edelmetallen, Schmuck und Kunstgegenständen. Juden durften nun auch nicht mehr Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker sein. Der Besuch von Theatern, Kinos, Zirkusvorstellungen, Varietes, Kabarets und sonstigen künstlerischen Darbietungen war ihnen verboten, ja selbst Brieftauben durften sie nicht mehr besitzen. Die Bewegungsfreiheit der Juden auf Reisen oder an ihren Wohnorten wurde räumlich und zeitlich begrenzt; es wurden Sperrbezirke, der sogenannte Judenbann, eingerichtet. Um den Raubzug voll zu machen, erhielten die Juden schliesslich noch ein Bussgeld in der Höhe von einer Milliarde Reichsmark auf erlegt, eine für damalige Vorstellungen ungeheure Summe.

Freie Bahn für die «Endlösung»

Die Juden wurden damit unter ein Ausnahmerecht gestellt, wie es sonst nur in Kriegszeiten üblich war. Schon früh gibt es Beweise dafür, dass die Nazi-Führung entschlossen war, den Krieg zu benützen, um die Juden endgültig zu vernichten. Die Gesetzgebung nach dem Novemberpogrom schuf die Grundlage dazu. An der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium sagte Göring, in einem kommenden aussenpolitischen Konflikt werde in Deutschland in allererster Linie eine grosse Abrechnung mit den Juden vollzogen werden. Und am 30. Januar 1939 spielte sich Hitler in seiner Rede vor dem Reichstag als ein die jüdische Weltverschwörung zwischen Kapitalismus und Bolschewismus durchschauender «Prophet» auf: «Ich will heute wieder ein Prophet sein», sagte er. «Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.» Ein halbes Jahr später war der Krieg da, und der Prophet konnte daran gehen, seine Prophezeiung wahrzumachen.

Der Todesstoss gegen die Tschechoslowakei

Auftakt zum Zweiten Weltkrieg

Die Tschechoslowakei, die im März 1939 vom Deutschen Reich zertrümmert wurde, war nicht mehr der 1919 in Versailles geschaffene und später von Masaryk und Benesch geleitete Staat. Das Münchner Abkommen vom 30. September 1938 hatte nicht nur den Weg zur Abtrennung der Randgebiete der Tschechoslowakei an Deutschland, Ungarn und Polen eröffnet, sondern auch zu einer inneren Umgestaltung des Landes geführt. Aus der zentralistischen Republik wurde eine Föderation, bestehend aus den beiden «historischen Ländern» Böhmen und Mähren, der Slowakei und der Karpatho-Ukraine. Die Slowaken und die Ukrainer erhielten formal eine weitgehende Autonomie. Die Klammer zwischen den drei Teilen des neuen Staates, der sich im Gegensatz zum früheren nun «Tschecho-Slowakei» nannte (von vielen als «Bindestrich-Staat» verspottet), bildeten der Staatspräsident und ein die Ressorts Auswärtiges, Verteidigung, Finanzen und Verkehr betreuendes Kabinett. Alle anderen Bereiche lagen in der Zuständigkeit der einzelnen Teilrepubliken. In Bratislava etablierte sich eine slowakische Regierung, in Chust eine karpatho-ukrainische.

Es gab aber noch weitere tiefgreifende Veränderungen. Das rege, sich am französischen Vorbild orientierende innenpolitische Leben der Ersten Republik verschwand. In Böhmen und Mähren überlebten nur zwei Parteien das Münchner Abkommen, in der Slowakei nur eine einzige, in der Karpatho-Ukraine kam es in der kurzen Zeit ihrer autonomen Existenz überhaupt nicht zu einem nach demokratischen Normen sich abspielenden politischen Leben. Untereinander waren die drei Teile des neuen Staatswesens verfeindet. Von Böhmen und Mähren als wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebieten waren schon zur Zeit der alten Tschechoslowakei die wichtigsten Impulse nach den östlichen Bereichen des jungen Staats ausgegangen. Das änderte sich nach dem Abkommen München nicht von einem Tag auf den anderen. Misstrauisch verfolgten vor allem die Slowaken jede politische Regung Prags und suchten nach den geringsten Spuren eines wiedererwachenden tschechischen Zentralismus. An der Spitze des Landes stand ein wohlbeleibter, bequemer Geistlicher, der Monsignore Tiso, der von den Scharfmachern unter seinen politischen Freunden, welche für eine völlige Loslösung der Slowakei und für die Unabhängigkeit dieses Landesteiles waren, in eine wenig komfortable Position gedrängt wurde.

Von aussen bedrängt

Möglicherweise hätte die neue föderative Tschechoslowakei dem inneren Druck standhalten können, wäre sie nicht auch aussenpolitisch weiterhin in die Zange genommen worden, denn die Profiteure des Münchner Abkommens waren keineswegs befriedigt von der Beute, die ihnen im Herbst 1938 zugefallen war. Voran Hitler, der sich um einen leichten militärischen Erfolg und um den Einzug an der Spitze seiner Truppen in Prag geprellt glaubte, bereute bald, dass er sich von dem britischen Premierminister Chamberlain und dem französischen Ministerpräsidenten Daladier zu dem Vertrag hatte drängen lassen.

Aber auch Ungarns Appetit war nicht gestillt. Ihm war im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 ein breiter Streifen Landes im Süden der Tschechoslowakei zugesprochen worden, das von einer mehrheitlich ungarisch sprechenden Bevölkerung bewohnt war. Am liebsten hätte Ungarn die ganze Slowakei geschluckt und die Karpatho-Ukraine dazu. Hier liefen die Interessen von Budapest mit jenen Polens gemeinsam, das eine Ausmerzung des neuen kleinen Gebildes am Ostzipfel der Tschechoslowakei wünschte, weil Warschau fürchtete, von hier werde ein ukrainischer Separatismus auch nach Polen ausstrahlen.

So von aussen und innen bedrängt, war die Tschechoslowakei praktisch zum Tode verurteilt. Ohne die Unterstützung der Westmächte war sie hilflos dem übermächtigen Nachbarn Deutschland und dessen Trabanten ausgeliefert, die das Land umklammerten. Die einzige Chance sah sie in einer engen Anlehnung an das Deutsche Reich. Die neue Regierung in Prag überbot sich denn auch in an Hitler gerichteten Ergebenheitserklärungen. Präsident der Republik war nach Beneschs Weggang Dr. Emil Hacha geworden, ein unpolitischer Verwaltungsrechtsgelehrter, Außenminister Frantisek Chwalkowsky, früher Gesandter in Rom, der als Kenner des Faschismus und der Achsenpolitik galt. Die beiden schienen trefflich geeignet, durch Nachgiebigkeit den aggressiven Hitler zu besänftigen.

Ein solches Verhalten ermunterte die Machthaber in Berlin, ihren Würgegriff um die wehrlos der Willkür Deutschlands ausgelieferte Tschechoslowakei zu verstärken. Die Frage stellte sich nur noch, in welcher Form das Reich seine Macht zur Geltung bringen werde. Die Experten des Auswärtigen Amtes unter massgebender Führung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker arbeiteten ein Szenario aus, das auf die Abtrennung der Slowakei vom neuen Staatsverband hinauslief und Böhmen sowie Mähren unter formeller Belassung ihrer Selbständigkeit mit einem Freundschaftsvertrag eng an Deutschland gebunden hätte. Aber für Hitler und den ihn bedingungslos unterstützenden Außenminister von Ribbentrop war das zu wenig. Sie wollten die «Rest-Tschechei» ganz haben, und zwar bedingungslos.

Beginn der Zertrümmerung

Mitte Februar 1939 wurde von Deutschland aus die entscheidende Phase der Zertrümmerung des tschechoslowakischen Staates eingeleitet. Die nationalsozialistische Führung bediente sich dabei nach dem 1938 bewährten Vorbild der deutschen Minderheit und der Extremisten in der Slowakei als Helfershelfer. Am 12. Februar reiste der auf die volle Unabhängigkeit seines Landes drängende slowakische Minister Tuka nach Berlin zu Hitler und bat ihn, sich der angeblich von den Tschechen bedrängten Slowaken anzunehmen. Nach Tukas Rückkehr steigerten sich die Unruhen in der Slowakei. Die tschechische Zentralregierung musste reagieren, wollte sie nicht jede Autorität in der Slowakei einbüßen. Am 9. März erklärte Staatspräsident Hacha die Regierung Tiso als abgesetzt. Über die Slowakei wurde das Kriegsrecht verhängt, tschechisches Militär besetzte die wichtigsten Städte des Landes.

Das war das Signal, auf das Hitler gewartet hatte. Nun reagierte er blitzschnell. Die deutsche Propaganda begann auf Hochtouren zu laufen. Goebbels legte die alten Platten wieder auf, und die Presse überschlug sich in Berichten über Verfolgung von Deutschen und über angeblich unerträglich gewordenen tschechischen Terror. Führende slowakische Extremisten flohen nach Wien und erhielten dort freie Hand in ihrer Agitation für eine Lostrennung der Slowakei.

Der Film lief aber nicht völlig nach dem Wunsch Berlins ab. Die Slowaken zögerten und schreckten vor dem letzten Schritt zurück. Darauf wurde am 13. März der abgesetzte slowakische Regierungschef Tiso nach der Reichshauptstadt zitiert. Hier machte Hitler dem zwischen Furcht und Entschlossenheit schwankenden Geistlichen klar, dass er zu parieren und nun die Unabhängigkeit der Slowakei zu proklamieren habe. Andernfalls werde Deutschland den Ungarn freie Hand zur Besetzung des ganzen Landes lassen. Tiso gehorchte schliesslich, reiste nach Bratislava zurück und erfüllte am 14. März den Befehl des deutschen «Führers». Der erste Schritt zur Auflösung der Tschechoslowakei war getan.

Mitternächtliche Erpressung

Nun entartete das ganze politische Spiel zu einem üblen Schmierstück, dessen Regisseur unschwer zu bezeichnen ist. In ihrer Zwangslage sahen Präsident Hacha und sein Aussenminister Chwalkowsky die letzte Chance in einer direkten Aussprache mit dem Diktator in Berlin. Hitler liess die beiden kommen und empfing sie am 14./15. März zu mitternächtlicher Stunde in der Reichskanzlei. Er schüchterte sie, wie schon ein Jahr zuvor den österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg, mit masslosen Beschimpfungen ein und liess seine Generäle aufmarschieren. Der von

einer Entfettungskur aus San Remo zurückbeordnete Marschall Göring leistete Schützenhilfe und drohte, mit seinen Flugzeugen die tschechischen Städte erbarungslos in Schutt und Asche zu legen, falls Hacha nicht ein vorbereitetes Schriftstück unterzeichne. Darin sollte der tschechische Präsident den Wunsch äussern, das Schicksal seines Landes «vertrauensvoll in die Hände des Führers und Reichskanzlers» zu legen. Der herzschwache Hacha fiel in Ohnmacht und musste mit den Spritzen des zwielichtigen Hitler-Leibarztes Morell wieder aufgeputzt werden.

Es war eine makabre Szene. Hitlers Chefdolmetscher Schmidt hat das später so geschildert: «Sie jagten Dr. Hacha und Herrn Chwalkowsky buchstäblich um den Tisch, auf dem die Dokumente lagen, schoben sie ihnen immer wieder hin, drückten ihnen die Federhalter in die Hand und wiederholten unablässig, wenn die Unterschriften nicht gegeben würden, läge halb Prag in zwei Stunden in Trümmern, und das wäre erst der Anfang. Hunderte von Bombern warteten auf den Startbefehl, und der würde um 6 Uhr gegeben, wenn nicht unterzeichnet wäre.» Kurz vor 4 Uhr früh unterschrieb Hacha.*

Hitler hatte seinen Triumph. Im Schneegestöber fuhr er seinen Truppen nach, die nun in die tschechischen Kernlande einrückten, und bezog Residenz auf dem Hradschin. Hier verkündete er am 16. März das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. In ohnmächtigem Zorn mussten die Tschechen zusehen, dass sie völkerrechtlich auf einen Status erniedrigt wurden, wie ihn die Kolonialmächte damals etwa nordafrikanischen Ländern auferlegt hatten. Der nationalsozialistische Wille zur Unterdrückung und Knechtung fremder Völker enthüllte sich erstmals in seiner ganzen Brutalität.

Ende des Appeasements

Die Zerstörung der Tschechoslowakei markierte die entscheidende Zäsur in der Aggressionspolitik des Dritten Reiches. Der britische Botschafter Sir Neville Henderson, 1937 von Chamberlain nach Berlin geschickt, um die Appeasement-Politik durchzuführen, erkannte den Fehlschlag seiner Mission.

Empört und zornig reagierte auch Premierminister Chamberlain. Vom Mann mit dem Regenschirm, der in München geglaubt hatte, Peace for our time erreicht zu haben, kamen nun – zu spät, um Hitler noch zu beeindrucken – energischere Töne. In einer Rede in Birmingham fragte er am 17. März: «Was ist aus der Erklärung: ‚Keine weiteren territorialen Forderungen«, was aus Herrn Hitlers Versicherung: ‚Wir wollen gar keine Tschechen« geworden? ... Wir müssen uns alle die Frage vorlegen: Geht ein altes Abenteuer zu Ende oder fängt ein neues an? Ist das tatsächlich ein Schritt in der Richtung, die Welt durch Gewalt beherrschen zu wollen? ...» Und Chamberlain antwortete darauf selbst mit unmissverständlicher Deutlichkeit: «Ich

* Paul Otto Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne, Bonn 1950

fühle mich verpflichtet, zu erklären, dass kein grösserer Irrtum begangen werden könnte, als anzunehmen, dass unser Volk, weil es den Krieg für eine sinnlose und grausame Angelegenheit hält, so viel von seinem Selbstbewusstsein eingebüsst habe, um nicht alles in seiner Macht Stehende zu tun, eine solche Herausforderung zurückzuweisen.»

Auf den Strassen Londons kam es zu Demonstrationen. «Stoppt den Aggressor!» wurde gefordert. Hitler kümmerte das wenig. Seinen Aussenminister wies er an, die zu erwartenden Proteste der Westmächte gar nicht erst entgegenzunehmen. Tempo und Dynamik der politischen Aktivität wurden noch gesteigert. Wenige Tage nach der Eingliederung Böhmens und Mährens erhielt auch die Slowakei deutschen «Schutz», und die Wehrmacht übernahm Stützpunkte in diesem Land. Am 21. März wurde von Polen in demonstrativer Form die Abtretung Danzigs verlangt. Am Tag darauf erzwangen die Deutschen von Litauen die Abtretung des Memellandes, und Hitler hielt hier seinen nächsten Einzug.

Die Garantie an Polen

Die Rückgliederung Memels war der letzte «friedliche» Einmarsch der Deutschen vor Kriegsausbruch. Das als nächstes Opfer ausersehene Polen liess sich nicht so leicht einschüchtern. Am 26. März lehnte es Hitlers Forderung nach Danzig und nach Transitrechten durch den Ostpreussen vom Reich trennenden Korridor ab. Fünf Tage später verkündete Premierminister Chamberlain im Unterhaus, Grossbritannien habe in Übereinstimmung mit Frankreich Polen eine Garantie für die Erhaltung seiner Unabhängigkeit gegeben. Ein Angriff auf Polen bedeute Krieg. Nie zuvor war Grossbritannien im Frieden einem europäischen Staat gegenüber eine so weit gehende Verpflichtung eingegangen. Der sich in seinen Triumphphen sonnende Hitler verstand das Menetekel nicht. Die deutsche Politik trieb die polnische Krise im Sommer 1939 zur letzten Zuspitzung.

Die Besetzung der Tschechoslowakei war ein Wendepunkt. Der Nationalsozialismus entlarvte sich selbst. Er zeigte nun auch dem Gutgläubigsten sichtbar die Fratze der hemmungslosen Gewaltherrschaft, die alle Versprechungen und Verträge missachtete und die Freiheit fremder Völker zu unterdrücken sich anschickte. Als Antwort darauf blieb nur der Krieg, um Europa und die Welt vor dieser Tyrannei zu schützen.



Hitler und Stalin teilen Osteuropa unter sich auf. Gestrichelt ist die am 23. August 1939 vereinbarte Demarkationslinie, ausgezogen die am 30. September 1939 festgelegte Grenze des Einflussbereichs der beiden Mächte. Hitler verzichtet auf Litauen, Stalin gibt ihm dafür polnische Gebiete zwischen Weichsel und Bug.

Die unheilige Allianz

Der Hitler-Stalin-Pakt

In den an Überraschungstreichen und politischen Sensationen übersättigten, turbulenten dreissiger Jahren bedeutete der Hitler-Stalin-Pakt, der am 23. August 1939 zu mitternächtlicher Stunde im Kreml von den Aussenministern Molotow und von Ribbentrop unterzeichnet wurde, das Finale. Zwei ideologische Todfeinde, deren Agitprop-Apparate zuvor jahrelang unermüdlich den Gegner mit den übelsten Verwünschungen überschüttet hatten, reichten sich die Hand. Statt Kanonendonner gab es zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus plötzlich Schalmeienklänge. Die gläubigen Nachbeter der beiden grossen Führer, die sich damals in kaum zu überbietendem Byzantinismus huldigen liessen, mochten zwar innerlich verwirrt sein, aber die meisten machten die Kehrtwendung diszipliniert mit, unter inneren Vorbehalten selbstverständlich, wie sie später eifrig beteuerten.

Das Dokument vom 23. August 1939 ist in der Tat einer der unaufrichtigsten und hinterhältigsten Verträge des zwanzigsten Jahrhunderts. Die beiden Kontrahenten überlegten schon im Augenblick, als die Unterschriften unter das Abkommen gesetzt waren, wie sie den neuen Partner später überlisten könnten, und jeder wusste, dass der andere so dachte. Wer hat damals wen düpiert? Auch wenn man geneigt sein mag, rückblickend Stalin als den Gewinner und Hitler als den Verlierer hinzustellen, so hängt das weniger mit dem Vertrag selbst als mit dem Ausgang des Krieges zusammen. Gemessen an dem, was die beiden Diktatoren sich von ihrer Vereinbarung erhofft hatten, waren sie alle beide betrogene Betrüger. Die Rechnung bezahlten ihre Völker.

Umworbener Kremlherrscher

Rein machtpolitisch – und aus diesem Aspekt wird man das Abkommen wohl betrachten müssen – war der Pakt das Ergebnis der verschärften Spannungen, die seit Hitlers Annexion der Tschechoslowakei im März 1939 in Europa herrschten. Die Westmächte, die wenige Monate zuvor Deutschland in München vertraglich eingebunden zu haben glaubten, sahen sich überspielt. Nun sollte der wortbrüchige Aggressor endlich gestoppt werden. Sie gingen daran, ein enges Netz von Vereinbarungen mit den osteuropäischen Staaten zu schaffen, um so gegen Deutschland eine wirksame Abwehrfront aufzubauen. Polen, Rumänien und Griechenland erhielten

von Grossbritannien und Frankreich Garantieverprechen. Deren Wert blieb so lange zweifelhaft, als nicht auch die grosse östliche Nachbarmacht, die Sowjetunion, in die Linie gegen Hitler eingereiht war.

Damit aber sah sich Stalin, der in München ausgeschlossen geblieben war, plötzlich in der Rolle des Umworbenen. Er begann zwar im Sommer 1939 Verhandlungen mit den Westmächten, führte diese aber bewusst hinhaltend und stellte Forderungen über Durchmarschrechte, beispielsweise in Polen, von denen er genau wusste, dass sie niemals angenommen würden. Auf der anderen Seite gab er Deutschland Signale, dass er zu Gesprächen bereit sei. Das tat er schon auf dem 18. Parteitag der KPdSU im März 1939 und später wieder im Mai durch die Entlassung Aussenminister Litwinows, eines Juden.

Umgekehrt liess Hitler nach der scharfen Reaktion der Westmächte auf sein tschechisches Abenteuer die antibolschewistische Kampagne in Deutschland drosseln. Er selber vermied in seinen Reden nun jeden Ausfall gegen Moskau. Die zwischen den beiden Staaten laufenden Wirtschaftsverhandlungen wurden von deutscher Seite forciert, und es wurde Wert daraufgelegt, den Russen klar zu machen, dass Berlin auch zu einem politischen Abkommen bereit sei. Die Unterhändler Stalins befolgten gegenüber den Deutschen die gleiche Hinhaltetaktik und machten Vorschläge über eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa, wobei Stalin bewusst die Forderungen recht hoch ansetzte.

Vom Handelsvertrag zum Nichtangriffspakt

Im August 1939 verschärfte sich die Krise um Polen. Schon im Frühjahr hatte Hitler in der Weisung zum «Fall Weiss» den Einmarsch der Wehrmacht in Polen auf den 1. September terminiert. Die militärischen Vorbereitungen waren auf dieses Datum ausgerichtet. Nun stand der Diktator vor der Tatsache, dass Grossbritannien und Frankreich ihre Garantie an Polen offensichtlich ernst nahmen. Ein Überfall auf dieses Land barg also das Risiko eines grossen europäischen Krieges in sich. Hitler war zwar bereit, eine solche Ausweitung des Konfliktes in Kauf zu nehmen, aber er wollte zuvor versuchen, Polen zu isolieren, in der Hoffnung, England und Frankreich würden vor einem Krieg zurückschrecken. Aus der Optik Hitlers war der Vertrag mit Stalin nur ein Mittel zum Zweck, um die Westmächte einzuschüchtern, ein «Teufelstrank» (wie er sagte), den er ihnen brauen wollte, um sie zu zwingen, ihr Polen gegebenes Wort zu brechen.

Als die Wirtschaftsverhandlungen zum Abschluss kamen und am 19. August ein deutsch-sowjetischer Handelsvertrag unterzeichnet wurde, griff Hitler ein. Er sandte am 20. August an Stalin ein persönliches Telegramm, in dem er die Ergänzung der Wirtschaftsvereinbarungen durch einen Nichtangriffspakt verlangte. Er akzeptierte die Bedingungen Stalins für die Abgrenzung der Interessensphären, die in einem ge-

heimen Zusatzabkommen umschrieben werden sollten. Zur Unterzeichnung werde Reichsaussenminister Ribbentrop, ausgestattet mit allen Vollmachten des «Führers», nach Moskau zu Stalin kommen.

Aufteilung Osteuropas

Nun überstürzen sich die Ereignisse. Schon am 21. August sagte Stalin in einem persönlichen Antworttelegramm an Hitler zu. Am 22. reiste Ribbentrop nach Moskau. Am 23. wurde kurz vor Mitternacht im Kreml das Abkommen unterzeichnet. Am 24. abends war Ribbentrop mit seiner Delegation bereits wieder in Berlin. Was er mitbrachte, war nach aussen hin ein keineswegs spektakulärer Nichtangriffspakt, ähnlich zahlreichen andern Abkommen der beiden Staaten. Die Sensation lag darin, dass gerade das Dritte Reich und die Sowjetunion die Partner waren. Eigentliche Brisanz erhielten die Vereinbarungen durch das geheime Zusatzprotokoll, das die Aufteilung Polens und die Abgrenzung der deutsch-sowjetischen Einflussbereiche festlegte. Hitler überantwortete Stalin Finnland, Estland und Lettland, dazu Polen östlich der Weichsel sowie das rumänische Bessarabien in der leicht zu durchschauenden Absicht, sich alles wieder zu holen, wenn er – was das unverrückbare Ziel seiner Aggressionspolitik war – die Sowjetunion unterjochen und in den Weiten des Ostens jenes grosse Kontinentalreich errichten würde, von dem er schon in «Mein Kampf» geschrieben hatte.

Der Überraschungscoup war geglückt. Hitler glaubte, er habe nun Polen da, wo er es haben wollte. Aber gegenüber den Westmächten ging die Rechnung nicht auf. Sie bekräftigten ihre Garantie für Polen. Hitler entfesselte am 1. September nach kurzem Zögern doch noch planmässig den Krieg mit Polen. Zwei Tage später kamen die Kriegserklärungen aus London und Paris und damit der Zweite Weltkrieg.

Der «Teufelstrank» hatte nur halb gewirkt. Er liess zwar Polen nun militärisch zur leichten Beute der Deutschen Wehrmacht werden, aber um den Preis eines Weltkrieges, auf den das Dritte Reich trotz massiver Aufrüstung in keiner Weise vorbereitet war. Stalin seinerseits kassierte, und zwar rasch. Er besetzte schon in der zweiten Septemberhälfte den östlichen Teil Polens, liess sich Ende September bei der endgültigen Abgrenzung der Einflussbereiche auf einen Tausch ein, indem ihm Hitler gegen einige polnische Gebiete auch Litauen überliess. Die drei baltischen Staaten kamen unter sowjetische Herrschaft. Zuerst wurden Militärstützpunkte errichtet, die endgültige Annexion erfolgte im Sommer 1940. Zu gleicher Zeit besetzten die Russen auch das 1919 zu Rumänien geschlagene Bessarabien und griffen schliesslich sogar über die mit Deutschland vereinbarte Linie hinaus nach der früher österreichischen Nordbukowina. Es waren alles billige, unblutige Erfolge. Lediglich

in Finnland war Moskau auf Widerstand gestossen. Es kam zu einem dreimonatigen Krieg, der im März 1940 beendet wurde, nachdem Finnland bereit war, in Karelien und am Nordmeer einige Landstriche an die Sowjetunion abzutreten.

Drachensaat

Stalin hatte seine unmittelbaren Ziele erreicht: Er vermochte die Sowjetunion zunächst aus dem Krieg herauszuhalten, für den er sich nicht gerüstet fühlte. Die sowjetische Grenze wurde weit nach Westen verschoben. Aber Stalin hatte nicht mit den raschen Erfolgen Hitlers gerechnet, der, mit sowjetischer Rückendeckung und unterstützt durch respektable sowjetische Hilfslieferungen, 1940 in wenigen Wochen ganz Westeuropa und im Frühjahr 1941 zudem noch den Balkan überrannte. Er hatte auch nicht damit gerechnet, dass Hitler, das ganze wirtschaftliche Potential der unterworfenen Länder hinter sich glaubend, nun ungeachtet des Krieges mit England tollkühn auch die Sowjetunion überfallen werde. Die Ausgangslage im Sommer 1941, als die Wehrmacht mit einer Millionenarmee von Finnland bis zum Schwarzen Meer aufmarschiert war und nun gen Osten aufbrach, war für die Rote Armee kaum günstiger als zwei Jahre zuvor. In wenigen Wochen verlor Stalin 1941 das wieder, was Hitler ihm 1939 leichten Herzens geschenkt hatte. Auch der sowjetische Diktator hatte zu büßen für den hinterhältigen Pakt mit dem wortbrüchigen Hitler.

Am erstaunlichsten bleibt, dass die unaufrichtigen Abkommen, welche die beiden Diktatoren 1939 abschlossen, richtunggebend für die Neuordnung Osteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg geworden sind. Die Linie, die im Sommer und Herbst 1939 in einem beispiellosen Länder- und Völkerschacher auf der vor Kurzem veröffentlichten, von Ribbentrop und Stalin signierten Landkarte gezogen worden sind, blieben nach 1945 im Grossen und Ganzen die Westgrenzen der Sowjetunion – die Einflussphäre Moskaus allerdings reichte weit darüber hinaus.

Das Unheil, das vom Hitler-Stalin-Pakt ausging, der den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gefördert, ja überhaupt erst ermöglicht hat, wirkte weiter. Vergeblich haben die Sowjets ihr schlechtes Gewissen über diese unheilige Allianz mit dem Todfeind während fünfzig Jahren dadurch zu beschwichtigen versucht, dass sie die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls einfach leugneten. Trotz Gewalt und Terror konnte der Wille nach Freiheit und Unabhängigkeit in den von Hitler und Stalin geknechteten Ländern in den vergangenen Jahrzehnten nicht ausgetilgt werden.

Hitlers Krieg

Eskalation einer zielgerichteten Aggression

Am 3. September 1939, dem Tag der Kriegserklärung Grossbritanniens und Frankreichs an das Deutsche Reich, schrieb der NZZ-Redaktor Albert Müller in seinem Kommentar zum Kriegsausbruch den Satz: «Man kann die Augen nicht verschliessen vor der Tatsache, dass die Verantwortung für diese europäische Katastrophe auf einem Mann liegt, der – viel eindeutiger als in früheren historischen Kontroversen über die Frage der Kriegsschuld – mit Name und Vorname bezeichnet werden kann.»

Der Krieg, der zwei Tage zuvor mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht in Polen seinen Anfang genommen hatte, war tatsächlich Hitlers Krieg. Es ist ein bemerkenswertes und ungewöhnliches Phänomen, dass in einer modernen Industriegesellschaft wie dem Europa des Jahres 1939, in der technische und wirtschaftliche Sachzwänge die Politik entscheidend beeinflussten, ein einzelner Mann so viel Macht und Autorität erlangen konnte, dass es ihm gelang, einen bewaffneten Konflikt zu entfesseln, der – seiner Eigengesetzlichkeit folgend – schliesslich in einen weltumspannenden Krieg mündete.

Die Faszination des Erfolges

Selbstverständlich war auch Hitler abhängig von äusseren Zwängen. Aber er hatte sich seit 1933 in kurzer Zeit in Deutschland eine Position als diktatorischer «Führer» aufgebaut, die 1939 unanfechtbar schien. Sein Prestige beim deutschen Volk war damals überwältigend. Er hatte die Arbeitslosigkeit überwunden, dem Bürger nach den von turbulenten Wirren erfüllten Jahren der Weimarer Republik wieder das Gefühl der Sicherheit und von Ruhe und Ordnung gegeben. Nach aussen hatte er dem Reich zu neuer internationaler Geltung verholfen, hatte den bei allen Deutschen verhassten Versailler Friedensvertrag in zahlreichen politischen Überraschungscoups «Zug um Zug zerrissen». Unter dem nationalsozialistischen Regime hatte Deutschland wieder aufgerüstet, hatte das entmilitarisierte Rheinland besetzt, Österreich und die Sudetenlande dem Reich einverleibt, und schliesslich hatte Hitler im März 1939 mit dem kühnen Handstreich auf Prag die Westmächte erneut überspielt.

Es war eine ununterbrochene Erfolgsserie gewagter Einzelaktionen. Die Besonderen in Deutschland, die vor der Abenteuerlichkeit des Diktators warnten, hatten im Nachhinein immer wieder Unrecht bekommen. Die Sieger von 1918 protestierten

zwar bei jedem neuen Gewaltakt, rührten aber keinen Finger, um die von ihnen geschaffene Friedensordnung zu verteidigen. In München hatten sich im Herbst 1938 Grossbritannien und Frankreich sogar herbeigelassen, mit der Abtrennung der strategisch wichtigen Randgebiete der Tschechoslowakei eine von ihnen selbst 1919 aufgebaute Bastion in Mitteleuropa zu räumen.

Vision und Sachzwänge

Hitler folgte in seiner Politik, die zum Kriege führte, seiner Vision vom grossen germanischen Reich im Osten Europas, die er schon 1924/25 in «Mein Kampf» verkündet hatte. Aber der Diktator befand sich auch in einer Zwangslage. Spätestens in der zweiten Hälfte 1937 war zu erkennen, dass trotz allen äusseren glänzenden Erfolgen das Dritte Reich auf finanzielle und wirtschaftliche Engpässe zusteuerte. Der Versuch, Deutschland aus den Verflechtungen der Weltwirtschaft herauszulösen und es «autark» zu machen – dies das Ziel des ersten Vierjahrplanes von 1936 –, war angesichts der Rohstoffarmut und der schmalen Ernährungsbasis des volkreichen Landes geradezu grotesk. Dazu hatte die forcierte Aufrüstung die Mittel des Reiches aufgezehrt. Selbst der «Finanzzauberer» Hjalmar Schacht wurde von der eigenen Dynamik überholt und sah sich schliesslich am Ende seines Lateins. Er sprang noch rechtzeitig vom Zug ab, indem er im Januar 1939 ein ungeschminktes Memorandum an Hitler richtete und sich weigerte, als Reichsbankpräsident einem Kredit von 100 Millionen Mark zuzustimmen, weil kein Geld mehr in der Reichskasse sei. Er flog danach aus seinem Amt; als Wirtschaftsminister war er schon ein Jahr zuvor durch einen der Partei willfähigen Mann ersetzt worden. Anfang 1939 gab es kaum mehr einen Zweifel – das Deutsche Reich, das auf dem Höhepunkt seiner äusseren Macht stand, war finanziell bankrott.

Die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation hatte schon im Herbst 1937 Hitler veranlasst, seinen aussenpolitischen Kurs zu verschärfen und zu beschleunigen, um einem drohenden Kollaps der Wirtschaft mit Mangelerscheinungen bei den wichtigsten Bedarfsgütern (was in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise bei der Butter schon damals deutlich erkennbar war) vorzubeugen und inflationäre Wirkungen zu verhindern. Als am 5. November 1937 Hitler in der Reichskanzlei einem engeren Kreis von Mitarbeitern seine künftigen politischen Pläne eröffnete, sagte der Diktator ganz klar, dass das Reich sich wirtschaftlich in einer Krise befinde und schweren Gefahren entgegenzugehen drohe. Der schon bei guten Ernten nicht unerhebliche Aufwand an Devisen zur Sicherstellung der Ernährung durch Einfuhr steigere sich bei Missernten zu katastrophalen Ausmassen, erklärte der «Führer». Die Möglichkeit der Katastrophe wachse in dem Masse der – vom Regime bewusst forcierten – Bevölkerungszunahme. Den Ernährungsschwierigkeiten durch Senkung des Le-

bensstandards und durch Rationalisierung auf die Dauer zu begegnen sei in einem Erdteil annähernd gleicher Lebenshaltung unmöglich. Seit mit der Lösung des Arbeitslosenproblems die volle Konsumkraft in Wirkung getreten sei, seien nur noch kleinere Korrekturen der landwirtschaftlichen Eigenproduktion, nicht aber eine tatsächliche Änderung der Ernährungsgrundlage möglich. Damit sei die Autarkie sowohl auf dem Gebiet der Ernährung als auch in der Totalität hinfällig. Zur gleichen Frage sagte Hitler noch pointierter kurz vor Kriegsausbruch: «Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können.»

Der Plan vom Angriffskrieg

Als Mittel dagegen empfahl er schon 1937 das alte Rezept, die innenpolitischen Schwierigkeiten durch aussenpolitische Abenteuer zu überspielen und einen eigentlichen Raubkrieg zu führen, um dem drohenden Mangel an lebenswichtigen Bedarfsgütern zuvorzukommen. Als Nahziel nannte er die Eroberung Österreichs und der Tschechoslowakei, die unbedingt dem Reich eingegliedert werden müssten. Es ist bemerkenswert, dass Hitler in diesem Kreis kein Wort über Befreiung unterdrückter Deutscher verlor – mit denen er nach aussen hin die «Heimholung» Österreichs und des Sudetenlandes später begründete-, sondern dass rein militärstrategische und wirtschaftliche Motive für ihn ausschlaggebend waren.

Hitler kam mit seinen Überlegungen bei seinen Zuhörern nicht gut an. Einige meldeten Bedenken an, vor allem Neurath, Blomberg und Fritsch. Sie warnten vor weiteren aussenpolitischen Eskapaden, weil diese Deutschland in einen globalen Konflikt verwickeln könnten, für den es weder militärisch noch wirtschaftlich noch psychologisch vorbereitet sei, und es würde diesen auch niemals gewinnen können. Die Äusserungen von Göring beschränkten sich auf Allgemeinheiten, Raeders Stellungnahme wurde in dem vom Wehrmachtsadjutanten Friedrich Hossbach erstellten Protokoll nicht erwähnt.

Hossbachs Protokoll ist später beim Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg 1945/46 als Schlüsseldokument der Anklage verwendet worden, um die These der Verschwörung und der Vorbereitung eines Angriffskrieges zu unterstützen. Andererseits versuchten im Nachhinein vereinzelt Historiker, die Bedeutung dieses Dokumentes und auch die Bedeutung der Aussprache in der Reichskanzlei vom 5. November 1937 herunterzuspielen. Tatsächlich sind an diesem Tag zwar keine entscheidenden Beschlüsse gefasst, aber es sind wichtige Weichen gestellt worden. Das beste Indiz dafür ist, dass die Einverleibung Österreichs und der Tschechoslowakei die nächsten bedeutenden Expansionsaktionen Deutschlands waren. Für wie wichtig Hitler die Aussprache ansah, zeigt sich weiter darin, dass die drei Opponen-

ten Neurath, Blomberg und Fritsch wenige Wochen später aus ihren Ämtern entfernt wurden, zum Teil unter unwürdigen und beleidigenden Umständen. An ihre Stelle traten willfährige Figuren wie Joachim von Ribbentrop, ein eingebildeter notorischer Ignorant, der als Botschafter in London kläglich versagt hatte und nun Außenminister wurde, sowie Walter von Brauchitsch, der Heeresoberbefehlshaber wurde, ein schwacher, weicher Charakter, den sich Hitler zudem persönlich verpflichtete, indem er ihm zur längst angestrebten Scheidung von seiner ungeliebten Gattin verhalf. So waren die Widerstrebenden aus der engeren Umgebung des «Führers» entfernt. Hitler machte gleichzeitig sich selbst zum Kriegsminister und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht und ging daran, seine Pläne zu verwirklichen.

Im März 1938 wurde Österreich annektiert. Ein halbes Jahr später entfesselte Hitler die Sudetenkrise, die fast zum Krieg geführt hätte, durch das Abkommen von München schliesslich aber auf friedliche Weise beigelegt wurde. Schon im März 1939 brach der Diktator die in München eingegangenen Vereinbarungen und zertrümmerte die Tschechoslowakei.

Prag als Wendepunkt

Was sich in der ein halbes Jahr dahinschleppenden Agonie des europäischen Friedens zwischen März und September 1939 ereignete, war über weite Strecken, sofern der Ablauf der Ereignisse von Berlin diktiert werden konnte, eine getreue Kopie der Krise vom Sommer 1938. Dieses Mal aber waren die Voraussetzungen anders. Und damit war auch der andere, der kriegerische Ausgang programmiert.

Wenige Tage nach der Eroberung der Tschechoslowakei hatte sich Hitler seinem nächsten Opfer zugewandt, Polen. Mit ihm bestand zwar seit 1934 ein Nichtangriffspakt, und noch im Herbst 1938 hatte sich Warschau als eifriger Supporter Hitlers an der Zerstückelung der Tschechoslowakei beteiligt. Nun sollte es der Eingliederung der seit 1919 neutralisierten Freien Stadt Danzig an Deutschland zustimmen und eine exterritoriale Strasse durch den Ostpreussen vom übrigen Reich trennenden «Korridor» bauen lassen. An sich waren das Forderungen, die, gemessen an dem, was Hitler sonst jeweils verlangte, noch massvoll waren. Aber nach den Ereignissen des März 1939 galt das Wort des Diktators zumindest in London und Paris nichts mehr, und es war unschwer vor auszusehen, dass eine Erfüllung der ersten Forderungen bald weitere, schwerwiegendere nach sich ziehen und schliesslich die Unabhängigkeit Polens gefährden würde.

Um dem zu wehren und eine ganz klare Situation zu schaffen, gaben Grossbritannien und Frankreich Ende März Polen eine Garantie seiner Unabhängigkeit. Wer Polens staatliche Integrität angreifen würde, dem warte der Krieg – eine unmissver-

ständige Warnung an Berlin. Hitler jedoch war weit davon entfernt, den Beteuerungen der britischen Politiker zu glauben, sie würden für Polen in einen Krieg ziehen. Die Garantie der beiden Westmächte betrachtete er als Bluff. Als Präsident Roosevelt im April 1939 in einem aufsehenerregenden Brief von Hitler eine Nichtangriffserklärung gegenüber 30 namentlich aufgezählten Ländern verlangte, übergoss Hitler in einer von Ironie und Selbstbewusstsein tiefenden Reichstagsrede den amerikanischen Präsidenten mit Hohn und Spott und lehnte sein Angebot ab. Er benützte die Situation, um den Nichtangriffspakt mit Polen aufzukündigen, ebenso das Flottenabkommen mit Grossbritannien. Die Unterzeichnung beider Vereinbarungen lag erst wenige Jahre zurück – ein weiteres Zeichen, was von Hitlers Vertragstreue zu halten war.

Der Pakt mit Stalin

Schwerer zu schaffen als der politisch naive Vorstoss Roosevelts machte Hitler der Versuch der Briten und Franzosen, mit der Sowjetunion zu einem Übereinkommen zu gelangen, um den Aggressor einzudämmen. Die deutsche Propaganda legte die schon 1914 mit einigem Erfolg gespielte Platte der «Einkreisung» Deutschlands auf und suchte die Neutralen mit dem bolschewistischen Schreckgespenst zu ängstigen. Heimlich aber bereitete Hitler das eigene Abkommen mit Stalin vor. Mit diesem «renversement des alliances» hoffte er, die Westmächte ein weiteres Mal zu über-tölpeln, Polen zu isolieren und damit die Situation reif zu machen für den Krieg, den er wollte. Der Streich gelang, nicht zuletzt wegen der Unbedenklichkeit und Skrupellosigkeit, mit der Hitler Stalin all jene Konzessionen in Osteuropa machte – sowjetische Hegemonie über Ostpolen, die baltischen Staaten und Finnland –, welche die Westmächte in den langen und zähen Verhandlungen mit den Russen stets verweigert hatten.

Der Pakt zwischen Hitler und Stalin vom 23. August 1939 machte den Krieg unausweichlich. Für Stalin war es ein Konflikt, aus dem er sich heraushalten wollte und von dem er zu profitieren hoffte. Diese Rechnung ging auf, zunächst wenigstens. Hitler wurde von Russland abgelenkt und in den Krieg mit den Westmächten verwickelt. Auf der andern Seite war Hitler überzeugt, mit dem Pakt die Westmächte aus ihrem Hilfeversprechen an Polen herausmanövriert zu haben. Er gab nun den Befehl zum Angriff. Termin sollte der 26. August sein.

Aber jetzt verliess den abenteuerlichen Spieler das Glück. Er beeindruckte zwar seine Generäle, die er nach Berchtesgaden rief, um ihnen triumphierend vom Pakt mit Stalin zu berichten. Der britische Botschafter hingegen zeigte sich ungerührt. Er wurde zweimal auf dem Obersalzberg, ein weiteres Mal in der Berliner Reichskanzlei empfangen, wohin Hitler am 24. August zurückgekehrt war. Vollmundig ver-

sprach der «Führer», er, Hitler sei persönlich bereit, das britische Empire zu garantieren (was in dem global denkenden London wohl den letzten Zweifel darüber ausgeräumt haben dürfte, man habe es bei Hitler mit etwas anderem als einem grössenwahnsinnigen, gemeingefährlichen Narren zu tun). Jedenfalls dachte Chamberlain auch nach Hitlers Pakt mit Stalin nicht daran, wieder wie im Jahr zuvor nach Deutschland zu wallfahren. Die Garantie an Polen wurde durch Ratifizierung eines formellen Abkommens am 25. August bestätigt. Gleichentags erhielt Hitler von Italien, seinem wichtigsten europäischen Verbündeten, die Mitteilung, dass das Land nicht zum Krieg bereit sei und zwar nicht neutral, aber «nichtkriegführend» sein werde – «nonbelligeranza» –, was immer das auch heissen mochte.

Die beiden enttäuschenden Nachrichten empfand Hitler als so schwerwiegend, dass er sich entschloss, den bereits befohlenen Einmarsch nach Polen abzusagen. Die ganze Wehrmacht erhielt am 25. August nachmittags die Weisung, die für den nächsten Tag vorgesehenen Angriffsoperationen nicht auszuführen. Es war eine gewaltige organisatorische Leistung, dass es in so kurzer Zeit gelang, die schon angelaufene Kriegsmaschine wieder zum Stehen zu bringen – bis auf eine kleine Einheit von Fallschirmjägern, die auf einem Karpatenpass landeten und über eine Woche lang ausharrten. Die Gegner Hitlers in der militärischen Führung atmeten auf, als der Widerruf des Angriffsbefehls kam. Sie glaubten, damit sei der Krieg ein für allemal abgeblasen, ganz besonders grosse Optimisten waren sogar davon überzeugt, Hitler werde einen solchen Rückzieher politisch nicht überleben.

Aber sie täuschten sich. Ein Hitler konnte sich im Deutschland von damals vieles, wenn nicht alles leisten. Eine Woche der lähmenden Ungewissheit folgte. Kriegsfahrplan der Bahnen und Rationierung waren in Deutschland bereits eingeführt worden, die Erinnerungsfeiern an den 25. Jahrestag der Schlacht von Tannenberg und der Reichsparteitag der NSDAP wurden abgesagt. Die diplomatischen Verhandlungen auf offizieller und privater Ebene gingen weiter. Nach wenigen Tagen hatte Hitler seine Selbstsicherheit wiedergefunden und war bereit, seinen Entschluss zum «Schlagen», der, wie er später sagte, «immer in mir war», in die Tat umzusetzen. Noch hoffte er auf den begrenzten isolierten Krieg mit Polen, den er wünschte, aber er war auch bereit, den grossen globalen Konflikt zu wagen. Als Göring ihm sagte, das sei Vabanque, erwiderte Hitler bloss, er habe in seinem ganzen Leben immer Vabanque gespielt...

Ein vermeidbarer Krieg

Im Morgengrauen des 1. September 1939, einem Freitag, überschritten die deutschen Truppen die polnische Grenze. Deutsche Bomber flogen Angriffe auf polnische Städte. Am Vorabend hatte die Gestapo noch einen fingierten Angriff auf den auf

Reichsgebiet gelegenen Sender Gleiwitz durchgeführt, den Konzentrationslagerinsassen unternehmen mussten, die man dazu in polnische Uniformen gesteckt hatte. Um 10 Uhr vormittags trat Hitler vor den Reichstag und erklärte: «Polen hat diese Nacht zum erstenmal auf unserem Territorium auch mit regulären Soldaten geschossen. Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen. Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten ... Ich werde diesen Kampf, ganz gleich gegen wen, so lange führen, bis die Sicherheit des Reiches und seine Rechte gewährleistet sind.» Zwei Tage später, am 3. September, erklärten Grossbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Die Illusion vom begrenzten Konflikt war vorbei. Ein neuer Weltkrieg hatte begonnen, der ohne Zweifel hätte vermieden werden können. Selbst in Deutschland war es nur eine ganz kleine Gruppe um Hitler, die entschlossen war, dem Frieden keine Chance zu geben.

Je weiter man sich von den Ereignissen von 1939 entfernt, umso unbegreiflicher erscheint es, wie stark ein einzelner Mensch den Weg in die Katastrophe hat vorbahnen können. Hitler hatte sein Schicksal und das Schicksal, das er Deutschland bereitete, vorausgenommen, als er am ersten Kriegstag, auf seine feldgraue Uniform weisend, sagte: «Ich habe damit wieder jenen Rock angezogen, der mir selbst der heiligste und teuerste war. Ich werde ihn nur nach dem Sieg ausziehen, oder ich werde dieses Ende nicht mehr erleben ...». Hitler stahl sich aus der Verantwortung, als 1945 der Krieg mit einer unvorstellbaren Katastrophe für Deutschland zu Ende ging. Er liess hinter sich ungezählte Millionen Opfer, Soldaten und Zivilisten, an der Front Gefallene und in den Lagern gnadenlos Ermordete. Das Deutsche Reich aber, das zum höchsten Ruhm hätte geführt werden sollen, lag in Ruinen. Die Gegner hielten das Land besetzt, seine Eigenstaatlichkeit war praktisch ausgelöscht, die nationale Einheit verspielt.

Der Drang, alles zu eigenen Lebzeiten zu schaffen, die Überzeugung, das eigene Schicksal sei mit dem Schicksal der Nation untrennbar verknüpft, seine magische, die Massen in Bann schlagende Faszination, die «Fortüne», die ihn während Jahren sichtlich begleitet hatte, mag das alles einigermaßen erklären, zu verstehen ist es heute nur noch sehr schwer. Selten ist ein Krieg, der die Welt von Grund auf erschüttern sollte, aus so persönlichen Motiven reiner Machtbesessenheit und unter so nichtigen Vorwänden entfesselt worden. Und ebenso schwer dürfte es fallen, einen europäischen Politiker zu finden, der bei Beginn seines grössten Unterfangens öffentlich ausspricht, dass er mit allem rechne, auch mit Niederlage, Untergang und selbstgewähltem Tod. Triumph und Tragödie, Walhall und Götterdämmerung, es war alles einkalkuliert. Das mag ein Gradmesser für die verhängnisvolle Verwirrung der Geister sein, in der sich die Welt im Spätsommer 1939 befand.

Der grosse Schock vom Sommer 1940

Deutschlands Triumph über Frankreich

Der 10. Mai 1940, Freitag vor Pfingsten, an dem die deutsche Wehrmacht auf Befehl Hitlers in Holland, Belgien und Luxemburg einfiel und damit den Krieg in Westeuropa entfesselte, markiert mehr als nur den Beginn einer weiteren Etappe in der jahrhundertalten Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich. Die an diesem Tag losgetretene Lawine verschlang nicht nur die drei kleinen Länder, deren Neutralität unter den fadenscheinigsten Vorwürfen verletzt wurde. Auch Frankreich, das im September 1939 nur lustlos Deutschland den Krieg erklärt und, vertrauend auf die Stärke seiner Befestigungen, den Winter 1939/40 passiv hinter der als uneinnehmbar gepriesenen Maginotlinie verharrt hatte, geriet in den Strudel einer nationalen Katastrophe. Das Land, das damals noch immer als die stärkste Militärmacht Europas, ja der Welt galt, wurde innerhalb von sechs Wochen zur Kapitulation gezwungen. Als am 22. Juni 1940 im Wald von Compiègne, am gleichen Ort und im gleichen Eisenbahnwagen wie im November 1918, der Waffenstillstand geschlossen wurde, hatte Europa ein neues Gesicht.

Überlegene deutsche Strategie

Die deutsche Wehrmacht verdankte ihren Erfolg einer überlegenen Strategie und einem rücksichtslosen Einsatz von Panzertruppen und Luftwaffe. In einem kühnen Stoss durch die Ardennen, deren unwegsames Gelände keineswegs für rasche Operationen geeignet schien, umgingen die Deutschen die Maginotlinie, setzten bei Sedan über die Maas und erreichten bereits zehn Tage nach Angriffsbeginn bei Abbeville die Kanalküste. Die Masse der französisch-britischen Truppen, die nach Belgien hinein vorgestossen waren, befand sich in der Falle. Sie waren durch eine riesige Umfassungsoperation von ihren rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten worden und konnten sich nur durch das offengebliebene Schlupfloch bei Dünkirchen retten. Holland hatte bereits am 14. Mai kapituliert, Belgien folgte zwei Wochen später.

Schon am Tag nach der Eroberung Dünkirchens eröffneten die Deutschen aus ihren Stellungen an Somme und Aisne am 5. Juni die zweite Offensive, der die Franzosen nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Die Armee befand sich in Auflösung, das Land in Panik. Die Landstrassen waren verstopft durch Flüchtlinge, die im Süden Schutz vor den Invasoren suchten. Wo nur ein paar deutsche Panzer auftauchten,

ergaben sich die mutlos gewordenen französischen Soldaten. Die «Masse de manoeuvre», nach der sich der britische Premierminister Churchill bei einem Besuch in Frankreich erkundigte, existierte nicht mehr. Am 14. Juni marschierte die Wehrmacht in Paris ein. Die französische Regierung, welche inzwischen nach Bordeaux geflohen war, trat zurück. Neuer Ministerpräsident wurde Marschall Pétain, der Held von Verdun, der 1916 die Stadt heldenhaft gegen die Deutschen verteidigt hatte. Nun bot er dem Feind die Einstellung des Kampfes an.

Der Schock der Niederlage Frankreichs sass tief. Niemand, nicht einmal die nun triumphierenden Deutschen, hatte mit einem derartigen Debakel der französischen Armee gerechnet. Die deutsche Wehrmacht empfand den Sieg als Rache und Genußtuung für die niemals hingenommene Niederlage von 1918. Hitlers Prestige stieg ins Unermessliche. Er erschien als der geniale politische Konstrukteur, der durch sein Arrangement mit Stalin Deutschland die Rückenfreiheit verschaffte, um mit dem Erbfeind im Westen abzurechnen. Es war eine Situation vergleichbar jener des Jahres 1806/07, als Napoleon in einem einzigen Sturmflug Preussen besiegt und sich mit dem russischen Zaren Alexander auf eine Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären geeinigt hatte. Nun aber hatten die Rollen gewechselt. In Mittel- und Westeuropa übte Deutschland unbeschränkt die Vormacht aus. Grossbritanniens Einfluss auf dem Kontinent war ausgeschaltet, das europäische Gleichgewicht erschüttert. Nur mit Mühe und unter Opferung seiner gesamten Ausrüstung hatte das britische Expeditionskorps sich der deutschen Umklammerung in Dünkirchen entziehen und auf die Insel hinüberretten können. England kämpfte mit dem Rücken zur Wand. Vom Nordkap bis zum Golf von Biskaya stand die Wehrmacht und drohte mit einer Invasion.

Mussolini und Stalin als Profiteure

Frankreichs Zusammenbruch zog rasch Kreise. Am 10. Juni, als die Deutschen eben auf Paris vorstießen, erklärte Hitlers Diktatorfreund in Rom, Benito Mussolini, Frankreich und Grossbritannien den Krieg. Es war reine Leichenfledderei, eine hinterhältige und feige Aktion des Achsenpartners, der allein von der Erwartung getrieben wurde, ohne grosse eigene Anstrengung billige Erfolge zu erreichen – ein Trugschluss, wie sich bald herausstellte, für den das italienische Volk schwer zu bezahlen hatte. Mit der Kriegserklärung Italiens nahm der Konflikt eine neue Dimension an, er weitete sich aus ins Mittelmeer und nach Afrika.

Aber auch Hitlers Verbündeter im Kreml beeilte sich, seine Ernte einzubringen. Stalin benützte den Zusammenbruch Frankreichs, um die baltischen Staaten unter das sowjetische Joch zu zwingen. Gleichzeitig entriss er den Rumänen Bessarabien und die Nordbukowina. Er griff dabei über die Linie hinaus, die ihm im Pakt mit

Hitler zugestanden worden war, und gab so dem Dritten Reich ein deutliches Signal, dass Moskau den Balkan als sein Interessengebiet betrachte. Das Ende des unaufrichtigen Bündnisses zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem bolschewistischen Russland zeichnete sich bereits im Sommer 1940 ab.

«Neuordnung Europas»

Hitler befand sich nach dem Sieg im Westen auf dem Gipfel seiner Macht. Seine Propaganda verkündete die «Neuordnung Europas» im nationalsozialistischen Sinne und sparte nicht mit Drohungen an die Adresse von Widerspenstigen. Neutrale Staaten gab es ohnehin nicht mehr viele, nachdem die deutsche Wehrmacht bereits im April 1940 auch Dänemark und Norwegen besetzt hatte. Über Portugal und Spanien herrschten faschistische Diktatoren. Schweden musste sich dem Willen Berlins anzupassen suchen, und auch die von den Achsenmächten seit Sommer 1940 völlig eingeschlossene Schweiz war im wirtschaftlichen Bereich gezwungen, sich auf die deutschen Bedürfnisse auszurichten, wollte sie überleben. Die Balkanländer, die als rückwärtiges Aufmarschgebiet für den Russlandfeldzug wichtig waren, ordnete sich das Dritte Reich, ungeachtet der Missfallensbezeugungen Moskaus, in einem Paktssystem unter, das die Stationierung deutscher Truppen vorsah. Griechenland und Jugoslawien, die sich nicht einordnen liessen, wurden im Frühjahr 1941 erobert, nachdem Mussolini bereits im Oktober 1940 durch seinen Überfall auf Griechenland eine Art privaten Krieg eröffnet hatte, der in seiner Erfolglosigkeit die militärische Schwäche Italiens offenbarte.

Innerhalb von drei Jahren – beginnt man mit dem «Anschluss» Österreichs – hatten 15 europäische Länder als Opfer der Diktatoren Hitler, Mussolini und Stalin ihre Selbständigkeit eingebüsst. Das «Kleinstaatengerümpel», über das die deutsche Propaganda unentwegt gehöhnt hatte, war ausgeräumt. Der ganze Kontinent westlich der sowjetischen Grenze stand praktisch unter der Herrschaft einer einzigen Macht, die sich anmasste, im Namen von ganz Europa zu sprechen, und die Völker des Erdteils für ihre Zwecke einzuspannen.

Vergeblicher Sieg

Hitler war wie viele andere überzeugt, dass England nach dem Ausscheiden Frankreichs den Kampf aufgeben und zum Frieden bereit sein werde. Aber er täuschte sich. Churchill, der am 10. Mai 1940 Chamberlain als Premierminister abgelöst hatte, war entschlossen, den Krieg auch fortzusetzen, falls die deutsche Wehrmacht die Britischen Inseln erobern sollte. So brachte der Erfolg in Frankreich den Deutschen keineswegs den erhofften Endsieg; es war lediglich eine Zwischenphase in dem globalen Krieg, der sich nun abzeichnete.

Er begann 1941, als Hitler, den Pakt mit Stalin brechend, in Russland einmarschierte und die USA durch den japanischen Überfall auf Pearl Harbor in den Krieg hineingezogen wurden.

In dem nun zum neuen Weltkrieg gewordenen Ringen spielte Europa nur noch eine passive Rolle. Es war der die christlichen und humanistischen Traditionen des Abendlandes verleugnenden barbarischen Gewaltherrschaft des Dritten Reiches unterworfen. Die unterjochten Länder, in denen Widerstandsgruppen die Besatzungsmacht zu bekämpfen begannen, hatten zähneknirschend ihren Beitrag an die Kriegsanstrengungen des Dritten Reiches zu leisten. Europa wurde zum Hauptangriffsziel der aussereuropäischen Supermächte Sowjetunion und USA, die den von seinen Herren zur «Festung» deklarierten Kontinent in einem Jahre dauernden erbitterten Kampf von Osten, Süden und Westen her eroberten und vom Nationalsozialismus befreien. Als die Sieger im Frühling 1945, fast auf den Tag genau fünf Jahre nach Hitlers Angriff im Westen, sich in der Mitte Deutschlands trafen, wurde die Waffenstillstandslinie zur Grenze zwischen Ost und West, die Europa während Jahrzehnten spalten sollte.

Das Ende der Hegemonie Europas

Der Angriff vom 10. Mai 1940 hat den endgültigen Untergang des europäischen Staatensystems eingeleitet, das während fünf Jahrhunderten das Geschick der Welt bestimmt hatte. Das europäische Gleichgewicht war vernichtet und bedeutungslos geworden neben dem Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten, deren Interessensphären Europa aufteilten. Als am 19. Juli 1940 der triumphierende «Führer» vor dem Reichstag seinen Rapport über den einzigartigen Sieg der deutschen Wehrmacht erstattete und sich als «grössten Feldherrn aller Zeiten» feiern liess, prophezeite er, falls England den Krieg weiterführe, werde ein grosses Reich zerstört, das britische Empire. Zerstört wurde durch diesen Krieg jedoch das von Bismarck geschaffene Deutsche Reich, mit ihm aber auch Europas Vormachtstellung. Seine westlichen Länder vermochten sich zwar mit amerikanischer Hilfe wirtschaftlich rasch zu erholen. Der Osten Europas aber geriet übergangslos aus der nationalsozialistischen unter die stalinistische Zwangsherrschaft.

Die sowjetische Durchdringung des Baltikums 1939/40.

Die Balten – Opfer der Grossmachtpolitik

Kurze Freiheit und lange Fremdherrschaft

Dass Esten, Letten und Litauer nach dem Ersten Weltkrieg eigene Staaten gründen konnten, verdankten sie einer einmaligen Gunst der Stunde. Jahrhundertlang waren sie vor allem Objekt der internationalen Politik gewesen. Im Mittelalter hatten die Deutschordensritter das Land kolonisiert und christianisiert. Die Kaufleute der Hanse errichteten hier ihre Kontore. Später überflutete Schwedens Expansion das Land und brachte eine neue Fremdherrschaft. Lediglich die Litauer, in Personalunion mit Polen, vermochten eine gewisse Selbständigkeit zu wahren; als einziges der drei baltischen Völker blieben sie auch katholisch, während Esten und Letten reformiert wurden. Der ganze Landstrich zwischen Finnischem Meerbusen und preussischer Grenze bei Memel fiel schliesslich in die Hände der zum Meer drängenden Russen, Estland und Livland schon nach dem Nordischen Krieg 1720, Kurland und Litauen nach den polnischen Teilungen.

Bis 1914 blieb das Baltikum unter der Herrschaft der Zaren. Es gab im 19. Jahrhundert bei der baltischen Bevölkerung erste zaghafte Regungen nationalen Denkens, am ausgeprägtesten in Litauen. Die Machtstellungen aber gehörten anderen: der russischen Bürokratie, dem auf seinen Rittergütern residierenden deutschen Adel, den deutschen und jüdischen Kaufleuten in den Städten. Die Einheimischen bildeten vornehmlich die soziale Unterschicht; sie waren unselbständige Bauern, Tagelöhner, Handwerker und Arbeiter.

Dieses noch weitgehend feudalistische Gefüge brachte der Erste Weltkrieg zum Einsturz. Wiederum wurde das Baltikum zum Schlachtfeld, dieses Mal zwischen Deutschen und Russen. Die Deutschen besetzten das Land bis zur Düna, nach der Oktoberrevolution sogar bis vor die Tore von Petrograd. Im Frieden von Brest-Litowsk zwangen sie im März 1918 Russland, einer Loslösung der baltischen Länder zuzustimmen. Die Deutschen schienen damit ein Versprechen zu erfüllen, das die Russland beherrschenden Bolschewisten schon im November 1917, unmittelbar nach dem Erfolg ihrer Revolution, gegeben hatten, nämlich allen nicht-russischen Völkern des ehemaligen Zarenreiches Autonomie und Selbständigkeit zu gewähren sofern sie es wünschten.

Der Friede von Brest-Litowsk, ein Diktat, schlimmer noch als der später von den Deutschen so heftig kritisierte Vertrag von Versailles, brachte den osteuropäischen Völkern jedoch keine Ruhe. Russland und die neugegründeten Staaten stürzten ins Chaos von bewaffneten Konflikten und Bürgerkriegen. Die baltischen Länder, die

ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, blieben weiterhin unter deutscher Besetzung und damit im Griff des Reiches, doch zögerte Deutschland vor einer engeren staatsrechtlichen Bindung, wie sie ihm unentwegt vor allem von der baltischen Ritterschaft nahegelegt wurde.

Unter dem Schirm der Westmächte

Für die baltischen Völker kam die grosse Chance, als im November 1918 das deutsche Kaiserreich zusammenbrach und die Alliierten im Waffenstillstand von Compiègne den Rückzug der Deutschen hinter die Grenzen vom 1. August 1914 forderten, also auch die Räumung des Baltikums verlangten. Zwar suchten die Russen, die sofort den Vertrag von Brest-Litowsk aufkündigten, sich in den Besitz der ehemaligen Ostseeprovinzen zu setzen. Aber die baltischen Länder hatten in den kommenden Auseinandersetzungen nun einen mächtigen Verbündeten in den siegreichen Westmächten, die daran interessiert waren, sowohl die deutsche als auch die russische Vorherrschaft in diesem Raum zu brechen. Zwischen dem revolutionären Russland und dem übrigen Europa sollte von Finnland bis zum Schwarzen Meer ein sinnigerweise «Cordon sanitaire» genannter Staatengürtel gelegt werden, der den kommunistischen Bazillus vom Westen fernhalten und gleichzeitig Deutschland schwächen sollte. Dank dieser politischen Konstellation, die unter der Protektion der Siegermächte stand und zugleich ein wichtiges Glied des durch die Schaffung des Völkerbundes angestrebten Systems der kollektiven Sicherheit war, erlangten auch die drei baltischen Staaten ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Die völkerrechtliche Absicherung erfolgte durch den Versailler Vertrag einerseits und die 1920 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Friedensverträge: am 20. Februar mit Estland in Dorpat, am 12. Juli mit Litauen in Moskau und am 11. August 1920 mit Lettland in Riga.

Es war tatsächlich eine einmalige Situation, der die baltischen Staaten 1920 ihre Souveränität verdankten. Die um das Baltikum rivalisierenden zwei Grossmächte Deutschland und Russland waren gleichzeitig besiegt und nicht in der Lage, ihre Hegemonialansprüche durchzusetzen, die westlichen Mächte hielten ihren Schirm über die neuen Staaten, die sich bemühten, demokratische Formen zu schaffen und den Parlamentarismus westlichen Gepräges an der Ostsee heimisch zu machen. Die gewonnene Freiheit gab den baltischen Völkern auf der Suche nach Profilierung ihrer nationalen Identität entscheidende Impulse. In den ersten Jahren der Selbständigkeit entfaltete sich im Baltikum im politischen, sozialen und kulturellen Bereich ein reiches eigenständiges Leben.

Bedrohung der Unabhängigkeit

Das vermochte jedoch nicht zu verdecken, dass die Ansätze der Demokratie schwach blieben. Ohne Übergang waren die baltischen Völker aus ihren noch halb mittelalterlichen Zuständen herausgerissen und über die Erschütterungen von Kriegen und Bürgerkriegen in eine moderne Staatsform hineingestossen worden. Eine Festigung der neugeschaffenen Institutionen hätte einen längeren Zeitraum der Stabilität gebraucht. Eine solche Pause war den baltischen Ländern aber nicht gegönnt. Nach 1930 geriet auch hier die Demokratie in eine Krise. Autoritäre Regime übernahmen die Macht.

Die Bedrohung der Freiheit kam aber nicht nur von den ungefestigten Strukturen im Innern, sondern auch von aussen. Es war von Anfang an wenig wahrscheinlich, dass Russland und Deutschland auf lange Zeit hinaus gleicherweise im Zustand der Schwäche bleiben würden wie 1919/20. Zudem erwies sich die westliche Garantie bald als brüchig. Nach 1930 distanzieren sich die Westmächte vom östlichen Mitteleuropa. England zeigte demonstratives Desinteresse an diesem so weit von seinen weltumspannenden Verpflichtungen gelegenen Bereich. Frankreich allein war zu schwach, die unter sich uneinigen und verfeindeten Randstaaten zu stützen. Gleichzeitig kündete sich mit dem Machtantritt Hitlers die bevorstehende nach Osten gerichtete Aggression Deutschlands an. Russlands Wiedererstarke wurde zunächst durch die rigorose Agrarkollektivierung und die Säuberungen Stalins noch hinausgeschoben. Als potentielle Gefahr blieb es jedoch stets präsent. Die Gebietsverluste von 1920 hatte Moskau nur unter Zwang hingenommen. Die Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen im Westen war ein unausgesprochenes Ziel der sowjetischen Aussenpolitik.

Zwischen den Mühlsteinen der deutschen und der russischen Expansionspolitik sind die baltischen Länder schliesslich zerrieben worden. Es war tragisch für sie, dass ihre nur zwanzig Jahre dauernde Freiheit gerade in eine Zeit fiel, da in Deutschland und Russland Tyrannen herrschten, die sich zumindest darin ähnlich waren, dass sie in der Wahl ihrer politischen Mittel keine Skrupel kannten und für die Freiheit kleiner Völker nicht das geringste Verständnis hatten. Von eigener Schuld an ihrem Untergang freizusprechen sind aber die drei Länder auch nicht. In ihrem Lavieren zwischen Deutschland und Russland nach 1933 suchten die von prononcierten Bolschewistengegnern geleiteten, halbfaschistischen Regime Anlehnung beim Dritten Reich als dem vermeintlich kleineren Übel. Trotz etlichen Versuchen einer gegenseitigen aussenpolitischen Abstimmung gelang es aber nicht, unter den drei Ländern eine auf Solidarität fussende Gemeinschaft zu schaffen. Litauen war zudem belastet mit gleich zwei Konflikten, die sich zwanzig Jahre lang dahinschleppten: mit Polen wegen Wilna (das Polen 1920 annektiert hatte) und mit Deutschland wegen des Memellandes (das von Litauen 1923 besetzt wurde).

Der Hitler-Stalin-Pakt

Die Schonfrist für das Baltikum endete im Frühjahr 1939, als Hitler in Prag einmarschierte, zugleich mit der Besetzung des Memellandes auch erstmals nach dem baltischen Raum griff und die beiden Westmächte sich anschickten, den Aggressor endlich zu stoppen. Um die an Polen (als dem voraussichtlich nächsten Opfer Hitlers) Ende März 1939 gegebene Garantie wirkungsvoll zu machen, brauchten London und Paris die Unterstützung der Sowjetunion. Stalin wollte dafür seinen Preis. Er forderte Durchmarschrechte und Stützpunkte in den drei baltischen Ländern. England und Frankreich waren nicht bereit, ihm diese zu bewilligen, sofern die betroffenen Länder nicht selber zustimmten. Die Verhandlungen zwischen den Westmächten und Moskau scheiterten.

Hitler auf der andern Seite hatte weniger Bedenken. Er hat zwar auf Signale Stalins, der nach dem Abkommen von München im Herbst 1938 in ein Gespräch mit Deutschland zu kommen suchte, zunächst nicht reagiert. Dafür aber schaltete sich der deutsche «Führer» im Frühling und Sommer 1939 dann plötzlich und mit der ihm eigenen Hektik und Gewissenlosigkeit ein. Er hatte damals nur ein Ziel: Polen zu isolieren, um dort endlich seinen Krieg führen zu können. Dafür war er zu allen Zugeständnissen bereit. So kam es verhältnismässig schnell zu einer Einigung zwischen den beiden Diktatoren. In dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt, den Deutschland und die Sowjetunion am 23. August 1939 abschlossen, wurden zunächst Estland und Lettland geopfert, indem Hitler sie der russischen Interessensphäre überliess. Einen Monat später, nach der Niederwerfung Polens, wurden die Vereinbarungen vom August zu einem deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag erweitert. Deutschland überantwortete nun auch Litauen dem sowjetischen Machtbereich, wiederum in einem weiteren geheimen Zusatzprotokoll. Gleichzeitig wurde die Vereinbarung getroffen, dass sämtliche deutschen Volkstumsangehörigen aus dem Baltikum (und auch aus Teilen Russlands) nach Deutschland umgesiedelt werden sollten – gewissermassen als Geste dafür, dass Deutschland auf weitere Absichten östlich der neuen Demarkationslinie verzichtet habe.

Stufenweise Annexion

Stalin beeilte sich, die baltische Ernte einzubringen. Schon im Oktober 1939 zitierte er hintereinander Vertreter der drei Länder nach Moskau und zwang sie, sowjetische Stützpunkte auf ihren Territorien zuzulassen. Acht Monate später, als Hitlers Heerscharen in Paris einzogen, holte sich Stalin Mitte Juni 1940 den Rest der Beute. Die Rote Armee okkupierte die drei baltischen Staaten. Hochrangige sowjetische Emisäre wie Schdanow und Wischinsky vollzogen die Umbesetzungen in den Regie-

rungsämtern der eroberten Länder. Groteske Scheinwahlen ergaben die erwünschten Neunzig-Prozent-Mehrheiten für die Neuordnung. Und schliesslich, im August 1940, erfolgte der letzte Akt, die Aufnahme der drei baltischen Staaten als selbständige Republiken in die Sowjetunion.

Der russische Imperialismus, diesmal unter kommunistischem Vorzeichen, stand wieder dort, wo schon der Zar gestanden hatte. Die kurze Zeit der baltischen Freiheit war vorbei. Die drei Länder wurden dem Sowjetimperium eingegliedert, Opponenten verfolgt und verjagt. In die Schlüsselpositionen rückten Russen ein. Einen Misserfolg im Vorstoss Richtung Westen hatte Moskau nur in Finnland erlitten. Der Versuch Stalins, hier das gleiche Spiel zu treiben wie in den baltischen Staaten, stiess auf den Widerstand der Finnen und führte zum Winterkrieg von 1939/40. Nach drei Monaten blutiger Kämpfe musste Finnland zwar in einen Zwangsfrieden einwilligen, aber seine Unabhängigkeit vermochte es zu behaupten.

Estland, Lettland und Litauen sind 1939/40 Opfer der russischen und deutschen Hegemonialpolitik geworden. Eine Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit wurde nach 1940 von den Grossmächten niemals ernsthaft in Erwägung gezogen. Als die Deutschen 1941 in die Sowjetunion einfielen und das Baltikum tatsächlich in kurzer Zeit in ihren Besitz brachten, erhielt es von den neuen Herren nicht einmal nominell die Freiheit, sondern wurde zum Reichskommissariat Ostland. Einen Versuch von Litauern, Strukturen für eine Selbständigkeit zu schaffen, erstickten die Deutschen im Keime. Und auf den internationalen Konferenzen, die eine Nachkriegsordnung festlegen sollten, waren die baltischen Staaten weder vor noch nach 1945 ein Gesprächsthema, obwohl die USA und viele andere Staaten die Annexion von 1940 formell niemals anerkannten.

Die Freiheit der baltischen Völker zwischen 1920 und 1940 blieb zunächst eine Episode. Nach der Wiedereroberung durch die Russen 1944 setzte eine neue Welle der Russifizierung ein, begleitet von Deportationen und der Unterdrückung von Regimegegnern. Um die hinter dem Eisernen Vorhang verschwundenen drei Nationen wurde es still. Der Umbruch in der UdSSR unter Gorbatschow war ein erstes Anzeichen dafür, dass die Last der Sowjetherrschaft in mehr als vierzig Jahren die Erinnerung an die kaum halb so lange Zeit der Selbständigkeit in den baltischen Ländern nicht zu verdrängen vermocht hatte.

Englands grösste Stunde

Die Niederlage der deutschen Luftwaffe

Nach dem militärischen Sieg über Frankreich befand sich die deutsche Führung im Sommer 1940 in einer zwiespältigen Situation. Äusserlich war es für Hitler der grösste Triumph seines Lebens. In wenigen Wochen hatte die Wehrmacht den alten «Erbfeind» niedergeworfen. Ein wichtiges Ziel war erreicht. Aber wie sollte es weitergehen? Dem italienischen Aussenminister Ciano erschien Hitler damals wie ein Spieler, der eben unverhofft die Bank gesprengt hatte. Nun wäre er am liebsten vom Tisch aufgestanden, um den Gewinn in Sicherheit zu bringen, aber der Gegner war nicht bereit, ihm die Beute zu überlassen. Das blutige Spiel musste fortgesetzt werden.

Zögernde Planung

Ein Konzept dafür, was nach dem Sieg im Westen geschehen sollte, gab es bei der Wehrmacht nicht, kaum vage Vorstellungen. Die deutsche Führung war davon überzeugt, England werde nach der Niederlage Frankreichs friedensbereit sein. Vor allem für Hitler selbst war das geradezu ein Axiom, auf dem seine ganze Strategie beruhte. Hauptziel blieb, trotz dem Pakt mit Stalin, stets die Unterwerfung der Sowjetunion. Um diesen Plan kreisten seine Gedanken weiter, auch als er einsehen musste, dass England unter der Führung Winston Churchills nicht klein begeben werde, und die Hoffnung auf einen Regierungswechsel sich als Illusion erwies.

Nur widerwillig machte sich Hitler mit dem Gedanken vertraut, vor dem grossen Aufbruch nach Osten weiterhin gegen England kämpfen zu müssen. Das Nächstliegende war eine Truppenlandung auf der Insel. Aber Hitler ging nur zögernd an die Planung eines solchen Unternehmens. Es enthielt tatsächlich hohe Risiken. Die Operation bedingte einen kombinierten Land-, Luft- und Seekrieg, auf den die Wehrmacht in keiner Weise vorbereitet war. Ein Misslingen hätte für Hitler, dessen Charisma auf seinen Erfolgen ruhte, eine Erschütterung seiner Stellung bedeutet. Aber selbst bei einem Gelingen hätte Deutschland, ausser neuem militärischem Prestige, kaum Vorteile gehabt. Von einem Zerfall des britischen Reiches hätten andere profitiert – die USA, Japan und vielleicht auch Russland. Ausnahmsweise ist hier Hitlers Beteuerungen Glauben zu schenken, es sei nicht seine Absicht, das Empire zu zerstören oder auch nur zu schädigen – zumindest nicht vor dem Krieg gegen die Sowjetunion.

«Unternehmen Seelöwe»

Durch die ganze Planung der Fortsetzung des Krieges gegen England, die im Juli 1940 unter dem Codewort «Unternehmen Seelöwe» begonnen wurde, lief eine zurückhaltende Unsicherheit, ganz im Gegensatz zu den früheren Aktionen. In der Weisung Nr. 16 vom 16. Juli befahl Hitler lediglich die Vorbereitung einer Landung, durchgeführt werden sollte sie nur «wenn nötig». Drei Tage später richtete er vor dem Reichstag einen «Appell an die Vernunft auch in England» und sagte, er sehe keinen Grund zur Fortsetzung des Kampfes.

Als aus London keine Antwort kam, wurde am 31. Juli in einer Besprechung mit den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile weiter über die Landeoperation gesprochen und als Grundlage für die Generalstabsarbeit ein Grobkonzept ausgearbeitet. Den Angriff sollten die an Nordsee und Kanalküste stationierten Heeresgruppen A und B führen. Über die Schwierigkeiten gab sich niemand Täuschungen hin. Erste Voraussetzung einer Landung sollte die Erringung der Luftherrschaft sein. Am 2. August erging die Weisung Nr. 17, in der Hitler den Beginn der Luftoffensive befahl. Durch direkte Schläge sollten die Royal Air Force, ihre Bodenanlagen, Flugzeugwerke und Reparaturwerkstätten vernichtet werden. Systematische Angriffe auf Städte waren untersagt. Entsprechende Befehle behielt sich Hitler persönlich vor.

Unbeugsamer Churchill

Grossbritannien befand sich zu diesem Zeitpunkt in einer problematischen Lage. Es stand allein. Seine Verbündeten auf dem Kontinent waren besiegt. Die Wehrmacht stand vom Nordkap bis zum Golf von Biskaya mit Front gegen England. Zwar hatte sich die britische Armee der deutschen Umklammerung in Dünkirchen entziehen können, aber sie hatte alles Material verloren. Schon im Juni begannen auf der Insel die Vorbereitungen zur Abwehr eines deutschen Angriffes. Aber vieles machte einen improvisierten Eindruck, hatte mehr psychologischen als militärischen Wert. Die Regierung, voran der wortgewaltige Churchill, liess keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit aufkommen. Der Premier stellte der Nation zwar «Blut, Schweiss und Tränen» in Aussicht, predigte aber zugleich unermüdlich, der Endsieg sei gewiss: «Wir werden am Strand kämpfen, wir werden auf unsern Hügeln kämpfen, in unsern Dörfern und Städten. Wir ergeben uns niemals ... England kann nicht besiegt werden...»

Schlagkräftige Royal Air Force

Churchills Zuversicht stützte sich vornehmlich auf den kämpferischen Geist, der in der britischen Luftwaffe herrschte, vor allem bei den von Sir Hugh Dowding befeh-

ligten Jägereinheiten, dem Fighter Command. Dowding hatte sich im Mai und Juni strikt geweigert, seine Truppe im Westfeldzug nutzlos zu opfern. So war die Royal Air Force aus dem Strudel des französischen Zusammenbruchs herausgehalten worden und, wenn auch zahlenmässig schwach, dennoch schlagkräftig geblieben. Die Jäger vom Typ «Spitfire» und «Hurricane» waren modern und den deutschen Maschinen gewachsen, die «Spitfire» dank ihrer grösseren Wendigkeit der schnelleren Messerschmitt Me 109 sogar überlegen.

Die britische Flugzeugproduktion befand sich erst im Anlaufen. Unter der tatkräftigen Führung von Rüstungsminister Lord Beaverbrook konnte sie von Tag zu Tag gesteigert werden. Und schliesslich verfügte die Royal Air Force im eben entwickelten Radar über ein Warnsystem, das zwar noch in den Anfängen steckte, aber es doch erlaubte, die anfliegenden feindlichen Formationen frühzeitig zu entdecken. Überraschungsangriffe auf Luftstützpunkte und Vernichtung der Maschinen bereits am Boden, eine wichtige Voraussetzung der deutschen Erfolge in Polen und Frankreich, waren damit erschwert, ja fast verunmöglicht.

Mit einwöchiger Verspätung setzte die deutsche Luftoffensive am 13. August ein. Sie stand unter der persönlichen Leitung von Reichsmarschall Göring. In der ersten Phase erlitt die Royal Air Force schwere Verluste. Ihre Handlungsfreiheit wurde immer mehr eingeschnürt, vor allem als sich vom 24. August an die Bombenangriffe auf die Befehlszentren konzentrierten. Die zahlenmässige Überlegenheit der Deutschen, deren von den Marschällen Kesselring und Sperrle befehligte Luftflotten nur kurze Anflugstrecken zu bewältigen hatten, begann sich auszuwirken. Aber die Briten, vor allem die in Uxbridge stationierten Einheiten, die London und den Südosten Englands verteidigten, leisteten entschlossenen Widerstand. Churchill tat alles, um seine kämpfende Truppe anzufeuern. Er besuchte die Befehlsstände und interessierte sich für jedes Detail. Er verströmte Mut und Siegesgewissheit.

«Wir werden ihre Städte ausradieren»

In eine neue, entscheidende Phase trat die Luftschlacht am 7. September, als die Deutschen ihren ersten grossen Angriff auf die britische Hauptstadt flogen. Vorausgegangen war ein anscheinend nebensächliches Scharmützel. Bei der Bombardierung von Öltanks im Londoner Hafen hatten am 24. August deutsche Flugzeuge ihre Ziele verfehlt und auch Wohngebiete getroffen. Churchill ordnete sofort einen Angriff auf Berlin an, der am 25. August stattfand. Zwar erreichten nur etwa 30 britische Maschinen ihr Ziel, aber sie warfen doch einige Bomben über der Innenstadt ab. Das hatte zwar keine militärische, aber doch psychologische Wirkung. Bomben in der Nähe der Reichskanzlei, Schrecken und Unsicherheit bei der aus ihren Sieges-

träumen allmählich erwachenden Bevölkerung, das war das letzte, was Hitler brauchen konnte. Am 4. September kündete er einer begeistert applaudierenden Menge im Sportpalast Vergeltung an: «Wir werden diesen Nachtpiraten das Handwerk legen, so wahr uns Gott helfe. Wenn sie erklären, sie werden unsere Städte in grossem Ausmass angreifen – wir werden ihre Städte ausradieren ...»

Der deutsche Angriff auf London am späten Nachmittag des 7. September überraschte nicht nur die Bevölkerung, sondern auch das Fighter Command. Die Stadt war fast schutzlos dem Gegner ausgesetzt. Über 600 deutsche Maschinen verwandelten London in ein Flammenmeer – ein grausiges Vorzeichen des Feuersturms, der später auch über Deutschlands Städte hereinbrach. Wiederum waren die Docks und das Arsenal von Woolwich wichtige Ziele. Getroffen wurden aber auch Wohngebiete. Hunderte von Menschen fanden den Tod. Die Angst ging um in England. Man fürchtete, dieser Angriff sei der Auftakt zur deutschen Invasion. An vielen Orten läuteten die Sturmglocken. Hastig wurden Barrikaden gebaut, Mannschaften der Home Guard aufgeboten und Notspitäler eingerichtet.

Doch die Deutschen kamen nicht. Obwohl sich an der holländischen und französischen Küste England gegenüber gegen 3'000 Schiffe versammelt hatten – Fischdampfer, Frachter, Motorboote, Binnenkähne – und die Pläne für die militärische Operation fertiggestellt waren, gab es keinen Befehl zum Start von «Unternehmen Seelöwe». Die wichtigste Voraussetzung dafür, die Luftherrschaft, war noch nicht errungen. Jetzt sollte die Bombardierung Londons zum entscheidenden Stoss gegen England werden. Das erwies sich jedoch als Trugschluss. Die Offensive gegen die Städte war ein entscheidender Fehler. Die Royal Air Force erhielt eine Atempause, und es gelang ihr, sich zu reorganisieren und Bewegungsfreiheit zu gewinnen.

Aber auch die Hoffnung, Englands Moral werde brechen, erfüllte sich nicht. Die Angriffe stärkten den Widerstandswillen und schufen eine Atmosphäre grimmiger Entschlossenheit. Der König kehrte von seiner Sommerresidenz in die bedrohte Hauptstadt zurück. Churchill besuchte die Trümmerstätten und sprach den Opfern Mut zu. Die Bevölkerung gewöhnte sich rasch an die täglich ertönenden Warnsirenen. Die Londoner U-Bahn verwandelte sich in riesige behelfsmässige Schutzräume. Stundenlang harreten die Menschen stoisch aus, während über ihnen die feindlichen Flugzeuge kreisten und ihre todbringende Last abwarfen.

Die Wende des 15. September

Am 11. September wurde in einer Lagebesprechung bei Hitler festgestellt, dass trotz Görings Optimismus die Briten keineswegs so geschwächt seien, dass von einer deutschen Luftherrschaft gesprochen werden könne. Am 15. September flogen die

Deutschen erneut einen grossen Angriff auf London. Aber nun war die Royal Air Force besser vorbereitet. Churchill befand sich an diesem Tag beim Fighter Command in Uxbridge und erlebte die Luftkämpfe mit. Obwohl wiederum zwei der drei anfliegenden deutschen Formationen über London gelangten und ihre Aufträge ausführen konnten, zeigte sich, dass die Stütze der britischen Abwehr, die Jagdfliegerwaffe, ungebrochen war. Lapidar vermerkt das Tagebuch der deutschen Wehrmacht: «Am 15.9. Angriffe der Luftflotten 2 und 3 auf London, wobei es zu grösseren Luftschlachten gekommen ist, die für die deutschen Verbände wegen mangelnden Jagdschutzes sehr verlustreich verlaufen sind.»

In London verbreitete sich noch am gleichen Tag die Überzeugung, der deutsche Angriff sei abgeschlagen. Das kam der Wahrheit ziemlich nahe. Hitler hatte Mitte September die Durchführung des «Unternehmens Seelöwe» aufgegeben. Er zweifelte daran, dass es der Luftwaffe je gelingen werde, die Herrschaft über England zu gewinnen. Schon am 12. September findet sich im Wehrmachtstagebuch der Satz, vom 17. bis 19. September an werde die Heeresgruppe B nach dem Osten transportiert. Das bedeutete praktisch den Anfang vom Ende des Invasionsheeres. Zwar geisterte der «Seelöwe» noch monatelang durch die militärischen Besprechungen. Aber das Schwergewicht der deutschen Aktivitäten lag nun auf der Vorbereitung des kommenden Waffenganges im Osten, dem «Unternehmen Barbarossa». Es erhielt die Priorität. Nach einer raschen Niederwerfung der Sowjetunion, so ging das Kalkül, werde England endlich friedensbereit sein, auch ohne Invasion.

In der Luftschlacht um England wurden der deutschen Wehrmacht, die zuvor ein Jahr lang anscheinend mühelos Sieg um Sieg errungen hatte, erstmals die Grenzen ihrer Möglichkeiten gezeigt. Zwar gingen die Bombardierungen auch nach dem 15. September 1940 weiter. Noch monatelang mussten London und andere Städte, wie etwa das im November 1940 schwer getroffene Coventry, Angriffe über sich ergehen lassen. Das waren aber nur noch Nachhutgefechte einer verlorenen Schlacht. Dem unbeugsamen Willen der britischen Nation, die in schwerster Stunde auf sich allein gestellt weiterkämpfte, verdankt es die Welt, dass Zeit gewonnen wurde, um die Kräfte der Abwehr gegen Hitler zu mobilisieren. In Winston Churchill, der Seele des britischen Widerstandes, war Hitler ein unnachgiebiger Gegner erwachsen. Churchill vertraute auf die gewaltigen Ressourcen Amerikas, das sich früher oder später an Englands Seite stellen würde. Er glaubte an die gerechte Sache Grossbritanniens, an den Triumph von Freiheit und Demokratie über den Despotismus. «In allen britischen Herzen», erklärte Churchill auf dem Höhepunkt der Luftschlacht, «hat Hitler eine Flamme geschürt, die noch leuchtet, wenn längst alle Spuren der Brände von London beseitigt sein werden. Er hat ein Feuer entzündet, dass mit verzehrender Flamme brennen wird, bis die letzten Spuren der Nazi-Tyrannie in Europa ausgetilgt sind.»

Unternehmen «Barbarossa»

Hitler eröffnet den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion

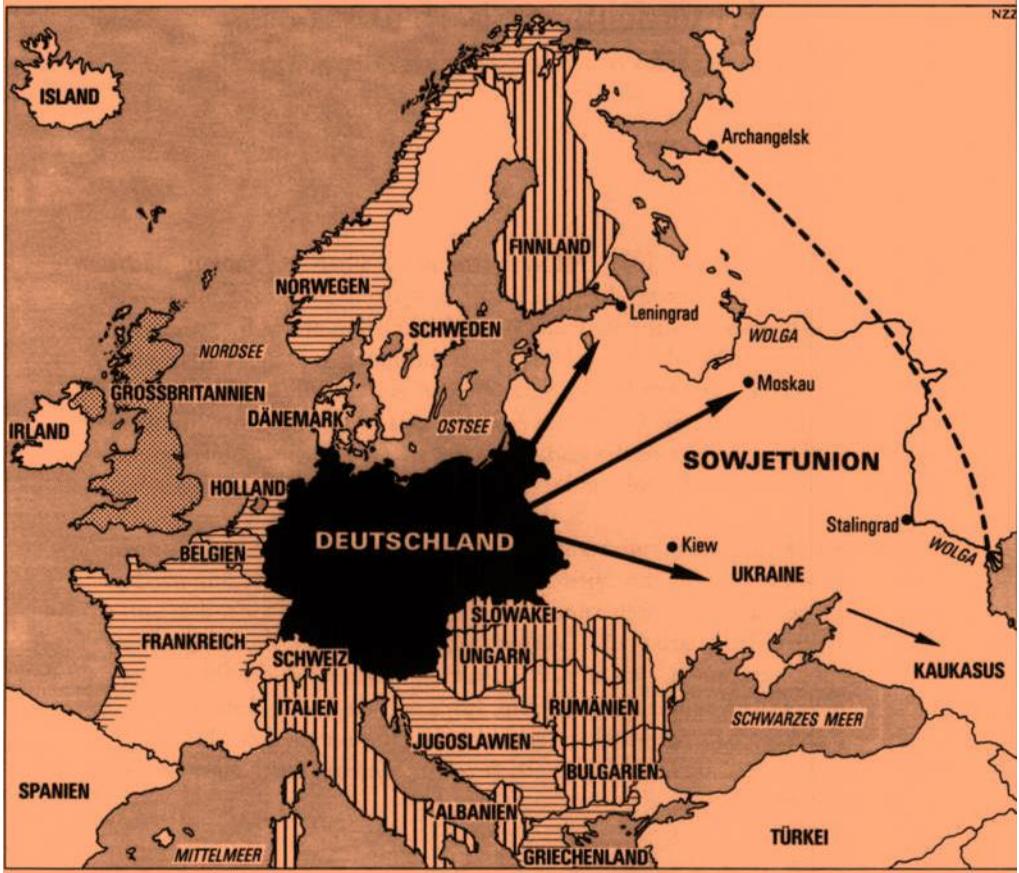
Im Morgengrauen des 22. Juni 1941, eines Sonntags, überschritt die deutsche Wehrmacht auf breiter Front die Grenze zur Sowjetunion. Zum erstenmal ertönten im Grossdeutschen Rundfunk die Schicksalsfanfaren, die später alle Sondermeldungen über die Kämpfe im Osten begleiten sollten. Propagandaminister Goebbels verlas in früher Stunde einen Aufruf Hitlers an das deutsche Volk. Er kündigte die Eröffnung einer neuen Front an, die von Finnland bis zum Schwarzen Meer reiche und hinter der sich ein Aufmarsch vollziehe, der in Ausdehnung und Umfang der grösste sei, den die Welt bisher gesehen habe.

Der spektakuläre Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 war nicht einmal zwei Jahre alt, als Hitler ihn wieder brach. Am 30. April 1941, unmittelbar nach dem Ende des Balkanfeldzuges, hatte er den Befehl gegeben, den unter dem Deckwort «Fall Barbarossa» vorbereiteten Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni zu beginnen. Seit er sich zu diesem Entschluss durchgerungen habe, schrieb Hitler später an Mussolini, fühle er sich wieder innerlich frei, denn die Partnerschaft mit Moskau sei ein Bruch mit seiner ganzen Herkunft, seinen Ideen und ehemaligen Bindungen gewesen: «Ich bin glücklich, von dieser Qual befreit zu sein.»

Lebensraum im Osten

Tatsächlich hatte Hitler, obwohl er öffentlich das Gegenteil behauptete, den deutsch-sowjetischen Pakt nie als Bindung von Dauer bewertet. Es war ein taktisches Zweckbündnis, um im Herbst 1939 den Weg zum Angriff auf Polen freizubekommen. Die langfristigen Ziele Hitlers blieben unverändert. Schon in «Mein Kampf» hatte er sein Programm festgelegt: «Wir Nationalsozialisten ziehen einen Strich unter die Aussenpolitik der Vorkriegszeit... Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten.» Hier liege der künftige Lebensraum des deutschen Volkes.

Der Traum eines germanischen Grossreiches, errichtet auf den Trümmern des bolschewistischen Russland, war zwei Jahrzehnte lang Hitlers Leitziel gewesen. Nun, glaubte er, sei die grosse Stunde da, die Vision zu verwirklichen.



Hitlers Ziel im Osten – die Linie Wolga – Archangelsk.

Die deutsche Wehrmacht hatte in kurzer Zeit fast das ganze kontinentale Europa unter die Botmässigkeit des Dritten Reiches gezwungen. Hitler wählte sich im Sommer 1940 stark genug, den Angriff auf die von ihm militärisch als schwach eingestufte Sowjetunion wagen zu können, ohne zuvor Grossbritannien auszuschalten, mit dem sich Deutschland seit September 1939 im Krieg befand.

«Russland muss erledigt werden»

Schon während des Frankreichfeldzuges hatte sich Hitlers Phantasie mit dem grossen Abenteuer im Osten beschäftigt. Entscheide fielen einen Monat nach dem Waffenstillstand im Westen. In einer Konferenz vom 31. Juli 1940 auf dem Berghof, an der die Marschälle Brauchitsch und Keitel, Generalstabschef Halder, General Jodl und Grossadmiral Raeder teilnahmen, teilte Hitler ihnen, wie Halder notierte, seinen Entschluss mit: «Russland muss erledigt werden. Frühjahr 41. 5 Monate Zeit zur Durchführung.» Der Militärapparat reagierte prompt. Die nach dem Westfeldzug zunächst angeordnete Demobilmachung wurde gestoppt, ein neues Rüstungsprogramm aufgestellt und Auftrag zur Ausarbeitung von Operationsüberlegungen gegeben. Ende September 1940 befanden sich bereits 35 der für den Überfall vorgesehenen 120 Divisionen im Osten Deutschlands.

Diplomatisch-militärische Zwischenspiele

Die elf Monate zwischen dem Entschluss zum Krieg mit Russland und dem Befehl zum Angriff waren ausgefüllt mit militärischen und diplomatischen Aktionen. Die deutsche Propaganda richtete ihr Sperrfeuer weiter gegen das «perfidie Albion», aber es kam zu keiner Invasion der Insel, und in der Luftschlacht um England erlitten die Deutschen eine schwere Schlappe. Politisch-diplomatisch wurde für eine «Neuordnung Europas» unter deutscher Führung agitiert. Der am 27. September 1940 abgeschlossene Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan sollte die Vereinigten Staaten beeindrucken und die Sowjetunion an die Bedrohung ihrer fernöstlichen Grenzen erinnern.

Inzwischen hatte sich mit dem Kriegseintritt Italiens das Operationsfeld ins Mittelmeer und nach Afrika ausgeweitet. Der Balkan, auf dem auch Stalin seine Interessen anmeldete und Mussolini mit dem Überfall auf Griechenland Ende Oktober 1940 ein Privatabenteuer begann, drohte zum Pulverfass zu werden. Für die deutsche Führung bedeutete diese Ausweitung des Konfliktes die Gefahr einer Zersplitterung der Kräfte und eine Verzögerung, ja Gefährdung des für Mai 1941 in Aussicht genommenen Beginns des Unternehmens «Barbarossa».

Wachsende Spannung Berlin – Moskau

Im Herbst 1940 nahmen die Spannungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion sichtlich zu. Nach der Niederlage Frankreichs waren die baltischen Staaten von Stalin annektiert worden, und die Rote Armee hatte Rumänien Bessarabien und die Nordbukowina entrissen. Moskau hielt sich zwar im Rahmen der geheimen Abmachungen mit Hitler, aber dieser reagierte verärgert. Mit Rumänien wurde eine Vereinbarung über die Entsendung deutscher «Militärberater» getroffen. Finnland schloss mit dem Reich ein Abkommen, das den Transit deutscher Truppen zu ihren Stützpunkten nach Nordnorwegen gestattete. Auf der anderen Seite drohte die Sowjetunion ihre Warenlieferungen nach Deutschland, ungeachtet ihrer vertraglichen Verpflichtungen. Vor diesem Hintergrund spielten sich Mitte November 1940 die Gespräche des sowjetischen Außenministers Molotow in Berlin ab. Hitler hielt nicht viel von diesem Treffen, gab er doch zu gleicher Zeit Anweisung, ungeachtet der diplomatischen Aktionen die militärischen Vorbereitungen gegen Russland zügig voranzutreiben. Die sowjetisch-deutschen Unterhaltungen glichen Gesprächen zwischen tauben Partnern. Hitler versuchte, die Sowjetunion nach Asien abzulenken. Molotow beharrte auf den Ansprüchen des Kreml im Balkan, an den Dardanellen und in der Ostsee. Eine Annäherung war unmöglich. Hitler wollte sie auch gar nicht; er sah sich durch die Haltung Molotows lediglich in seinem Willen bestätigt, die Sowjetunion so rasch als möglich anzugreifen.

Weisung Nr. 21: «Fall Barbarossa»

Am 18. Dezember 1940 unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 21 zur Kriegführung, betreffend den «Fall Barbarossa». Sie beginnt mit den Worten: «Die deutsche Wehrmacht muss darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges mit England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen ... Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden... Das Endziel der Operation ist die Absicherung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga-Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden ...» Die militärischen Grundlinien für den Feldzug waren damit festgelegt.

Daneben aber liefen ganz andere Vorbereitungen. Am 30. März 1941 rief Hitler mehr als 200 Generäle in die Reichskanzlei und eröffnete ihnen neue Perspektiven des Unternehmens «Barbarossa». Er schilderte den bevorstehenden Krieg im Osten als Kampf zwischen zwei Weltanschauungen. Der Bolschewismus sei eine ungeheu-

re Gefahr und gleichzusetzen mit asozialem Verbrechen. In diesem Feldzug gebe es kein soldatisches Kameradentum. Der Kommunist sei vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Hitler kündigte einen Vernichtungskrieg an. Der Kampf werde nicht geführt, um den Feind zu konservieren. Die bolschewistischen Kommissare und die kommunistische Intelligenz müssten vernichtet werden.

Raum ohne Volk für das «Volk ohne Raum»

Des Führers Wort wurde von den Militärbürokraten später in verbindliche Richtlinien gefasst, die Befehlen gleichkamen. Am berüchtigtsten ist der am 6. Juni erlassene Kommissarbefehl. Er ordnete an, politische Kommissare aller Art seien, «wenn im Kampf oder bei Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen». Zahlenmässig viel grössere Auswirkungen als der Kommissarbefehl hatte die bereits einige Wochen zuvor erlassene Weisung über die Behandlung von Partisanen. Diese sollten «im Kampf oder auf der Flucht schonungslos erledigt werden». Für Handlungen gegen feindliche Zivilpersonen wurde der Truppe Straffreiheit in Aussicht gestellt.

Schon hier handelte es sich eindeutig um Aufforderungen zu Verletzungen des Völkerrechtes und zur Teilnahme an geplanten Massenverbrechen. Diese kriminellen Anordnungen wurden noch übertroffen durch die hinter der Wehrmacht her mordenden Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD, die den Auftrag hatten, «Juden und andere subversive Elemente» auszurotten. Die Todesschwadronen folgten der kämpfenden Front und verrichteten im Baltikum, in Weissrussland und der Ukraine ihre blutige Arbeit. Und neben diesen Verbrechen, die bürokratisch-minuziös vorbereitet und unnachsichtig durchgeführt wurden, ereignete sich die Tragödie der sowjetischen Kriegsgefangenen, die in den ersten Monaten des Krieges in ihren Lagern mit niedrigsten Verpflegungssätzen und minimalster gesundheitlicher Betreuung einem schrecklichen Schicksal ausgeliefert waren und zu Hunderttausenden dahinstarben.

Das zentrale Kriegsziel der Führung des Dritten Reiches im Kampf gegen die Sowjetunion, nach aussen hin zunächst nach Möglichkeit verschleiert, war die Vernichtung der nationalen Substanz der hier wohnenden Völker. Für das «Volk ohne Raum», als das die Nazipropaganda die Deutschen gerne hinstellte, sollte im Osten ein Raum ohne Volk geschaffen werden, in dem die arische Rasse, bedient von den überlebenden «Untermenschen», ihr Herrendasein führen konnte. Dieses infernalische Szenario enthüllt eine Besprechung Hitlers mit Göring, Keitel und Rosenberg im Führerhauptquartier vom 16. Juli 1941, drei Wochen nach Beginn des Überfalles, als die deutsche Führung sich voreilig bereits des Sieges sicher wähnte. Die Aussprache dauerte fünf Stunden. Wie dem Protokoll Martin Bormanns zu entnehmen ist,

erklärte Hitler, es komme jetzt darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit man ihn «erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten» könne. Den Partisanenkrieg wertete Hitler als Vorteil: «Er gibt uns die Möglichkeit, auszurotten, was sich gegen uns stellt.» Der Riesenraum müsse natürlich so rasch als möglich befriedet werden; dies geschehe «am besten dadurch, dass man jeden, der nur schief schauete, totschiessete». Schon Tage zuvor hatte Hitler vor seinen Militärplanern betont, dass er Moskau und Leningrad dem Erdboden gleichmachen wolle. Später gab er Weisung, auch Kiew «in Schutt und Asche» zu legen. Weitere ähnliche Zitate gibt es in grosser Zahl. Der Russlandfeldzug war, wie Ernst Nolte einst urteilte, «ein Eroberungs- und Vernichtungskampf, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hatte».*

Schwacher Widerspruch

Es ist bedrückend zu sehen, wie wenig Opposition es gegen Hitlers verbrecherisches Russlandabenteuer gab, gegen Kommissarbefehl, Partisanenverfolgung und die Mordaktionen der Einsatzgruppen. Aber auch jenseits moralischer Erwägungen hat der Entschluss, ungeachtet des Krieges mit England im Osten eine zweite Front zu eröffnen, in den eingeweihten Kreisen der deutschen Führung nur wenige bewogen, kritische Zweifel an Hitlers Megalomanie zu äussern. Staatssekretär v. Weizsäcker will vor den wirtschaftlichen Folgen eines Russlandfeldzuges gewarnt haben. Admiral Canaris protestierte gegen die Behandlung der Kriegsgefangenen. Die meisten aber, die Vorbehalte hatten, äusserten sich nicht, überzeugt von der Nutzlosigkeit solchen Tuns. Das Charisma des siegreichen Führers liess viele Skeptiker verstummen. Und fast allen erschien die Sowjetunion als Koloss auf tönernen Füßen, als eine Macht, die unfähig sein werde, der sieggewohnten deutschen Militärmaschine zu widerstehen.

Signale Moskaus

Die Sowjetunion selber hat nach Molotows Berliner Visite mehrmals Signale gegeben, dass sie sich der deutschen Bedrohung bewusst sei, und Gesprächsbereitschaft angekündigt. Die Warenlieferungen nach Deutschland, die stagniert hatten, stiegen im März 1941 wieder an und erreichten schliesslich über 20 Prozent des deutschen Aussenhandelsvolumens. Gleichzeitig suchte Stalin Hitler zu überzeugen, dass im Ernstfall mit hartem Widerstand zu rechnen sei. Im April 1941 wurde die Rote Armee in Alarmbereitschaft versetzt. Am 5. Mai übernahm Stalin, der bisher kein Regierungssamt bekleidet hatte, den Posten des Ministerpräsidenten.

* Ernst Nolte, Die faschistischen Bewegungen, München 1966, S. 170

Bereits damals liess sich der deutsche Aufmarsch an der Ostgrenze kaum mehr verheimlichen. Die deutsche Propaganda lancierte in einer gezielten Desinformationskampagne Gerüchte über angebliche Gespräche zwischen Berlin und Moskau, über Absichten zum Durchmarsch der Wehrmacht via Ukraine und Kaukasus Richtung Persischer Golf und Indien, ja sogar die Mär einer unmittelbar bevorstehenden Invasion Englands wurde verbreitet. Stalin, der mehrfach (auch von Churchill) gewarnt worden war, reagierte in diesem Verwirrspiel auf seine Weise. Am 14. Juni, eine Woche vor dem deutschen Überfall, wurde ein Tass-Communiqué veröffentlicht, das alle Meldungen über angebliche Spannungen zwischen Moskau und Berlin ins Reich der Fabel verwies. Es sollte ein Zeichen sowjetischer Verhandlungsbereitschaft sein. Möglicherweise hat Stalin angenommen, Hitler wolle mit seinem Aufmarsch nur bluffen, um in irgendeiner Form Konzessionen zu erpressen.

Der sowjetische Diktator stand zwar an verbrecherischer Brutalität Hitler kaum nach, dachte aber politisch realistischer. Er nahm wohl an, Deutschland werde sich mit dem unbesiegten britischen Empire als Feind im Rücken nicht mutwillig in einen Zweifrontenkrieg stürzen. Stalin hat sich getäuscht. Hitler folgte nicht dem Zwang der Realitäten, sondern seinen Visionen. Er glaubte an die Gunst der Stunde, sein Lebensziel zu verwirklichen. Im Wahn der eigenen Unerstlichkeit liess er sich durch keinen noch so überzeugenden sachlichen Einwand davon ablenken.

Neue Dimension des Krieges

Der Krieg gegen die Sowjetunion trägt unverkennbar die Züge Hitlerscher Kampfführung, frei von allen moralischen und ethischen Erwägungen. So begann am 22. Juni 1941 etwas ganz Neues, ein gnadenloser Kampf, der nicht auf machtmässige Ausschaltung des Gegners, sondern auf die Auslöschung ganzer Völkerschaften abzielte. Der Krieg erhielt eine andere Dimension. Vermittlungsmöglichkeiten gab es angesichts der Millionen unschuldiger Opfer und der Abgründe aufgestauten Hasses bald keine mehr. Zugleich war die Zeit der leichten Blitzsiege für die deutsche Wehrmacht vorbei. Nach grossen Anfangserfolgen blieb das Unternehmen «Barbarossa» im russischen Winter stecken. Es endete für seine Urheber in Tod und Niederlage, wie Jahrhunderte zuvor der Kreuzzug des Staufenkaisers, dessen Name für den Überfall auf die Sowjetunion als Deckwort hatte erhalten müssen. Der Feldzug dauerte nicht, wie kalkuliert, fünf Monate, sondern fast vier Jahre. Indem Hitler sich auf die vermeintlich leichte Beute Russland stürzte, manövrierte er Deutschland in einen langen Krieg, der zur Katastrophe führte und dem Kommunismus den Weg nach Mitteleuropa öffnete.



Die Diskriminierung der polnischen Juden beginnt unmittelbar nach der Besetzung des Landes durch die Deutschen.

Wie die «Endlösung» beschlossen wurde

Der Befehl zur Ausrottung der Juden Europas

Vom 31. Juli 1941 datiert ein Schreiben, in welchem der damalige deutsche Reichsmarschall Hermann Göring, designierter Nachfolger Hitlers, dem SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich den Auftrag gab, sämtliche Massnahmen für eine «Endlösung» der Judenfrage in Europa zu koordinieren. Das Aktenstück ist in gewundenem Bürokratendeutsch abgefasst. Es beruft sich auf einen früheren Erlass Görings vom Januar 1939 über die Auswanderung und Evakuierung der Juden, bezieht die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen des Reiches ein und schliesst mit der Aufforderung, in Bälde einen Gesamtentwurf zur Durchführung der «Endlösung» vorzulegen.

Ein Schlüsseldokument

Das Aktenstück ist, darüber können auch die verklausulierten Formulierungen nicht hinwegtäuschen, ein Schlüsseldokument für die von höchster Stelle des Dritten Reiches angeordnete Ausrottung der Juden in Europa. Der zweite Mann im Staat gibt dem Sicherheitschef des Regimes den Befehl, so der Klartext des Erlasses, die im deutschen Machtbereich lebenden Juden zu liquidieren, das heisst zu töten. Es war nach den vorangegangenen Phasen der Entwürdigung und Entrechtung, der Ausplünderung und Austreibung das Signal dafür, dass nun die letzte Etappe des Leidensweges der Juden begonnen hatte, an dessen Ende die physische Vernichtung stehen sollte.

Für Heydrich war Görings Schreiben zum damaligen Zeitpunkt jedoch kaum mehr als eine selbstbestellte Deckorder. Als er sie erhielt, hatte der Vernichtungsfeldzug gegen die Juden im Osten Europas längst eingesetzt. Im Rahmen der Vorbereitungen für das Unternehmen «Barbarossa», den Überfall auf die Sowjetunion, waren schon am 13. März 1941 auf Befehl Hitlers hin «Richtlinien auf Sondergebieten» erlassen worden. In diesen wurde festgelegt, dass der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, in der SS-Hierarchie Heydrichs direkter Vorgesetzter, im Operationsgebiet des Heeres vom «Führer» Sonderaufgaben zugewiesen erhalte, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergäben. Im Rahmen dieser Aufgaben wurde Himmler «selbständiges Handeln in eigener Verantwortung» übertragen.

Das Morden der Einsatzgruppen

Zur Durchführung dieser Weisung bildete die SS aus Angehörigen von Polizei und Sicherheitsdienst mehrere «Einsatzgruppen», die sich hinter dem im Osten aufmarschierenden Heer versammelten. Nach Kriegsausbruch am 22. Juni 1941 folgten sie den kämpfenden Armeen, trieben Juden und Angehörige der «bolschewistischen Intelligenz» zusammen und exekutierten sie. Von ihren Aktivitäten erstatteten sie Rapporte, «Ereignismeldungen» genannt, Erfolgsbilanzen einer Mördertruppe, die in kaltem Bürokratenton, scheinbar unberührt vom Grauen ihres Tuns, Statistiken des Todes anfertigten: «Das nach Slonim abgeordnete Teilkommando hat... eine Grossaktion gegen Juden und andere kommunistisch belastete Elemente zur Durchführung gebracht, wobei ca. 2'000 Personen wegen kommunistischer Umtriebe und Plünderns festgenommen wurden. Von ihnen sind am gleichen Tage 1'075 Personen liquidiert worden. Durch das Kommando allein wurden noch weitere 84 Personen in Slonim liquidiert.» Oder eine andere Meldung: «Arbeitsbereich der Teilkommandos vor allem in kleineren Orten judenfrei gemacht. In der Berichtszeit wurden 3'176 Juden, 85 Partisanen, 12 Plünderer, 122 kommunistische Funktionäre erschossen. Gesamtsumme 79'276.»

Es waren nach eigenen Angaben der Einsatzgruppen gegen eine halbe Million Menschen, die auf diese barbarische Weise zu Tode kamen, fast alles Zivilisten, Männer und Frauen, Greise und Kinder. Aber die Art des Tötens durch Erschiessen erwies sich, wie Himmler nach einem Augenschein bei Exekutionen in der Nähe von Minsk im Juli 1941 feststellte, als auf die Dauer problematisch und wenig effizient. Die SS machte sich auf die Suche nach neuen, wirksameren Mitteln.

Von der «Euthanasie» zum Judenmord

Diese wurden gefunden in der Übernahme der Tötungsmethoden des «Euthanasie»-Programmes. Dieses war seit Kriegsbeginn auf Befehl Hitlers angelaufen. Klinisch unheilbaren Menschen sollte der Gnadentod gewährt werden, «unnütze Esser», so sagte man damals, konnte der Nationalsozialismus bei seinen Kriegsanstrengungen nicht brauchen. Die Tötungen, vor allem in psychiatrischen Kliniken wie Hadamar, Grafeneck, Brandenburg und anderen durchgeführt, liessen sich nicht lange verheimlichen. Unter der Bevölkerung verbreitete sich Unruhe. Es kam zu Protesten, vor allem von kirchlicher Seite. Der Bischof von Münster, Graf Galen, erhob von der Kanzel anklagend und warnend seine Stimme.

Das Regime wich zurück und stellte das Programm ein. Der Tötungsapparat, der vor allem mit Giftgas gearbeitet hatte, wurde abkommandiert zur Judenvernichtung, so etwa – um einen Namen herauszugreifen – der Stuttgarter Kriminalkommissar

Christian Wirth, der seit April 1939 auf Befehl Hitlers im «Euthanasie»-Programm tätig war. «Es führt», schreibt der britische Historiker Gerald Fleming, «ein direkter Weg von den ortsfesten Gaskammern der Euthanasie-Anstalten ..., wo hauptsächlich deutsche Menschen mit Kohlenoxidgas rasch und lautlos getötet wurden, nach dem Vernichtungslager Sobibor, wo identische Liquidationsaktionen unter ... Christian Wirth an der Tagesordnung waren.»

Vernichtungsstätte Auschwitz

Zugleich mit dem Auftrag an Wirth erging ein anderer an den Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, Rudolf Höss. Das Lager, im damaligen polnisch-deutschen Grenzgebiet gelegen, war im Frühjahr 1940 eingerichtet worden. Nun bestimmte es Himmler im Sommer 1941 zur zentralen und wichtigsten der geplanten Vernichtungsstätten. Er eröffnete Höss, wie dieser nach dem Krieg aussagte, dass der «Führer» die «Endlösung» der Judenfrage befohlen und die SS den Befehl durchzuführen haben. Die bestehenden Vernichtungsstätten im Osten seien jedoch nicht in der Lage, die beabsichtigte grosse Aktion zu bewältigen. Auschwitz sei ausgewählt worden wegen seiner günstigen verkehrstechnischen Lage und weil es nach aussen hin leicht zu tarnen und abzusperren sei. Über die Judentötungen müsse strengstes Stillschweigen gewahrt werden. «Die Juden sind die ewigen Feinde des deutschen Volkes», sagte Himmler, «und müssen ausgerottet werden. Alle für uns erreichbaren Juden sind jetzt während des Krieges ohne Ausnahme zu vernichten.»

Kurz darauf besuchte Heydrichs Judenreferent Adolf Eichmann im Auftrag Himmlers das Lager Auschwitz und orientierte Höss über das geplante Vorgehen gegen die Juden in den einzelnen Ländern des deutschen Machtbereiches. Es sei klar, dass nur Gas als Tötungsmittel in Frage komme, «denn durch Erschiessen die zu erwartenden Massen zu beseitigen wäre schlechterdings unmöglich». Auschwitz war nur eine, wenn auch die grösste dieser Vernichtungsstätten. Weitere Todeslager gab es in Chelmno bei Posen, Treblinka bei Warschau, in Maidanek bei Lublin und in Sobibor.

Warum Göring?

Vor diesem Hintergrund ist das Schreiben Görings vom 31. Juli 1941 zu sehen. Mit der Vollmacht des Reichsmarschalls erhielt Heydrich den ganzen Vernichtungsaparat unter seine Kontrolle. Die Einsatzgruppen in Russland unterstanden ihm bereits. Nun erhielt er die Ermächtigung, mit seiner Polizei, der Gestapo und dem Sicherheitsdienst (SD) auch in den Ländern Nord- und Westeuropas wie auf dem Balkan die Deportationen einzuleiten und die Bewohner der polnischen Ghettos zu li-

quidieren. Heydrich wurde zum Motor der «Endlösung». Er berief die «Sachbearbeiter» der einzelnen Ministerien und Ämter zusammen, die am 20. Januar 1942 in der Wannsee-Konferenz die Details des Ausrottungsplanes festlegten.

Es bleibt die Frage, warum Heydrich sich die Vollmacht von Göring holte und nicht von Hitler selbst. Rein formal besass Göring seit Oktober 1936 die Kompetenz, als Beauftragter des «Führers» Befugnisse weiterzugeben, deren Zuständigkeitsbereiche die normalen Administrativressorts überschritten. Göring hat von diesem Recht, das charakteristisch ist für den Verwaltungswirrwarr des Dritten Reiches, einige Male Gebrauch gemacht, Anfang 1939 auch in der Judenfrage, als die Machthaber die Auswanderung (das heisst die Vertreibung der Juden aus Deutschland) forcierten.

Juristisch liess sich die Einschaltung Görings ohne Weiteres begründen. Bestimmt hat er aber einen so weitgehenden Entscheid nicht selbst getroffen, ohne der Zustimmung des «Führers» sicher zu sein. Wahrscheinlich wollte Hitler als Staatsoberhaupt, aus welchen Gründen auch immer, sich aus dem Vollzug des verbrecherischen Befehls zur Judenvernichtung heraushalten. Das hat in jüngerer Vergangenheit unter Historikern zu einer abwegig anmutenden Kontroverse über die Frage geführt, ob Himmler und Heydrich die Judenvernichtung auf eigenen Antrieb angeordnet hätten. Damit würde auch Hitler selber zu der grossen Masse jener Deutschen gehören, die von sich behaupteten, sie hätten von allem nichts gewusst...

Es bedarf wohl keiner vielen Beweise, um die Absurdität einer solchen These zu belegen. Himmler hat, auf Vorhaltungen und Einwände seiner Untergebenen hin, zu verschiedenen Malen unmissverständlich erklärt, der Befehl zur Judenvernichtung sei von Hitler gegeben worden. Gelegentlich sagte Himmler sogar, der «Führer» habe ihm damit eine schwere Aufgabe überbürdet und er hätte es lieber gesehen, wenn seine «braven SS-Männer» davon verschont geblieben wären. Aber Befehl sei Befehl. Die heutige Generation müsse diese Pflicht auf sich nehmen, eine spätere brächte die dafür nötige Härte möglicherweise nicht mehr auf – Manifestationen einer monströsen Geistesverwirrung.

Und schliesslich bleibt als Kronzeuge für Verantwortung und Schuld Adolf Hitler selbst. Er hat am 30. Januar 1939, sechs Monate vor Kriegsbeginn, im Deutschen Reichstag erklärt: «Wenn es dem internationalen Finanzjudentum inner- und ausserhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.» Und im Kriege hat Hitler mehrmals auf dieses «prophetische» Wort hingewiesen. Er sei deswegen verlacht worden, behauptete er zynisch, aber die meisten, die einst gelacht hätten, lachten jetzt nicht mehr, und die, die noch immer lachten, würden es bald nicht mehr tun.

Der Krieg, den Hitler entfesselt hat, ist von ihm geführt worden, um seiner Machtgier willen und um den Traum von einem grossen Reich zu verwirklichen. Er hat ihn aber auch benützt, um im Dunkel der Greuel, die jeder Krieg mit sich bringt, seinen unbändigen irrationalen Hass gegen das Judentum auszutoben. Diese Schuld ruht auf ihm. Mitschuld tragen aber auch jene, die sich als willige Helfer und Werkzeuge hergaben zum Massenverbrechen der «Endlösung». Ein Schatten ist durch sie auf den deutschen Namen gefallen. Er wird haften bleiben, lange über die Lebensspanne der Tätergeneration hinaus.

Japans Angriff auf Pearl Harbor

Die Kriege in Europa und Asien werden zum Weltkrieg

Der japanische Flottenverband, der Ende November 1941 Richtung Pearl Harbor auslief, war nur ein kleiner Teil der Streitmacht, die das fernöstliche Kaiserreich in jenen Tagen in Bewegung gesetzt hatte. Der Stoss Japans, mit dem der pazifische Krieg ausgelöst wurde, zielte nicht primär gegen die Vereinigten Staaten, sondern nach Süden, gegen den Malaiischen Archipel. Dort suchte das rohstoffarme Japan sich neue Ressourcen zu erschliessen und zugleich den Traum vom ostasiatischen Grossreich zu verwirklichen, der Schaffung einer von Tokio aus beherrschten «Greater East Asia Co-Prosperity Sphere», die von den Aleuten bis vor die Tore Australiens und von der Grenze Indiens weit in die pazifische Inselwelt hinein reichen sollte.

Aufstieg zur Grossmacht

Es war das kühnste und abenteuerlichste Unternehmen in der Geschichte des modernen Japan. In atemberaubendem Tempo hatte das Land seit 1870 die technischen Errungenschaften des Westens adaptiert und zählte schon um 1910 zum Kreis der Grossmächte. Die beiden grossen Nachbarn China und Russland, zwei Kolosse auf tönernen Füßen, waren in zwei kurz aufeinanderfolgenden Kriegen 1894/95 und 1904/05 von Japan besiegt worden. Am Ersten Weltkrieg hatte Japan an der Seite der Alliierten teilgenommen und war gleichberechtigt neben die grossen Seemächte USA und Grossbritannien getreten, die seinen Aufstieg wohlwollend gefördert hatten.

Der rasche äussere Aufstieg wirkte zurück auf die Innenpolitik Japans. Getragen von einem wachsenden nationalen Selbstbewusstsein, das sich schliesslich in masslose Überheblichkeit und Überschätzung der eigenen Kraft steigerte, war es einer Reihe von Offiziersgruppen gelungen, sich politischen Einfluss zu verschaffen. Sie fühlten sich gedeckt von dem göttliche Verehrung geniessenden Tenno, und es gelang, die Ansätze demokratischer Strukturen zu zerstören, die unter der kompakten Schicht der im Volk tief verankerten shintoistischen Traditionen ohnehin nur schwach entwickelt waren. Eine Periode aggressiver Aussenpolitik begann. Mit militärischen Überfällen und Interventionen sollte dem Reich Raum erobert werden, um ihm neue Rohstoffquellen zu verschaffen. Zugleich galt es, Absatzmärkte für die sich dynamisch entwickelnde Industrie des überbevölkerten Landes zu gewinnen.



Führerkult, Kulisse der Massenbegeisterung und Terror gegen Andersdenkende sind die Stufen, auf denen Hitler seinen Aufstieg zur unumschränkten Diktatur geschafft hat.

Der erste Schlag Deutschlands gegen ein unabhängiges Land zielt auf Österreich. Begrüßung des ‚Führers‘ beim Einmarsch der Wehrmacht in Wien im März 1938.

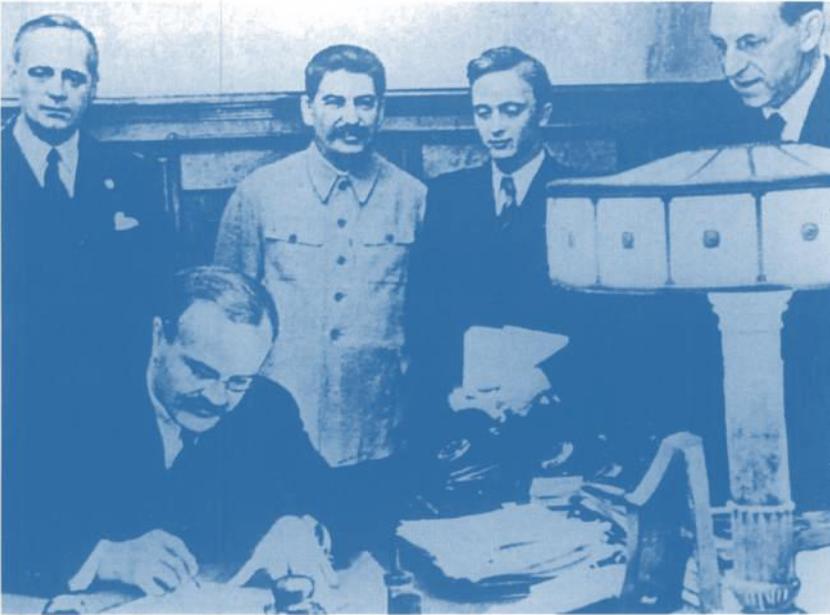




In München kapitulieren Ende September 1938 die Westmächte vor den deutschen Forderungen und opfern die Tschechoslowakei. Im Bild von links: Göring, Hitler, ein Dolmetscher, der italienische Außenminister Graf Ciano, Mussolini, Ministerpräsident Daladier, Premierminister Chamberlain und der französische Botschafter François-Poncet.

Das Dritte Reich entrechtet, demütigt und verfolgt von Anfang an den jüdischen Teil der Bevölkerung. Nach dem Anschluss Österreichs verschärft sich der Antisemitismus des NS-Regimes. In Wien und anderswo werden Juden öffentlich verhöhnt und gequält. Diese erste Phase der Repression endet im Pogrom vom 8./9. November 1938.

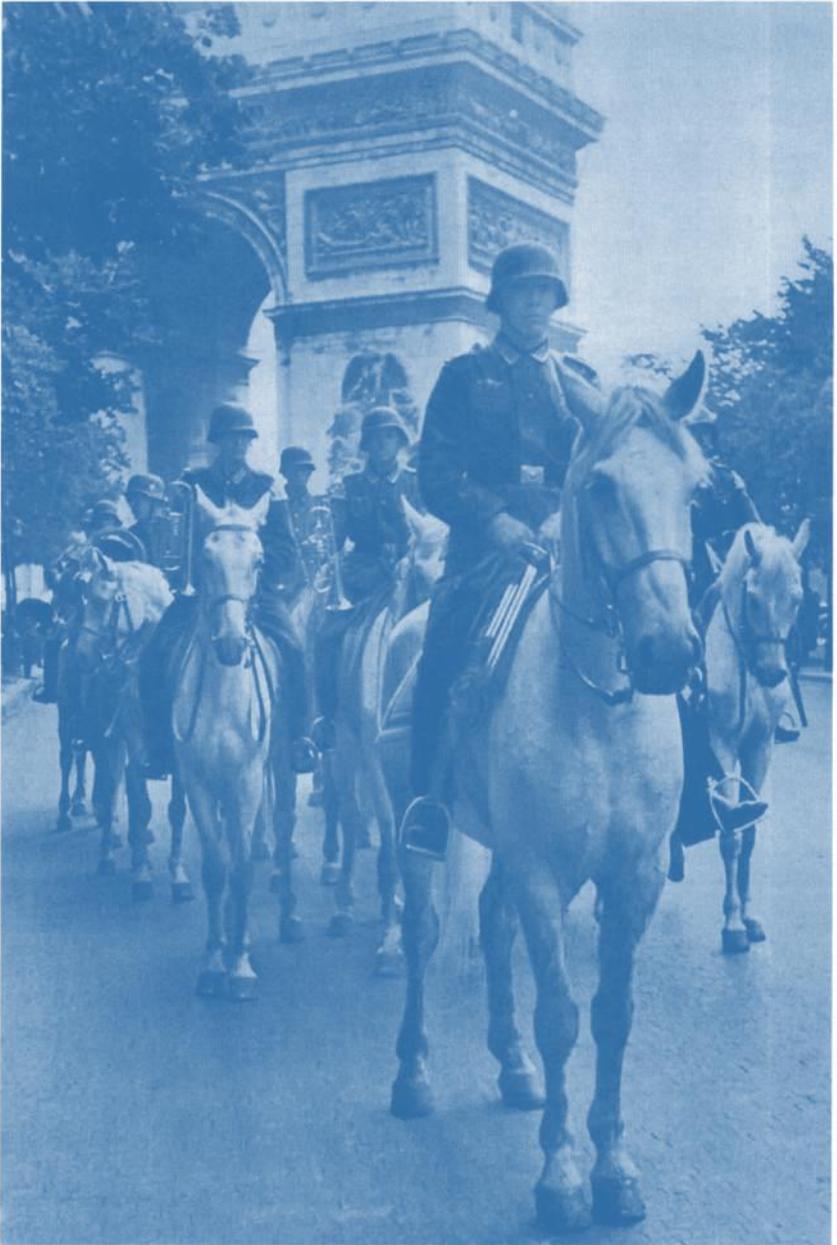




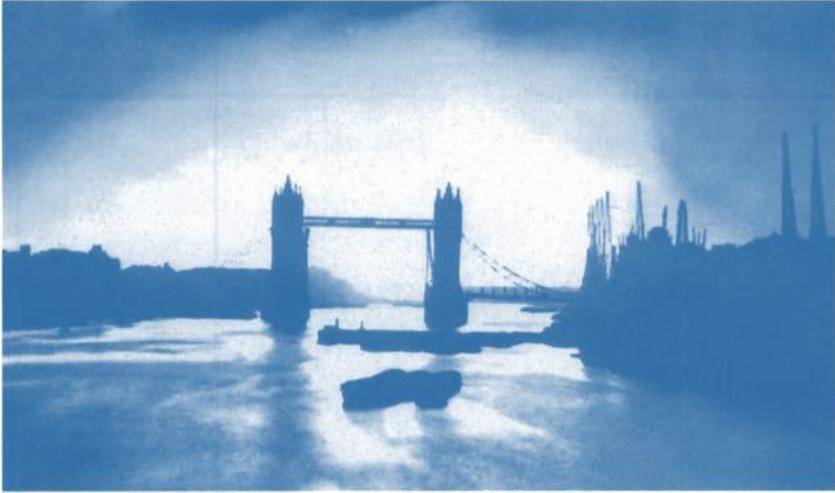
Der sowjetische Aussenminister Molotow unterzeichnet am 23. August 1939 den Pakt der UdSSR mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Im Hintergrund der deutsche Aussenminister von Ribbentrop und Stalin.

Am 1. September 1939 entfesselt Hitler den Krieg gegen Polen. Deutsche Truppen beseitigen einen Schlagbaum an der Grenze.





Im Frühsommer 1940 überfällt die deutsche Wehrmacht Holland, Belgien und Luxemburg. In sechs Wochen wird Frankreich besiegt. Deutsche Truppen ziehen in Paris ein.



„Blitzkrieg“ über London im Herbst 1940: Die Tower-Bridge während einer Bombennacht.

Der britische Premierminister Churchill (vorn Mitte) in den Ruinen der von der Luftwaffe bombardierten Stadt Coventry.





Die Wehrmacht überrennt im Sommer 1941 die Sowjetunion; deutsche Panzertruppen dringen tief in Russland, dem Baltikum und der Ukraine ein.

Im Winter 1941 bleibt Hitlers Offensive vor Moskau stecken.





In einem Überraschungsangriff vernichteten die Japaner am 7./8. Dezember 1941 in Pearl Harbor grosse Teile der US-Pazifik-Flotte. Der europäische Krieg weitet sich zum Weltkrieg aus.



Im Oktober und November 1942 wendet sich in Afrika der Krieg. Bei El Alamein in Ägypten werden die Deutschen zurückgeschlagen. Gleichzeitig landen alliierte Truppen in Marokko und Algerien.

Auch im Osten kommt die Wende. Ende Januar 1943 kapituliert eine ganze deutsche Armee im eingekesselten Stalingrad.





Im April 1943 erheben sich die Bewohner des Warschauer Ghettos, um der drohenden Deportation in die Todeslager zu entgehen. Die Deutschen reagieren mit brutaler Härte. Haus um Haus wird erstürmt, die Bewohner werden gefangengenommen und abgeführt.

Nach sechs Wochen erlischt im Mai der heroische Widerstand im Warschauer Ghetto. Der jüdische Wohnbezirk der polnischen Hauptstadt wird dem Erdboden gleichgemacht.





Der Sommer 1944 bringt die lange erwartete Invasion Frankreichs. Alliierte Truppen landen am 6. Juni – dem ‚D-Day‘ – in der Normandie und eröffnen im Westen eine neue Front gegen das Dritte Reich.

In einzelnen Landeabschnitten an der französischen Invasionsküste begegnen die Alliierten erbittertem Widerstand, an andern können sie fast ungehindert das Ufer gewinnen.





Auf Hitler wird am 20. Juli 1944 in seinem Hauptquartier ein Attentat verübt, das fehlschlägt. Im Bild, das wenige Tage vor dem Anschlag aufgenommen worden ist, Graf Stauffenberg (ganz links), der die Bombe zündete.



Im Vernichtungslager Auschwitz sind in den Jahren 1942-1945 ungezählte jüdische Menschen getötet worden. An der Rampe erfolgte die Selektion der ‚Transporte‘. Wer nicht arbeitsfähig erscheint, kommt in die Gaskammer. Im Januar 1945 wird das Lager von der Roten Armee befreit.

Frau mit Kindern auf dem Weg in den Tod – das Bild eines alltäglichen Grauens im Vernichtungslager.





Vom 3. bis 11. Februar 1945 konferieren Churchill, Roosevelt und Stalin in Jalta auf der Krim. Ihr Hauptthema: die Zukunft Europas nach dem Kriege.

Im Frühjahr 1945 tritt der Krieg in seine Endphase. Amerikanische Truppen überschreiten am 8. März bei Remagen den Rhein und dringen aus dem dort gewonnenen Brückenkopf rasch ins Innere Deutschlands vor.





Alliierte Bomberstaffeln zerstören am 13./14. Februar 1945 das bei ihren Angriffen auf deutsche Städte bisher verschont gebliebene Dresden. Eine unbekannte Zahl von Menschen und unschätzbare Kunstdenkmäler, darunter der Zwinger, fallen dem Raid zum Opfer.

Eine in den erbitterten Kämpfen im Westen Deutschlands fast völlig ausgelöschte rheinische Kleinstadt.





Im Osten Deutschlands setzt die Rote Armee Mitte April zum Sturmangriff auf Berlin an. Am 2. Mai kapituliert die Stadt. Zwei Tage zuvor hat sich in der Reichskanzlei Hitler in den Selbstmord geflüchtet.

Der deutsche Generalfeldmarschall Keitel (Mitte) bei der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation, die am 8. Mai 1945 in Kraft tritt.





Kriegsende

Ihre Billigprodukte hatten in den zwanziger Jahren den Weltmarkt überschwemmt, waren aber während der grossen Wirtschaftskrise in Europa und den USA zunehmend auf Ablehnung gestossen.

Ausbeutungsobjekt China

Hauptobjekt der japanischen Expansion war das in inneren Wirren zerstrittene China. 1931 wurde die Mandschurei erobert und in ein Satellitenreich umgewandelt. Im Juli 1937 brach zwischen Japan und China ein Konflikt aus, der die japanischen Kräfte aufs Äusserste anspannte. Weite Teile des chinesischen Territoriums wurden in den nächsten Jahren besetzt, ohne dass das Land hätte zur Kapitulation gezwungen werden können. Die immer unberechenbarere Formen annehmende japanische Politik entfremdete das Reich mehr und mehr seinen alten Verbündeten Grossbritannien und Amerika, in deren Interessensphäre die Japaner einzudringen begannen.

Tokio suchte deshalb Anlehnung an die «dynamischen» Mächte Europas und schloss 1936/37 mit Deutschland und Italien den Antikominternpakt. Ihm folgte, auf dem Höhepunkt militärischer Erfolge der Achse, im September 1940 der Dreimächtepakt. Er enthielt, zumindest auf dem Papier, weitgehende Bindungen an die beiden bereits im Krieg mit Grossbritannien stehenden europäischen Partner. Nach den grossen militärischen Erfolgen Hitlers glaubte Japan die Stunde gekommen, das Erbe der Kolonialmächte in Ostasien anzutreten. Frankreich und die Niederlande waren besiegt, England stand geschwächt allein der deutschen Wehrmacht gegenüber. Im September 1940 griff die japanische Armee erstmals nach Südostasien und besetzte den Nordteil von Französisch-Indochina.

Durch seine aggressiven Aktionen und den Anschluss an die Achsenmächte hatte sich Japan jedoch in eine Isolation manövriert, aus der ein Ausweg immer schwerer zu finden war. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten übten einen sich steigenden wirtschaftlichen Druck auf Tokio aus. Sie unterstützten China mit Militärhilfe, liessen die japanischen Guthaben einfrieren und verhängten Handelssperren, die das auf den Import angewiesene Land in die Enge trieben. Der Weg durch Sibirien nach Europa war für die Japaner verbaut, nachdem Hitler – ohne den Verbündeten in Tokio zu konsultieren – im Juni 1941 in die Sowjetunion eingefallen war, mit der Japan noch kurz zuvor einen Nichtangriffspakt abgeschlossen hatte.

Ergebnislose Verhandlungen in Washington

Mitte 1941 war für Japan der Zwang zum Handeln unausweichlich geworden. Die japanische Führung operierte doppelgleisig. Einerseits wurden die militärischen Gremien beauftragt, einen Kriegsplan auszuarbeiten. Auf der andern Seite sollten di-

plomatische Sondierungen mit den Westmächten stattfinden, um die Möglichkeit einer Verständigung auszuloten. Die Verhandlungen mit den USA begannen im Juli in Washington und wurden vom dortigen japanischen Botschafter Nomura und von dem in spezieller Mission nach den USA entsandten Sonderbotschafter Kurusu mit dem amerikanischen Staatssekretär Hull geführt.

Die Amerikaner liessen sich auf keine Kompromisse ein. Präsident Roosevelt, der entschlossen war, an der Seite Englands Hitler zu vernichten, wich vor dem mit Deutschland verbündeten Japan keinen Zoll zurück. Er verfügte im August ein Öl-embargo gegen «Angreiferstaaten» (in das Japan einbezogen wurde) und stellte schliesslich am 26. November 1941 Bedingungen wie Räumung ganz Chinas, Austritt aus dem Dreimächtepakt und so fort. Das konnte Tokio nicht annehmen, ohne das Gesicht zu verlieren. Der japanische Aussenminister Togo gab seinen beiden Unterhändlern in den USA telegrafisch die Weisung: «Ihr habt das Menschenmögliche versucht, aber die USA haben uns diese demütigenden Bedingungen überreicht. Die Verhandlungen sind zu Ende, doch dürft Ihr das nicht erkennen lassen ... Sagt, Ihr wartet neue Weisungen ab.»

Der 26. November war der Stichtag, an dem die Operationen des lange vorbereiteten Kriegsplans der Japaner anliefen. Er ging davon aus, dass Japan gegen drei Feindstaaten zu kämpfen haben werde: die Niederlande, Grossbritannien und die USA. Ohne sich um die deutschen Interessen zu kümmern, war Mitte Juli beschlossen worden, sich nicht am Krieg Hitlers gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Das Schwergewicht des militärischen Schlages sollte im Süden liegen. Die wichtigsten Aktionen richteten sich gegen die britischen und niederländischen Besitzungen in Malaya und im Archipel von Insulinde. Eine erste Etappe sah die Flankensicherung vor durch Besetzung von Thailand, British-Malaya und den damals amerikanischen Philippinen; kleinere Stützpunkte des Gegners wie Hongkong, Guam oder Wake sollten im Vorübergehen genommen werden. In einer zweiten Etappe hätte dann die Besetzung von Sumatra, Java, Borneo, Celebes, Timor und Neuguinea zu folgen. Trotz den ungeheuren Distanzen, die zu überwinden waren, sollte der Streich rasch geführt werden. Für die erste Etappe waren einige Wochen, für die zweite drei bis vier Monate eingeplant.

Der Raid auf Pearl Harbor

Neben diesem vom Kaiserlichen Hauptquartier unter den Stabschefs General Sugiyama und Admiral Nagano aus gearbeiteten Operationsplan hatte der Chef der Vereinigten Flotte, Admiral Yamamoto, unabhängig und ohne Auftrag eine eigene Aktion vorbereitet. Ihr Ziel war es, die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor auszuschalten. Yamamoto stiess beim Hauptquartier mit seinen Absichten zunächst

auf wenig Gegenliebe. Der Plan wurde als zu riskant beurteilt, auch wurde bezweifelt, ob er wirklich – wie Yamamoto meinte – unbemerkt durchgeführt werden könne, was eine Voraussetzung für das Gelingen war. Auch schien nicht sicher, dass die Pazifikflotte am Stichtag tatsächlich auf der Reede von Pearl Harbor liegen werde. Yamamoto gelang es jedoch, die Argumente zu entkräften. Planspiele hatten ergeben, dass die Aktion gegen Hawaii realisierbar war. So wurde sie in das endgültige Dispositiv aufgenommen.

Der Raid auf Pearl Harbor hatte, obwohl nur Nebenaktion fern der Hauptentscheidung im Süden, einen bedeutenden Stellenwert. Er stand am Anfang der ganzen Operation, gewissermassen als Ouverture mit Paukenschlag, analog dem japanischen Überfall auf die Zarenflotte 1904 in Port Arthur. Wie damals war es wiederum ein risikoreiches Unternehmen, in das sich die Japaner einliessen, und der mit der Ausführung beauftragte Admiral Nagumo hatte die Order in der Tasche, bei den geringsten Schwierigkeiten sofort umzukehren.

Nagumos Streitmacht, bestehend aus 6 Flugzeugträgern, 2 alten Schlachtschiffen, 27 Langstrecken-U-Booten sowie einer Begleitung von Kreuzern, Zerstörern und Tankern, lief in der Nacht des 26. November 1941 von ihrem Versteck auf den Kurilen nach Südosten aus. Tatsächlich gelangte sie auf dieser wenig befahrenen Pazifik-Nordroute in der Nacht auf den 7. Dezember in den Raum 300 Meilen nördlich von Hawaii. Am 2. Dezember hatte Nagumo den endgültigen Befehl zum Einsatz erhalten, am 7. Dezember um 6 Uhr 30, einem Sonntag, löste er den Angriff aus. Die erste Welle der Flugzeuge unter dem Kommando von Mutsuo Fuchida erreichte Pearl Harbor. Die Besatzungen erkannten sofort, dass unten niemand mit einem Angriff rechnete und die Überrumpelung geglückt war. Fuchida gab das Stichwort: «Tora, Tora, Tora». Wie die Tiger stürzten sich die japanischen Flugzeuge auf ihre Beute.

Die Sorglosigkeit der Amerikaner

Es ist nur schwer verständlich, weshalb die Amerikaner so unbekümmert waren. Anzeichen für einen Krieg zwischen Japan und den USA gab es angesichts der politischen Spannungen genügend. Auch wurde ein Überfall als Japans traditionelle Form der Kriegseröffnung einkalkuliert. Am 27. November hatte der amerikanische Generalstabschef Marshall an alle Militärstützpunkte eine Botschaft geschickt, die eine «Kriegswarnung» enthielt: «Hostile action possible at any moment.» Marshall gab Weisung, alle notwendigen Massnahmen zu treffen, gleichzeitig aber empfahl er, diese so durchzuführen, dass unter der Bevölkerung nicht unnötig Unruhe entstehe.

Auch Hawaii erhielt die Warnung Marshalls. Aber die hier kommandierenden Militärs waren davon überzeugt, dass eine Aktion des Feindes zuallerletzt Pearl Harbor treffen werde, die so weit von Japan entfernt liegende, vorzüglich equipierte Basis;

eher rechnete man mit Schlägen gegen Midway, Guam oder Wake. Der Kommandant der Truppen auf Hawaii, General Short, ordnete die Überwachung der auf den Inseln lebenden 100'000 Japaner an, weil er Sabotageakte befürchtete; der Chef der Pazifikflotte, Admiral Kimmel, bewertete Marshalls Mitteilung als reine Information. So wurde nichts vorgekehrt. Als in der Morgendämmerung des 7. Dezember ein amerikanischer Soldat am Radarschirm die ersten japanischen Flugzeuge auftauchen sah und das seinem vorgesetzten Offizier meldete, erhielt er die klassische Antwort: «Don't worry about it.»

Die Sorglosigkeit der Amerikaner rächte sich schwer. Im wahrsten Sinne des Wortes überraschten die Japaner sie an diesem 7. Dezember im Schlaf. Die Pazifikflotte wurde in den Grund gebombt. Acht Schlachtschiffe und eine ganze Reihe kleinerer Einheiten traf es; sie wurden unbrauchbar gemacht oder schwer beschädigt. Lediglich der Zufall, dass die drei der Pazifikflotte angehörenden Flugzeugträger gerade auf See waren, verhinderte ein noch grösseres Debakel. Nachdem die erste Welle der japanischen Angreifer praktisch ohne Widerstand ihre Ziele erreicht hatte, begegnete die zweite zweieinhalb Stunden später schwerem Flakfeuer. Admiral Nagumo schien es, dass mit den beiden Luftattacken und einigen Angriffen seiner U-Boote sein Ziel erreicht sei. Obwohl die Flugzeugbesatzungen auf weitere Aktionen drängten, drehte er ab und gab Befehl zur Rückkehr in die Heimat. Die japanischen Verluste waren gering. Von den 473 Flugzeugen, die an dem Einsatz teilgenommen hatten, wurden nur 30 vermisst. Die Führung hatte mit gut dem Fünffachen gerechnet.

Was wusste Roosevelt?

Militärisch war der Angriff auf Pearl Harbor für die Japaner ohne Zweifel ein Erfolg. Aber der so überraschend erfolgte Blitz aus heiterem Himmel weckte die Amerikaner, auch jene, die noch immer isolationistischen Träumen nachgegangen hatten. Bei dem Zorn, der die Nation erfüllte, war es für Präsident Roosevelt ein leichtes, vom Kongress ein Ja zur Kriegserklärung an Japan zu erhalten. «A date which will live in infamy!» rief er den Abgeordneten zu. Noch immer ist umstritten, ob Roosevelt von dem japanischen Angriff im Voraus gewusst hat. Es dürfte wenig wahrscheinlich sein, dass gerade er allein detaillierte Kenntnis von einem Unternehmen hatte, das mit Erfolg so gut getarnt worden war. Wie General Marshall wusste er nur, dass die Japaner angreifen würden, irgendwo und irgendwann in nächster Zeit. Und dass sie es in üblicher Weise mit einer überraschenden Blitzaktion tun würden, war so gut wie sicher. Dass bei diesem Wissen die Botschaft Marshalls nicht klarer und imperativer formuliert wurde, mag Absicht gewesen sein. Der Präsident und seine Berater liessen es auf eine unprovizierte Attacke der Japaner ankommen. Ihr

politisches Kalkül ging auf. Das amerikanische Volk stellte sich geschlossen hinter den Präsidenten, um der Herausforderung des Angreifers zu begegnen.

Und Hitler tat Roosevelt den Gefallen, vier Tage nach Pearl Harbor vor dem Reichstag seinerseits Amerika den Krieg zu erklären, obwohl seine Heere kurz zuvor im Schneesturm vor Moskau steckengeblieben waren und die Rote Armee zum Gegenangriff antrat. In London eilte Premierminister Churchill, als er die Nachricht vom japanischen Überfall erhielt, sofort ans Telefon, um mit Roosevelt eine Zusammenkunft zu vereinbaren, auf der die künftige gemeinsame Kriegsführung besprochen werden sollte. Churchill schienen die schweren Verluste der Pazifikflotte weniger wichtig als die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten und Grossbritannien nun Seite an Seite standen. «Übersättigt von Aufregung und Gefühlsstürmen ging ich zu Bett und schlief dankbar den Schlaf der Gerechten», schrieb er später in seinen Memoiren. Am Tag von Pearl Harbor war er endgültig davon überzeugt, dass die Verbündeten, in deren Lager sich die mächtigsten Länder der Welt vereinigt hatten, den Krieg gewinnen würden.

Wie der Holocaust organisiert wurde

Die Wannsee-Konferenz

Am 20. Januar 1942 versammelte sich im Haus Am Grossen Wannsee 56-58 im Westen Berlins eine Gruppe von Männern, um über eine wichtige Geheime Reichssache zu beraten. Einberufen hatte sie SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (SD), nach Heinrich Himmler der mächtigste Mann in der Hierarchie der SS. Der Kreis war wohl ausgewählt für die Aufgabe, die auf der Tagesordnung stand. Vertreten durch hohe Beamte der Ministerialbürokratie waren die Reichsministerien des Inneren und des Äusseren, das Justizministerium sowie das Ministerium für die besetzten Ostgebiete; dazu kamen Delegierte des Beauftragten für den Vierjahresplan und des Generalgouverneurs von Polen. Reichskanzlei und Parteikanzlei hatten ebenfalls je einen Vertreter abgeordnet. Von der SS kamen der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, der Chef der Gestapo und des Judenreferates sowie Angehörige der Sicherheitspolizei.

Der Auftrag Görings

Das Thema der Besprechung war die Durchführung der «Endlösung der Judenfrage» – ein Auftrag, den Heydrich Ende Juli 1941 durch Göring erhalten hatte. Der Kreis der Beteiligten, insgesamt 15 Personen, deutet an, dass die «Aufgabe» gründlich angepackt und kein Bereich, weder organisatorischer und administrativer noch politischer, wirtschaftlicher oder juristischer Art, unberücksichtigt bleiben sollte. Als seinen besonderen Vertrauten hatte Heydrich den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann an die Konferenz mitgenommen. Er führte nicht nur das Protokoll, sondern war dazu ausersehen, später als Koordinator der «Endlösungs»-Massnahmen eingesetzt zu werden.

Heydrich ging es darum, generelle Richtlinien für die «Endlösung» festzulegen. Entrechtung, Verfolgung, Austreibung und physische Vernichtung der Juden im Machtbereich der Nationalsozialisten hatten zwar längst begonnen, aber die Aktionen waren nicht zentral geleitet und nur zum Teil systematisiert. Das sollte nun anders werden, nachdem Heydrich mit Görings Auftrag plein pouvoir erhalten hatte. Dem Chef des RSHA unterstanden bereits die Einsatzgruppen, die seit Beginn des Ostfeldzuges hinter der Front Menschen ermordeten, die als potentielle Gegner des Dritten Reiches angesehen wurden – Kommunisten, politische Kommissare und vor

allem Juden, gleichgültig welcher politischen Ideologie sie anhängen. Nun sollten die Juden im übrigen deutschen Machtbereich das gleiche Schicksal erleiden.

Heydrichs Plan

An der Wannsee-Konferenz sprach, sofern Eichmanns Protokoll den Verlauf korrekt wiedergibt, vor allem Heydrich. Er kündigte an, dass in der Judenpolitik neben der früher praktizierten Austreibung (die seit Kriegsausbruch ohnehin immer schwieriger geworden war) sich als neue Lösungsmöglichkeit die «Evakuierung der Juden nach dem Osten» anbiete. «Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung», erklärte Heydrich, «wird Europa von Westen nach Osten durchkämmt... Unter entsprechender Leitung ... sollen die Juden in geeigneter Weise nach Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird ... Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist.» In Klammer wird dazu vermerkt: «Siehe die Erfahrungen der Geschichte.»

Die Zahl der zu deportierenden Juden wird mit 11 Millionen angegeben, statistisch aufgeschlüsselt nach den einzelnen Ländern Europas, wobei auch Staaten ausserhalb des deutschen Machtbereichs angeführt werden wie Grossbritannien, Schweden und die Schweiz. Ihnen allen war das gleiche Los zugeordnet. Sie sollten «zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchgangslager verbracht» und von dort aus weiter nach Osten transportiert werden. Angefangen werde mit den Juden im Deutschen Reich, «schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstiger sozialpolitischer Notwendigkeiten» wie Heydrich zynisch hinzufügte.

Das Problem der Mischlinge

Auf der Wannsee-Konferenz erhob sich kein Widerspruch gegen den ungeheuerlichen Plan, den Heydrich entwickelte. Die Teilnehmer waren zum Befehlsempfang und nicht als Debattierforum einberufen worden, und die wenigen vorgebrachten Einwände beschränkten sich auf Nützlichkeitsabwägungen. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes etwa, ein Unterstaatssekretär des Namens Martin Luther (eine der übelsten Gestalten im Ministerium Ribbentrops), monierte, dass eine Deportation aus den nordischen Ländern angesichts der geringen Zahl der dortigen Juden und

des Widerstands, den eine solche Massnahme in Norwegen und Dänemark ohne Zweifel hervorrufen werde, vorläufig wenig opportun sei.

Eine längere Diskussion gab es lediglich bei der von Heydrich selbst angeschnittenen Frage der Mischlinge ersten und zweiten Grades (das heisst Menschen mit einem beziehungsweise zwei jüdischen Grosseelternteilen). In einer makabren Diskussion erhitzten sich die Gemüter darüber, wie weit der Kreis der zu Deportierenden zu ziehen sei, ob Sterilisation verfügt werden sollte, freiwillig oder als Zwang. Heydrich kündigte an, es sei vorgesehen, alten und privilegierten Juden, das heisst Schwerkriegsbeschädigten oder Trägern hoher Orden, ein spezielles Gebiet in der Festung Theresienstadt in Böhmen zuzuweisen, nicht aus humanitären Gründen, sondern in der Hoffnung, so «mit einem Schlag alle Interventionen zugunsten der Juden» auszuschalten.

Physische Ausrottung

Die Konferenz vom 20. Januar 1942 schloss mit der Aufforderung an alle Teilnehmer, sich in ihrem Sachbereich unverzüglich an die Arbeit zu machen und die notwendigen Vorbereitungen für die Durchführung der «Endlösung» zu treffen. Obwohl das Protokoll, das von Heydrich offensichtlich sehr sorgfältig durchgelesen und korrigiert worden war, sich peinlichst darum bemüht, nirgends Worte wie «Tötung», «Vernichtung», «Ausrottung» oder gar «Mord» zu verwenden, dürfte sich keiner der Anwesenden im Unklaren darüber gewesen sein, dass das Ziel der «Endlösung» die physische Vernichtung der Juden Europas war.

Die zentrale Rolle Adolf Eichmanns

Um dieses Ziel in die Tat umzusetzen und Heydrichs Horrorszenario abrollen zu lassen, musste ein gigantischer administrativer und organisatorischer Apparat geschaffen und in Gang gebracht werden. Es begann bei der Zusammenstellung der Listen der zu Deportierenden, wofür am Anfang meist die Hilfe jüdischer Organisationen in Anspruch genommen wurde. Diese Verzeichnisse gingen an die mit der Durchführung der Deportationen beauftragte Sicherheitspolizei, deren Personal jedoch bei Weitem nicht ausreichte, so dass auch Ordnungspolizei und lokale Polizei beigezogen werden musste, auch in den von den Deutschen besetzten oder mit ihnen verbündeten Ländern. Zusammen liefen die Fäden bei Adolf Eichmann, dem Leiter des Judenreferates der Gestapo. Er sorgte dafür, dass die Listen erstellt wurden, die Polizeichefs in den besetzten Ländern zum Einsatz kamen, dass die deutschenjudenbeauftragten bei den Satellitenregierungen auf Beteiligung ihrer Länder an der «Endlösung» drängten und dass die Züge in die Durchgangslager oder nach dem Osten rechtzeitig rollten.

Erfüllungsgehilfe Reichsbahn

Waren die zu Deportierenden namentlich gemeldet, mussten sie in einzelne Gruppen zusammengefasst und die zur Deportation notwendigen Züge bei der Reichsbahn angefordert werden. Diese hatte das Rollmaterial zu stellen sowie die Fahrpläne auszuarbeiten, keine einfache Sache bei dem durch die Anforderungen des Krieges dauernd überlasteten Schienennetz. Zugleich hatte die Reichsbahn die Tarife festzulegen und bei der Sicherheitspolizei einzufordern: 4 Pfennig pro Kilometer, Einzelfahrkarten bei Transporten unter 400 Personen, Kollektivbillett bei den anderen, für die Deportierten einfache Taxe, für die Bewachung Rückfahrkarte. Man muss sich diese bürokratischen Details vor dem immensen Grauen, das sich hinter ihnen verbirgt, einmal vergegenwärtigen, um Hannah Arendts Wort von der Banalität des Bösen richtig zu verstehen. Und ins gleiche Kapitel gehört die behördliche Auflösung jüdischer Eigentumsverhältnisse, die Beschlagnahme der an das Reich fallenden Vermögen, der Verkauf des Mobiliars und der Immobilien, das Eintreiben von jüdischen Guthaben bei «arischen» Volksgenossen und so fort. Auch hier war ein grosser bürokratischer Apparat am Werk.

Das Schicksal der Deportierten

Die Deportationen erfolgten nicht, wie Heydrich das an der Wannsee-Konferenz skizziert hatte, in langen Arbeitskolonnen, die «strassenbauend» nach Osten zogen. Das Ergebnis war jedoch ein ähnliches. In den vollgepferchten Zügen, die sich meist nur langsam durchs Land bewegten, kamen auf der Fahrt ungezählte Menschen ums Leben – «natürliche Verminderung» in den Worten Heydrichs. Ein Problem waren zunächst noch die Bestimmungsorte. Die ersten Deportationen hatten bereits vor der Wannsee-Konferenz stattgefunden; meist wurden die Juden in die Ghettos östlicher Städte gebracht. Von Anfang an waren diese jedoch nur als Durchgangsstation gedacht. In aller Eile hatte die SS inzwischen begonnen, auf dem Gebiet des ehemaligen polnischen Staates ein Netz grosser Vernichtungslager aufzubauen in Chelmno bei Posen, Treblinka bei Warschau, Majdanek bei Lublin, Belzec, Sobibor und schliesslich das grösste, Auschwitz, in der Nähe von Krakau.

Der Zweck dieser Lager, deren Ausbau und Funktionieren ebenfalls von Eichmann überwacht wurde, war primär die Vernichtung der in sie verschickten Menschen. Die bei den vorgenommenen Selektionen als arbeitsfähig erklärten Häftlinge erhielten lediglich eine Gnadenfrist. Viele von ihnen wurden später ebenfalls getötet. Und auch von den als Alibi ins Altersghetto Theresienstadt geschickten privilegierten Juden fanden ungezählte früher oder später den Weg nach Auschwitz oder in ein anderes Vernichtungslager. Hier liess sich der Tötungsprozess systematischer und konzentrierter durchführen. Die Methode war immer die gleiche: In den Augen

der SS hatte sich Giftgas als das effizienteste Tötungsmittel erwiesen, und so wurden die zur Vernichtung ausersehenen Menschen in als Duschräume getarnte Gaskammern gebracht und dort massenweise ermordet.

Widerstand

Obwohl die für die Durchführung der «Endlösung» Verantwortlichen bemüht waren, vor der Öffentlichkeit ihr Tun geheimzuhalten, war der Kreis der Beteiligten von der Ministerialbürokratie über die Polizei, das Bahnpersonal bis zu den Lagerbewachern so gross, dass sich die Wahrheit, auch wenn sie nur langsam und bruchstückweise durchdrang, auf die Dauer nicht unterdrücken liess. Widerstand regte sich vor allem in den von den Deutschen besetzten Gebieten im Westen und Norden Europas, aber auch in einigen Satellitenstaaten. Ungarn konnte erst 1944 mit Gewalt zur Teilnahme an der «Endlösung» gezwungen werden, und selbst das faschistische Italien zeigte wenig Lust, sich in die Verbrechen des Holocaust verstricken zu lassen.

Anfänglich hatten sich die Juden den Deportationen gefügt, im Glauben, es handle sich tatsächlich lediglich um eine Umsiedlungsaktion. Als ihnen klar wurde, welches Schicksal ihnen bevorstand, begannen sie sich den Häschern zu entziehen. Es kam zu Widerstand; er gipfelte in der Erhebung des Warschauer Ghettos im Frühjahr 1943. Stellvertretend für die wenigen Stimmen, die sich in Deutschland zugunsten der Juden erhoben, sei der Dompropst Bernhard Lichtenberg genannt, der öffentlich für die Juden betete. Er wurde deshalb zu Gefängnis verurteilt und starb in der Haft.

Aber auch die Aussenwelt hat nur zögernd davon Kenntnis genommen, welches Schicksal über die Juden Europas hereingebrochen war, obwohl bereits im Sommer 1942 einigermaßen authentische erste Berichte nach der Schweiz und von da nach den Vereinigten Staaten gelangten. Selbst als diese Informationen immer zahlreicher und die unvorstellbar schrecklichen Details immer klarer und glaubhafter wurden, gab es bei den Kriegsgegnern Deutschlands keine direkte Reaktion wie etwa eine Bombardierung der Eisenbahnstrecken nach Auschwitz. Die Alliierten legten sich auf die Linie fest, dass den Juden am besten geholfen werde, wenn die Verbündeten alle ihre Macht darauf konzentrierten, das Dritte Reich und seine verbrecherischen Machthaber so rasch als möglich zu Boden zu werfen.

Das Ende

Die Vernichtungslager wurden nicht auf einen Schlag, sondern sukzessive aufgelöst. Als erstes stellte Chelmno im März 1943 die Massentötungen ein. Im Herbst darauf folgten Treblinka, Sobibor und Belzec. Die Einrichtungen wurden bis auf den Grund

zerstört; es sollten keine Spuren Zurückbleiben. Das gelang nicht bei Majdanek, welches die Russen im Sommer 1944 eroberten; diese orientierten sogleich die Weltöffentlichkeit über ihre Entdeckung. Als letztes Vernichtungslager blieb Auschwitz. Im November 1944, als die Russen in Ostpreussen und die westlichen Alliierten in Aachen standen, entschied Himmler, die jüdische Frage sei gelöst, und befahl den Abbau der Gaskammern auch in dem inzwischen zu einem riesigen Komplex von Zwangsarbeitslagern gewordenen Auschwitz. Die Tötungsmaschinerie, die an der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 geschaffen worden war, hörte zu bestehen auf. Weiter lebt die Erinnerung an das Grauen und Leid, das sie über die Menschheit gebracht hat.

Das Attentat auf Heydrich in Prag

Ein Anschlag mit langfristigen Folgen

Die Ermordung des stellvertretenden Reichsprotektors für Böhmen und Mähren, des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich, durch zwei aus England eingeflogene Angehörige der in Grossbritannien stationierten tschechoslowakischen Brigade am 27. Mai 1942 hatte über die unmittelbare Schockwirkung hinaus langfristig bedeutende politische Folgen. Die Stellung der Exilregierung des früheren Präsidenten Eduard Benesch, der gegenüber sich Grossbritannien als Unterzeichner des Münchner Abkommens lange zurückhaltend gezeigt hatte, wurde gefestigt. Die brutalen Racheakte der Deutschen, die in der Zerstörung des Dorfes Lidice gipfelten, empörten die Welt und weckten vor allem in den USA den Ruf nach Vergeltung und Sühne. Die Wiederherstellung einer unabhängigen Tschechoslowakei nach den Vorstellungen Beneschs, aus welcher die drei Millionen deutschen Bewohner vertrieben werden sollten, wurde nun von den Alliierten stillschweigend als Kriegsziel akzeptiert.

Beneschs Militärhilfe für die Alliierten

Der Anschlag auf Heydrich war von langer Hand vorbereitet. Er gehörte zum militärischen Konzept der Regierung Benesch, mit welchem diese die Bedeutung des tschechoslowakischen Beitrages im Krieg gegen Hitler demonstrieren wollte. Nach dem Abkommen von München im Herbst 1938 hatte Benesch seine Heimat verlassen müssen. Er war nach den USA gegangen. Als der Krieg ausbrach, bildete er in Paris eine Exilregierung, die nach dem Zusammenbruch Frankreichs nach Grossbritannien floh. Mit ihr kamen auch die Reste der tschechoslowakischen Truppen, die auf der Seite der Alliierten gekämpft hatten, nach England. Aus ihnen wurde im Herbst 1940 eine Brigade geschaffen, die den Kampf gegen das Dritte Reich fortsetzen sollte.

Benesch drängte darauf, dass diese Soldaten möglichst wirkungsvoll eingesetzt würden. Der Präsident, noch immer im Bann des Traumas von München, fürchtete, dass sich Grossbritannien möglicherweise zu einem Kompromissfrieden mit Hitler bereitfinden könnte und die Tschechoslowakei ein zweitesmal den Interessen der Grossmächte geopfert würde. Mit Sorge bemerkte Benesch auch, dass die Widerstandsbewegung in Böhmen und Mähren, obwohl zahlenmässig stark und gut organisiert, vorsichtig operierte. Manche offiziellen britischen Stellen bezweifelten des-

halb deren Existenz und bezichtigten die Tschechen (welche die Deutschen nicht zu Repressalien provozieren wollten), sie begünstigten durch ihr Stillhalten faktisch den Feind und seien verkappte Kollaborateure.

Vorbereitung von Sabotageakten

Eine Möglichkeit zur Aktivierung des Widerstandes in der besetzten Heimat sahen Benesch und seine Mitarbeiter, unter ihnen vor allem der frühere Geheimdienstchef Moravec, in der Entsendung von kleinen Sabotagetrupps, die von der Royal Air Force über Böhmen abgesetzt wurden und dort, versehen mit klar umschriebenen Aufträgen, gegen die Deutschen operieren sollten. Die Exilregierung nahm deshalb Kontakt auf mit der britischen Special Operation Executive (SOE), einer dem Innenminister Herbert Morrison unterstehenden Organisation, die nach der Kapitulation Frankreichs im Juli 1940 geschaffen worden war. Sie sollte mithelfen, in den von den Deutschen besetzten Gebieten den Widerstand anzufachen, und «ganz Europa in Brand setzen», wie Premierminister Churchill sagte. Die SOE richtete in England und Schottland mehrere Trainingslager ein. Auch aus der tschechoslowakischen Brigade wurden geeignete Leute zur militärischen Spezialausbildung in die SOE-Camps geschickt.

Der Einsatz dieser Stosstrupps, die nur je zwei bis drei Mann umfassen sollten, wurde minutiös geplant. Sie hatten die verschiedensten Aufträge: Aufnahme von Kontakten mit der Widerstandsbewegung in der Heimat, Sprengstoffanschläge gegen militärische Einrichtungen der Deutschen, Anbringen von Peilsendern bei Rüstungswerken, um britischen Flugzeugen bei Luftangriffen den Weg zu weisen, und so fort. Der baldige Einsatz dieser tschechoslowakischen Trupps drängte sich auf, als am 22. Juni 1941 Hitler die Sowjetunion überfiel. Das Protektorat Böhmen-Mähren war unmittelbares Hinterland der deutschen Ostfront. Zudem fürchtete Benesch, die Kommunisten würden mit Rückendeckung Moskaus ihm nach dem Krieg innenpolitisch den Rang ablaufen und seine Pläne für die Erneuerung der demokratischen Republik durchkreuzen – mit Recht, wie sich nach 1945 zeigen sollte.

Heydrichs Ziele im Protektorat

Während diese Aktionen fieberhaft vorbereitet wurden, kam es Ende September 1941 im Protektorat zu einer ernsthaften Verschärfung der Lage. Hitler schickte den Reichsprotektor Baron Konstantin von Neurath, einen Diplomaten aller Schule, aus Prag weg und übertrug seine Funktionen dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, dem SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich. Neurath wurde beschuldigt, den Tschechen gegenüber zu «lasch» gewesen zu sein. Heydrich, in der SS-Hierar-

chie nach Himmler der höchste Mann, zynisch und brutal, von kalter Intelligenz und getrieben von einem unbändigen Ehrgeiz, war entschlossen, in Böhmen und Mähren ein Musterbeispiel dafür zu liefern, wie das Dritte Reich mit den besetzten Gebieten verfahren müsse. Als oberster Sicherheitsbeauftragter, der die Fäden aller polizeilichen Dienste des Nazireiches in seinen Händen hielt, war er eben daran, die Aktivitäten für die «Endlösung» der Judenfrage zu beschleunigen. Heydrich, obwohl mit Ämtern überlastet und formell nur stellvertretender Protektor, fühlte sich fähig, auch die Tschechenfrage zu lösen. Er ging nach Prag mit klar umrissenen Vorstellungen: Kurzfristig wollte er die Lage beruhigen, um das grosse Rüstungspotential des Landes voll auszuschöpfen, langfristig sollten die Tschechen als Volk ausgemerzt und «eingedeutscht» werden.

Heydrichs Taktik war ein teuflisch-raffinierter Wechsel von Terror und gespieltem Wohlwollen. Unmittelbar nach seinem Einzug in Prag am 27. September 1941 verhängte er den Ausnahmezustand. Eine Welle von Verhaftungen setzte ein. Hauptsächlich Angehörige der geistig, politisch und wirtschaftlich führenden Schichten wurden festgenommen, unter ihnen auch der Ministerpräsident der tschechischen Marionettenregierung, General Alois Elias. Am laufenden Band ergingen Todesurteile. Als Heydrich glaubte, die Tschechen genügend eingeschüchtert zu haben, wechselte er von der Peitsche zum Zuckerbrot. Die Arbeiter in den kriegsgewichtigen Betrieben erhielten Lohnzuschüsse und Sozialzulagen; die Rentenansprüche wurden hinaufgesetzt; wer den Deutschen bei polizeilichen Ermittlungen half, dem winkten hohe Belohnungen. Die Taktik war zwar durchsichtig, machte aber auf viele Tschechen Eindruck und liess sie schwankend werden zwischen Furcht und Resignation.

Der Einsatz der Fallschirmtruppen

Die Exilregierung in London erkannte die Gefahr, die Heydrich bedeutete. Es war offensichtlich Beneschs eigene Idee, dass zu den vielen Aufgaben der Stosstruppe noch eine weitere kam, die Ermordung Heydrichs, Deckname «Operation Anthropoid». Zu ihrer Durchführung wurden zwei ehemalige Sergeanten der alten tschechoslowakischen Armee ausgewählt, Josef Gabcik und Jan Kubis, beide etwa dreissigjährig, er ein Tscheche, der andere Slowake. Sie erhielten den Auftrag, den Reichsprotector zu töten. Benesch persönlich empfing sie zum Abschied, als sie zu ihrer Mission starten sollten, die praktisch ein Selbstmordkommando war.

Die «Operation Anthropoid», wie der Einsatz der tschechoslowakischen Fallschirmtruppen überhaupt, stand unter keinem guten Stern. Erst Ende Dezember 1941 konnte die Royal Air Force ein Flugzeug bereitstellen, das Gabcik und Kubis nach Böhmen brachte, entgegen den ursprünglichen Absichten zusammen mit Angehöri-

gen anderer Stosstrupps. Die Maschine verflog sich, statt bei Pilsen landeten die Attentäter in der Nähe von Prag. Sie entkamen nur mit Glück einer Entdeckung und suchten Unterschlupf bei ihnen bekannten Gesinnungsfreunden aus dem Widerstand. Mehrere Wochen brauchten sie, um Gelegenheiten zur Ausführung ihres Auftrages auszuspähen. Obwohl zu strengem Stillschweigen verpflichtet, konnten sie auf die Dauer ihre Absichten nicht geheimhalten. Bei den Gruppen des innertschischen Widerstandes gab es erregte Diskussionen darüber, ob ein Attentat auf Heydrich angesichts der zu erwartenden deutschen Vergeltung überhaupt sinnvoll sei. In grösste Gefahr geriet die «Operation Anthropoid» als es den Deutschen im April und Mai 1942 gelang, verschiedene der von England nach Böhmen geschickten Stosstrupps dingfest zu machen. Eine eigentliche Hetzjagd auf die «Fallschirmspringer» begann, und es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis die Gestapo auch Gabcik und Kubis auf die Spur käme.

Anschlag und Vergeltung

Eine günstige Gelegenheit, möglicherweise die letzte, bot sich den Attentätern am 27. Mai, fünf Monate nachdem sie über der Heimat abgesprungen waren. Als besten Platz für den Anschlag hatten sie in einem Prager Vorort eine leicht ansteigende Strassenkurve auskundschaftet; hier fuhr Heydrich auf seinem Weg zum Hradschin täglich durch. Aber auch jetzt führte der Zufall Regie. Im entscheidenden Moment hatte Gabciks Schnellfeuerwaffe, mit der er den Reichsprotektor erschiessen sollte, eine Ladehemmung. Heydrich erfasste die Situation blitzschnell und reagierte in typischer, für ihn selbst aber verhängnisvoller Weise. Er sprang auf und befahl dem Fahrer anzuhalten. Der Wagen blieb stehen, direkt vor Kubis, der als Mordwaffe eine Handgranate mit sich führte, die er auf Heydrich schleuderte. Sie verfehlte jedoch ihr Ziel, explodierte neben dem Auto und beschädigte es schwer. Eine Szene wie in einem Horrorkrimi folgte. Heydrich feuerte mit seiner Pistole ununterbrochen um sich. Am Schauplatz des Geschehens hielt eine Strassenbahn, aus der Neugierige herauseilten. Plötzlich brach Heydrich zusammen. Splitter hatten ihn schwer verletzt; er schleppte sich zum Wagen und fiel halb bewusstlos über die Kühlerhaube. Im aufgeregten Durcheinander entflohen die Attentäter, während Heydrich auf der Ladefläche eines Lastwagens in ein Spital transportiert und dort operiert wurde. Obwohl sofort erste Fachkapazitäten aus Berlin nach Prag kamen, half die Kunst der Ärzte nichts. Am 4. Juni starb Heydrich. Als Todesursache wurde «Wundinfektion» angegeben.

Der Anschlag traf die deutsche Führung in Prag völlig überraschend. Sie reagierte im ersten Augenblick kopflos. Der Wirrwarr von Befehlen und Gegenbefehlen verzögerte den Beginn einer systematischen Fahndung, und den Attentätern gelang es, ein einigermaßen sicheres Versteck zu finden. Erst zwölf Stunden nach dem An-

schlag wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Gestapo tappte im Dunkeln. Niemand traf klare Anordnungen. Hitler befahl von seinem Hauptquartier aus, es seien sofort 10'000 Tschechen festzunehmen und zu erschiessen. In Prag hielten die Gestapo wie die deutschen politischen Instanzen ein solches Massaker für unmöglich und kontraproduktiv und widersprachen dem Diktator.

Die Zerstörung von Lidice

Am Tage nach dem Attentat begannen die Verhaftungen. Schnellgerichte fällten Urteile, die in grossen, blutroten Plakaten in den Strassen angeschlagen wurden. Gestapo, Waffen-SS und tschechische Polizei waren im Dauereinsatz. Die Gestapo wütete unter den ihr bekannten tschechischen Widerstandsgruppen, die grösstenteils zerschlagen wurden. Die Attentäter konnten jedoch nicht gefasst werden. Erbittert über die Erfolglosigkeit der Fahndung und in der Absicht, durch einen demonstrativen terroristischen Akt die Bevölkerung völlig einzuschüchtern, entschloss sich die deutsche Führung, ein Exempel zu statuieren. Es geschah am 9. Juni, dem Tag, da in Berlin dem toten Heydrich im düster-pompösen Naziritual ein Staatsbegräbnis bereitet wurde. Opfer war das kleine Dorf Lidice bei Kladno, in dem sich Fallschirmspringer versteckt gehalten haben sollten. Das stimmte zwar nicht; trotzdem erging ohne weitere Nachprüfung der Befehl (wahrscheinlich von Hitler persönlich), die Ortschaft dem Erdboden gleichzumachen, die männlichen Bewohner zu erschiessen, Frauen und Kinder in ein Konzentrationslager einzuliefern.

Der Auftrag wurde in der Nacht zum 10. Juni ausgeführt. Zweihundert Menschen, die mit dem Anschlag auf Heydrich überhaupt nichts zu tun gehabt hatten, starben unschuldig. Die Attentäter waren nicht dort, sondern hielten sich, zusammen mit anderen Fallschirmspringern, in einer Kirche in Prag versteckt. Durch Verrat erfuhr die Gestapo davon. Das Gotteshaus wurde umstellt und schliesslich nach erbitterter Gegenwehr der Eingeschlossenen am 18. Juni von Polizei und Waffen-SS erstürmt. Kein einziger Tscheche fiel lebend in die Hand der Deutschen. Auch Gabcik und Kubis befanden sich unter den Toten.

Die Folgen

Die Nazis hatten Heydrichs Tod blutig gerächt. Zwar nicht Hitlers geforderte hohe Zahl von Tschechen, aber doch etwa 5'000 Menschen mussten in Böhmen und Mähren wegen des Attentates ihr Leben lassen. Die brutalen Untaten fielen aber auf ihre Urheber und das deutsche Volk zurück. Lidice wurde zu einem Symbol der Nazibarbarei und des heldenhaften Märtyrertums der tapferen Tschechoslowakei. Politisch bedeutete der gelungene Anschlag eine Rückenstärkung für die Exilregierung Be-

neschs. Ihre Furcht, ihr Land könnte Opfer eines zweiten Münchens werden, verflüchtigte sich. Seit dem Tod Heydrichs nahm die Tschechoslowakei innerhalb der Allianz der Kriegführenden eine gleichberechtigte Stellung ein.

Beneschs Rechnung ging trotzdem nicht auf. Zwar kehrte er 1945 im Triumph nach Prag zurück, und über den Deutschen in der Tschechoslowakei entlud sich gadenlos der in den Jahren der Besetzung aufgestaute Hass der gedemütigten und geknechteten Tschechen. Aber nicht die westlichen Alliierten vertrieben die Deutschen aus Böhmen und Mähren, sondern die Rote Armee. Widerwillig hatte Benesch schon während des Krieges das Übergewicht Moskaus akzeptieren müssen und sich mit der Sowjetunion zu arrangieren gesucht. Seine Position war zusätzlich geschwächt, weil der Schlag der Deutschen nach dem Heydrich-Attentat vor allem die benesch-freundlichen Widerstandskreise getroffen hatte. Die Kommunisten blieben damals fast ganz verschont und konnten für sich später das Monopol des Widerstandes in Anspruch nehmen. So wurden 1942 auch innenpolitisch die Weichen gestellt, dass nach dem Krieg die wiedererstandene Tschechoslowakei, sehr gegen die ursprünglichen Ziele Beneschs, ins Lager Moskaus manövriert wurde. Als die Kommunisten im Februar 1948 staatsstreichartig in Prag die Macht übernahmen und Benesch zum Rücktritt zwangen, mussten die Westmächte ohnmächtig zusehen, wie die Tschechoslowakei erneut einem totalitären System zum Opfer fiel. Es dauerte mehr als vierzig Jahre, bis sie sich endlich befreien konnte.

Die Schliessung der Schweizer Grenzen von 1942

Umstrittene Flüchtlingspolitik

Als im September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach, befanden sich rund 8'000 Flüchtlinge in der Schweiz. Der Bundesrat verfügte am 5. September die Visumpflicht für alle neu einreisenden Ausländer und fasste am 17. Oktober einen Beschluss, der die Rechtsverhältnisse der sich in der Schweiz aufhaltenden Vertriebenen neu ordnete. Dieser Bundesratsbeschluss, juristische Grundlage der Flüchtlingspolitik im Krieg, bestätigte erneut, dass die Schweiz bloss Durchgangsland sei, dass die Emigranten sich jeder politischen Tätigkeit enthalten müssten und einer Erwerbstätigkeit nur mit Bewilligung der Fremdenpolizei nachgehen dürften. Ferner sah der Beschluss die Möglichkeit der Internierung vor, von der jedoch zunächst nur selten Gebrauch gemacht wurde. Im Hinblick auf die Militärflüchtlinge hielt sich die Schweiz an die 1907 in Den Haag getroffenen Vereinbarungen über die Internierung.

Errichtung von Arbeitslagern

Eine erste Belastungsprobe der Flüchtlingspolitik brachte der Bundesratsbeschluss vom 12. März 1940 über die Errichtung von Arbeitslagern für Flüchtlinge. Anlass war das trotz Entspannung auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor streng gehandhabte Verbot der Erwerbstätigkeit für Flüchtlinge. Für viele Vertriebene bedeutete die erzwungene Untätigkeit eine seelische Belastung; die Anregung zur Schaffung von Gelegenheiten zu nützlicher Arbeit kam zum Teil aus Kreisen der seit 1936 in der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe zusammengeschlossenen Flüchtlingsorganisationen. So wurde im Frühjahr 1940 die Eidgenössische Zentralleitung der Heime und Lager geschaffen. Die Eröffnung des ersten Arbeitslagers erfolgte bereits am 9. April in Felsberg, weitere Lager wurden in rascher Folge errichtet. [Anfang 1944 gab es in der ganzen Schweiz 327 Lager und 31 Heime, in denen Flüchtlinge untergebracht waren](#), nicht gezählt die Quarantänelager (bei Kriegsende 14), die Auffanglager (21) und die militärischen Sammellager (8).

An der Führung der Lager und der Betreuung der Flüchtlinge ist später scharfe Kritik geübt worden. Tatsächlich haben Gleichgültigkeit, bürokratischer Formalismus, häufiges Fehlen jeglicher Erfahrung in der Leitung von Lagern, Mangel an psychologischem Verständnis für die besondere Situation der Flüchtlinge und Versagen von Funktionären viele unnötige Härten geschaffen. Der Grundsatz, dass jeder Flüchtling verpflichtet sei, seine Arbeitskraft in den Dienst des Landes zu stel-

len, das ihm Schutz gewähre, führte oft zu einem Schematismus, dessen Opfer meist Intellektuelle und Künstler waren, die zu Arbeiten eingesetzt wurden, für die sie in keiner Weise geeignet waren, wie Strassenbau, Meliorationen usw. Ähnliches gilt für die meist in zu Heimen umgewandelten Hotels und Pensionen untergebrachten Frauen, die mit Flickern, Waschen usw. beschäftigt wurden.

Die Unzulänglichkeiten dieser Lager sind bekannt. Es geht aber entschieden zu weit, wenn heute gelegentlich der Eindruck zu erwecken versucht wird, als habe es sich hier um eine Art gemilderter Ableger der deutschen KZ gehandelt. Schon während des Krieges haben die Flüchtlingshilfeorganisationen sich mit Entschiedenheit für die Verbesserung der Zustände in den Lagern eingesetzt und auch Erfolge erzielt. Es ist unbestritten, dass die Schwierigkeiten zu Beginn am grössten waren und dass sich im Laufe der Jahre vieles besserte. Nach dem Krieg ist der ganze Fragenkomplex nochmals gründlich untersucht, Fehler sind aufgedeckt und Schuldige zur Rechenschaft gezogen worden. Das mag für alle jene, die unter der Willkür und Unfähigkeit eines Lagerleiters gelitten haben, ein geringer Trost sein. Einzelfälle wie die skandalöse Behandlung des berühmten Tenors Josef Schmidt dürfen jedoch nicht generalisiert werden. Aus heutiger Sicht gesehen wäre es wohl besser gewesen, die Flüchtlinge in den normalen Arbeitsprozess einzugliedern und damit die Lager überhaupt überflüssig zu machen. Damals dachte man anders. Man darf nicht vergessen, dass während des Krieges ein grosser Teil der erwerbsfähigen männlichen Schweizer im Aktivdienst gezwungenermassen ebenfalls unter Ausnahmebedingungen leben musste.

In den ersten drei Kriegsjahren bewältigte die Schweiz die Flüchtlingspolitik mehr oder minder problemlos. Zu einer kritischen Situation war es 1940 nach dem Zusammenbruch Frankreichs gekommen, als das französische 45. Armeekorps auf der Flucht vor den Deutschen in die Schweiz übertrat. Entwaffnung und Internierung erfolgten ohne grössere Reibungen, und nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand kehrten die meisten Franzosen in ihre Heimat zurück. Auch den 7'000 französischen Zivilflüchtlingen, die man zuerst in strikter Anwendung des Bundesratsbeschlusses vom 17. Oktober 1939 nicht hatte einreisen lassen wollen, wurden die Grenzen geöffnet, und sie konnten nach verhältnismässig kurzer Zeit die Schweiz wieder verlassen. Zurück blieben rund 10'000 Angehörige polnischer Militäreinheiten, die bis Kriegsschluss interniert wurden.

Beginn der Judendeportationen

Zur Krise der schweizerischen Flüchtlingspolitik kam es im Sommer 1942. Anlass war die nach der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 beginnende systematische Deportierung der im deutschen Machtbereich lebenden Juden nach den Ver-

nichtungslagern im Osten. Als im Frühling 1942 in Holland, Belgien und Frankreich die Verhaftungswelle einsetzte, stieg die Zahl der in der Schweiz Schutz Suchenden sprunghaft an. Im April wurden 100 gezählt, im Mai 132, im Juli fast 230. Ende Juli 1942 informierte der Adjunkt der Polizeiabteilung, Dr. Jezler, das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) über die Situation. Der Bericht erwähnt abschliessend, dass grundsätzlich Flüchtlinge ohne gültiges Einreisevisum zurückgewiesen werden müssten. «In letzter Zeit», schreibt Jezler, «konnten wir uns jedoch zu Rückweisungen nicht mehr entschliessen. Die übereinstimmenden und zuverlässigen Berichte über die Art und Weise, wie die Deportationen ausgeführt werden, und über die Zustände in den Judenbezirken im Osten sind derart grässlich, dass man die verzweifelten Versuche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entrinnen, verstehen muss und eine Ausweisung kaum mehr verantwortet werden kann.»

Die Weisung vom 13. August 1942

Die Argumentation des Berichtes von Dr. Jezler geht in der Richtung, man sollte angesichts des schrecklichen Schicksals, das die Juden im Osten erwarte, die Grenzen öffnen. Der Chef der Polizeiabteilung, Dr. Heinrich Rothmund, zog jedoch genau den gegenteiligen Schluss. In einem an den Bundesrat gerichteten Zusatzschreiben heisst es in der zwischen hochfahrendem Selbstbewusstsein und innerer Unsicherheit schwankenden Art Rothmunds, man habe «seit einiger Zeit fast keine Flüchtlinge mehr zurückgewiesen. Ohne Sie zu fragen. Ich scheue mich nicht, die Verantwortung dafür zu tragen. Der Bundesrat wird diese Praxis kaum desavouieren, wenn er den Bericht von Dr. Jezler liest. Meines Erachtens sollte der Artikel (9 des Bundesratsbeschlusses vom 17.10.1939, welcher die Ausschaffung aller illegal Eingereisten vorsah) aber jetzt angewendet werden.»

Das war eine Ungeheuerlichkeit und blanker Zynismus. In voller Kenntnis, dass die Juden im Osten «Grässliches» erwarte, schlug der Chef der Polizeiabteilung dem Bundesrat vor, die Schweiz den Flüchtlingen zu verschliessen. Auch die Tatsache, dass – wie sich später zeigen sollte – eine hermetische Abriegelung der Grenze praktisch unmöglich war und Rothmund die Alternative offenliess, lediglich sporadische Rückweisungsaktionen vorzunehmen, um einen Abschreckungseffekt zu erzielen, ist unbegreiflich, dass gerade zu einem Zeitpunkt, da verbürgte Berichte über den Beginn der «Endlösung» vorlagen, der Vorschlag zur Schliessung der Grenzen gemacht wurde. Von der Verantwortung der Urheberchaft kann Rothmund nicht entlastet werden. Noch grössere Verantwortung aber lud der Bundesrat auf sich, als er am 4. August zustimmte und in einem vertraulichen Kreisschreiben der Polizeiabteilung an die Kantone vom 13. August 1942 die neuen Weisungen weitergab. Dass

dabei noch *expressis verbis* erklärt wurde, Juden seien nicht als «politische Flüchtlinge» anzusehen, macht die Infamie vollständig. Es war, wie Alfred A. Häslar schreibt, ein «schwarzer Tag» in der Geschichte der schweizerischen Asylrechtspraxis.

Protest der Öffentlichkeit

Aber es wäre einseitig, würde nicht ebenso Gewicht gelegt auf die Reaktion der schweizerischen Öffentlichkeit. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich. Sieht man von der verschwindend kleinen Minderheit unbelehrbarer Nazis ab, so gab es keine Partei, keine politische Gruppierung oder Organisation, die nicht scharfe Kritik an den Entschlüssen der Landesregierung geübt hätte. Die Sprache der Presse war einmütig: «Preisgabe der edelsten Traditionen unseres Landes» und «moralischer Ausverkauf» – das war der Nenner, auf welchen die Kommentare der Zeitungen aller politischer Couleur zu bringen waren. Vertreter der Flüchtlingsorganisationen sprachen bei Bundesrat von Steiger vor und drängten auf eine Rücknahme des Beschlusses.

Am 25. August 1942 erfolgte unter dem Druck dieser allgemeinen Empörung zwar nicht die Aufhebung, aber doch eine entscheidende Lockerung des Bundesratsbeschlusses vom 4. August. Es sollte keine automatische Zurückweisung mehr erfolgen; eine Prüfung der Einzelfälle durch die Polizeiabteilung wurde zugesagt. Dieser gelockerten Praxis erteilten die eidgenössischen Räte in der Herbstsession der Bundesversammlung ihre Zustimmung in der Form von Fraktionserklärungen der im Bundesrat vertretenen Parteien. In der Debatte klang die tiefe Erregung vom August noch immer nach. Sozialdemokraten, Liberal-Konservative, Demokraten und Unabhängige (die alle keinen Bundesrat stellten) verweigerten analoge Erklärungen und drückten damit ihre Forderung nach weiteren Lockerungen aus. In den Voten einzelner Ratsmitglieder tönte es noch schärfer, nicht nur von sozialdemokratischer, sondern auch von freisinniger Seite. Die These Bundesrat von Steigers, die Schweiz könne höchstens 6'000 – 7'000 Flüchtlinge aufnehmen (damals gab es bereits 9'600 zivile und über 10'000 militärische Flüchtlinge in unserm Land), begegnete grösster Skepsis. Aus jenen Tagen, als auch die Presse erneut unisono eine grosszügige Asylgewährung verlangte, sei ein Beschluss der Neuen Helvetischen Gesellschaft zitiert, in welchem es heisst, die Flüchtlingsfrage sei zum entscheidenden Bewährungsproblem geworden: «Wir müssen sie getreu der Asyltradition unseres Landes im Geiste der Menschlichkeit und christlichen Nächstenliebe bestehen. Damit erfüllen sich auch die Anforderungen einer wohlverstandenen Staatsraison auf lange Sicht. Jede Einschränkung oder kleinmütige Aufgabe des Asylgedankens käme der Preisgabe eines hohen geistigen Wertes der Eidgenossenschaft gleich, für die die Geschichte Rechenschaft fordern wird.»

Schwankende Politik

Die Tragödie um die Schliessung der Grenzen war jedoch nach der Parlamentsdebatte vom 22./23. September 1942 noch nicht zu Ende. Der Flüchtlingsstrom hielt unvermindert an, täglich überschritten bis zu 200 Schutzsuchende die Grenze, zwischen dem 23. September und dem 4. Oktober 2307. Der Bundesrat sah sich zunehmend dem Druck der Armeeführung, welche die militärische Sicherheit gefährdet glaubte, und auch jenem der Kantone ausgesetzt, die wenig Bereitschaft zeigten, die Flüchtlinge aufzunehmen. Am 26. September erging eine neue Weisung an die Grenzorgane, in welcher wiederum bestätigt wurde, Juden seien nicht als politische Flüchtlinge zu betrachten; die französischen Juden seien zurückzuweisen, weil, so wird behauptet, sie «in ihrer Heimat nicht gefährdet sind».

Erst im November 1942, als die Deutschen auch die bis dahin unbesetzte Zone Frankreichs okkupierten, erfolgte eine Rücknahme dieser Weisung. Zu gleicher Zeit wurde zwischen der Polizeiabteilung und den kirchlichen Behörden eine Vereinbarung ausgehandelt, wonach die Kirchen eine Liste von Personen aufstellten, von denen sie Kenntnis hatten, dass sie in den von den Deutschen besetzten Gebieten verfolgt würden; diesen Leuten sei von den zuständigen schweizerischen konsularischen Behörden ein Visum auszustellen, das eine legale Ausreise nach der Schweiz ermögliche. Aber am 29. Dezember 1942 erging eine weitere Weisung der Polizeiabteilung, welche wiederum die sofortige Rückweisung jener Personen anordnete, welche illegal die Grenze überschritten hatten oder sich im Grenzgebiet (10- bis 12-km-Bereich) aufhielten.

Handhabung der Grenzsperr

Es ist schwierig, die tatsächlichen Auswirkungen dieser Weisungen abzuklären. Dass sie dreimal verhältnismässig kurz hintereinander (13. August, 26. September, 29. Dezember) in praktisch immer gleichem Wortlaut erlassen wurden, deutet darauf hin, dass sie nicht strikt befolgt wurden. Die Weisungen enthielten auch einen Katalog von Härtefällen (Jugendliche, Kranke, Schwangere, Zusammenbleiben von Familien usw.), die bei extensiver Auslegung einen weiten Ermessensspielraum liessen.

Man zögert, die Statistik zu bemühen, da sich hinter den Zahlen so grausame Schicksale verbergen. Zurückgewiesen wurden im August 1942 insgesamt 214, im September 211, im Oktober 367, im November 91 und im Dezember 173 Flüchtlinge, insgesamt 1'056. Diesen stehen laut Statistik über 8'100 vom 2. August bis Mitte Dezember 1942 nach der Schweiz gelangte Flüchtlinge gegenüber. Es ist nicht die Absicht, mit solchen Zahlen Helfen und Versagen gegeneinander aufzurechnen. Es gibt eine Dunkelziffer: Niemand weiss, wie viele der Verfolgten sich durch die

angekündigte Grenzsperrre von der Flucht abhalten liessen. Andererseits wirkten sich weitere Faktoren auf den Rückgang der Zahl der Flüchtlinge aus: schlechte Witterung, verschärfte Überwachung der Grenze durch die Deutschen und so fort.

Die Zahlen können auch nicht zur moralischen Rechtfertigung herangezogen werden. Sie sind höchstens eine eindrückliche Widerlegung der Behauptung Bundesrat von Steigers, die Schweiz könne nur 6'000 bis 7'000 Flüchtlinge aufnehmen. Schon Ende 1942 waren es etwa 18'000, Ende 1943, als nach dem Sturz des Faschismus und dem Zusammenbruch Italiens eine neue Flüchtlingswelle in unser Land gekommen war, 74'000 (34'000 Zivilflüchtlinge, 11'000 Internierte, 7'000 entwichene Kriegsgefangene, 22'000 Militärflüchtlinge aus Italien). Bis zum Kriegsende steigerte sich diese Zahl auf 115'000. Insgesamt hat die Schweiz während des Krieges rund 295'000 Militär- und Zivilflüchtlinge beherbergt. Zurückgewiesen worden sind seit August 1942 laut Statistik 9747 Asylsuchende.

Versagen und Bewährung

In den Monaten zwischen Sommer 1942 und Frühjahr 1943 hat die schweizerische Flüchtlingspolitik versagt, weil in einem entscheidenden Augenblick die Staatsräson über das Gebot der Menschlichkeit gestellt worden ist. Dabei wurde die verbal so harte Politik in Wirklichkeit glücklicherweise keineswegs so rigoros durchgeführt, wie es auf dem Papier stand. Angesichts der alle Vorstellungen übersteigenden Verbrechen der Deutschen waren die Behörden hin und her gerissen zwischen Unglauben, Furcht und Helferpflicht. Ihr grösster Fehler war, dass sie die für die Flüchtlinge schreckliche Ausnahmesituation verkannten oder nicht sehen wollten und sie mit überlieferten bürokratischen Routinemassnahmen zu bewältigen suchten.

So hart die immer wieder verfügte Schliessung der Grenzen zu verurteilen ist, es wäre ungerecht, wollte man die gesamte schweizerische Flüchtlingspolitik nur unter diesem einen Aspekt beurteilen und damit jene übersehen, die in unermüdlicher Arbeit sich für die Flüchtlinge einsetzten. Wie es überall Hartherzige, Laue und Unbeteiligte gab, so fanden sich in allen Schichten der Bevölkerung auch Helfer, selbst bei so oft versagenden Behörden. Während Jahren haben zahllose Schweizer in opfervoller und uneigennütziger Weise mitgeholfen, die Not zu lindern, die das Deutschland Hitlers über Millionen Menschen gebracht hat. Wenn die Landesregierung in den entscheidenden Tagen das erlösende Wort nicht fand, sondern in Kleinmut und Zukunftsangst auf das angeblich volle Boot verwies, so erhoben diese Helfer ihren Protest. Sie nahmen unter zum Teil schweren materiellen Opfern Flüchtlinge bei sich auf und halfen ihnen über die ersten Schwierigkeiten hinweg. Sie wirkten unermüdlich auf die Behörden ein und suchten den starren Bürokratismus zu er-

weichen, um den Flüchtlingen ein Gefühl von Heimat und Geborgenheit zu geben. Auch dem Wirken dieser Menschen gebührt ein Platz in der Geschichte der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Allzu viele haben versagt, aber auch viele haben sich bewährt.

Wenn die Erinnerung an das Verhalten gegenüber den Flüchtlingen viele dunkle Flecken birgt, so steht die Schweiz leider nicht allein da. Sie hielt sich nicht schlechter als andere Länder, die mit der Flüchtlingsfrage konfrontiert wurden. Schweden beispielsweise hat zwar 1943 grosszügig 7'000 jüdische Flüchtlinge aus Dänemark aufgenommen, aber die insgesamt 12'000 Asylgewährungen nehmen sich eher bescheiden aus. Die USA hielten ihre Grenzen verschlossen und wichen kaum von den 1917 und 1924 festgelegten nationalen Einwanderungsquoten ab, ungeachtet der Not in Europa. Kanada und viele andere überseeische Gebiete Grossbritanniens blieben den Flüchtlingen fast ganz verschlossen. Über das Mandatsgebiet Palästina verhängte London wenige Monate vor Kriegsausbruch mit dem Weissbuch vom Mai 1939 praktisch einen Einwanderungsstopp. Die von Präsident Roosevelt einberufene Flüchtlingskonferenz, die im Juli 1938 in Evian tagte, endete ergebnislos. Sie zeigte, dass in der Welt kaum irgendwo Bereitschaft bestand, die aus Deutschland und den von ihm unterjochten Gebieten fliehenden Menschen aufzunehmen.

Das alles kann die auch in der Schweiz begangenen Fehler und Unterlassungen nicht aus der Welt schaffen. Ohne Zweifel hätte viel mehr getan werden können. Umgekehrt aber sollten auch die Proportionen gewahrt werden. Die schweizerische Vergangenheit kann nicht, wie das in den periodisch wiederkehrenden Debatten über die Flüchtlingspolitik gelegentlich anklingt, in Parallele gesetzt werden zu den Verbrechen, die auf dem deutschen Namen lasten. Die letzte Verantwortung liegt dort, wo das Böse seinen Ausgang nahm, das die Welt in Mitschuld verstrickte und in die Katastrophe stürzte.

Guadalcanal – «Verdun» des Pazifiks

Die USA zwingen Japan in die Defensive

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 tobte um die kleine, 2'000 Kilometer vor der Küste Australiens im Salomonen-Archipel gelegene Insel Guadalcanal eine erbiterte Schlacht. Im Juni 1942 hatten die Japaner die Insel besetzt und mit dem Bau eines Flugplatzes begonnen. Zwei Monate später landeten die Amerikaner und suchten dem Gegner den Stützpunkt zu entreissen. Es war der Auftakt zu einer Schlacht, die sich über Monate hinzog und an die schweren Kämpfe um die französische Festung Verdun im Ersten Weltkrieg erinnerte.

Die japanische Angriffswelle

Die Invasion von Guadalcanal war die erste grössere Offensivoperation der Amerikaner im pazifischen Krieg. In einer in der Militärgeschichte bis heute einmaligen, sich über Tausende von Kilometern erstreckenden Angriffswelle kombinierter Land-, See- und Luftstreitkräfte hatten die Japaner nach dem Überfall auf Pearl Harbor vom Dezember 1941 innerhalb weniger Monate ganz Südostasien besetzt und waren bis an die Tore Indiens und ins Vorfeld von Australien vorgedrungen. Es war eine erstaunliche Leistung, und nichts schien den Ansturm aufhalten zu können. Grossbritannien und die USA fürchteten, eine zweite Welle des japanischen Angriffes werde bis in den Mittleren Osten gelangen und im Süden Australien überspülen.

Tatsächlich gab es in den obersten Stäben von Japans Heer und Marine Pläne für so weitausgreifende Operationen: Sie wurden jedoch angesichts der Realitäten bald als unausführbar zurückgestellt. Die Grossoffensive vom Winter 1941/42 hatte die Kräfte Japans – das zudem seit vier Jahren in einer militärischen Auseinandersetzung mit dem China Tschiang Kai-scheks stand – aufgezehrt. Japan musste zur Defensive übergehen. Die Strategie wurde auf das Halten des Eroberten ausgerichtet. Die militärischen Operationen sollten sich darauf konzentrieren, die Verbindungen der Alliierten zu stören und diese in einen Abnutzungskrieg zu zwingen. Die Japaner hofften, den längeren Atem zu haben, weil sie auf der inneren Linie kämpften und die in den besetzten Gebieten vorhandenen reichen Bodenschätze rücksichtslos für die Kriegführung ausbeuteten.

Die Defensive sollte begleitet sein von begrenzten Offensivvorstössen, um eigene Positionen zu verbessern. Eine erste solche Operation richtete sich Ende Mai gegen

die Midway-Inseln, ein Atoll etwa tausend Kilometer westlich von Hawaii, auf dem sich ein amerikanischer Flugplatz befand. Der japanische Versuch, ihn zu erobern und damit die Kontrolle über den Zentralpazifik zu erlangen, schlug jedoch fehl. Die Seeschlacht bei Midway Anfang Juni 1942 wurde zum ersten maritimen Erfolg der Amerikaner. Sie erlitten zwar schwere Verluste an Schiffen und Material, zwangen aber die Japaner zur Umkehr. Midway blieb in amerikanischer Hand.

Amerika ergreift die Initiative

Der Sieg ermunterte die USA, nun selber die Initiative zu ergreifen. Vor allem der ehrgeizige Oberbefehlshaber im Südwestpazifik, General Douglas MacArthur, drängte auf Vorwärtsstrategie. Nach seiner Niederlage auf den Philippinen hatte MacArthur sein Hauptquartier nach Australien verlegt und brannte darauf, das blamable Debakel der ersten Kriegesmonate zu rächen. Am 7. August 1942 landete eine Division Marineinfanterie auf Guadalcanal. Bewusst war eine Elite-Einheit ausgewählt worden, die diesen ersten Stoss gegen die Japaner führen sollte, die «Leder-nacken», eine physisch wie psychisch für schwierigste Aufgaben trainierte Truppe. Strategisch war die Insel, auf der sie nun eingesetzt wurde, von einiger Wichtigkeit wegen der relativen Nähe zu Australien, das noch immer eine japanische Invasion befürchtete, sowie wegen des Flugplatzes, den die Japaner dort zu bauen im Begriffe waren. Das etwa 6'500 Quadratkilometer grosse, langgestreckte Guadalcanal war fast unbewohnt, dicht bewaldet und in seinem Inneren von den Weissen kaum erforscht. In diese Dschungellandschaft stiess die amerikanische Offensive.

Erfolgreiche Gegenattacken der Japaner

Zunächst schien es, dass der Überraschungscoup mühelos gelingen werde. 18'000 Mann, der grösste Teil der Division, konnten ohne Feindeinwirkung auf die Insel gebracht werden. Kein Japaner störte sie bei der Landung. Der Feind zeigte sich auch nicht, als sie sich kurz darauf des halbfertigen Flugplatzes bemächtigten, den sie in Erinnerung an einen Helden der Schlacht von Midway Henderson Field tauf-ten. Schon in der Nacht darauf kam es aber zu Zusammenstössen mit den in die Tiefe des Urwaldes zurückgewichenen Japanern, die verbissen kämpften, mit Schusswaf-fen, Messern und Zähnen. Nacht für Nacht wiederholte sich das gleiche. Nach we-nigen Tagen griff auch die japanische Flotte ein. Sie entsandte von ihrem Stützpunkt Rabaul im Bismarck-Archipel aus einen grösseren Verband in die Gewässer um Guadalcanal. Vorsichtshalber hatte der befehlshabende amerikanische Admiral die wichtigeren Einheiten, Flugzeugträger und Schlachtschiffe, bereits aus der Gefah-renzone herausgebracht. Der japanische Handstreich traf deshalb nur noch die Kreu-

zer, aber er traf sie mit voller Wucht. Vier von ihnen wurden versenkt, ein weiterer und zwei Zerstörer schwer beschädigt. Nur eine Viertelstunde hatte der Feuerwechsel gedauert; es war eine der bittersten Niederlagen, welche die Navy im Pazifikkrieg auf offener See hinzunehmen hatte.

Für die auf Guadalcanal gelandeten Truppen waren Vernichtung und Abzug der Schiffe ein schwerer Schock. Sie fühlten sich im Stich gelassen und isoliert. Aber sie hielten durch, auch nachdem die Japaner sich an der Küste der Insel in einem Brückenkopf gesammelt hatten. Den Nachschub brachten regelmässig eintreffende Geleitzüge aus Rabaul, von den Amerikanern wegen ihrer Pünktlichkeit ironisch «Tokio-Express» genannt. Der japanische Stützpunkt wurde laufend verstärkt. Er sollte Ausgangsbasis sein zur Wiedereroberung des Flugplatzes und zur Vertreibung der Amerikaner von der Insel.

Abnützungsschlacht

In den nächsten Monaten entwickelten sich die Kämpfe um Guadalcanal zu einer eigentlichen Verschleisschlacht zur See und in der Luft. Immer wieder stiessen japanische Flottenverbände in die Gewässer um die Insel vor und brachten den Amerikanern schwere Verluste bei. Sie führten ihre Angriffe ungeachtet der eigenen Opfer, die ebenfalls beträchtlich waren, denn auch die Amerikaner warfen laufend neue Kräfte auf den Kriegsschauplatz. Auf dem Lande tobte der Dschungelkrieg weiter. Im Oktober und November liefen die Amerikaner Gefahr, ins Meer geworfen zu werden. Die Soldaten beider Seiten standen im feucht-heissen, ungesunden Tropenklima unter schwerstem körperlichem und seelischem Stress. Krankheiten grassierten und forderten ihre Opfer. Die Japaner waren ein harter Gegner. Sie kämpften fanatisch, unbekümmert um das eigene Leben, mit einer den Amerikanern unverständlichen Todesverachtung.

Die Abnützungserscheinungen bei Truppen und Material waren schliesslich so gross, dass der US-Generalstab im Herbst 1942 in Erwägung zog, die Operation Guadalcanal abzubrechen. Motive dafür gab es genug. Die Verluste standen kaum mehr in einem vertretbaren Verhältnis zu der Bedeutung der Insel. Zudem schien es angebracht, angesichts der bevorstehenden Landung in Französisch-Nordafrika alle Kräfte auf diesen Kriegsschauplatz zu konzentrieren. Aber Guadalcanal war zu einem Prestigeobjekt geworden, übrigens auch für die Japaner, die zu gleicher Zeit wie die Amerikaner einen Rückzug von der Insel erwogen. Aber beide Seiten kamen schliesslich zum Schluss, den Kampf fortzusetzen. Am 24. Oktober erklärte Präsident Roosevelt, Guadalcanal habe symbolische Bedeutung erlangt, eine Aufgabe der Insel würde als Schock wirken. «Es muss alle Notwendige getan werden», entschied der Präsident, «um Guadalcanal zu halten, selbst wenn das eine Verzögerung in der Durchführung unserer anderen Verpflichtungen mit sich brächte.»

Furioses Finale

Als Roosevelt diese Weisung erliess, tobten eben zu Lande und zur See wieder harte Kämpfe um die Insel, und sie führten Mitte November 1942 zu einem furiosen Finale. Beide Gegner boten Verstärkung auf, um einen Entscheid zu erzwingen. Von See aus wurde Henderson Field von den Japanern mit einem Trommelfeuer belegt. Wie bei alten Ritterkämpfen stürmten die gegnerischen Kriegsschiffe aufeinander zu und verkeilten sich beim nächtlichen Feuerwechsel. Am Morgen des 13. November trieben in den Gewässern vor Guadalcanal zahlreiche manövrierunfähige Kreuzer und Zerstörer. In der Nacht darauf erschien ein weiterer amerikanischer Flottenverband mit einem Flugzeugträger und Schlachtschiffen. Der Versuch der Japaner, massive Truppenverstärkung zu landen, misslang. Die meisten Transporter wurden versenkt, andere zerschellten an den Korallenriffen. Nur wenige japanische Soldaten erreichten ihr Ziel.

Obwohl nach dieser letzten grossen Schlacht um Guadalcanal die Überlegenheit der Amerikaner zur See und in der Luft erdrückend geworden war, gaben die Japaner noch nicht auf. Ihre Geleitzüge kamen jedoch in immer längeren Abständen. Erst Anfang Februar 1943 beobachteten die Amerikaner wieder grössere gegnerische Schiffsansammlungen vor Guadalcanal. Als sie zu Land eine Zangenbewegung einleiteten, um die erwarteten Invasoren gefangen zu nehmen, stiess die Operation jedoch ins Leere. Der Geleitzug hatte die letzten Japaner, fast 12'000 Mann, von der Insel geholt. Die Schlacht um Guadalcanal war zu Ende.

Ein teuer erkaufter Erfolg

«Diese bemerkenswert gut geglückte Evakuierung«, schreibt Raymond Cartier in seiner Geschichte des Zweiten Weltkrieges, «ändert nichts daran, dass die Amerikaner eine der längsten und erbittertsten Schlachten der Militärgeschichte gewonnen hatten. Die Anzahl der Kombattanten auf der Insel gibt keinen Anhalt für die Bedeutung dieser Schlacht. Auf beiden Seiten stand hinter jedem Soldaten eine ganze Schar von Seeleuten, Fliegern und Arbeitern, die den Nachschub auf die Stützpunkte unterhielten und schützten. Die Verluste der Amerikaner in den Erdkämpfen betrug nur 1'492 Tote – bei den Japanern dagegen waren 14'800 Soldaten gefallen und 9'000 von Krankheiten dahingerafft worden. Die US Navy hatte hier zwei Flugzeugträger verloren, dazu 126'000 Tonnen an Kriegsschiffen.» Alles in allem war es ein hoher Preis, der von den Amerikanern und Japanern beim monatelangen Kampf um die Insel entrichtet wurde.

Midway und Guadalcanal markieren im Pazifik zu gleicher Zeit wie Stalingrad und El Alamein in Europa und Afrika die entscheidende Wende des Zweiten Welt-

krieges. Die Alliierten hatten die militärische Initiative in die Hand bekommen. Die Legende der Unbesiegbarkeit, welche die Deutschen seit ihren ersten Feldzügen und die Japaner seit Pearl Harbor umgab, war zerstört. Die Koalition der Mächte gegen Deutschland und Japan befand sich auf dem Weg zum Sieg.

Kriegswende 1942 in Nordafrika und Stalingrad

El Alamein, Operation «Torch» und die sowjetische Offensive

Im Sommer 1942 stand die deutsche Wehrmacht auf dem Gipfel ihres Erfolges. Hitlers Truppen kämpften an der Wolga und bedrohten die Ölfelder von Baku. In Afrika war Rommel bis an den Rand des Nildeltas vorgestossen, der Suezkanal lag in Griffnähe. Eine kühne Zangenbewegung der Deutschen durch den Nahen und Mittleren Osten schien sich abzuzeichnen, die nach den Ölquellen von Iran und des Iraks zielte. Das britische Reich, dessen ostasiatische Stützpunkte kurz zuvor von den Japanern überrannt worden waren, sah damit auch seine Position im Vorderen Orient aufs Schwerste gefährdet.

Kriegführung ohne Koordination

Deutschland und Japan hatten 1942 ihre Erfolge erringen können, weil die gegnerische Allianz sich noch nicht genügend formiert hatte. Erst im Dezember 1941, nach dem Überfall auf Pearl Harbor, begann der 1939 in Europa entfesselte Krieg globale Ausmasse anzunehmen. Es standen sich jedoch keine monolithisch geschlossenen Blöcke gegenüber. Beide Mächtegruppen waren nur lose Koalitionen. Deutsche und Japaner operierten ohne engere militärische Kontakte jeder auf eigene Faust. Die Sowjetunion wurde zwar von den westlichen Alliierten mit Kriegsmaterial massiv unterstützt, liess sich jedoch von den Westmächten nicht in die Karten blicken. Zudem standen Japan und die Sowjetunion nicht miteinander im Krieg; sie beachtetten bis August 1945 die vertraglich vereinbarte Neutralität.

Der Schlag der Anti-Hitler-Koalition gegen die deutsche Wehrmacht im Herbst 1942 wurde von den westlichen Alliierten und der Sowjetunion gesondert vorbereitet. Selbst der Informationsaustausch ging über das Allgemeinste kaum hinaus.

Aber auch die Koordination der militärischen Planung zwischen den Vereinigten Staaten und Grossbritannien lief nicht reibungslos. Nationale Interessen, militärische und politische Prioritäten kamen sich in die Quere. Der erste wichtige Entscheid über die Schwerpunkte der Kriegführung war bereits an der Jahreswende 1941/42

Abbildung links:

Der konzentrische Angriff von Sowjets und Westalliierten gegen die ‚Festung Europa‘ zeichnet sich ab.

gefällt worden, als der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt dem britischen Premierminister Winston Churchill an einer Konferenz in Washington zusagte, die USA seien entschlossen, dem europäischen Kriegsschauplatz Vorrang zu geben, «Europa first» also. Angesichts des von vielen Amerikanern als Demütigung empfundenen Überfalles auf Pearl Harbor war dieser Entschluss Roosevelts nicht selbstverständlich, und er wurde auch nicht überall gebilligt. Vor allem die Führung der Flotte fügte sich nur widerwillig.

Invasion in Frankreich oder Afrika?

Auch über die Frage, wo der Hebel anzusetzen sei, um Hitlers Herrschaft in Europa aus den Angeln zu heben, gingen die Meinungen auseinander. Die USA befürworteten einen sofortigen Direktangriff auf Frankreich, während die Briten für eine Offensive im Mittelmeer waren. Einigkeit herrschte nur über den Aufbau einer grossen amerikanischen Truppenbasis in Grossbritannien als Ausgangspunkt für die künftigen Aktionen. Oberbefehlshaber dieser Einheiten wurde im Juni 1942 General Dwight D. Eisenhower.

Zwischen Amerikanern und Briten kam es um die Frage, ob sich der erste Schlag gegen Frankreich oder Afrika richten sollte, zu einem monatelangen Tauziehen. Der Vorsitzende der Joint chiefs of staff, George C. Marshall, opponierte seinem britischen Kollegen Sir Alan Brooke. In zwei Gesprächsrunden im April und im Juni gab es keine Einigung. Entschieden wurde schliesslich auf höchster Ebene. Churchill vermochte Roosevelt für seine Pläne zu gewinnen. Ende Juli 1942 stimmten die Amerikaner einer Invasion von Französisch-Nordafrika zu. Gegenüber der ungedeckten Südflanke Europas sollte an der Küste Afrikas eine Bastion aufgebaut werden, von der aus die Schwachstellen von Hitlers «Festung Europa», Italien vor allem, leicht getroffen werden konnten. Triumphierend gab Churchill dem Unternehmen den Decknamen «Torch» – die Fackel des Erfolges sollte das Dunkel der vorangegangenen Niederlagen überstrahlen.

Moskau und die «zweite Front»

Noch ein Problem gab es zu lösen. Permanent hatte Moskau von den Westmächten die Errichtung einer «zweiten Front» in Europa verlangt, damit der Druck der Wehrmacht auf die Rote Armee vermindert werde. Wie würde der Kreml reagieren, wenn er erfuhr, dass der erste Entlastungsstoss der Angelsachsen sich nicht gegen Europa direkt, sondern zunächst gegen Afrika richten sollte?

Churchill entschloss sich, Stalin selber über «Torch» zu unterrichten und ihm die Motive der Alliierten darzulegen. Im August 1942 flog der Premier mit seinem Stab

nach Moskau; es war seine erste persönliche Begegnung mit Stalin. Der sowjetische Diktator warf in der Aussprache den Briten zwar provozierend vor, offensichtlich hätten sie Angst vor den Deutschen und machten sich deshalb durch die Hintertür an den Feind heran. Auf den furiosen Temperamentsausbruch, den Churchill darauf inszenierte, um seinen Standpunkt darzulegen, reagierte Stalin amüsiert und sichtlich beeindruckt. Er ging sogar so weit, dem britischen Premier unter vier Augen mitzuteilen, auch die Russen planten für den Herbst einen Angriff. Es war das einzige Indiz, das die Angelsachsen offiziell von den Absichten der sowjetischen Führung über die Offensive gegen Stalingrad erhielten.

Temporeiche Vorbereitungen

Planung und Vorbereitung von «Torch» drängten sich in einem Zeitraum von wenigen Wochen zusammen. Die Landung in Nordafrika sollte als kombinierte Operation von Land-, See- und Luftstreitkräften sowohl von Grossbritannien wie von den USA ausgeführt werden. Die Ziele der Amerikaner waren in Marokko Safi, Casablanca und Rabat. In Algerien sollten die Briten bei Oran und Algier landen und von dort aus nach Osten vorstossen. Eine Aktion gegen Tunesien wurde zwar ebenfalls eingeplant, doch im letzten Augenblick abgesagt. An Land gingen neun amerikanische und vier britische Divisionen, dazu standen einige Brigaden in Reserve.

Mangel an ausgebildeten Soldaten wie an Kriegsmaterial und an Vorbereitungszeit beengte die Operation «Torch» von Anfang an. Churchill, der eigentliche Motor des ganzen Unternehmens, war ein unermüdlicher Antreiber. Er sorgte sich persönlich um eine Koordination mit dem Angriff auf Rommels Armee in El Alamein, die von Ost und West her in die Zange genommen werden sollte. Auf seinem Flug nach Moskau machte er im August in Ägypten Station und regelte dort die Befehlsverhältnisse neu. Zum Oberkommandierenden wurde General Alexander ernannt, zum Chef der 8. Armee, der Sturmspitze der Briten, General Montgomery. Sie sollten in Afrika so rasch als möglich den ersten Schlag führen. Anschliessend würde «Torch» ausgelöst. Im September wurden Tag und Uhrzeit der Invasion Nordafrikas festgelegt: 8. November 1942 um 1 Uhr früh.

Die Schlacht von El Alamein

Es lief, rückblickend beurteilt, tatsächlich fast alles wie nach Plan. Am 23. Oktober eröffnete Montgomery die Attacke auf El Alamein. Der Widerstand der Deutschen war zunächst stark. Aber am 2. November wurde er gebrochen, Rommels Panzerarmee vernichtet oder zerstreut. Der geschlagene General befahl den Rückzug.

Inzwischen hatte die alliierte Flotte ihre Häfen in den USA und Grossbritannien verlassen. Es waren insgesamt 600 Schiffe in vierzehn Geleitzügen, gesichert durch zahlreiche Schlachtschiffe und Flugzeugträger, die Richtung Afrika fuhren. General Eisenhower verlegte sein Hauptquartier von London nach Gibraltar. Die Deutschen hatten zwar Informationen erhalten, dass eine grosse Armada ins Mittelmeer einfahre. Die deutsche Führung war jedoch überzeugt, Ziel der feindlichen Schiffe sei Libyen oder Malta, und es wurde befohlen, der Flotte an der engsten Stelle des Mittelmeeres zwischen Tunis und Sizilien aufzulauern. So konnten die Briten, ohne von feindlichen U-Booten angegriffen zu werden, in Algerien landen, ebenso die Amerikaner in Marokko.

Hitler erhielt die Meldung über die Invasion Nordafrikas in seinem Sonderzug, mit dem er vom Hauptquartier nach München zur Feier des Putsches von 1923 reiste. Auch er hatte nicht mit einem Angriff auf französisches Gebiet gerechnet. Nun aber reagierte der Misstrauische ungewöhnlich. Er verliess sich auf die Zusage der Franzosen, dass sie ihr Kolonialreich gegen jeden Angriff verteidigen würden, komme er, woher er wolle. Und so gab es in der Nacht vom 7./8. November von deutscher Seite keine Weisungen oder Befehle.

Politische Konflikte mit den Franzosen

Tatsächlich waren die Amerikaner und Briten selber unsicher, ob die Franzosen sich kampfflos ergeben würden. Die USA unterhielten zum Frankreich des Marschalls Pétain normale diplomatische Beziehungen. Nach Algerien hatte das Staatsdepartement Robert Murphy entsandt, der als «Diplomat among Warriors» mithalf, den Boden für die Invasion vorzubereiten. An die Spitze des französischen Nordafrika sollte General Henri Giraud gestellt werden, dessen Name in Frankreich einen guten Klang hatte. Giraud war aus deutscher Kriegsgefangenschaft entflohen und hielt sich im unbesetzten Frankreich versteckt. Von hier wollten ihn die Amerikaner am Tage der Invasion nach Algier bringen. Um den Führer des freien Frankreich, den in London residierenden General de Gaulle, der als schwierig eingestuft wurde und den vor allem Roosevelt nicht mochte, machten die Angelsachsen einen weiten Bogen.

In der ersten Phase von «Torch» drohte die Operation politisch der Kontrolle der Amerikaner zu entgleiten. Zufälligerweise hielt sich der Stellvertreter Petains, Admiral Darlan, zum Zeitpunkt der Landung in Algier auf. Er galt den Alliierten als unzuverlässiger Opportunist, der in den vergangenen Jahren eng mit den Deutschen zusammengearbeitet hatte. Nun bot er jedoch nach einigem eher taktisch bedingten Schwanken den Angelsachsen seine Hilfe an. Schon am Abend des 8. November schloss Darlan mit ihnen einen Waffenstillstand. Während dreier Tage herrschte ein unübersichtliches Durcheinander. Viele französische Generäle wussten nicht, auf welche Seite sie sich schlagen sollten. Ihnen gab Darlan den Befehl, ebenfalls das

Feuer einzustellen. Noch war Giraud nicht in Algier eingetroffen. Er hatte plötzlich neue Bedingungen für sein Mitmachen gestellt und war von den Amerikanern eiligst mit einem U-Boot zu einer Aussprache mit Eisenhower nach Gibraltar gebracht worden; fast wäre der französische General beim Umsteigen in das ihm ungewohnte Gefährt im Meer ertrunken.

Als Giraud endlich in Algier ankam, zeigte sich bald, dass er dem glattzüngigen Darlan politisch in keiner Weise gewachsen war und auch unter den Algerienfranzosen kaum Anhänger hatte. Rasch entschlossen nahmen darauf die Amerikaner eine Teilung der Kompetenzen zwischen Giraud und Darlan vor. Eisenhower selber flog nach Algier, um den Handel abzuschliessen. Er inthronisierte Darlan als eine Art Gouverneur und Giraud als dessen militärischen Gehilfen, ohne lange mit Washington Rücksprache zu nehmen. Eisenhower kannte nur ein einziges Ziel: Er wollte die operativen Bewegungen so reibungslos wie möglich abwickeln und rasch nach Osten vorstossen, um Rommel im Rücken zu fassen.

Der amerikanische Oberbefehlshaber handelte sich wegen des «Darlan-Deal» viel Ungemach mit den Medien ein, aber er stand die Attacken durch. Die Politik der Angelsachsen in Nordafrika mochte macchiavellistisch sein, sie sparte ihnen jedoch viel Blut und Zeit. Darlan freilich hat sein Wechselspiel nicht lange überlebt. Er wurde am Weihnachtstag 1942 in Algier von einem jungen Franzosen ermordet.

Inzwischen hatte Hitler reagiert. Noch immer hielt er sich in München und Berchtesgaden auf. Von hier aus gab er der Wehrmacht den Befehl, unverzüglich in die nach dem Waffenstillstand von 1940 unbesetzt gebliebene Zone Frankreichs einzumarschieren; ausgenommen blieben zunächst nur der Regierungssitz Marschall Pétains in Vichy und die Flottenbasis Toulon. Die Luftwaffe erhielt Weisung, Stützpunkte in Tunesien zu errichten; bald folgten ihr Truppen des deutschen Heeres. Vergeblich drangen die Briten von Ostalgerien aus gegen Tunis vor; in harten Gefechten wehrten die Deutschen sie ab. Während Rommel in Libyen Schritt um Schritt vor Montgomery zurückwich, schuf sich die Wehrmacht in Tunesien einen neuen starken Brückenkopf. Ende November besetzten die Deutschen auch Toulon. Aber die französische Flotte versenkte sich selbst, und die Alliierten brauchten keine Sorge mehr zu haben, dass sie plötzlich unter deutscher Flagge vor der afrikanischen Küste aufkreuzen werde.

Beginn der Schlacht um Stalingrad

Noch während diese Operationen in vollem Gange waren, setzte am 19. November die Rote Armee beidseits von Stalingrad zum Angriff an. Der Stoss richtete sich gegen die Schwachstellen des Gegners an den Flanken. Die dort stehenden rumäni-

schen Truppen wurden geschlagen und flohen aufgelöst durch die winterliche Steppe. Drei Tage später schlossen die Spitzen der sowjetischen Verbände, von Norden und Süden kommend, 60 Kilometer westlich von Stalingrad den Ring um eine deutsche Streitmacht von mehr als 250'000 Mann. Die Umrisse der Katastrophe der deutschen 6. Armee, die sich Anfang 1943 vollenden sollte, begannen sich in diesen Novembertagen abzuzeichnen.

Der «Anfang vom Ende»

Am 10. November 1942, zwei Tage nach der erfolgreichen Landung in Nordafrika, sprach Churchill im Londoner Mansion House über die veränderte Kriegslage. Während kurz zuvor Hitler in einem Münchner Bierkeller noch geprahlt hatte, er habe Stalingrad erobert, feierte Churchill die Wende mit britischem Understatement: «Es wäre falsch», sagte er, «in den Ereignissen der letzten Tage schon das Ende zu sehen. Es ist möglicherweise der Anfang vom Ende. Ganz bestimmt aber ist es das Ende des Anfangs» – eines Kriegsbeginns, der so viele Niederlagen über England gebracht hatte.

Zwischen Montgomerys Vorstoß bei El Alamein und dem Beginn der Endschlacht um Stalingrad vollzog sich innert eines Monats die entscheidende Wende des Krieges. Drei Jahre lang hatte die deutsche Führung das militärische Geschehen nach ihrem Willen gelenkt. Nun entglitt den Deutschen die Initiative. Dem Debakel von Stalingrad folgte der Abzug aus dem Kaukasus. Siegreich drangen die Russen im Jahre 1943 durch die Ukraine westwärts vor- und die Alliierten landeten nach der Eroberung Tunesiens in Italien. Die von den Russen geforderte «zweite Front» in Europa war damit errichtet, und sie zwang die Deutschen zum Einsatz starker Kräfte, die ihnen an der Ostfront fehlten. Das aggressive Dritte Reich war in die Defensive gezwungen worden. Noch reichten Deutschlands Kräfte aus, das Ende hinauszuzögern. Militärisch gewonnen werden aber konnte nach den verlustreichen Niederlagen in Afrika und Russland der Krieg von Hitler nicht mehr.

Symbolstadt Stalingrad

Die Rote Armee siegt an der Wolga

Auf dem Mamaew-Hügel an der Wolga im Herzen der Stadt Stalingrad, militärisch knapp einst Höhe 102 genannt, tobten 1942 und 1943 wochenlang die erbittertsten Kämpfe zwischen der deutschen Wehrmacht und der Roten Armee. Heute erhebt sich hier im weitläufigen Gelände des Schlachtendenkmals überlebensgross die Monumentalgestalt der Mutter Heimat. Sie schwingt in der Rechten ein riesiges Schwert, das ihr Haupt hoch überragt, und weist mit der Linken hinaus in die weite Ferne der Steppe nach Westen. Dort beginnt der Weg nach Deutschland, dorthin sollen die Sowjetsoldaten den Eindringling verjagen.

Gedenkstätte des Triumphes

Ehe der Besucher oben bei Mutter Heimat angelangt ist, hat er Hunderte von Stufen pappelgesäumter Treppen hinaufzusteigen, vorbei an anderen Steinkolossen, an unendlich langen Mauern, von denen die Gesichter wild entschlossener Kämpfer herunterblicken, vorbei auch an der gramgebeugten Riesengestalt einer Frau, die um ihre gefallenen Söhne trauert. Unmittelbar zu Füßen von Mutter Heimat wird die Rotunde der Ruhmeshalle durchschritten, in deren Mitte eine meterhohe Faust eine ewig brennende Fackel emporreckt – gleichsam aus dem Boden wachsend, soll sie den Geist des Widerstandes symbolisieren, der auch durch Tod und Grab nicht gebrochen werden kann. Jede Stunde übertönt noch heute der harte Paradeschritt der Wachablösung die leise Hintergrundmusik, wenn die hochgewachsenen Elitesoldaten starren Blickes zu ihrem Posten marschieren.

Die Sowjetunion hat die Schlacht von Stalingrad in dem 1947 errichteten Denkmal auf dem Mamaew-Hügel zu steinerner Symbolik gerinnen lassen. Das neue Russland pflegt die Tradition weiter. Die Stadt, um die gekämpft wurde, hat zwar längst den Namen geändert. Aber niemand spricht von der Schlacht um Wolgograd. Stalingrad steht für den Triumph in einem Krieg, dem schon die kommunistischen Herrscher den Namen des «Grossen Vaterländischen» gegeben haben, für die Befreiung der Heimat vom barbarischen Aggressor, der das Land ausbeuten und die Menschen versklaven wollte.

Die Megalomanie der antikisierenden Bauten und Skulpturen, welche die Erinnerung an das Geschehene von 1942/43 wachhalten, mag dem Betrachter aus dem We-

sten fremd und erdrückend erscheinen. Militärische Fachleute mögen aus ihrer Sicht recht haben, wenn sie die Proportionen zurechtzurücken suchen und daran erinnern, dass es im Zweiten Weltkrieg grössere Schlachten gegeben habe, dass die deutschen Verluste bei der Niederlage in Nordafrika im Frühjahr 1943 höher gewesen seien, dass die Wehrmacht die Initiative an der Ostfront erst in der Panzerschlacht von Kursk im Sommer 1943 endgültig verloren habe.

Ein Mythos entsteht

All das vermag die entscheidende Bedeutung der Schlacht von Stalingrad nicht zu schmälern. Denn Stalingrad war mehr als nur ein militärisches Ereignis. Personenkult, Prestige und Propaganda gehören ebenso zu Stalingrad wie der Kampf der Armeen. Schon mitten im Gefechtslärm entstand der Mythos um die Schlacht, die beide Gegner bewusst zum Titanenkampf eskalieren liessen. Es ging für Hitler und Stalin nicht allein um Sieg oder Niederlage, sondern um Sein oder Nichtsein schlechthin – ein Duell der Heere zwar, aber auch eines der Völker, der Ideologien und ihrer Führer.

Stalingrad wurde zum Fokus, in dem sich die verschiedensten Strahlungskräfte bündeln. An Stalingrad haben sich die Phantasien entzündet. Die barbarische Härte des Krieges, Not und Leid der Menschen, der Soldaten wie der Bevölkerung, wurden selten so greifbar wie in den Monaten der Schlacht um Stalingrad. Eine grosse Stadt, deren Bewohner nur zum Teil evakuiert worden waren, geriet in den Strudel der Vernichtung. Der Kampf begann in heisser, ausgedörrter Steppe und endete im eiskalten Wind des russischen Winters. Gnadenloses Gemetzel, aber auch Heldenmut und Opferbereitschaft, all das verbindet sich mit dem Namen Stalingrad. Selten wurde die Frage nach Sinn oder Sinnlosigkeit des Krieges so brutal gestellt wie hier. Die Schlacht markiert deshalb psychologisch die einschneidendste Zäsur des Krieges.

Prestigekampf der Diktatoren

Ihren Stellenwert erhielt die Schlacht von Stalingrad, weil die oberste Führung und damit die letzte Entscheidung auf beiden Seiten in der Hand von Diktatoren lag, die primär politisch und nicht militärisch dachten. Hitler wie Stalin befanden sich im Frühjahr 1942, als der neue Feldzug vorbereitet wurde, in einer schwierigen Position. Das Jahr 1941 hatte beide geschwächt. Aber beide waren entschlossen, 1942 den grossen Wurf zu wagen und den Feind endgültig niederzuwerfen. Sie sahen weniger die schweren Verluste auf der eigenen Seite als die Probleme beim Gegner. Hitler war überzeugt, dass es nach den Erfolgen der tief in Russland stehenden Wehrmacht nur noch eine geringe Kraftanstrengung brauche, um den auf tönernen Füüssen stehenden Sowjetkoloss um zustossen. Und Stalin spottete vor seinen Gene-

rälen über «Hitlers klappernde, rostige Kriegsmaschinerie». Beide Diktatoren hatten sich persönlich auch öffentlich engagiert, Hitler im Oktober 1941 mit der Behauptung, der sowjetische Gegner sei geschlagen und werde sich nie mehr erheben; Stalin mit der Prophezeiung im Tagesbefehl zum 1. Mai, in dem es hiess, 1942 werde das Jahr der «endgültigen Zerschlagung der deutsch-faschistischen Truppen und der Befreiung des sowjetischen Landes von den hitlerischen Schuften».

Die Parallelität der grundsätzlichen Ausgangspositionen auf beiden Seiten ist verblüffend. Hitler wie Stalin wollten 1942 in die Offensive gehen, ihre Generäle hatten Bedenken und plädierten für defensives Verhalten. Stalin beugte sich in einer Besprechung Ende März 1942 zum Teil und setzte nur eine Art Testoffensive in der Ukraine durch. Hitler hingegen schob alle Bedenken beiseite und befahl mit der Weisung Nr. 41 vom 5. April eine weiträumige Operation Richtung Kaukasus, deren erste Etappe die Errichtung einer die Flanken sichernden Position im Raume von Stalingrad an der Wolga sein sollte. Gestützt auf diese Basis, hätte die Wehrmacht anschliessend die Ölfelder von Maikop und Grosny in Besitz zu nehmen.

Verwegener Offensivplan Hitlers

Hitlers Offensivplan war verwegener und abenteuerlicher als der von Stalin schliesslich akzeptierte beschränkte Angriff in der Ukraine. Die schweren Verluste, welche die Rote Armee bei ihrer im Mai durchgeführten Operation bei Charkow erlitt, zwang den sowjetischen Diktator, der Taktik eines flexiblen Operierens und Ausweichens vor den Deutschen zuzustimmen. Er tat es offensichtlich nur widerwillig und gegen seine innere Überzeugung. Das Rezept wurde jedoch zum Schlüssel des schliesslichen Erfolges der sowjetischen Armee. Sie setzte sich ab und liess die Wehrmacht, die Ende Juni ihre Offensive begonnen hatte, ins Leere laufen. Als die deutschen Truppen sich im August Stalingrad näherten, gab jedoch Stalin das Signal, nicht mehr zurückzuweichen. Die Stadt, die seinen Namen trug, sollte nicht kampflös geopfert werden. Nun hiess die Parole: «Keinen Schritt zurück!»

Folgeschwere Aufsplitterung

Inzwischen hatte Hitler, geblendet von den ersten leichten Siegen, in einer Weisung vom 23. Juli 1942 befohlen, das Schwergewicht der Operationen auf den Stoss nach dem Kaukasus zu verlegen. Überzeugt, auch Stalingrad werde zur leichten Beute seiner Truppen werden wie zuvor Kertsch, Woronesch und Rostow, gab er den für die Wehrmacht verhängnisvollen Befehl, die Offensive aufzusplittern, in der Hoffnung, die kaukasischen Ölfelder rascher in seinen Besitz zu bringen.

Die Kraft der in den schweren Kämpfen des Jahres 1941 geschwächten Wehrmacht reichte jedoch nicht aus, Stalingrad und den Kaukasus gleichzeitig zu nehmen. Als der sowjetische Widerstand an der Wolga sich versteifte, mussten deutsche Truppen aus dem Kaukasus abgezogen und nach Stalingrad geworfen werden. Mitte September stiess die von General Friedrich Paulus kommandierte deutsche 6. Armee zwar im Stadtkern bis zur Wolga vor, besetzte den Mamaew-Hügel und teilte das Gros der Verteidiger in zwei Gruppen auf. Aber diese hielten sich hartnäckig. Stalins Befehl gehorchend, verschanzten sie sich in den grossen Fabrikkomplexen, kämpften zäh um jede Strasse und jedes Haus. Stalingrad wurde zum Inferno, das die deutschen Kräfte aufzuzehren begann. Zusehends wurde der Kampf militärisch sinnloser. Die völlig in Ruinen gefallene Stadt hatte längst ihre strategische Bedeutung eingebüsst, nachdem die deutsche Offensive sich auch im Kaukasus totgelaufen hatte.

Der Weg in die Katastrophe

Hitler dürfte die Ausweglosigkeit der Situation spätestens in der zweiten Septemberhälfte erkannt haben. Im Führerhauptquartier in Winniza kam es zu einem Eklat. Hitler überhäufte seine militärischen Mitarbeiter mit Vorwürfen, wechselte den Generalstabschef aus, bestellte Stenographen ins Hauptquartier, die künftig alle seine Worte aufzuzeichnen hatten, um die Verantwortlichkeiten festzuhalten. Unverrückbar beharrte Hitler darauf, Stalingrad müsse genommen werden, auch nachdem im Oktober ein neuer Sturm auf die Stadt gescheitert war. Noch Anfang November 1942, als die deutschen Truppen in Stalingrad ausgeblutet und völliger Erschöpfung nahe waren, der Winter vor der Türe stand und ein Verharren der Armee auf ihren exponierten Positionen immer fragwürdiger wurde, verkündete Hitler in einer Münchner Bierkellerrede, er habe den gigantischen Umschlagplatz an der Wolga nehmen wollen, um dort den Nachschub der Roten Armee abzuschneiden: «Wir sind bescheiden», fügte Hitler prahlerisch bei, «wir haben ihn nämlich. Es sind nur noch ein paar ganz kleine Plätzchen da... Die Zeit spielt dabei gar keine Rolle. Es kommt kein Schiff mehr die Wolga hoch!»

Als der deutsche «Führer» so sprach, waren die Weichen für die Niederlage seiner Truppen bei Stalingrad bereits gestellt. Schon Mitte September hatte die Führung der Roten Armee erkannt, dass die Deutschen im Begriffe standen, sich an der Wolga in eine aussichtslose Lage zu manövrieren. Obwohl Hitler verkündete, er wolle dort «kein zweites Verdun» und mache alles nur mit kleinen Stosstrupps, waren immer mehr deutsche Soldaten auf den einen Punkt Stalingrad konzentriert worden. Die Flanken der 6. Armee wurden entscheidend geschwächt und boten sich für einen umfassenden Gegenstoss der Sowjettruppen geradezu an.

Einkreisung der 6. Armee

Der Angriff der Roten Armee begann am 19. November. Nun zeigte sich, dass die sowjetische Führung vom Gegner gelernt hatte und es verstand, Kesselschlachten zu schlagen wie die Wehrmacht im Sommer 1941. Schon wenige Tage nach Eröffnung der Offensive vereinigten sich die Spitzen der beidseits Stalingrads angreifenden Sowjettruppen etwa 100 Kilometer westlich der Stadt bei Kalatsch am Don. Die 6. Armee war abgeschnitten. In das Debakel hineingerissen wurden auch die von den Deutschen aufgebotenen Hilfstruppen aus Rumänien, Ungarn und Italien. Mitte Dezember warf eine neue russische Offensive die Deutschen vom Don weiter zurück nach Westen. Während an der Wolga, weitab von der deutschen Hauptkampflinie, noch immer etwa 200'000 deutsche Soldaten standen, hingen nun auch die Verbindungen der ganzen Heeresgruppe im Kaukasus in der Luft. An ein Ausbrechen aus Stalingrad war nicht mehr zu denken. Als es noch Zeit dazu gewesen wäre, hatte Hitler es strikt untersagt. Ein Entlastungsangriff, der von Süden her den Eingeschlossenen hätte Hilfe bringen sollen, war in der zweiten Dezemberhälfte gescheitert. Die von Göring grossspurig zugesicherte Versorgung aus der Luft gelang nicht. Die 6. Armee lag in Agonie.

Zurechtstilisierte Heldenlegende

Trotzdem hatte sie weiter auszuhalten, hatte die Kapitulation abzulehnen, welche die Russen ihr anboten. Die Männer in Stalingrad hatten für die deutsche Kriegspropaganda die Rolle der Statisten in einem heroischen Epos des Unterganges zu übernehmen. Als am 10. Januar 1943 die Rote Armee zum Sturmangriff auf den noch immer 60 Kilometer breiten Kessel antrat, die Soldaten der Wehrmacht ausgehungert und frierend, ohne Hoffnung auf Entsatz und Nachschub durch die kalte Steppe gejagt wurden oder sich in den Kellern der Ruinenstadt schuttsuchend verkriechen mussten, stilisierten in der Heimat Presse und Funk befehlsgemäss die Kämpfeempor zur Legende, vergleichbar dem Kampf der Nibelungen in Etzels Halle oder dem Widerstand des Leonidas bei den Thermopylen.

Die deutsche Propaganda um Stalingrad war wohlorchestriert. «Noch in tausend Jahren», behauptete Göring in einem Appell an Offiziere der Wehrmacht, «wird jeder Deutsche mit heiligem Schauer vom Kampf in Stalingrad sprechen und sich erinnern, dass dort trotz allem Deutschland den Stempel zum Endsieg gesetzt hat... Und es wird auch einmal von der Geschichte unserer Tage heissen: Kommst du nach Deutschland, so berichte, du habest uns in Stalingrad kämpfen gesehen, wie das Gesetz es befohlen hat, das Gesetz der Ehre, aber auch das Gesetz der Kriegsführung...» Stalingrad sollte, da der Krieg für Deutschland sichtbar in eine härtere Phase getre-

ten war, da Zweifel am Endsieg aufkamen, erstrahlen als eine einmalige tapfere Tat deutschen Soldatentums, von Männern, die kämpften und starben, aber sich nicht ergaben.

In der Darstellung der Endphase, die das Regime dem deutschen Volke vermittelte, ging die 6. Armee buchstäblich unter, Mann für Mann. Nach der Kapitulation der letzten deutschen Einheiten meldete der Wehrmachtsbericht am 4. Februar 1943: «Der Heldenkampf um Stalingrad ist zu Ende. Ihrem Fahneneid bis zum letzten Atemzug getreu, ist die 6. Armee ... der Übermacht des Feindes und der Verhältnisse erlegen ... Die zweimal vom Gegner verlangte Übergabe fand stolze Ablehnung. Unter der Hakenkreuzfahne, die auf der höchsten Ruine von Stalingrad weiterhin sichtbar gehisst wurde, vollzog sich der letzte Kampf. Generale, Offiziere und Mannschaften fochten Schulter an Schulter bis zur letzten Patrone. Sie starben, damit Deutschland lebe ...»

Dass es in Stalingrad Überlebende gab, dass 90'000 Mann in Kriegsgefangenschaft geraten waren und General Paulus kapituliert hatte, dass mit ihm viele Generale lebend in die Hände der Russen gefallen waren, all das suchte die Propaganda zu unterdrücken. Die verzweifelten Angehörigen der Stalingrad-Kämpfer mussten glauben, ihre Väter, Brüder oder Söhne seien alle tot. Vor den Militärs im Hauptquartier beklagte Hitler sich zornig darüber, dass Paulus nicht den Heldentod gestorben sei oder wenigstens Selbstmord verübt habe: «Der Mann hatte sich totzuschies- sen», erklärte Hitler, «so wie sich früher die Feldherren ins Schwert stürzten, wenn sie sahen, dass die Sache verloren war. Das ist eine Selbstverständlichkeit.»

Wende des Krieges

Stalingrad bedeutete die psychologische Wende des Krieges. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit der Wehrmacht war gebannt. In Deutschland breiteten sich Ungewissheit und Zweifel aus. Der Versuch von Goebbels, drei Wochen nach dem Ende der Schlacht im Berliner Sportpalast vor einem sorgfältig ausgesuchten, fanatisch applaudierenden Publikum den «totalen Krieg» zu proklamieren, blieb kaum mehr als eine überschnappende, bis zur Raserei gesteigerte Rhetorik. Goebbels war der Gefangene seiner eigenen Propaganda, die zu lange dem deutschen Volk eingehämmert hatte, der Krieg sei eigentlich längst gewonnen.

Für die Anti-Hitler-Koalition bedeutete der Sieg von Stalingrad einen moralischen Auftrieb. Die Westmächte gewannen Vertrauen in die Kampfkraft der Sowjetunion und verstärkten ihre militärische Hilfe. Für die Rote Armee und das russische Volk aber, die den Sieg über die Wehrmacht erfochten hatten, brachte die Schlacht die Gewissheit, dem Gegner gewachsen zu sein. Zugleich stieg die Hoffnung, die Heimat endgültig von den Eindringlingen befreien zu können, die das Land unterjochen und die Menschen versklaven wollten. Stalingrad gab den Russen ihr Selbstvertrauen und den Glauben an die eigene Kraft zurück. Die Schlacht wurde für sie

zum Symbol des Triumphes über einen bösen barbarischen Feind und ist es geblieben bis heute.

Hinter aller Symbolik um Stalingrad aber verbirgt sich unermessliches Leid von Russen und Deutschen. Fast ein halbes Jahr lang sind auf diesem einen Flecken Erde am Ufer der Wolga ungezählte Menschen getötet worden. Hier haben die Russen das Zeichen gesetzt, dass der Überfall vom Juni 1941 gerächt werde. Für die Deutschen wurde Stalingrad zum Fanal der sich abzeichnenden Katastrophe, die zwei Jahre später Not und Elend auch über ihr Land brachte. Seit 1939 hatten Deutschlands Armeen auf Befehl ihres «Führers» ein Volk nach dem andern mit Krieg überzogen und geknechtet. In Stalingrad ist Hitler Einhalt geboten und der Weg zurückgewiesen worden.

Aufstand im Warschauer Ghetto

Polens Juden setzen ein Zeichen des Widerstandes

Der Kniefall des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt im Dezember 1970 vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos war eine Geste, die in ihrer einfachen Selbstverständlichkeit bis heute unvergessen geblieben ist. «Unter der Last der jüngsten Geschichte tat ich, was Menschen tun, wenn die Worte versagen», schrieb Brandt später. Als Vertreter eines andern, Verständigung und Aussöhnung anstrebenden Deutschland ehrte der Kanzler den Heldenmut der Verfolgten des Naziregimes, deren scheinbar hoffnungsloses Aufbäumen gegen ein unentrinnbares Schicksal mitten im Krieg ein weithin sichtbares Zeichen gesetzt hat.

Als die Juden in Warschau im Frühjahr 1943 dem Vernichtungswillen der Deutschen mit bewaffnetem Widerstand antworteten, waren sie über die tödliche Gefahr, in der jeder Einzelne von ihnen schwebte, nicht mehr im ungewissen. Mehr als drei Jahre der Entrechtung und des Leidens lagen hinter ihnen. Zusammengepfercht auf nicht einmal vier Quadratkilometern Fläche lebten hier seit Errichtung des Ghettos im Herbst 1940 über 400'000 Menschen. Hohe Mauernriegelten sie von der Außenwelt ab. Die Strassen waren bis auf wenige streng kontrollierte Übergänge verbarrikiert. Ghettabewohner durften nicht auf die «arische Seite» hinübergehen; wer es dennoch tat, dem drohten schwere Strafen. In diesem eingemauerten jüdischen Wohnbezirk, einem Riesengefängnis für Hunderttausende, entwickelte sich zwischen Herbst 1940 und Sommer 1942 eine gespenstisch anmutende «Normalität».

Die Lebensumstände der meisten Ghettabewohner spotteten jeder Beschreibung. Die Lebensmittelversorgung war auf Minimalrationen reduziert, die Sterblichkeitsziffer hoch. Jederzeit musste mit dem Ausbruch von Epidemien gerechnet werden. In kalkulierter Tücke hatten die Deutschen den Juden eine Art von Selbstverwaltung aufgezwungen und diese einem «Judenrat» übertragen, welcher der Besatzungsmacht gegenüber für Ordnung und Sicherheit verantwortlich war. Zwiste und Differenzen zwischen den Juden waren damit unausweichlich. In seiner Ohnmacht suchte der Judenrat durch Kollaboration mit den Deutschen das Schlimmste abzuwenden; er manövrierte sich damit gegenüber den andern jüdischen Leidensgenossen in eine immer unhaltbarer werdende Position.

Es war eine Welt voller Widersprüche. Inmitten von Not und Elend funktionierte im Warschauer Ghetto weiter ein wirtschaftliches Leben, gab es ein soziales Gefälle.

Eine deutsche Treuhandstelle suchte deutsche Unternehmen in den jüdischen Bezirk der polnischen Hauptstadt zu locken, bot ihnen günstige Bedingungen für Investitionen; billige Arbeitskräfte waren angesichts der den Juden entrichteten Hungerlöhne ohnehin selbstverständlich. So entstanden im engen Raume des Warschauer Ghettos im Laufe zweier Jahre eine ganze Reihe von Fabrikbetrieben. Sie produzierten schliesslich überwiegend für den Bedarf der deutschen Wehrmacht: Uniformen, Lederzeug, ja sogar Chemikalien für die Herstellung von Sprengstoffen. Eine absurde Situation der Interessenverflechtung entwickelte sich. Je länger sich der Krieg hinzog, desto wichtiger wurden die Betriebe im Ghetto für die deutsche Kriegswirtschaft, umso stärker begaben sich die Deutschen in Abhängigkeit von der jüdischen Arbeitskraft. Und auf der andern Seite sahen viele Juden in ihrer Tätigkeit für die Rüstung ihrer erbittertsten Feinde die sicherste Chance für das eigene Überleben.

Die Deportationen

Als nach der Wannsee-Konferenz vom Januar 1942 die Deportation der Juden begann, blieb auch Warschau nicht verschont. Zwischen Juli und September 1942 wurden über 300'000 Juden aus der Stadt abtransportiert, oft täglich ein Zug mit rund 5'000 Menschen. Ziel war das Vernichtungslager Treblinka. Über das Schicksal, das die Juden dort erwartete, herrschte in Warschau bald Gewissheit. Aus der Verzweiflung formierte sich der Widerstand. «Warum wehrten wir uns nicht...? Warum liessen wir uns wie Schafe zur Schlachtbank führen ...?» notierte der Ghettochronist Emmanuel Ringelblum im Oktober 1943 die drängenden Fragen der Zurückgebliebenen. «Wir hätten auf die Strasse laufen und alles in Brand stecken sollen, wir hätten die Mauer niederreissen und auf die andere Seite fliehen sollen ... Das hätte Zehntausenden das Leben gekostet, aber nicht 300'000.»

Im Herbst 1942 gab es eine Pause in den Deportationen aus Warschau. Das Ghetto war zusammengeschmolzen auf rund 70'000 Bewohner. Unter ihnen befanden sich vor allem die Arbeiter in den wehrwirtschaftlich wichtigen Betrieben, die zusammen mit ihren Angehörigen von der Verschickung ausgenommen worden waren. Sie formierten sich nun als harter Kern des Widerstandes. Die organisatorische Struktur fanden sie in den jüdischen politischen Parteien der Vorkriegszeit. Kommunisten, Sozialisten, Zionisten stellten ihre Gegensätze zurück und schlossen eine Art Aktionsfront, um sich weiteren Deportationen zu widersetzen. Auch Kampforganisationen wurden geschaffen, die unter ein gemeinsames Kommando gestellt werden sollten. Völlig überwinden liessen sich die alten Differenzen jedoch selbst jetzt nicht: Die nationalistischen Revisionisten hatten einen eigenen Kampfverband, die orthodoxe Agudah, die gegen jede Gewalt war, blieb überhaupt abseits.

Der Aufstand

Die zum Widerstand Entschlossenen bereiteten sich vom Herbst 1942 an auf den Kampf gegen die Deutschen vor. Sie bauten die als Luftschutzräume unter den Fabriken angelegten Keller in Bunker um, in die sie sich im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen zurückziehen konnten. In geschickter Weise wurden diese mit dem unterirdischen Kanalisationsnetz verbunden, um Fluchtwege offen zu halten. In den unterirdischen Räumen wurden Lager angelegt mit Lebensmittelvorräten, Munition und Waffen. Diese hatten die Juden, allerdings nur in geringer Zahl, privat schwarz kaufen können. Zum Teil erhielten sie sie auch vom polnischen Widerstand, von Kommunisten wie von Angehörigen der Heimatarmee, mit denen die jüdischen Aktivisten Kontakt aufgenommen hatten. Die Ausrüstung war zwar kläglich, aber das hielt die Juden nicht ab von ihrem Entschluss, sich weiteren Deportationen mit Gewalt zu widersetzen.

Im Januar 1943 besuchte Himmler Warschau. Als er sah, wie viele Juden hier noch immer lebten, gab er den Befehl, das Ghetto weiter zu verkleinern. Die erneute Aufnahme der Räumung des jüdischen Wohnbezirks war das Signal zum Widerstand. Zwar konnten wieder über 6'000 Menschen abtransportiert werden, aber nun kam es zu blutigen Zusammenstössen zwischen Juden und Deutschen. Mitte Februar ordnete Himmler an, das Warschauer Ghetto aufzulösen und dessen Bewohner wegzubringen. Den Auftrag dazu erhielt SS-Brigadeführer Jürgen Stroop. Er befahl eine Truppe von gegen 3'000 Mann, meist Angehörige der SS, daneben aber auch Wehrmacht, Polizei und ukrainische Hilfseinheiten. Den Deutschen standen etwa 1'500 bewaffnete Ghettabewohner gegenüber, unter ihnen viele Frauen.

Strasse um Strasse, Haus um Haus

Als Stroops Streitmacht am 19. April 1943 in das Warschauer Ghetto eindrang, stiess sie auf heftigen Widerstand. Der Versuch, den jüdischen Wohnbezirk im Handstreich zu nehmen und dabei die kriegswichtigen Betriebe zu schonen, misslang. Die Deutschen vermochten zwar den grössten Teil des Ghettos zu besetzen. Aber die jüdischen Widerstandskämpfer verschanzten sich vor allem in den Fabrikarealen und fochten verbissen gegen die Eindringlinge. Unterstützt von polnischen Partisanen (welche die Deutschen pauschal als «Banditen» bezeichneten), verteidigten sich die Juden mit dem Mut der Verzweiflung. Sie versteckten sich in den Bunkern und Schächten der Kanalisation, machten überraschende Ausbrüche, überfielen deutsche Lastautos, mit denen sie die feindlichen Linien durchbrachen, oder zogen sich durch die unterirdischen Abwasserkanäle zurück. Der Übermacht weichend, flüchteten sie sich in den Schutz der Hausruinen und trotzten dem Gegner.

Im Laufe der Wochen verhärteten sich die Kämpfe. Stroop sah keine andere Möglichkeit, als Haus um Haus in Brand zu schiessen und die Gebäude dem Erdboden gleichzumachen, um den Widerstand zu ersticken. Unbeschreibliche Horrorszenen spielten sich ab. Aus den Fenstern der Häuser warfen die Juden Matratzen und Wolldecken auf die Strasse und sprangen, oft lichterloh brennend, gleich lebenden Fackeln hinterher; viele krochen mit gebrochenen Gliedern weiter, in der Hoffnung, dem gnadenlosen Feind entrinnen zu können. Unterschiede zwischen Alt und Jung, Mann und Frau machten die Deutschen nicht. Sie trieben alle zusammen; wer sich zu wehren versuchte, wurde auf der Stelle erschossen. Immer wieder loderten Kämpfe auf. Es dauerte fast einen Monat, bis der Widerstand der Juden gebrochen war. Am 16. Mai 1943 konnte Stroop die Vollzugsmeldung erstatten, dass seine Truppe das Ghetto erobert und er seine «Grossaktion» mit einem symbolischen Akt abgeschlossen habe, der Sprengung der grossen Synagoge ausserhalb des Ghettos. Doch auch jetzt noch trauten die Deutschen ihrem Erfolg nicht ganz. Das Gelände des jüdischen Wohnbezirks wurde abgesperrt und jedes Betreten verboten. Noch immer fürchteten die Besetzer, aus den Ruinen und Schächten könnten versprengte Juden auftauchen und den Kampf fortsetzen.

Bilanz des Grauens

Jürgen Stroop ist 1951 als ein Hauptverantwortlicher für die beim Warschauer Ghettoaufstand verübten Greuel von einem polnischen Gericht als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Die Anklage konnte sich dabei auf ein einzigartiges dokumentarisches Beweisstück stützen, auf Stroops ausführlichen Bericht über die Kämpfe. Im Amtsdeutsch gerinnt das grausame Geschehen zum bürokratisch-statistischen Vorgang. Es sei gelungen, schreibt Stroop, «insgesamt 56'065 Juden zu erfassen bzw. nachweislich zu vernichten». Und detaillierter: «Von den 56'065 insgesamt erfassten Juden sind rund 7'000 im Zuge der Grossaktion im ehern, jüd. Wohnbezirk selbst vernichtet. Durch Transport nach T. II wurden 6'929 Juden vernichtet, so dass insges. 13'929 Juden vernichtet wurden. Über die Zahl 56'065 hinaus sind schätzungsweise 5'000-6'000 Juden bei Sprengungen und durch Feuer vernichtet worden.» Die Beute an Waffen sah nicht imponierend aus: 7 polnische Gewehre, dazu 1 sowjetisches, 59 Pistolen, mehrere hundert Handgranaten, Brandflaschen, selbstgefertigte Sprengkörper, Höllenmaschinen mit Zündkabeln, grosse Mengen an Munition und Sprengstoff. Seinen Rapport hat Stroop mit zahlreichen Bildern illustrieren lassen. Der Titel, in gotischer Zierschrift gestaltet, stellt triumphierend fest: «Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!»

Stroops Bericht ist nicht nur ein Dokument der Unmenschlichkeit. Unfreiwillig legt er auch Zeugnis ab, mit welchem Heldenmut die von den national sozialistischen

Herrenmenschen als jämmerliche Feiglinge beschimpften jüdischen Männer und Frauen in Warschau kämpften und sich selbst in aussichtsloser Lage nicht ergaben. Die Juden des Warschauer Ghettos haben im April und Mai 1943 ein Zeichen gesetzt, das für ihren Heroismus ebenso steht wie für ihren Willen zur Freiheit. Im trotzigem Widerstand gegen Tod und Vernichtung haben sie der Tyrannei und dem Rassehochmut der Nazis einen harten Schlag zugefügt. Für das Judentum bedeutete der Aufstand im Warschauer Ghetto ein weitherum leuchtendes Fanal dafür, dass der Selbstbehauptungswille des Volkes auch in der Zeit der schrecklichsten Verfolgung nicht hatte gebrochen werden können.

D-Day

Der Tag, der die Entscheidung brachte

Im Frühling 1944 befand sich Europa in einem Zustand gespannter Erwartung. Noch beherrschte, über viereinhalb Jahre nach Kriegsbeginn, das nationalsozialistische Dritte Reich weite Teile des Kontinents. Zwar befand sich die deutsche Wehrmacht seit den Niederlagen von Stalingrad und Kursk im Osten auf stetem Rückzug. Aus Nordafrika hatten Amerikaner und Briten den Feind gemeinsam vertrieben und waren später in Italien gelandet, wo sie langsam, aber kontinuierlich nach Norden vorrückten. Aber noch immer reichte die Naziherrschaft von Skandinavien bis zur spanischen Grenze, von Frankreich bis Rumänien und Griechenland. Die Goebbels-Propaganda hatte Hitlers Machtbereich zur «Festung Europa» deklariert und wurde nicht müde, dem Gegner eine blutige Niederlage zu prophezeien, falls er es wagen sollte, sie zu erstürmen.

Auf diesen Sturm gegen Westeuropa wartete alles. Jedermann war überzeugt, er werde eine Entscheidung des sich seit der Wende von 1942/43 von Schlacht zu Schlacht zermürend dahinschleppenden Krieges bringen. Die westlichen Alliierten wussten, dass sie mit einem geglückten Schlag gegen die «Festung Europa» dem Dritten Reich den Todesstoss versetzen konnten; Hitler und seine Anhänger dagegen glaubten, die siegreiche Abwehr einer Invasion des europäischen Kontinents auf dem Boden Frankreichs werde die feindliche Koalition friedensbereit machen; die Völker der besetzten Gebiete schliesslich hofften auf Befreiung von der brutalen Unterdrückung durch die Nazis. Für alle stand viel auf dem Spiel.

Minuziöse Planung

Im Bewusstsein der Bedeutungsschwere dieser Entscheidung hatten die Briten und Amerikaner ihren Vorstoss nach Frankreich mit langdauernder, minuziöser Sorgfalt vorbereitet und sich auch durch das Drängen der Sowjetunion nicht auf überstürzte Experimente einlassen wollen. Seit dem Überfall Hitlers forderte Stalin von seinen westlichen Verbündeten die Errichtung einer «zweiten Front» zur Entlastung der schwer bedrängten Roten Armee. Er fand dabei Unterstützung beim amerikanischen Generalstab, der am liebsten schon 1942 eine Landung in Frankreich durchgeführt hätte. Aber die Briten, die auf Veranlassung des stets angriffslustigen Premierministers Churchill bereits 1940 während der dunkelsten Stunden des Krieges Studien

über einen Angriff auf den Kontinent angestellt hatten, schätzten das Risiko eines Misslingens beim Vorprellen zu einem so frühen Zeitpunkt als zu hoch ein. Der amerikanische Präsident Roosevelt schloss sich nach einigem Zögern dieser Auffassung an. So wurde gewissermassen als «Vorübung» im November 1942 die Landung in dem praktisch nur wenig verteidigten Marokko und Algerien unternommen. Die grosse Operation, an der Land-, Luft- und Seestreitkräfte beteiligt waren, sowie der spätere Sprung über das Mittelmeer nach Italien vermittelten Erfahrungen, die bei einem Angriff auf Frankreich ausgewertet werden konnten. Unmittelbar nach der Eroberung Nordafrikas einigten sich Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943, die Pläne für eine Invasion Westeuropas sofort in Angriff zu nehmen. Als Termin der Landung wurde der 1. Mai 1944 vorgesehen. Das Unternehmen erhielt den Decknamen «Overlord».

Aufmarsch in Grossbritannien

Was die britisch-amerikanischen Stäbe in den fünfzehn Monaten nach der Konferenz von Casablanca ausarbeiteten, war die grösste je geplante Operation kombinierter Streitkräfte. Im Süden Englands und in Wales vollzog sich ein Truppenaufmarsch von ungeheurem Ausmass. In riesigen Geleitzügen wurden 1,5 Millionen Amerikaner und fast 200'000 Mann aus dem britischen Empire nach der Insel verlegt. Grossbritannien selbst stellte 1,75 Millionen Mann, dazu kamen noch rund 50'000 Freiwillige verschiedener anderer Nationen. In den Häfen sammelten sich Tausende von Schiffen, unter ihnen eigens für die Operation «Overlord» entwickelte und vervollkommnete Lastkähne. In der entscheidenden Phase des Angriffes mussten in wenigen Tagen Hunderttausende von Soldaten mit Waffen, Fahrzeugen und Gerät über See oder auf dem Luftweg über Hunderte von Kilometern bewegt werden. Sie hatten sich an einer vom Feind verteidigten Küste festzusetzen, um dort einen möglichst tiefen Brückenkopf zu bilden. Vor der Küste mussten sie zwei künstliche Häfen bauen, die «Mulberries», und dabei ausser Dienst gestellte Schiffe sowie riesige Metallbehälter mit Zement füllen und versenken, um so Wellenbrecher zu schaffen. Über schwimmende Landungsstege sollte der Nachschub ans Ufer geführt werden. Zudem hatte der Gegner über Zeit und Ort der Aktion im ungewissen zu bleiben – angesichts der langen Vorbereitungsphase eine fast unlösbare Aufgabe.

Die Überlegenheit der Alliierten

Dass die Invasion gelang, verdanken die Alliierten neben der sorgfältigen Planung und der für eine militärische Aktion immer notwendigen Portion Glück vor allem ihrer erdrückenden Überlegenheit an Menschen und Material. Auch ihre Moral war

die bessere. Sie führten einen «Kreuzzug für die Befreiung Europas», und die in ihren Reihen mitkämpfenden Angehörigen besetzter Länder fochten in dem Bewusstsein, dass es in Frankreich auch um die Befreiung ihrer eigenen Heimat ging. Trotzdem war der Kampf nicht leicht, und viele der gesteckten Ziele wurden von den Alliierten nicht in der vorgesehenen Zeit erreicht – selbst in den bestens vorbereiteten militärischen Aktionen bleiben stets Unwägbarkeiten bestehen.

Die Invasion zeigte, dass die Wehrmacht trotz Niederlagen, Entmutigungen und aufkommenden Zweifeln am Regime und am Sinn des Krieges noch immer schlagkräftig und der deutsche Soldat ein tapfer kämpfender und ernstzunehmender Gegner war.

Schwache Position der deutschen Wehrmacht

Das ist umso erstaunlicher, als die Voraussetzungen für die Deutschen die denkbar ungünstigsten waren. Nach 1940 war Frankreich eine Art Erholungsstation zur Retablierung der in Russland sich abkämpfenden deutschen Truppen. Zwar hatte sich das seit Ende 1943 geändert. Aber die Reserven waren in Deutschland knapp geworden – an Waffen und Gerät wie an kriegstüchtiger Mannschaft. Viele der in Frankreich stationierten Einheiten bestanden zudem nicht aus Deutschen, sondern aus «Fremdvölkischen», die mehr oder minder freiwillig Soldaten geworden waren. Unter deutschem Kommando gab es 1944 über ganz Europa verstreut zur Wehrmacht oder zur Waffen-SS eingezogene junge Männer aus vielen Nationen: Russen, Letten, Litauer, Ukrainer, Ruthenen, Georgier, Armenier, Aserbeidschaner, aber auch Franzosen, Holländer, Belgier, Norweger, Dänen, Inder. In Frankreich, wo im Durchschnitt auf zwei deutsche Bataillone ein nicht deutsches kam, wurden in erster Linie die aus dem Osten stammenden «Fremdvölkischen» eingesetzt. In militärischer Hinsicht waren diese kaum ein überzeugender Wertfaktor.

Aber auch der von der Propaganda hochgejubelte «Atlantikwall» war keineswegs eine durchgehende Festungsmauer, an der jeder Angriff aussichtslos abprallen würde. Im November 1943 hatte Hitler den seit seinen Panzerschlachten in Afrika von der Heldenlegende umwobenen Generalfeldmarschall Erwin Rommel zum Chef der in Nordfrankreich stationierten Heeresgruppe B ernannt und ihn mit der Inspektion der Küstenbefestigungen betraut. Rommel nahm seine Aufgabe ernst. Er besichtigte die Bunker, Artilleriestellungen und anderen militärischen Anlagen von Holland bis zur Bretagne, machte Verbesserungsvorschläge und trieb unermüdlich zur Eile im Ausbau an. Aber auch er konnte keine Wunder vollbringen. Als die Alliierten in Frankreich landeten, bestand der «Atlantikwall» trotz Rommels Durchgreifen überwiegend nur aus zum grossen Teil weit auseinanderliegenden schwerpunktmässigen Befestigungen.

Schlacht an der Küste oder im Hinterland?

In der obersten deutschen Führung bestanden zudem erhebliche Differenzen über die im Falle einer Invasion zu verfolgende Strategie. Rommel wollte landende feindliche Truppen unmittelbar an der Küste abfangen und wieder ins Meer zurücktreiben. Sein Vorgesetzter, der Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt, vertrat dagegen die Ansicht, die Wehrmacht sollte Briten und Amerikaner ins Land hineinlassen, um sie einzukesseln und vernichtend zu schlagen. Die Vision einer Panzerschlacht im freien Gelände schien Rommel wegen der Kräfteverhältnisse zu Land und der deutschen Luftunterlegenheit eine Illusion. Unsicherheit bestand auch über den Ort der Landung. Hitler und der Wehrmachtsführungsstab, aber auch viele andere höhere deutsche Truppenführer, waren überzeugt, der Hauptschlag werde bei Calais geführt werden. Dementsprechend wurde die kampfstärke deutsche Fünfte Armee ganz im Norden Frankreichs stationiert. In der Normandie standen, weit verstreut, die Einheiten der wesentlich schwächeren Siebten Armee. Durch fingierte Truppenbereitstellungen im Südosten Englands und durch gezielte Desinformation gelang es den Alliierten, die Deutschen im Glauben zu lassen, dass die Landung in der Normandie nur ein Ablenkungsmanöver sei, ein Vorspiel zum später an der engsten Stelle des Ärmelkanals beabsichtigten entscheidenden Angriff.

Einzelgänger de Gaulle

Zwar gab es auch auf alliierter Seite Meinungsverschiedenheiten, doch war es gelungen, die oberste Führung einigermaßen klar zu gliedern. Oberkommandierender der gesamten Invasionsstreitmacht war der amerikanische General Dwight D. Eisenhower, der schon in Marokko und Algerien die alliierten Truppen geführt hatte. Die Landstreitkräfte standen unter dem Kommando des britischen Generals Bernard L. Montgomery, des Bezwinners von Rommel in El Alamein. Montgomery befehligte die 21. Heeresgruppe mit zwei Armeen, einer britischen (zu der auch kanadische Einheiten gehörten) und einer amerikanischen. Auch bei Flotte und Luftstreitkräften war bei den Befehlsstrukturen auf ein Gleichgewicht zwischen Grossbritannien und den USA geachtet worden.

Aus der alliierten Einigkeit scherte einzig der beleidigte General de Gaulle aus. Er war über die bevorstehende Invasion von Churchill und Eisenhower erst in letzter Minute informiert worden und weigerte sich nun, gemeinsam mit den anderen verbündeten Staatsoberhäuptern einen Appell an die europäischen Völker zu richten. De Gaulle zog einen Alleingang vor und hielt eine Rede, in der er Frankreichs Grösse feierte und tat, als liege es einzig und allein in dessen eigener Kraft, sich von den Deutschen zu befreien ...

Unsicherheitsfaktor Wetter

Angesichts der deutschen Unterlegenheit in der Luft (die etwa einem Verhältnis von 1:50 gleichkam) und zur See vollzog sich der Aufmarsch der alliierten Streitmacht in den Vorbereitungszone in Südengland praktisch ohne Feindeinwirkung. Auch die Überfahrt nach Frankreich wurde von der wenig in Erscheinung tretenden deutschen Kriegsmarine kaum gestört. Der einzige ins Gewicht fallende Unsicherheitsfaktor war das Wetter. Es machte der britisch-amerikanischen Armada weit mehr zu schaffen als der Feind. Die Landung sollte bei Ebbe und spätem Mondaufgang erfolgen, damit die Flotte nicht in die weit ins Meer hinaus angelegten deutschen Sperren hineinfuhr und diese von den Pionieren im Schutz der Dunkelheit leicht beseitigt werden konnten. Nur wenige, zeitlich eng begrenzte Termine kamen so in Frage. Nachdem der 1. Mai 1944 nicht eingehalten werden können, war der nächste der 5. Juni. Für dieses Datum sagten die Meteorologen starke Winde und eine stürmische See voraus. Eisenhower entschloss sich, die Operation um einen Tag zu verschieben. Auch diese kurzfristig angeordnete Umdisposition konnte bewältigt werden, obwohl einige sich bereits auf See befindende Schiffe zurückbefohlen werden mussten. Zeitpunkt der Landung war nun, trotz nur wenig besserer Wetterprognose, der frühe Morgen des 6. Juni.

Der «längste Tag»

Die Vorbereitungen für eine Landung in Frankreich waren langwierig, und die Durchführung stellte hohe Anforderungen an die kämpfende Truppe. In seinen Grundzügen allerdings besticht der Invasionsplan durch seine Einfachheit. Aus den Bereitstellungshäfen von Cardiff bis Felixstowe liefen die Schiffe aus, mit den Landekähnen rund 7'000 vorwiegend britische Einheiten, darunter 7 Schlachtschiffe, 24 Kreuzer und über 120 Zerstörer. Sie sammelten sich nördlich der normannischen Küste und fuhren direkt südwärts auf sie zu. Der Invasionsraum war ein Streifen von rund 80 Kilometer Länge zwischen der Orne-Mündung bei Caen im Osten und dem Süden der Halbinsel Cotentin im Westen. Die Landung erfolgte in fünf Abschnitten mit den Decknamen «Utah», «Omaha», «Gold», «Juno» und «Sword». Als Vorausabteilung sicherten Fallschirmjäger und Luftlandtruppen die Flanken. In der ersten Morgenstunde des 6. Juni sprangen die Briten nordöstlich von Caen ab, die Amerikaner bei Ste-Mère-Eglise. Die Invasionsflotte ankerte um 3 Uhr früh einige Kilometer vor der Küste. Die Sperren wurden weggeräumt, und die Landekähne brachten Mannschaften und Material an Land, heftig gegen Wind und hohen Seegang ankämpfend. Zwischen 6.30 und 7.00 Uhr betraten Briten und Amerikaner französischen Boden. Der «längste Tag», wie Rommel voraussagend den Invasionsbeginn genannt hatte, war angebrochen.

Spärlich sind die Zeugnisse der grossen Schlacht von 1944, die heute noch an der Küste und auf den Feldern der Normandie zu finden sind: eine Bunkerstellung da, ein vor sich hin rostender Panzer dort, im Wasser vor Arromanches einige Überreste des von den Invasionsstreitkräften gebauten künstlichen Hafens. Und daneben Erinnerungssteine, Tafeln, Stelen, Museen zuhauf, Souvenirstände und Restaurants «du débarquement». Die im Kriegssturm zerstörten Städte und Dörfer sind wieder aufgebaut, schöner als zuvor, wie versichert wird. Das einst fast total zerbombte Caen rühmt sich, die Stadt Frankreichs mit der grössten Grünfläche zu sein. Und auf den fetten Weiden des fruchtbaren Landstriches grasen Kühe zwischen den berüchtigten, im Krieg das Kampfgeschehen aufzettelnden und den Angreifer behindernden Hecken. Eine friedliche Landschaft, über der sich ein weiter blauer, von rasch dahinsiegelnden Wolken durchzogener Himmel wölbt. Nur bei den vielen Friedhöfen bricht auch heute noch die Düsternis des Geschehens über den Besucher herein: amerikanische, britische und deutsche Gräber. Selbst im Tod sind die Soldatenkämpfer noch säuberlich nach Nationen getrennt; Freund und Feind ruhen nicht nebeneinander. Die Todesopfer, welche allein der «längste Tag» gefordert hat, werden auf mehrere tausend geschätzt.

Der 6. Juni 1944 hat beiden Seiten Überraschungen gebracht. Wegen der schlechten Wetterlage hatten die Deutschen an diesem Tag keinen Angriff erwartet. Rommel befand sich auf Heimaturlaub; er hatte sich zur Feier des Geburtstages seiner Frau nach Deutschland begeben. Für die höheren Stäbe war eine Übung weitab der Küste in Rennes angeordnet worden. Die deutsche 352. Infanteriedivision im unmittelbaren Bereich der Landung führte gerade ein Manöver durch. Vom Befehlsstand Rundstedts aus wurde das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), das sich an diesem Tag mit Hitler in Berchtesgaden befand, um 6 Uhr über das Geschehen informiert. Der Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, nahm die Meldung gelassen auf, da er annahm, es handle sich um einen Scheingriff. Der noch schlafende Hitler wurde nicht geweckt.

Luftlandungen signalisieren den Beginn

Die Überraschung, welche die Alliierten stets als wichtigen Faktor ihrer Planung angesehen hatten, war damit geglückt. Doch lief am ersten Tag, obwohl zuvor in England viele Aktionen bis ins kleinste Detail durchexerziert worden waren, der Angriff keineswegs so reibungslos ab wie vorgesehen. Die US-Fallschirmspringer, die mit wenig Präzision über einem viel zu weiten Raum abgesprungen waren, verirren sich in den von den Deutschen unter Wasser gesetzten sumpfigen Wiesen in der Umgebung von Ste-Mère-Eglise, versanken mit ihrem Gerät immer wieder im Morast und zogen während Stunden planlos in der Gegend umher. Viele wurden gefangengenommen. Einer von ihnen blieb mit seinem Fallschirm am Kirchturm

hängen und spielte dort trotz Sturmglockengeläut den toten Mann, bis die Deutschen ihn herunterholten. Als Puppe in Uniform hängt er auch heute noch dort, neben dem Museum die grösste Attraktion der kleinen Ortschaft, die als erstes befreites Dorf Frankreichs am 6. Juni plötzlich in den Lauf der Weltgeschichte geriet.

Glücklicher als die Amerikaner schlugen sich die Briten bei Caen. Sie vermochten sich in den Besitz der Brücken über die Orne zu setzen und damit den Landungsbe- reich gegen Angriffe aus dem Osten abzudecken. Aber auch die britischen Fall- schirmjäger hatten Mühe, sich am Boden zu Einheiten zusammen zu schliessen. Und vollends schwierig wurde es für die Lastensegler, die auf den von Hecken eingefassten Grundstücken nicht genügend Auslauf fanden und zu Bruch gingen.

Auch für die Deutschen war es eine Nacht voller Überraschungen, Unruhe und Verwirrung. Die Überzeugung der oberen Führung, gerade am 5. oder 6. Juni werde es wegen des schlechten Wetters unmöglich zu grösseren militärischen Aktionen des Gegners kommen, hatte sich bis in die unteren Chargen der Wehrmacht verbreitet. Als nach der Absetzung der alliierten Fallschirmjäger die ersten Meldungen über Feindberührung kamen, herrschte bei den Deutschen Ungewissheit darüber, ob es sich um ein grösseres Unternehmen handle oder nur um Einzelaktionen kleiner Kommandotrupps, die Ablenkungsmanöver ausführen oder der französischen Re- sistance Hilfe leisten sollten. Da die Fallschirmsoldaten verstreut und vom Wind über weite Flächen abgetrieben worden waren, operierten sie meist nur in ganz klei- nen Gruppen. Im Einsatzgebiet herrschte ein unübersichtliches Chaos. Die Männer tappten hin und her in der Dunkelheit; Freund und Feind konnten sich kaum unter- scheiden. Für die Deutschen war es schwierig, sich ein Bild der Gesamtlage zu ma- chen. Die Verbindungen zwischen ihren Einheiten funktionierten schlecht, Telefon- leitungen waren von französischen Widerstandsgruppen zerschnitten worden, der Funk wurde gestört. Die obersten Truppenführer der deutschen Siebenten Armee befanden sich zum Teil bereits in Rennes oder waren im Begriffe, dahin aufzubre- chen, um an der für den 6. Juni anberaumten Kommandeurbesprechung teilzuneh- men. Ein Divisionsbefehlshaber, der sich in den frühen Morgenstunden noch auf seinem Gefechtsstand befand und die Lage erkunden wollte, geriet in einen Feuer- wechsel mit den Amerikanern und wurde getötet.

Trommelfeuer der alliierten Luftwaffe

Dem Absetzen der Fallschirmjäger nach Mitternacht folgte auf dem Fuss der Schlag der alliierten Luftwaffe gegen Bodenziele. Eine riesige Flotte von mehreren tausend Bombern, Jagdbombern und Gleitflugzeugen flog in die Normandie ein. Systema- tisch wurde die deutschen Küstenbefestigungen, Strassen, Bahnlinien und Flugplät-

ze unter Feuer genommen. Über der Stadt Caen, die sowohl eine Schlüsselstellung für die Verteidiger als auch das wichtigste Nahziel der angreifenden Alliierten war, entlud sich ein Feuersturm von schrecklicher Gewalt. Über dem ganzen Invasionsraum gingen im Laufe des 6. Juni etwa 12'000 Tonnen Bomben nieder.

Es war ein Inferno, das an die schlimmsten Stahlgewitter in den Stellungskämpfen des Ersten Weltkrieges erinnerte. Das Gelände am unmittelbaren Ufersaum wurde umgepflügt. Damit keine allzu tiefen Trichter entstanden, welche ein Vorgehen der Landungstruppen erschwert hätten, wurden Frühzündler verwendet, die nur flache Mulden hinterliessen. Die ganze Küste war ein Flammenmeer. Die Deutschen suchten in ihren Betonbunkern Schutz, denen die Bomben nichts anhaben konnten, während ringsum Tiefflieger über sie hinwegbrausten und ihre todbringende Last abwarfen. Die weniger stark armierten Anlagen sanken in Schutt, Munitionsdepots explodierten, Stellungen im freien Gelände wurden verschüttet. Die alliierte Lufttätigkeit hielt den ganzen Tag über an, es gab an diesem 6. Juni mehr als 10'000 Einsätze. Was sich auf den Strassen bewegte, wurde beschossen: Panzer, Autos, Fuhrwerke, selbst Radfahrer – es konnten ja Meldekuriere des Gegners sein.

Die Invasionsflotte vor Anker

Als der Morgen dämmerte, bot sich den Deutschen, die in ihren Stellungen das Trommelfeuer der alliierten Luftwaffe überstanden hatten oder aus rückwärtigen Beobachtungsposten die Küste kontrollierten, ein gespenstisches Bild. Einige Meilen vom Ufer entfernt war die ganze alliierte Armada aufgefahren, Schiff an Schiff, zu Tausenden, so weit das Auge reichte. Im sich allmählich lichtenden Frühnebel boten sie, wie ein Augenzeuge es schildert, in ihrer kompakten Masse den Anblick einer urplötzlich aus dem Meer aufgestiegenen stählernen Stadt, über deren Türmen und Schornsteinen ungezählte Fesselballons schwebten, ein irrales Gebilde, einer Fata Morgana gleich.

Aber was die deutschen Beobachter sahen, war Wirklichkeit, keine Vision. Denn nun kam Leben in die Flotte, begann die Landeoperation. Es war nach Ort und Datum der Invasion die dritte Überraschung für die Deutschen, dass die Alliierten es wagten, bei Ebbe zu landen. Sie nahmen damit in Kauf, dass ihre Truppen vom Wasserrand bis zum festen Ufer einen mehrere hundert Meter breiten sandigen Streifen zu überwinden hatten, der dem Verteidiger ein ausgezeichnetes Schussfeld bot. Es war tatsächlich in allen Küstenabschnitten der kritischste Moment der Invasion. Die Soldaten waren vom tagelangen Warten auf den Einsatz und von der Überfahrt auf der stürmischen See übermüdet und grossenteils seekrank. Mit Waffen und Gerät schwer beladen, mussten sie auf die Landeboote umsteigen. Noch immer war die See bewegt. Schwimmend und watend suchten die Truppen den Strand zu erreichen.

Voran hatten die Pioniere in das Gewirr von Stacheldrahtverhauen, Rammböcken, Minenpfählen und spanischen Reitern, die das Vorfeld des «Atlantikwalls» bildeten, eine Schneise zu schlagen, um der Truppe und den ihnen folgenden Amphibienfahrzeugen den Weg zu bahnen. Erst wenn das gelungen war, konnte mit der Ausschiffung der Hauptmacht und ihres Materials begonnen werden. Bei ihrem Entschluss, bei Ebbe zu landen, vertraute die alliierte Führung darauf, dass es nur noch wenige Widerstandsnester geben werde und die britisch-amerikanische Luftwaffe in ihren nächtlichen Bombardierungen eine deutsche Gegenwirkung praktisch ausgeschaltet habe.

Blutige Gefechte im Abschnitt «Omaha»

Doch das stimmte nur zum Teil. Im äussersten Westen der Invasionsküste gelang es den Amerikanern, fast ungestört an Land zu kommen. Der hohe Wellengang hatte sie vom planmässig vorgesehenen Landeplatz über einen Kilometer nach Süden abgetrieben. Trotz den weniger günstigen Strassen- und Geländeverhältnissen entschlossen sie sich zu bleiben und mit dem Ausladen zu beginnen. Sie stiessen von der Küste ins Landesinnere vor in Richtung Ste-Mère-Eglise, wo die nachts abgesprungenen US-Fallschirmjäger die Deutschen aus der Ortschaft vertrieben und sich eine mehr oder minder feste Stellung geschaffen hatten. Härter zu ging es im östlichen Bereich, in den Abschnitten «Gold», «Juno» und «Sword», wo Briten und Kanadier an Land gingen. Ihnen gegenüber stand zwar eine wenig kampfkraftige deutsche Division, und sie konnten sie zunächst rasch aus ihren Stellungen vertreiben. Im Laufe des Tages versteifte sich jedoch der deutsche Widerstand beträchtlich. Als die Wehrmacht Reserven herbeiführte, geriet die britisch-kanadische Offensive ins Stocken.

Härtestem Widerstand begegneten die Amerikaner in dem an «Utah» anschließenden Abschnitt von «Omaha». Sie sahen sich hier zu ihrer Überraschung der einatzstarken deutschen 352. Infanteriedivision gegenüber, aus deren Manöverübung nun blutiger Ernst wurde. Den Amerikanern gelang es zwar, die Ausschiffungen vorzunehmen. Sie hatten aber mehr als in andern Abschnitten mit der stürmischen See zu kämpfen, und die Amphibienfahrzeuge kamen im aufgewühlten Wasser nur schlecht vorwärts. Die Deutschen, angeführt von erfahrenen Russland-Kämpfern, liessen den Gegner anfänglich bewusst gewähren. Sie warteten, bis die feindlichen Soldaten nahe genug an ihre Stellungen herangekommen waren, ehe sie aus ihren trotz Luftangriffen unversehrt gebliebenen Bunkerstellungen ein mörderisches Feuer eröffneten. Die erste Welle der amerikanischen Truppen blieb im Sand liegen, ebenso die zweite. Von den Schiffen aus wurde den Angreifern Feuerschutz gegeben. Über die bereits durch die Fliegerangriffe zermürbten Deutschen ging ein neuer Granathagel nieder. Die alliierte Schiffsartillerie hämmerte ohne Unterlass auf sie

ein. Das Bombardement behinderte aber zugleich die Amerikaner, die – unversehens zwischen zwei Feuer geraten – am sandigen Boden, so gut es ging, Schutz suchten. Wenig ausrichten konnten hier die andernorts mit Erfolg eingesetzten, auf Kähne montierten alliierten Raketenkanonen. Die Schiffe vermochten wegen des feindlichen Feuers nicht nahe genug an die Küste heranzufahren, um zielsicher schießen zu können.

Der Sturm auf die Pointe du Hoc

Eine spektakuläre Einzelaktion im «Omaha»-Abschnitt war der Sturmangriff auf die steilen Felsen der etwa dreissig Meter aus dem Meer hervorragenden Pointe du Hoc. Von dieser Stellung aus, auf der starke deutsche Artilleriekräfte vermutet wurden, konnte der ganze Küstensaum überwacht werden. Als Stosstrupp war eine Gruppe von «Rangers» ausgewählt worden, die sich freiwillig gemeldet hatten. Sie erstürmten mit Leitern, Stricken, Haken und Messern oder sich mit blosser Hand in das Gestein krallend die Anhöhe. Die deutsche Gegenwehr war heftig. Trotzdem blieb es ein Stoss ins Leere. Deutsche Kanonen gab es oben keine mehr, sie waren längst ins Landesinnere verlegt worden. Von den 224 Amerikanern, die den Raid ausgeführt hatten, fielen 25, weitere 100 waren verwundet oder sonst wie kampfunfähig.

Die Schreckenszeit der im Vorfeld der deutschen Batterien auf dem Strand von «Omaha» liegenden amerikanischen Truppen währte den ganzen Vormittag. Gegen die Mittagsstunde bemerkten die Angreifer, dass die deutschen Geschosse spärlicher und spärlicher wurden. Den Verteidigern drohte die Munition auszugehen. Mit baldigem Nachschub konnte angesichts der alliierten Luftherrschaft nicht gerechnet werden. Mit dem Nachlassen der deutschen Gegenschläge gelang es den in der Morgenfrühe gelandeten Amerikanern, nach den schweren Stunden der Angst und aufkommender Panik um zwölf Uhr mittags auch hier festen Fuss zu fassen. Der kämpfenden Truppe folgten wie überall sofort Fahrzeuge, Waffen und anderes Material. Insgesamt gingen am 6. Juni auf dem achtzig Kilometer breiten Küstenstreifen über 150'000 Mann alliierter Truppen und Tausende von Fahrzeugen an Land.

Auftakt zum endgültigen Sieg

Am Abend des 6. Juni zeigte sich, dass die Landung geglückt war. An keiner Stelle hatte die Deutschen vermocht, den Angreifer wieder ins Meer zu werfen. Aber die von den Alliierten errichtete Landeköpfe waren viel kleiner, als die Planung vorgegeben hatte. Fast nirgends hatten die gesteckten Ziele erreicht werden können. Vor allem bei Caen, der Hauptstadt des Département Calvados, die eigentlich schon am Abend des ersten Angriffstages hätte besetzt werden sollen, gelang es nicht, den deutschen Widerstand zu brechen.

Die Alliierten hatten kaum mehr in der Hand als einen schmalen Streifen längs der Küste der Normandie.

Doch selbst dieses minimale Ergebnis des «längsten Tages» reichte aus, und die Invasion des 6. Juni 1944 zu einem durchschlagenden Erfolg zu machen. Sie war der Auftakt zum endgültigen Sieg über Deutschland. In der Abnutzungsschlacht, die nun begann, hatten die Alliierten mit ihren unermesslichen Ressourcen den längeren Atem. Dazu blieb die deutsche Führung in ihren Entschlüssen auf lange Zeit hinaus handicapiert durch die Meinung, dass die Hauptphase der Invasion mit einer zweiten Landung bei Calais erst noch bevorstehe und die Normandie eine Art Nebenkriegsschauplatz sei. Zwar wurden Panzertruppen aus der allgemeinen Reserve in die Schlacht geworfen, um die Amerikaner und Briten zurückzudrängen. Aber die um Calais stehende Armee hatte Gewehr bei Fuss zu bleiben. So verzettelte die deutsche Führung zusätzlich zur Überlegenheit des Gegners die ihr zur Verfügung stehenden Kräfte. Den Triumph der Alliierten konnten die Deutschen nur hinauszögern, aber nicht mehr ernstlich gefährden.

Noch dauerte es jedoch fast drei Monate, ehe Amerikanern und Briten der Durchbruch in die Tiefe des französischen Raumes gelang. Er spielte sich in drei Phasen ab: Erstellung eines festen zusammenhängenden Brückenkopfes mit einem umschlagstarken Ausladehafen – Ausbruch aus dem Brückenkopf und Einkesselung bzw. Zurückschlagen der deutschen Wehrmacht – Durchbruch zur deutschen Grenze bei gleichzeitiger Landung alliierter Streitkräfte bei Toulon, die das Rhonetal hinauf nach Norden vorrückten. Die erste Phase wurde Ende Juni mit der Besetzung von Cherbourg beendet; wenige Tage später fiel auch Caen. Ende Juli stiessen die Alliierten aus dem Brückenkopf der Normandie heraus Richtung Bretagne und Loire vor. Sie umfassten die Deutschen in der «Tasche» von Falaise südlich von Bayeux, aus der diese sich nur unter grossen Verlusten zurückziehen konnten. Am 24. August fiel Paris. Mitte September war eine Linie erreicht, die von der Rheinmündung bis zu den Vogesen ging. Die Deutschen waren aus fast ganz Frankreich, aus Belgien und Luxemburg vertrieben.

Das Geschehen dieser drei Monate war nach dem Erfolg der Invasion so gut wie programmiert. Die Landung vom 6. Juni 1944 ist deshalb überall als Signal verstanden worden, das den letzten Abschnitt des Krieges ankündete. Der Widerstand gegen das Naziregime in den besetzten Gebieten versteifte sich. An der Ostfront griffen am 22. Juni die Russen an und warfen innerhalb weniger Wochen die Wehrmacht bis zur Weichsel zurück. In Italien erreichten die Alliierten, über Rom hinaus vorgehend, die Apenninen-Linie. Finnland, Rumänien und Bulgarien scherten aus dem Bündnis mit Deutschland aus und machten Frieden mit dem Kriegsgegner. Selbst im Dritten Reich manifestierte sich die Opposition, die im Attentat vom 20. Juli 1944 gipfelte. Das Ende der Hitler-Tyrannie zeichnete sich ab.

Tragik der deutschen Opposition

Fehlschlag des Attentates auf Hitler

Als in den späten Nachmittagsstunden des 20. Juli 1944 der Grossdeutsche Rundfunk in einem amtlichen Communiqué bekanntgab, auf Hitler sei ein Sprengstoffanschlag verübt worden, doch habe der «Führer» ausser leichten Verletzungen und Prellungen keine Verletzungen erlitten, und als sich im Laufe des Abends und der Nacht herausstellte, dass er sich nicht um die Tat eines Einzelnen, sondern um eine hauptsächlich von Offizieren getragene, weitverzweigte Verschwörung handelte, die darauf abzielte, das nationalsozialistische Gewaltregime zu stürzen und den für Deutschland hoffnungslos gewordenen Krieg zu beenden – da war die Reaktion ausserhalb des Dritten Reiches eine zwiespältige. Hatten hier Freiheitskämpfer mit todesverachtendem Heldenmut eine blutige Diktatorenherrschaft beseitigen wollen, oder handelte es sich um das Werk einer militaristischen Clique, die sich im letzten Augenblick den wahnwitzig gewordenen Tyrannen vom Halse zu schaffen versuchte, um die eigenen Positionen zu retten für spätere, bessere Tage?

Inzwischen haben sich die Gewichte in der Beurteilung zwar verschoben, aber der Zwiespalt gegenüber dem 20. Juli ist geblieben. Niemand wird heute mehr ernsthaft den Verschwörern unterstellen, sie hätten in diabolischer Heimtücke Hitler opfern wollen, um sich eine günstigere Ausgangsbasis für einen späteren Krieg zu schaffen. Aber in Deutschland geht noch immer die Debatte, ob es – selbst unter den Umständen des Jahres 1944 –, dem Soldaten erlaubt war, den seinem obersten Kriegsherrn geschworenen Treueid zu brechen. Und ausserhalb Deutschlands steht man auch heute weitherum noch unter dem Eindruck, dass am 20. Juli 1944 eine Aktion unternommen wurde, für die der richtige Zeitpunkt längst verpasst war und die von allem Anfang an die Keime des Misslingens in sich trug.

Teufelskreis der Erfolge

Ungunst und Missgeschick hatten die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler während der ganzen Zeit des Dritten Reiches begleitet. Nicht nur die Verschwörer des 20. Juli, von denen viele anfänglich Hitler unterschätzt, ja stürmisch bejubelt hatten, auch jene zahlreichen Gruppen des Widerstandes aus Kirche, Adel, Gewerkschaften oder intellektuellen Kreisen, die seit 1933 das Regime aktiv und passiv bekämpften, waren innerlich uneins und zersplittert. Obwohl es in allen Schichten Gegner des Nationalsozialismus gab, war das Echo, das sie bei der Bevölkerung fan-

den, angesichts der von der staatlichen Propaganda breit ausgewalzten innen- und aussenpolitischen Erfolge des Dritten Reiches gering. Der Zauber steten Gelingens, der jahrelang von Hitlers Politik ausging, hielt die Deutschen bis weit hinauf in die wichtigsten zivilen und militärischen Ämter mindestens ebenso im Bann wie der Terror der Gestapo. Es war ein Teufelskreis: jeder neue Erfolg verstärkte Hitlers Popularität und spornte ihn zu weiteren verwegenen Abenteuern an.

Die Warnungen der Opposition, dass dieser Dynamismus unweigerlich zur Katastrophe führen werde, gingen unter in den billigen Triumphen des Tages. Und als nach sechs Jahren der längst vorausgesagte Krieg ausbrach, führte er nicht zum sofortigen Zusammenbruch des Regimes, sondern im Gegenteil zunächst zu einer Reihe überwältigender militärischer Siege, die fast ganz Europa der Kontrolle Deutschlands unterwarfen.

Die Wehrmacht und Hitler

Die oberste deutsche militärische Führung ist nicht von der Verantwortung freizusprechen, durch ihre Hilfe diese Erfolge Hitlers ermöglicht zu haben. Widerspruch gegen Hitlers Politik wurde auf ihrer Seite erst laut, als er Ende 1937 unverhüllt seinen Willen kundgab, mit der neugeschaffenen Wehrmacht für seine weitreichenden politischen Ziele einen Krieg zu wagen und dabei auch das Risiko eines Weltbrandes einzugehen. Von diesem Zeitpunkt an datiert der Konflikt, der im 20. Juli gipfelte.

Als Hitler im Februar 1938 die ihm opponierenden Generäle in brüsker und unwürdiger Weise verabschiedete, musste die Generalität erkennen, wessen Händen das Schicksal Deutschlands anvertraut war. Aber nun war es nicht mehr leicht, den Teufelspakt zu lösen. Es begannen die ersten konspirativen Versuche höherer Offiziere. Sie gediehen jedoch kaum über unverbindliche Absprachen hinaus; nur ein Teil der obersten Truppenführer war bereit, mitzumachen; viele standen überzeugt zu Hitler, andere schwankten. Die politischen und militärischen Siege, welche die Propaganda dem Volk als persönliche Erfolge Hitlers glaubhaft zu machen verstand, verurteilten die Pläne der Verschwörer von vornherein zur Aussichtslosigkeit, wobei es ein Rätsel bleibt, weshalb so viele, die Hitlers Gewaltherrschaft hassten, mit Eifer und Pflichttreue dem Diktator halfen, seinen Krieg erfolgreich zu führen.

Folgen der Wende in Stalingrad und Nordafrika

Die militärische Opposition glaubte ihre Stunde erst wieder gekommen, als anfangs 1943 durch die Niederlagen in Stalingrad und Nordafrika Hitler den Nimbus der Unbesiegbarkeit verlor. Nun begannen auch die Trägeren zu erwachen, die bisher angesichts der Siege ihre Augen verschlossen hatten vor der Herrschaft des Un-

rechts, die mit Hitler über Deutschland und Europa gekommen war. Die militärischen Verschwörer aktivierten ihre Tätigkeit; sie streckten Fühler aus zu oppositionellen Politikern und suchten die Aktionen unter den einzelnen Gruppen zu koordinieren. Regierungsprogramme und Ministerlisten wurden aufgestellt. Als unermüdlicher Geist der Opposition betätigte sich der frühere Oberbürgermeister von Leipzig, Goerdeler, der schon vor dem Krieg im Ausland Verbindungen anzuknüpfen gesucht hatte. An der Spitze der militärischen Verschwörer standen der damalige Generalstabschef Beck, der 1938 wegen Hitlers Kriegspolitik seinen Abschied eingereicht hatte, und Generalfeldmarschall von Witzleben.

Vor allem aber stiessen jetzt zu der Widerstandsbewegung jüngere Offiziere, die, erschreckt über die blutige Despotie Hitlers, zur Tat drängten, unter ihnen der spätere Attentäter Graf Stauffenberg. Nun erst kristallisierte sich gegen viele Widerstände der Plan heraus, Hitler umzubringen, gewissermassen als das Signal für den Umsturz. Trotz aller Niederlagen war der Nimbus des «Führers» so gross, dass es unmöglich schien, sein Regime zu zerstören, solange er noch am Leben war.

Nervenprobe

Die anderthalb Jahre zwischen Stalingrad und dem 20. Juli 1944 bedeuteten für die zum Losschlagen bereiten oppositionellen Kreise eine harte Nervenprobe. Mehrere Anschläge wurden bis ins Kleinste vorbereitet. Einmal sollte Hitler bei der Vorführung einer neuen Uniform umgebracht werden; ein anderes Mal wollte ein Offizier Hitler bei einer Lagebesprechung erschiessen; ein drittes Mal gelang es sogar, eine Bombe in Hitlers Flugzeug zu schmuggeln. Aber alle Attentatsversuche scheiterten: Die Uniformvorführung wurde abgesagt, der Offizier kam bei der Lagebesprechung nicht an Hitler heran, und die Bombe im Flugzeug zündete nicht.

Inzwischen verschärfte sich die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus von Tag zu Tag. Mit Schrecken sahen die Verschwörer, wie in den besetzten Gebieten ein Hass gezüchtet wurde, der nach dem Krieg auf unabsehbare Zeit hinaus die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn vergiften würde. Gleichzeitig mussten die Verschworenen in ohnmächtigem Zorn miterleben, dass die Gestapo viele Anhänger der Opposition festnahm. Der Tag, an dem das Komplott verraten würde, schien nicht mehr fern.

Zudem verschlechterte sich die Kriegslage von Woche zu Woche. Am 6. Juni 1944 landeten die Alliierten in der Normandie; im Osten brach am 22. Juni eine russische Offensive los, welche die deutsche Heeresgruppe Mitte förmlich zerriss und der Roten Armee den Weg bis zu den Grenzen Ostpreussens öffnete. Die vage und illusionäre Hoffnung der Verschwörer auf irgendein Arrangement mit den Westmächten schwand dahin.

Stauffenberg handelt

In dieser verzweifelten Situation entschloss sich Stauffenberg zum Handeln. Immer mehr war die Führung des Komplotts in seine Hände übergegangen, seitdem Beck, in seiner Entschlusskraft durch die Folgen einer schweren Krankheit gelähmt, in Resignation verfallen war und es offensichtlich wurde, dass die Gestapo Goerdelers Schritte überwachte. Stauffenbergs Stellung erfuhr schliesslich eine bedeutsame Stärkung, als er anfangs Juli zum Chef des Stabs des Ersatzheeres ernannt wurde und dadurch regelmässigen Zutritt zu den Lagebesprechungen Hitlers erhielt. Als Schwerekriegsversehrter – er hatte im Afrikafeldzug den rechten Unterarm, zwei Finger der linken Hand und ein Auge verloren – musste er von vornherein unverdächtig erscheinen. Das Handicap, dass der Führer der Verschwörung gleichzeitig der Attentäter sein sollte, glaubte Stauffenberg auf sich nehmen zu können, denn es drängte ihn nach dem vielen Reden, Verhandeln und Erwägen der letzten Monate zur Tat. Stauffenberg war zwar, wie der Mitverschworene Eugen Gerstenmaier später schrieb, kaum von dem sicheren Gelingen des Putsches überzeugt, doch habe er wie Beck und andere Verschwörer nicht daran gezweifelt, dass die deutsche Opposition es der Welt schuldig sei, das Wagnis einzugehen.

Am Morgen des 20. Juli flog Stauffenberg von Berlin ins Führerhauptquartier nach Rastenburg in Ostpreussen. Während der Lagebesprechung stellte er seine Mappe, in der eine Bombe lag, neben Hitler unter den Tisch und verliess unter einem Vorwand den Raum. Aus einiger Entfernung beobachtete Stauffenberg die Wirkung der Explosion und kehrte in der Überzeugung, dass Hitler tot sei, mit dem Flugzeug nach Berlin zurück.

Im Kriegsministerium an der Berliner Bendlerstrasse warteten unterdessen die Verschworenen auf Nachrichten aus Ostpreussen, um die von Stauffenberg vorbereiteten Massnahmen, vor allem die Besetzung des Regierungsviertels, in Gang zu bringen. Aber die Meldungen waren verworren, so dass es zu einer Verzögerung von mehreren Stunden kam, ehe die Befehle der Verschwörer an die Truppen hinausgingen. Inzwischen traf Stauffenberg ein und trieb zur Eile an. Er behauptete, selbst gesehen zu haben, wie man den toten Hitler aus der Baracke getragen habe. Stauffenberg vermochte jedoch den Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, der aus dem Führerhauptquartier den Bescheid erhalten hatte, Hitler lebe noch, nicht zu überzeugen. Fromm wurde zwar festgesetzt, aber bald zeigte es sich, dass die aus der Umgebung Berlins herbeibeordneten Truppen den Befehlen der Verschwörer nicht gehorchten. Goebbels gelang es, den Kommandanten des Wachbataillons, Major Remer, von seinem Bureau aus telephonisch direkt mit Hitler zu verbinden, der Remer befahl, den Aufstand niederzuschlagen. Inzwischen gab das Radio bekannt, der Anschlag auf Hitler sei missglückt. Während die Verschwörer noch verzweifelt ihre Befehle ausschickten, fanden sie nirgends mehr Gehorsam. Die Zen-

trale des Aufstands in der Bendlerstrasse wurde von hitlertreuen Truppen umstellt; Fromm wurde befreit und hielt nun Strafgericht. Stauffenberg und drei andere Verschwörer wurden gegen Mitternacht im Hofe des Kriegsministeriums hingerichtet; Beck erhielt nach zwei missglückten Selbstmordversuchen von einem Unteroffizier den Gnadenschuss.

Einen erfolgreichen Verlauf nahm die Erhebung lediglich in Paris, wo die Wehrmacht in entschlossenem Zugriff die SS aushob und ihre Führer festnahm. Aber es gelang den Verschwörern nicht, den ewig schwankenden Generalfeldmarschall v. Kluge, damals Oberbefehlshaber West, im entscheidenden Augenblick für ihre Sache zu gewinnen. Mit dem Zusammenbruch des Putsches in Berlin endete auch der Aufstand in Paris.

Aufstand des Gewissens

Stauffenbergs Anschlag ist missglückt, der Putsch nicht über einige hilflos anmutende Versuche hinausgekommen. Die Verschwörer haben ihre Auflehnung mit ihrem Leben bezahlen müssen. Der dem Tod knapp entronnene Hitler hat mit unmenschlichem Hass die Opposition bis in ihre letzten Verzweigungen verfolgt und ihre Anhänger gnadenlos dem Henker überantwortet. Das deutsche Volk hatte mit Adolf Hitler den Weg bis zum bitteren Ende zu gehen.

Trotz dem Misserfolg des Attentats ist Stauffenbergs Tat nicht vergeblich gewesen. Wenn die Verschwörer damals spürten, dass – gleichgültig, ob ihr Versuch gelingen oder misslingen würde – der Sprung ins Ungewisse gewagt werden müsse, waren sie von dem richtigen Gefühl geleitet, dass die deutsche Widerstandsbewegung, in der sich so viele aufrechte deutsche Männer und Frauen zusammengefunden hatten, durch eine sichtbare Manifestation ihre Existenz demonstrieren müsse. Jahrelang war geplant und geredet worden. Es hatte tapferere Einzelproteste gegeben. Zu einer grossen, unmissverständlichen Aktion aber hatte man sich nicht durchringen können. Nun war es – und die meisten der Verschworenen ahnten es – zu spät, um dem Geschehen noch eine für Deutschland günstige Wende zu geben. Aber es war nicht zu spät für eine Bezeugung des Gewissens und die Rettung der Ehre.

Darin liegt bei allem Misserfolg die Bedeutung des Putsches vom 20. Juli 1944. Ohne ihn wäre die Opposition gegen Hitler jener «lautlose Aufstand» geblieben, über den später vielleicht Historiker gerätselt hätten, ob es ihn tatsächlich gegeben habe. Der Anschlag auf Hitler und die Umsturzversuche in Berlin und Paris haben solche Zweifel zerstreut. Es kam bei dem Aufstand, wie der mitverschworene General von Tresckow sagte, nicht mehr auf das praktische Ziel an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt habe. Alles andere sei daneben gleichgültig.

Die Polen in Warschau erheben sich

Vorspiel zum Kalten Krieg zwischen Ost und West

Am 1. August 1944 erhebt sich die polnische Heimatarmee unter dem Befehl des Generals Bor-Komorowski in Warschau gegen die deutsche Besatzungsmacht. Die auf der politischen Linie der polnischen Exilregierung in London stehende Widerstandsbewegung wollte mit dem Aufstand ein Zeichen dafür setzen, dass der nationale Wille der Bevölkerung auch nach fünf Jahren der Unterdrückung ungebrochen ist. Primär richtete sich die Erhebung gegen die Deutschen, sie war aber auch gedacht als Mahnung an die Sowjetunion. Moskau sollte gezeigt werden, dass Polen in der Lage sei, sich mit eigener Kraft selbst zu befreien.

Militärisches und politisches Timing

Unter den Exilpolen im Westen war der Entschluss zum Aufstand nicht unbestritten. Vieles sprach jedoch dafür, dass der Zeitpunkt für eine solche Machtprobe günstig sei. Ende Juni 1944 hatte die Rote Armee mit ihrer Offensive am Mittelabschnitt der deutschen Ostfront begonnen, und diese war unter dem ungestümen Druck der Sowjettruppen zusammengebrochen. Die Wehrmacht flüchtete aufgelöst an die Weichsel zurück, hart verfolgt von den nachdrängenden Russen, die Ende Juli nur noch wenige Dutzend Kilometer vor der polnischen Hauptstadt standen. Die Heimatarmee, als mächtigste Organisation des polnischen Widerstandes, zählte fest darauf, dass die Sowjettruppen das Chaos des deutschen Debakels benützen würden, den zwischen zwei Fronten geratenen Gegner zu vernichten und Warschau zu nehmen.

Auch politisch sollte sich der Aufstand in ein Timing einfügen. Ministerpräsident Mikolajczik, der Chef der Exilregierung, die 1939 nach Grossbritannien geflüchtet war, befand sich seit dem 30. Juli in Moskau, um mit Stalin über die künftige Gestaltung der sowjetisch-polnischen Beziehungen zu verhandeln. Die Stimmung war frostig. Zwischen Moskau und den Londoner Exilpolen gab es kaum zu überbrückende Gegensätze. Im Herbst 1939 hatte Stalin die ihm von Hitler im gemeinsamen Pakt versprochenen Gebiete an sich gerissen und weite Teile des damaligen Ostpolen (wo überwiegend Weissrussen und Ukrainer wohnten) annektiert. Durch Hitlers Überfall auf Russland sahen sich Polen und Russen im Sommer 1941 plötzlich im Kampf gegen den gleichen Feind im selben Lager.

Die Bemühungen um eine Koordination der militärischen Anstrengungen scheiterten jedoch. Eine aus polnischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion rekrutierte Armee verliess, ohne zum Einsatz gekommen zu sein, im Sommer 1942 die UdSSR und gelangte in einem abenteuerlichen Zug durch den Mittleren Osten nach Nordafrika, wo sie sich den westlichen Alliierten anschloss. Im April 1943 erreichte das polnisch-sowjetische Verhältnis nach der Entdeckung der von den Sowjets ermordeten Offiziere bei Katyn einen Tiefpunkt. Der Kreml brach die diplomatischen Beziehungen zur Exilregierung in London ab und rief wenige Monate später einen vornehmlich aus Kommunisten bestehenden polnischen «Nationalrat» ins Leben. Als in der Sommeroffensive 1944 die Sowjettruppen nach Polen hinein vordrangen, wurde am 21. Juli in Lublin ein «Polnisches Komitee für die nationale Befreiung» etabliert, das sich als provisorische Regierung deklarierte und von Moskau später in aller Form anerkannt wurde.

Stalins Nein

Mikolajczik glaubte, mit dem Warschauer Aufstand einen Trumpf gegen Stalin in der Hand zu haben. Aber er rechnete nicht mit der Unverfrorenheit des Diktators, der die Existenz einer von General Bor geführten Widerstandstruppe glatt bestritt. Die Heimatarmee bezeichnete er als einen Haufen von Desperados, die sich schlecht ausgerüstet und in ein tollkühnes Abenteuer gestürzt und gegen die Deutschen nicht die geringste Chance hätten. Durch die Erhebung werde höchstens die Zivilbevölkerung nutzlos aufgeopfert, und auch die Operationen der Roten Armee würden behindert. Tatsächlich stoppten die Sowjettruppen in den ersten Augusttagen ihren Vormarsch östlich von Warschau, angeblich wegen Schwierigkeiten im Nachschub. Das mochte stimmen. Aber die ausschlaggebende Überlegung für das Anhalten der Offensive gerade an diesem wichtigen Punkt war die Entschlossenheit Stalins, für die ihm politisch nicht genehme polnische Heimatarmee keinen Finger zu rühren.

Vergeblich bemühten sich die westlichen Alliierten, voran der britische Premierminister Churchill, Stalin umzustimmen und ihn für eine rasche Hilfsaktion zugunsten der Warschauer Aufständischen zu gewinnen. Churchill und der amerikanische Präsident Roosevelt sandten dem Kremlherrscher zwar beschwörende Telegramme, aber Stalin entgegnete mit Ausflüchten. Er wusste, dass zwischen den Exilpolen und den Westmächten Spannungen bestanden und Grossbritannien wie die USA von der Forderung nach einer Wiederherstellung der alten polnischen Ostgrenze abzurücken begonnen hatten. In seinem Zorn über die Intransigenz Stalins spielte Churchill mit dem Gedanken, die Entsendung britischer Geleitzüge nach sowjetischen Häfen zu stoppen, um Stalin zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen.

Vergebliches Heldentum

Die Versuche, von Westen her auf dem Luftweg den bedrängten Aufständischen Hilfe zu bringen, waren wenig erfolgreich. Auf sowjetischer Seite legten die Behörden den westlichen Flugzeugen, die auf UdSSR-Territorium zum Auftanken zwischenlanden wollten, dauernd Hindernisse in den Weg. Eine grössere alliierte Luftoperation kam erst am 18. September zustande; zur gleichen Zeit nahm die Rote Armee ihren Vormarsch östlich von Warschau wieder auf und nahm die Vorstadt Praga ein, setzte aber nicht über die Weichsel, um in die dort noch andauernden Kämpfe einzugreifen.

Die Erhebung der Heimatarmee war so von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Die Widerstandskämpfer, obwohl verlassen und auf sich allein gestellt, kämpften heldenhaft. Sie brachten die Deutschen in schwere Bedrängnis und widerlegten damit die Verleumdung Stalins, es handle sich bei ihnen um einen zusammengewürfelten Haufen, der von einer Verbrecherbande zu seinem aberwitzigen Tun angestiftet worden sei. Über zwei Monate lang dauerten die erbarmungslos geführten Kämpfe, ehe Anfang Oktober der Widerstand der auf immer engerem Raum zusammengedrängten Polen erlosch, die erbittert Haus um Haus, Strasse um Strasse gegen die immer drückender werdende Übermacht des Feindes verteidigt hatten.

Risse in der Anti-Hitler-Koalition

Der Warschauer Aufstand ist ein Vorspiel zum kalten Krieg, der nach 1945 über vier Jahrzehnte das internationale politische Klima bestimmt hat. Wegen Polen brachen die Differenzen innerhalb der Koalition der Grossen Drei, die sich ausschliesslich zum Kampf gegen Hitler zusammengefunden hatten, noch mitten im Krieg am schärfsten auf. Stalin demonstrierte bewusst seinen Willen, nach dem Sieg die Herrschaft über die von seinen Truppen eroberten Gebiete in Mittel- und Osteuropa auszuüben. Er wollte sie sich uneingeschränkt unterwerfen, militärisch, politisch und wirtschaftlich. Rücksicht auf die polnische Exilregierung in London zu nehmen, weil sie die legale Vertretung Polens war, lag ihm fern; er verstand es, sie auszumanövrieren und schliesslich durch seine Marionetten vom Lubliner Komitee zu ersetzen.

Auch dass die britische Regierung moralische Pflichten gegenüber Polen hatte, wog im Kalkül des sowjetischen Diktators wenig. Im September 1939 hatte Grossbritannien Deutschland den Krieg erklärt, um seine Garantie der Unverletzlichkeit der polnischen Grenzen zu erfüllen; es stand mehr oder weniger im Wort, diese Forderung der Exilpolen zu unterstützen. Aber der Kreml spekulierte, unter den völlig anderen Verhältnissen bei Kriegsende werde das keine Rolle mehr spielen.

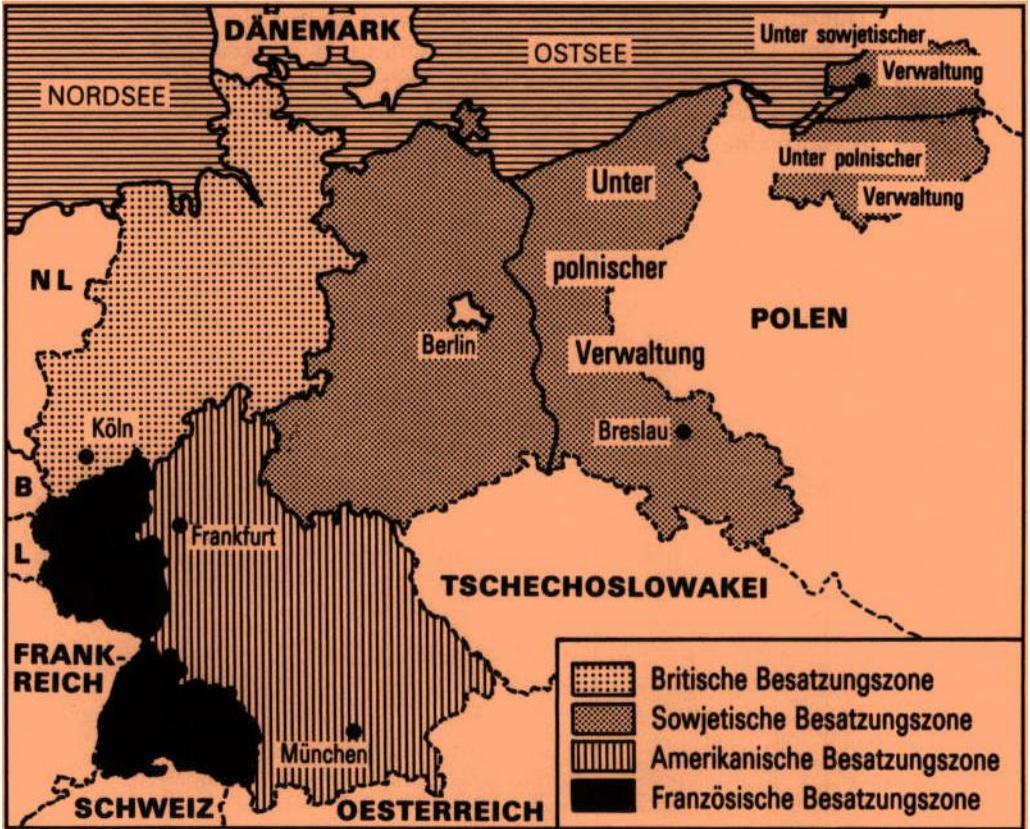
Stalins Rechnung ging auf. Zwar war die polnische Frage bei Churchills Gesprächen in Moskau im Oktober 1944 wie bei den Verhandlungen der Konferenz von Jalta im Februar 1945 ein zentrales Thema, und sie warf ihre Schatten noch auf die Konferenz von San Francisco im April 1945. Aber die Westmächte befanden sich, obwohl sie noch hartnäckig um Positionen rangen, längst resigniert auf dem Rückzug. Mit seiner Weigerung, den Aufständischen in Warschau zu helfen, hatte Stalin Grossbritannien und den USA vorexerziert, dass er im Erreichen seiner Ziele keine moralischen Skrupel kannte. Dem sich seiner starken Position sicheren Sowjetherrscher waren nur formale Zugeständnisse abzurufen. Mehr und mehr wurden die unter sich selbst zerstrittenen Exilpolen in die Ecke gedrängt, auch durch die der Sowjetunion nur noch hinhaltende Abwehr entgegengesetzten westlichen Alliierten. In der Grenzfrage akzeptierten die Exilpolen schliesslich mehrheitlich eine Entschädigung für die Verluste im Osten durch die Angliederung grosser deutscher Gebiete im Westen. Nach langem Widerstreben traten Angehörige der Exilregierung auch ins Lubliner Komitee ein, sahen sich aber bald von den Kommunisten an die Wand gespielt und verschwanden in der Versenkung. Polen hatte sich einzufügen in den Block der sowjetisch dominierten Randstaaten, die Moskau als Glacis zwischen sich und den Westen legte.

«Noch nicht das Ende der Geschichte»

Die von Stalin mit Geschick, Gewalt und List erzwungene Lösung der politischen Frage hat bei den westlichen Alliierten eine Missstimmung hinterlassen und die Gräben, die Ost und West ohnehin voneinander trennten, nach 1945 vertieft. In den USA, wo eine grosse polnische Bevölkerungsgruppe bedeutenden Einfluss auf die Innenpolitik nahm, rief die zynische Art, in der Stalin Warschau seinem Schicksal überlassen hatte, erbitterte Abwehrreflexe hervor. Nach dem Übergang von Roosevelt zu Truman, der Stalin mit grösserer Reserve begegnete als sein Vorgänger, verstärkte sich angesichts der Einebnung der politischen Landschaft Osteuropas in Amerika das Gefühl, von den Russen überfahren und genasführt worden zu sein. Polen erschien als das Modell, wie die Sowjetunion ohne Rücksicht auf den Willen der Völker die von der Roten Armee eroberten Gebiete ihrem Imperium einverleibte und die von Hitlers Tyrannei befreiten Länder die alte Unterdrückung mit einer neuen vertauschten.

Hier liegen die Wurzeln zur Politik der Eindämmung, die nach dem Staatsstreich in Prag 1948 und der Berliner Blockade 1949 in die Gründung der Nato mündete. In Churchills Memoiren, die er Ende der vierziger Jahre schrieb, bricht im Kapitel über «Warschauer Martyrium» nochmals der verhaltene Grimm durch, der den Premier während des Krieges beseelt hatte, als er ohnmächtig mit ansehen musste, wie die tapferen Widerstandskämpfer in Polens Hauptstadt untergingen. Die Russen, so

schreibt er, hätten drei Monate später bei ihrem Einmarsch in Warschau nur noch Trümmer und unbegrabene Tote vorgefunden. «Das war ihre Befreiung Polens, über das sie jetzt herrschen», meint Churchill. Und er fügt prophetisch hinzu: «Doch das kann nicht das Ende der Geschichte sein.»



Die nach dem Waffenstillstand 1945 in Kraft tretende Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen.

Auftakt zur Teilung Deutschlands

Der Entscheid über die Zonengrenzen

Die Frage, wie mit dem besiegten Deutschland zu verfahren sei, hat die im Krieg mit Hitler stehenden drei Grossmächte in mehr oder minder drängender Art schon lange vor der Niederlage des Dritten Reiches beschäftigt. Ein zentrales Problem dieser Kontroverse war die Frage, ob das künftige Deutschland weiterhin eine nationale Einheit bilden oder in verschiedene Staaten zergliedert werden sollte. Auf höchster Ebene bestand zwischen den Grossen Drei zumindest prinzipiell ein Konsens. Sowohl Churchill und Roosevelt wie auch Stalin äusserten sich in ihren Treffen während des Krieges unmissverständlich für eine Aufspaltung Deutschlands in mehrere Teilstaaten und skizzierten im November 1943 an der Konferenz von Teheran auch deren Grenzen.

Diese Projekte, mehr lautes Denken als überlegte Planung, gingen meist von einer Nord-Süd-Teilung entlang der Mainlinie aus. Preussen sollte isoliert und die Industrieviere an Saar und Ruhr bis hinauf zum Kieler Kanal sollten unter internationale Kontrolle gestellt werden. Churchill bereicherte die Diskussion mit dem Vorschlag einer Erweiterung des südlichen Teilstaates durch Eingliederung Österreichs, eventuell sogar Ungarns. Einig waren sich in Teheran jedoch alle drei, dass Nachkriegsfragen nicht dringlich seien und die militärischen Operationen Priorität hätten.

Einheit oder Spaltung?

Auf unterer Ebene waren die Meinungen nicht so eindeutig. Vor allem in den Vereinigten Staaten wurden in dem im Februar 1942 gebildeten «Advisory Committee on Postwar Foreign Policy» während Monaten Fragen der Nachkriegsordnung eingehend erörtert und dabei Vor- und Nachteile einer Aufteilung Deutschlands gegeneinander abgewogen. Verhängnisvoll für die künftige Politik der USA wirkte sich die Rivalität zwischen einzelnen Ministerien aus. In State Department und Kriegsministerium lief der Trend nach anfänglichem Schwanken gegen eine Teilung. Dagegen entwickelte das Schatzamt unter Henry Morgenthau diametral entgegengesetzte Vorstellungen, die im September 1944 in den extremen Postulaten des Morgenthau-Plans gipfelten, der nicht nur eine Teilung und Abrüstung, sondern auch eine weitgehende Desindustrialisierung Deutschlands vorsah.

Das britische Foreign Office neigte dazu, einen Entscheid den Deutschen zu überlassen und das Land nur dann zu teilen, falls nach dem Krieg starke separatistische Strömungen das fordern sollten. Undurchsichtig blieb die Haltung der Sowjetunion. Während Stalin in den Gesprächen mit Churchill und Roosevelt immer wieder kompromisslos die Teilung Deutschlands forderte, waren seine öffentlichen Proklamationen auf eine ganz andere Tonart gestimmt, wie etwa der berühmte Tagesbefehl an die Rote Armee vom 23. Februar 1942: «Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.»

Das «European Advisory Committee»

Um System in die Auseinandersetzungen über die europäische Nachkriegsordnung zu bringen und die Meinungen der drei Grossmächte aufeinander abzustimmen, beschloss die im Oktober 1943 in Moskau tagende Konferenz der Aussenminister Hull, Eden und Molotow, einen ständigen Ausschuss einzurichten, das «European Advisory Committee» (EAC), mit dem Auftrag, Empfehlungen an die drei Regierungen auszuarbeiten. Die Konstituierung des EAC, das seine Beratungen in London abhielt, erfolgte vor allem auf Drängen der Briten. Moskau wie Washington blieben zurückhaltend. Sie wollten politisch freie Hand haben und waren dagegen, der Kommission Kompetenzen einzuräumen, die über die Erörterung rein technischer Fragen hinaus gingen. Bewusst ernannten die Amerikaner nicht einen politisch profilierten Chef als Leiter ihrer Delegation, sondern bestimmten dafür den Botschafter in London, John G. Winant, früher Gouverneur von New Hampshire und enger Vertrauter des Präsidenten. Moskau folgte dem Beispiel Washingtons und wählte als Delegationschef den Londoner Botschafter Fedor T. Gusew, einen mürrisch-verdrossenen zweitrangigen Funktionär. Anderes Format hatte Sir William Strang, der Leiter der britischen Vertretung. Er war Unterstaatssekretär im Foreign Office, ein hochkarätiger Fachdiplomate, der während des 18monatigen Wirkens des EAC den Gang der Gespräche und deren Ergebnisse massgebend bestimmte.

Die Verhandlungen waren zäh und mühsam. Insgesamt gab es 120 oft unergiebigere Sitzungen, weil immer wieder Rückfragen an die Regierungen gestellt werden mussten. Winant wie Gusew betrachteten die Kommissionsarbeit als wenig angenehme Nebenbeschäftigung, die mit linker Hand zu erledigen war. Der eng gezo-gene Themenbereich des EAC konzentrierte sich schliesslich auf drei Aufgaben, die ausnahmslos die Situation in Deutschland (und Österreich) bei Kriegsende betrafen. Als erstes sollte die Urkunde über die im Januar 1943 von Roosevelt und Churchill in Casablanca geforderte «bedingungslose Kapitulation» Deutschlands formuliert werden, als zweites waren die Grenzen der Besetzungszonen festzulegen, als drittes

schliesslich hatte das EAC Vorschläge für den Aufbau eines Apparates zur Verwaltung und Kontrolle des besiegten Deutschland zu machen.

Die Kommission erfüllte ihre Aufträge und arbeitete mehrere Protokolle aus, die im Laufe des Jahres 1944 nach Absegnung durch die Regierungen unterzeichnet werden konnten. Strang war denn auch mit der Arbeit des EAC rundherum zufrieden. Noch Jahre später schrieb er in seinen Memoiren: «Die von uns geleistete Arbeit bestand die Probe der Ereignisse ... Wir liessen uns Zeit. Obwohl mir unsere Fortschritte von Woche zu Woche und von Monat zu Monat qualvoll langsam erschienen, die Gesamtsumme der Leistungen war eindrucksvoll. Und was wichtiger ist, die von der Kommission erarbeiteten Vereinbarungen wurden im Gegensatz zu andern, die von erlauchteren Gremien geheim beschlossen worden waren, auch verwirklicht.»

Weniger positiv äusserten sich andere Mitglieder des EAC. Vor allem George F. Kennan, der anfänglich als Berater von Winant wirkte, hat in seinen Lebenserinnerungen scharfe Kritik an der amerikanischen Verhandlungsführung geübt. Die Administration in Washington, welche die Kommission als lästiges Überbein empfand, liess diese ihre Nichtachtung immer wieder spüren. Gerade bei der Festlegung der Zonengrenzen in Deutschland war die amerikanische Haltung schwankend und voller Widersprüche.

Die Zonengrenzen – ein britischer Vorschlag

Bereits unmittelbar nach Konstituierung des EAC hatte Strang am 15. Januar 1944 einen Vorschlag des Foreign Office über die Einteilung Deutschlands in militärische Besetzungszonen vorgelegt. Das Papier, schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 entworfen, enthielt eine mit Fleiss ausgetüftelte juristisch-diplomatische Feinarbeit. Deutschland sollte auf Grund der Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden hatten, in drei jeweils einer der drei Mächte zur Besetzung zuzuweisenden Zonen und in das einer gemeinsamen Besetzungsbehörde aller drei Mächte zu unterstellende Sondergebiet Berlin aufgeteilt werden. Die Sachbearbeiter des britischen Ausenministeriums hatten sich die grösste Mühe gegeben, alle Zweifel und Missverständnisse bei der Grenzziehung auszuräumen. Sie umschrieben die Demarkationslinien mit minutiöser Gründlichkeit. In gleicher Weise wurde das Gebiet von Grossberlin (bestimmt durch das Gesetz vom 27. April 1920) mit seinen 20 Bezirken in drei Sektoren aufgeteilt.

Groteske Reaktion Washingtons

Dem detaillierten und durchdachten, bestehende Verwaltungseinheiten (Kreise, Provinzen und Länder) berücksichtigenden britischen Vorschlag hatten die beiden andern Delegationen nichts Entsprechendes entgegenzusetzen.

Sie nahmen den Entwurf zur Kenntnis und leiteten ihn an ihre Regierungen weiter. Als erste reagierte die Sowjetunion am 18. Februar. Sie akzeptierte die im britischen Papier skizzierten Grenzen, ohne eine Änderung zu verlangen, wohl ein Zeichen dafür, dass Stalin die britischen Propositionen, die der UdSSR 47 Prozent des Reichsgebietes von 1937, 38 Prozent der Bevölkerung und 33 Prozent des Wirtschaftspotentials zuteilten, als überaus günstig erachtete.

Zu einer eigentlichen Groteske geriet die Reaktion der Amerikaner. Ihre Delegation erhielt erst Anfang März eine Direktive aus Washington. Es war eine offensichtlich im Kriegsministerium verfasste, im Befehlston gehaltene knappe Weisung. Nachgereicht wurde eine Kartenskizze mit einer schwer zu definierenden Linie, welche die Zonengrenze bezeichnen sollte – es war, wie sich später herausstellte, ein von Präsident Roosevelt anlässlich einer informellen Debatte Monate zuvor auf einem Briefumschlag hingemalter Ideenentwurf. Erst eine direkte persönliche Intervention Kennans im Weissen Haus veranlasste die Administration, endlich eine substantielle Antwort zu geben. Im Mai stimmten die Amerikaner dem britischen Vorschlag grundsätzlich zu.

In Washington haben damals nur wenige die Problematik der Zonengrenzen in ihrer folgeschweren Bedeutung erkannt. Das State Department neigte dazu, während des Krieges dem militärische Überlegungen in den Vordergrund stellenden Kriegsministerium die Entscheidungen zu überlassen, selbst dann, wenn deren politische Auswirkungen offensichtlich waren. Jedenfalls hat das Aussenministerium keinen Versuch gemacht, dem britischen Zonenplan ein Dokument von ähnlichem Gewicht gegenüberzustellen. Einige Opponenten trösteten sich damit, es handle sich ohnehin nur um vorläufige Vereinbarungen «technischer» Art, die nach dem Krieg durch politische Abmachungen ersetzt würden.

Am 12. September 1944 unterzeichneten Strang, Winant und Gusew im Londoner Lancaster House das Zonenprotokoll. Noch blieben einige Fragen offen. Amerikaner und Briten rangelten, wer von ihnen welche der beiden westlichen Zonen besetzen sollte. Sie einigten sich noch im September 1944 an der zweiten Konferenz von Quebec, und im November wurde darüber ein Zusatzprotokoll des EAC ausgefertigt. Im Juli 1945 erhielten die Franzosen eine eigene Besetzungszone in Deutschland und einen Sektor in Berlin zugeteilt. Stalin hatte seine Zustimmung dazu nur unter der Bedingung gegeben, dass Briten und Amerikaner Teile ihres Gebietes den Franzosen überliessen und der im Protokoll vom 12. September 1944 den Sowjets zugesprochene Besetzungsbereich unangetastet blieb.

Der Entscheid wird Politikum

Durch die Vereinbarungen des EAC, die im Februar 1945, an der Konferenz von Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin bestätigt wurden, ist jene Linie bestimmt worden, bis zu welcher die sowjetischen Truppen in Deutschland vorrücken konnten. Aus der Perspektive eines «technischen» Entscheides, der politisch nichts präjudizieren sollte, erschien es mehr oder minder nebensächlich, dass die Grenze soweit westlich verlief. Möglicherweise hatte bei deren Festlegung auch die Überlegung mitgespielt, die westlichen Alliierten müssten die Sowjets in eine Mitverantwortung am Schicksal Nachkriegsdeutschlands einbinden. Während des Krieges pflegte Stalin gelegentlich zu drohen, die Rote Armee werde sich mit der Befreiung der Heimat begnügen und nicht nutzlos Opfer für eine Eroberung Deutschlands bringen, sondern Hitlers Niederringung dem Westen überlassen.

1944 waren solche Befürchtungen gegenstandslos geworden. Nun aber stand im Vordergrund amerikanischer Überlegungen die Hoffnung, unter dem Schutzdach der «One World» nach dem Krieg die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nahtlos fortsetzen zu können. Um das Vertrauen Moskaus zu gewinnen, war Roosevelt zu weitgehenden Konzessionen bereit. Botschafter Winant hat im EAC eine solche, den Intentionen des Präsidenten strikt folgende Linie vertreten. Als Robert Murphy, General Eisenhowers politischer Berater, im Spätsommer 1944 von der Festlegung der Zonengrenzen erfuhr und Winant auf die prekäre Situation des isolierten Berlin hinwies, reagierte dieser (wie er das zuvor schon gegenüber ähnlicher Kritik aus Washington getan hatte) höchst unwirsch und verbat es sich, dass jemand das subtile Spiel seines Werbens um die Gunst des Kremls durchkreuze.

Mit der Unterzeichnung des Protokolls vom 12. September 1944 waren die Weichen gestellt für die künftige Entwicklung in Deutschland. Die Aufgabe des EAC war die Ausarbeitung von Plänen für ein Provisorium gewesen, das während einer Übergangszeit die Verhältnisse in Deutschland regelte. Definitive Entscheidungen sollte eine Friedenskonferenz treffen. Als diese nicht zustande kam, blieb der Status quo, wie ihn der Waffenstillstand geschaffen hatte, automatisch bestehen. So nahmen schliesslich die Vereinbarungen des EAC die politische Lösung vorweg, über die sich die Siegermächte nach dem Auseinanderfallen der Anti-Hitler-Koalition weniger denn je einigen konnten.

Folgenschweres Provisorium

Das Protokoll vom 12. September 1944 ist eines der folgenschwersten Beispiele der jüngsten Zeit dafür, wie als Übergang gedachte Massnahmen durch nicht vorausgesehene politische Entwicklungen und die normative Kraft des Faktischen eine ver-

hängnisvolle Eigengesetzlichkeit entwickeln und zum Dauerzustand werden können. Die Festlegung der innerdeutschen Zonengrenzen hat zu einer zufälligen und willkürlichen Spaltung des Landes in Ost und West geführt. Die 1944 getroffenen Regelungen schufen die Voraussetzungen für künftige politische Krisen. Das geteilte Deutschland und das ebenfalls geteilte und ohne gesicherte Zugangswege zum Westen isolierte Berlin wurden zu einem Konfliktpotential, das die internationale Politik während Jahrzehnten schwer belastete.

Auschwitz

Eine Dokumentation des Grauens

Auschwitz steht neben den vielen andern deutschen Vernichtungslagern als grösstes seiner Art, als etwas ebenso Einmaliges wie letztlich Unbegreifliches. Hier versagen offenbar sämtliche Bemühungen um Sachlichkeit. Auch die Justiz ist an ihrem Versuch, das Thema Auschwitz zu bewältigen, am Ende gescheitert. Jede irdische Sühne musste im Vergleich zu der angehäuften Schuld von vornherein minimal und erbärmlich erscheinen. Was bleibt, ist Trauer und Scham, ein grausamer und wirrer Traum, erfüllt von Qual und Pein, eine Ausgeburt des Bösen und der menschlichen Niedertracht, doppelt erschütternd durch die nüchtern-buchhalterische Präzision, mit der das Sterben geplant und durch den heuchlerischen Mantel der «Pflichterfüllung», unter dem der Mordbefehl vollzogen wurde.

Auschwitz hatte viele Gesichter, und sie wandelten sich im Laufe der knapp fünf Jahre, in denen das Konzentrationslager bestand. Es war neben- und nacheinander Straflager, Aufenthaltslager, Durchgangslager, Arbeitslager, Kriegsgefangenenlager und Vernichtungslager. Seine Geschichte spiegelt das widersprüchliche Hin und Her des nationalsozialistischen Terrorregimes: hier wurden unter dem Stichwort «Endlösung» Juden ohne Ansehen von Alter und Geschlecht, die man aus ganz Europa herantransportiert hatte, nach oberflächlicher «Selektierung» gnadenlos getötet, hier fielen ungezählte sowjetische Kriegsgefangene unter den Schüssen ihrer Exekutionskommandos, hier aber arbeiteten Tausende und aber Tausende von Gefangenen als willkommene und billige Helfer der in die Nähe von Auschwitz verlegten Zweigbetrieben deutscher Rüstungswerke, hier stapelten sich in dem sinnigerweise «Kanada» genannten Teil des Lagers ungeheure Beuteschätze, die den zum Tode bestimmten Verschleppten abgenommen worden waren, ein unübersehbares Diebesgut, das die Häftlinge zu sortieren und zum Versand nach dem Reich oder an die deutsche Front bereitmachen mussten. Und dahinter als düstere Kulisse Feuer und Rauch der Krematorien, in denen während zwei Jahre fast ununterbrochen Tag für Tag die sterblichen Überreste der Vergasteten verbrannten – ein Inferno im wahren Sinne des Wortes ...

Endlösung

Wie ist es dazu gekommen? Was bewog die Machthaber des Dritten Reiches, hier ihre zentrale Vernichtungsstätte zu errichten? In der leidenschaftslos die Tatsachen festhaltenden Anklageschrift des grossen Frankfurter Auschwitz- Prozesses (1963-1965) liest sich das so:

Bei dem Plan zur Errichtung des Konzentrationslagers in Auschwitz war neben der günstigen Verkehrslage für die Wahl vor allem von Bedeutung, dass sich bei Auschwitz ausserhalb der geschlossenen Ortschaft in der Gabelung der Flüsse Weichsel und Sola ehemalige Kasernen befanden, die ohne grössere Umbauarbeiten sofort von Häftlingen bezogen werden konnten. Der Inspektor der Konzentrationslager schickte im Frühjahr 1940 zwei Kommissionen zur Überprüfung des Projekts nach Auschwitz. Die zweite Kommission, die am 18. und 19. April 1940 unter Führung des späteren Lagerkommandanten Höss das Gelände besichtigte, befürwortete den Plan. Darauf befahl Himmler die Errichtung des KZ in Auschwitz und berief Höss zum Kommandanten dieses Lagers. Gleichzeitig mit der Einrichtung des Lagers wurde die polnische Bevölkerung, die in der Umgebung der Kaserne wohnte, ausgesiedelt. Zuerst wurden etwa 2'000 Bewohner der Baracken, die sich neben dem Anschlussgleis des Polnischen Tabakmonopols... befanden, und im November 1940 die Bevölkerung von Zasole, dem zum Lager hin gelegenen Vorort von Auschwitz, evakuiert...

Nun begann unter der Leitung von Höss die Errichtung des Konzentrationslagers. Höss, ein fanatischer Nazi der ersten Stunde, Freiwilliger des Weltkrieges 1914-18, nachher Freikorpskämpfer, Fememörder, Strafgefangener, von der milden Weimarer Republik vorzeitig begnadigt, dann im Dritten Reich als SS-Angehöriger bei den Bewachungsmannschaften der Konzentrationslager Dachau und Sachsenhausen tätig – er stürzte sich mit roboterhaftem Eifer in die neue Aufgabe.

Nach seiner Ernennung kam Höss mit einigen SS-Angehörigen nach Auschwitz, wo er mit Hilfe von 200 zwangsweise rekrutierten Juden aus der Stadt Auschwitz mit der Einrichtung des Lagers begann. Ausserdem forderte er von dem KZ Sachsenhausen 30 Häftlinge aus den Reihen der dort untergebrachten Berufsverbrecher an, damit diese in dem neu einzurichtenden KZ Auschwitz als Funktionshäftlinge eingesetzt werden konnten... Am 14. Juni 1940 traf in Auschwitz der erste Häftlingstransport aus Krakau ein, der etwa 700 polnische Häftlinge umfasste und dem bald weitere Transporte folgten ... Bei den eingelieferten Häftlingen handelte es sich anfangs durchwegs um Polen.

Rasch dehnte sich das neue Lager am Rande des oberschlesischen Industriegebietes aus:

Ebenfalls noch im Jahre 1940 wurden die Bauern aus mehreren benachbarten Dörfern ausgesiedelt, insbesondere auch aus Birkenau (Brzezinka). Der entvölkerte Landstreifen umfasste etwa 40 km² und erhielt die Bezeichnung «Interessengebiet des Lagers». Dieses Interessengebiet wurde zum Sperrgebiet erklärt, dessen Betreten streng verboten war.

Hinter diesem streng gehüteten, durch Gräben und elektrischen Stacheldraht gesicherten Bezirk entstand im Laufe des Jahres 1941 eine eigentliche Gefangenenstadt, bestimmt für die Aufnahme von 200'000 Menschen. Parallel dazu wurden rund sieben Kilometer vom Stammlager entfernt die Buna-Werke der IG-Farben errichtet, ein Betrieb zur Produktion von synthetischem Kautschuk. Im Jahre 1942 wurde in unmittelbarer Nähe von Buna das Arbeitslager Monowitz erbaut, das grösste der fast 40 Aussenkommandos von Auschwitz, die sich weit über die ganze Region zerstreuten.

Aber nicht das Halten von Sklavenarbeitern sollte die zentrale Funktion des KZ Auschwitz werden. Seinen eigentlichen Stellenwert erhielt es erst, als Hitler die «Endlösung» der Judenfrage, das heisst die Ausrottung des jüdischen Volkes in Europa, befohlen und Himmler mit deren Durchführung beauftragt hatte. Nun wurde Auschwitz zur Hauptvernichtungsstätte bestimmt. Höss berichtet später darüber in der ihm eigenen pedantischen Art:

Im Sommer 1941, den genauen Zeitpunkt vermag ich zurzeit nicht anzugeben, wurde ich plötzlich zum Reichsführer SS nach Berlin befohlen, und zwar direkt durch seine Adjutantur. Entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit eröffnete er mir ohne Beisein eines Adjutanten dem Sinne nach Folgendes: Der Führer hat die Endlösung der Judenfrage befohlen, wir – die SS – haben diesen Befehl durchzuführen. Die bestehenden Vernichtungsstellen im Osten sind nicht in der Lage, die beabsichtigten grossen Aktionen durchzuführen. Ich habe daher Auschwitz dafür bestimmt, einmal wegen der günstigen verkehrstechnischen Lage, und zweitens lässt sich das dort dafür bestimmte Gebiet leicht absperren und tarnen... Es ist eine harte und schwere Arbeit, die den Einsatz der ganzen Person erfordert, ohne Rücksicht auf etwa anstehende Schwierigkeiten. Nähere Einzelheiten erfahren Sie durch Obersturmbannführer Eichmann vom RSHA (Reichssicherheitshauptamt), der in nächster Zeit zu Ihnen kommt... Sie haben über diesen Befehl strengstes Stillschweigen, selbst Ihren Vorgesetzten gegenüber, zu bewahren ... Die Juden sind die ewigen Feinde des deutschen Volkes und müssen ausgerottet werden. Alle für uns erreichbaren Juden sind jetzt während des Krieges ohne Ausnahme zu

vernichten. Gelingt es uns jetzt nicht, die biologischen Grundlagen des Judentums zu zerstören, so werden einst die Juden das deutsche Volk vernichten.

Kriegsgefangene

Gewissermassen als Vorgabe zu diesem wahnwitzigen Massenverbrechen wurden im Herbst 1941 Tausende von sowjetischen Kriegsgefangenen nach Auschwitz-Birkenau überstellt und dort fast vollzählig umgebracht, nachdem die SS-Leute an ihnen ihren Sadismus ausgetobt hatten. Ein ehemaliger sowjetischer Häftling:

Ich bin Anfang Oktober 1941 mit einem grossen Transport russischer Kriegsgefangener nach Auschwitz deportiert worden. Als wir in Auschwitz ankamen, war es noch dunkel. Als es hell wurde, kamen Menschen mit gestreiften Anzügen zu uns, vielleicht 20 Häftlinge, die Hocker bei sich hatten. Sie mussten uns alle Körperhaare scheren. Wir mussten uns auf Befehl von SS-Leuten völlig nackt ausziehen und alles wegwerfen. Jeder von uns musste in ein Fass, in dem eine Flüssigkeit war, untertauchen. Die Flüssigkeit war grünlich und diente der Desinfektion gedient haben. Von SS-Männern wurden wir dabei mit der Peitsche geschlagen. Einer wurde besonders schwer geschlagen, der ein Bild von einem Mädchen bei sich hatte, das er nicht hergeben wollte. Je fünf in einer Reihe mussten wir dann in Hockstellung so lange warten, bis 100 fertig waren, dann wurde das Tor geöffnet und diese Gruppe der Hundert musste in das Lager laufen. In der dritten oder vierten Hundertengruppe befand ich mich. Ich war schon ganz starr vor Kälte. Wir gingen durch das Tor, über dem stand: «Arbeit macht frei», und wurden abgezählt. Im Lager wurde uns befohlen, in Badewannen zu springen, in denen heisses Wasser war. Nachher wurden wir mit dem Schlauch mit kaltem Wasser abgespritzt. Immer wieder wurden die Liegenden mit Peitschen aufgejagt.

Das Drama der Russen war der Prolog. Er zeigte, dass die geplante Massenvernichtung der Juden durch Erschiessen unmöglich war und dass eine effektivere Tötungsmethode gefunden werden musste. So fiel man auf Giftgas, von dem sich ein Blausäurepräparat, das Zyklon B, als besonders effektiv erwies. Während in Auschwitz und andern KZ die technischen Voraussetzungen für die geplante Ausrottung der Juden geschaffen wurden, organisierte das Reichssicherheitshauptamt, hier vor allem Gestapochef Heinrich Müller und Obersturmbannführer Eichmann, den Transport der Juden nach den Vernichtungslagern. Auf der Konferenz in Wannsee im Januar 1942 wurden die Pläne dazu ausgearbeitet. Wenige Monate später trafen die ersten Transporte von Juden in Auschwitz ein. Und in den folgenden zwei

Jahren wurde Europa, wie Hitler es befohlen hatte, systematisch von West nach Ost «durchgekämmt». Die Züge fuhren, ungeachtet der durch den Krieg bedingten Knappheit an Rollmaterial, pünktlich und präzise. Destination Auschwitz hatte bei der Reichsbahn meist Priorität, oft selbst vor militärischen Anforderungen.

Transport

In Auschwitz und später in Birkenau, das auf eine grössere Kapazität ausgebaut wurde, hielt der Zug an einer Holzrampe. Die Ankommenden wurden aus den Waggons getrieben. Ein Häftling, der zum Rampendienst eingeteilt war, schildert das so:

Die Unterscharführer haben die Waggons geöffnet... Es kamen verschieden grosse Transporte, kleinere mit etwa 700 oder 800 Personen, grössere bis zu 3'000 Personen. Man hat die Menschen mit guten und schlechten Worten aus den Waggons herausgetrieben. Wir durften unter Todesstrafe nicht mit den Angekommenen sprechen. Auch die Ankommenden erhielten sofort Sprechverbot, und die SS passte mit Stöcken auf, damit ja niemand redete. Dann wurden die Angekommenen zur Kommission geführt, die selektierte. Einmal wurden 10, ein anderes Mal 20 Prozent der Ankommenden ins Lager geführt; das variierte sehr stark. Der Rest wurde auf Lastwagen verladen und direkt in die Gaskammern geführt. Auch ein Rotkreuzwagen war bei der Rampe, er löste eine sehr beruhigende Wirkung aus. Wenn das vorbei war, kam etwas, das sehr schlimm für uns war. In den Waggons waren Leute geblieben, die nicht einmal durch Schläge herauszukriegen waren: Tote, Todkranke, Krüppel. Wir mussten sie nun aus den Waggons herausbekommen. Wir haben sie geschleppt und getragen. Es war eine sehr unangenehme Arbeit. Manchmal waren bis zu 10 oder 15 Tote in einem Waggon. Wir wurden mit Stockschlägen angetrieben, alles musste sehr schnell vor sich gehen.

Aber nicht immer zeigte die SS an der Rampe ihr wahres Gesicht. Im Gegenteil: Es lag den «Endlösern» daran, ihre Aufgabe ohne allzu lange Verzögerung so ruhig als möglich durchzuführen. Die meisten Opfer, vor allem in den ersten Monaten der Vernichtungsaktion, waren völlig ahnungslos und glaubten an die Mär von der Umsiedlung. Eine erschütternde Szene an der Rampe von Auschwitz:

Es war eine verhältnismässig gute Fahrt gewesen, und die meisten Opfer befanden sich in ganz guter körperlicher Verfassung. Eine Frau war tatsächlich fast als elegant anzusprechen, als sie, ihren Pelzmantel locker um die Schultern geworfen und ihre beiden gutangezogenen Kinder an der Hand, die Rampe entlang schritt. Ein junger tschechischer Häftling beobachtete sie, vielleicht voller Mitleid, viel-

leicht voller Sehnsucht nach der wohlhabenden Kaffeehausgesellschaft, zu der sie offensichtlich gehört hatte. Er sah sie an einem Obersturmbannführer vorbeigehen und hörte sie zu einem ihrer Jungen mit lauter, fast fröhlicher Stimme sagen: «Schraub dir die Nase, mein Junge. Das ist ein deutscher Offizier.» Das war der Augenblick, in dem er seine Beherrschung verlor. Er näherte sich ihr vorsichtig und murmelte: «Du dummes Luder, in einer halben Stunde bist du tot.» Sie blieb jäh stehen und starrte ihn an... Dann wirbelte sie auf einem Absatz herum und ging auf einen SS-Mann zu. Sie deutete mit dem Finger auf den Häftling und kreischte: «Dieser... dieser Häftling behauptet, wir sollen sterben. Was will er damit sagen? Was geht hier vor? Was haben Sie...» Der SS-Mann unterbrach sie beschwichtigend und sagte höflich, fast so, als wollte er sie entschuldigen: «Bitte, gnädige Frau, beruhigen Sie sich. Nichts wird Ihnen hier zustossen. Sie umbringen? Glauben Sie ehrlich, dass wir Deutschen solche Barbaren sind?» Sie drehte sich nach dem tschechischen Häftling um, einen Ausdruck von Überheblichkeit und Verachtung im Gesicht. Aber er war schon nicht mehr da. Zwei SS-Leute hatten ihn hinter die Wagen geführt und ihn mit einer Luftdruckpistole erschossen, die kein Geräusch machte und niemanden, natürlich mit Ausnahme des Häftlings, störte.

Nicht jedesmal wickelte sich jedoch alles so «reibungslos» ab. Ein anderer Augenzeuge:

Einmal kamen Autos, auf denen halbnackte Frauen waren. SSler mit Hunden haben die Frauen in die Gaskammer gejagt. Einige Frauen haben sich geweigert, hineinzugehen. Da haben die SSler ihre Hunde auf sie gehetzt, und wir sahen, wie die Fleischfetzen flogen.

Über die Methoden des Vergasens gab ein früherer SS-Angehöriger vor dem Frankfurter Auschwitz-Tribunal auf Fragen des Vorsitzenden und des Nebenklägers die Auskunft:

Wo fanden damals die Vergasungen statt?

Alte Bauernhäuser waren als Bunker ausgebaut und mit einer fest verschliessbaren Schiebetür versehen. Oben befand sich eine Luke. Die Menschen wurden entkleidet hineingeführt. Sie gingen ganz harmlos hinein, nur wenige haben sich gesträubt, die wurden beiseite genommen und erschossen. Das Gas warf ein dafür bestimmter SS-Mann ein. Er stieg dazu auf eine Leiter hinauf.

Sie sagten früher, dass Schreie zu hören waren?

Ja, das war die Lebensangst. Sie haben gegen die Türe getreten. Ich bin im Wagen gesessen.

Gab es Sonderzulagen für die, die bei einer solchen Aktion beteiligt waren? Ja, das war üblich, ein bisschen Branntwein und Zigaretten. Da waren alle hinterher. Es wurden dafür Bons ausgegeben. Ich habe auch solche Bons bekommen – ganz automatisch.

Es kam immer wieder zu schrecklichen und barbarischen Szenen, vor allem, wenn die Vergasung nicht so perfekt funktionierte, wie sie eigentlich sollte. Ein Beispiel für vieles – die Aussage eines ehemaligen Häftlings:

Als wir vom Sonderkommando die Toten aus den Gaskammern herausräumen mussten, war einmal ein Kind dabei, dessen Herz hat noch geschlagen, es war aber ohne Bewusstsein. Das Kind wurde erschossen. Der Chef der Krematorien nahm einmal ein Kind von seiner Mutter, beim Krematorium IV. Dort waren zwei grosse Gruben, in denen Leichen verbrannt wurden. Er hat das Kind in das kochende Leichenfett, das sich in den Gräben um die Gruben gesammelt hatte, hingeworfen ...

So begann die Massenvernichtung im Frühjahr und Sommer 1942. Je umfangreicher die Transporte von Juden wurden, umso grösser musste die Mordkapazität und Mordperfektion von Auschwitz werden. Die Leichen wurden nicht mehr in Gruben verbrannt, sondern in neu erstellten Krematorien in Birkenau. Die Ausrottungsaktion hielt praktisch ununterbrochen zwei Jahre lang an und erreichte ihren Höhepunkt mit der Ermordung von Hunderttausenden ungarischer Juden im Sommer 1944. Lagerkommandant Höss schätzt die Zahl der Opfer von Auschwitz auf 2,5 Millionen Menschen. Genaue statistische Angaben fehlen – aber sie sind auch nicht entscheidend. Jedenfalls können die Nationalsozialisten für sich den makabren Rekord in Anspruch nehmen, in Auschwitz die wirkungsvollste Massenmordmaschinerie konstruiert und über Jahre hinweg in Gang gehalten zu haben.

Sklavenarbeit

Tötung war die eine Aufgabe von Auschwitz, Sklavenarbeit die andere. Im Grunde waren sich beide in ihrem Ziel letztlich gleich; Arbeit war sehr oft nur der Vorwand und Anlass, den Häftling unter anhaltenden Erniedrigungen und Demütigungen seelisch zu brechen und dann physisch zu vernichten. Das bewährte System, die Gefangenen durch Kriminelle terrorisieren zu lassen, die als sogenannte «Capos» Funktionshäftlinge waren, hatte Höss von Anfang an in Auschwitz eingeführt. Zeugenausgabe eines Häftlings:

Viele grüne – also kriminelle – Capos haben im Lager schlimm gewütet. Aber ich habe auch erfahren, wieso es oft dazu gekommen ist. Mir wurde erzählt, dass ein-

mal ein solcher grüner Capo beim Ausmarsch seines Kommandos vom Lagerführer gerufen und gefragt wurde, wie viele Juden in seinem Kommando seien. Der Capo meldete die Zahl. Darauf sagte der Schutzhaftlagerführer: «Am Samstag meldest du mir dein Kommando judenrein, verstanden!» Und am Samstag war dieses Kommando ohne Juden, das heisst die Juden wurden vom Capo und seinen Gehilfen umgebracht.

Der Tötungsmöglichkeiten waren viele, und der Phantasie des Sadismus schien keine Grenzen gesetzt: Erschiessen, Prügeln, Hängen, Erwürgen, Ertränken, Aushungern, zu Tode trampeln, tödliche Injektionen durch Sanitätsdienstgrade und so fort. Alle Häftlinge standen unter dem permanenten psychischen Druck einer starken Todesdrohung. Die geringsten Vergehen gegen die Lagerordnung wurden mit drakonischen Strafen im Bunker geahndet. Die körperlich weniger Widerstandsfähigen – im Lagerjargon «Muselmänner» genannt –, abgemagert zum Skelett, schlichen wie Gespenster herum und mussten jederzeit gewärtig sein, als lebensunwertes Leben vernichtet zu werden. Aber selbst jene, denen es gelang, sich einen verhältnismässig gesicherten Posten zu sichern, sei es als Arbeiter in einem relativ ruhigen Aussenkommando, als Schreiber oder als Sortierer der den Häftlingen abgenommenen Effekten – auch sie waren keine Minute sicher, ob das Schicksal sie ereilen werde.

Flucht

Trotz Terror und schärfster Bewachung hinter elektrisch geladenem Stacheldraht gelang es zahlreichen Häftlingen, zu fliehen. Viele von ihnen wurden wieder festgenommen und starben eines qualvollen Todes. Andere hingegen vermochten sich durchzuschlagen. Einer von ihnen, dem die Flucht glückte und der im April 1944 über den Nuntius in Bratislava die Weltöffentlichkeit über das Geschehen in Auschwitz zu informieren vermochte, schildert in der Erinnerung den Augenblick, da er sich aus dem Bannkreis des Konzentrationslagers entfernte:

Zum ersten Male erblickte ich nun Auschwitz von draussen... Die grellen Lichter malten einen Fleck von sanftem Gelb in die Dunkelheit, wodurch der ganze Ort in einen geheimnisvollen Schimmer getaucht wurde, der ihm fast Schönheit verlieh. Wir wussten jedoch, welch furchtbare Schönheit das war und dass in diesen Baracken Menschen starben, Menschen verhungerten, Menschen Böses gegeneinander ersannen und an jeder Ecke der Tod lauerte.

Der Tod lauerte noch immer in Auschwitz, auch als im Herbst 1944 die Vergasungen eingestellt wurden. Das geschah keineswegs aus humanitären Überlegungen. Schon

längst hatten die für die Rüstungsproduktion Verantwortlichen des Dritten Reiches gefordert, nicht weiterhin willkürlich «Menschenmaterial» zu vernichten, das in irgendeiner Form im Arbeitsprozess Verwendung finden konnte. Himmler hatte sich gegen solche Forderungen immer gesträubt: Er wollte als getreuer Paladin den Ausrottungsbefehl seines «Führers» konsequent und rücksichtslos vollziehen. Aber selbst einem Himmler dämmerte es nach dem 20. Juli 1944, dass das Dritte Reich allmählich einer Katastrophe entgegenging und dass es vielleicht gut sein könnte, ein paar gerettete Juden als Alibi vorweisen zu können, wenn das bittere Ende kam.

Von dem Gedanken, die Lager zu schliessen und die Insassen zu entlassen, war die SS freilich weit entfernt. So blieb auch Auschwitz nach Ende der Vergasungen weiter bestehen und forderte weiter seine Opfer. Ja erneut steigerte sich der Schrecken, als die Russen im Januar 1945 gegen das Lager vorrückten, das damals noch ungefähr 66'000 Insassen zählte. Am 18. Januar wurde die Evakuierung befohlen. Bei eisiger Kälte schleppte sich ein unendlicher Zug elender, erschöpfter Gestalten, angetrieben mit Peitschen und Pistolen der SS, nach Westen. Ziel war das Lager Gross-Rosen in Niederschlesien. Aber auch dieses war überfüllt und sollte evakuiert werden. So ging es weiter nach Westen, nach Sachsenhausen, Buchenwald, ja bis Bergen-Belsen in der Lüneburger Heide.

Am 27. Januar 1945 besetzten die sowjetischen Truppen Auschwitz. Sie fanden noch etwa 5'000 kranke und transportunfähige Häftlinge. Das Konzentrationslager Auschwitz hatte aufgehört zu existieren. Seine Erinnerung aber sollte bleiben als eine brennende und beschämende Mahnung.*

* Die angeführten Zitate sind folgenden Publikationen entnommen: Hermann Langbein: Der Auschwitz-Prozess. Eine Dokumentation, Wien 1965. Rudolf Höss: Kommandant in Auschwitz, Stuttgart 1958. Rudolf Vrba: Ich kann nicht vergeben, München 1964.

Jalta – Etappe auf dem Weg zum Kriegsende

Die Konferenz der Grossen Drei

Die Konferenz von Jalta, auf der im Februar 1945 der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt, der britische Premierminister Winston Churchill und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin über die Grundlagen des kommenden Friedens verhandelten, kam zustande dank der Bemühungen Roosevelts. Die ersten Initiative reichen bis Mitte 1944 zurück. Während Churchill grundsätzlich einverstanden war, zögerte Stalin. Er wollte zumindest Ort und Zeitpunkt des Treffens bestimmen, welches nach Teheran (Dezember 1943) das zweite der Führer der Anti-Hitler-Koalition werden sollte. Mit verschiedenen Ausflüchten weigerte sich der sowjetische Diktator, sein Land zu verlassen, und zwang so die beiden anderen schliesslich zur weiten Reise nach der Krim. Und seine Zusage traf erst Ende 1944 ein, als die Vorbereitungen für die grosse sowjetische Offensive in Polen abgeschlossen waren. Stalin konnte fast sicher damit rechnen, dass bei Konferenzöffnung die Rote Armee sich in vollem Vormarsch befinden werde, während die westlichen Alliierten noch immer an den Folgen der verlustreichen Ardennenschlacht herumlaborierten. Der von schwerer Krankheit gezeichnete, mit missionarischem Eifer ungeduldig drängende Roosevelt wollte noch vor Kriegsende die Umriss einer Friedensordnung bestimmt sehen und glaubte, dieses Handicap in Kauf nehmen zu können. Churchill, obwohl wenig glücklich über den Konferenzort, schloss sich an.

Kriegsversehrte Krim

Die Problematik von Jalta deutete sich schon im äusseren Rahmen an. Noch zeigte die Krim Spuren der deutschen Okkupation. Die Delegationen wurden zwar in feudalen Gebäuden untergebracht, die Amerikaner im Liwadia-Palast, einer ehemaligen Sommerresidenz Nikolaus II., die Briten in der Villa Woronzow, die Russen im Palais des Rasputin-Mörders Jussupow. Aber die illustren Namen trugen. Die kriegsversehrten Paläste waren nur behelfsmässig eingerichtet, viele Delegationsmitglieder mussten ihr Zimmer mit anderen teilen, nicht einmal Roosevelt hatte ein eigenes Bad.

Auch die Anreise war kompliziert. Der Präsident, der wie Stalin lange Flugreisen scheute, hatte sich bereits am 23. Januar in Norfolk an Bord des schweren Kreuzers «Quincy» eingeschifft. Ziel war zunächst Malta, wo er sich mit Churchill treffen

wollte. Der britische Premier hatte auf dieser Zusammenkunft bestanden, der er demonstrativen Charakter beimass; Stalin sandte prompt ein süffisantes Grusstelegramm: «Jalta, nicht Malta». Das politische Ergebnis des Treffens war jedoch gering. Roosevelt, welcher gleich seinem engsten, ebenfalls kranken Berater Harry Hopkins die Überfahrt grösstenteils im Kabinenbett verbracht hatte, war nicht bereit, die Russen auch nur mit dem Anschein einer britisch-amerikanischen Fronde zu verärgern. Obwohl er Churchill als kompromisslosen Kämpfer gegen Hitler schätzte, sah er in ihm auch die Verkörperung des ihm wenig sympathischen britischen Imperialismus. Stalin hatte schon in Teheran die Dissonanzen zwischen seinen westlichen Verbündeten bemerkt und ausgenützt. Auch jetzt ging es Roosevelt vor allem um das Gespräch mit Stalin.

Von Malta aus startete am Vormittag des 3. Februar die westlichen Delegationen, insgesamt 700 Personen, mit 25 Transportflugzeugen. Eskortiert von Jägern, flogen sie, dem noch von den Deutschen besetzten Kreta ausweichend, nach dem Flugplatz Saki auf der östlichen Krim. Die restlichen 200 Kilometer bis Jalta wurden im Auto zurückgelegt, sechs Stunden Fahrt durch hügeliges, vom Krieg verwüstetes Gebiet – ein beträchtlicher Stress für den im Rollstuhl von Fahrzeug zu Fahrzeug gebrachten Präsidenten.

Verhandlungsebenen

Die am 4. Februar, einem Sonntag, eröffneten und genau eine Woche später beendeten Verhandlungen verliefen auf verschiedenen Ebenen. Am Vormittag besprachen sich jeweils die militärischen Delegationen. Die Aussenminister – Stettinius, Eden und Molotow – trafen sich üblicherweise mittags zu einem Working lunch. Die Plenarversammlungen, an denen Stalin, Roosevelt und Churchill teilnahmen, begannen meist um 16 Uhr und dauerten drei bis vier Stunden. Während bei Stabschefs und Aussenministern Tagungsort und Vorsitz turnusmässig wechselten, fanden die Plenarsitzungen immer im Liwadia-Palast unter der Leitung von Roosevelt statt. Das geschah auf Antrag Stalins, eine Höflichkeitsgeste, zugleich aber ein geschickter taktischer Zug, der Roosevelt in die Rolle eines Moderators manövrierte, was ein britisch-amerikanisches Zusammengehen erschweren sollte. Hektischster Tag der Konferenz war der 8. Februar, an welchem die Besprechungen mit anschliessendem Nachtessen bis ein Uhr früh dauerten.

Konferenz ohne offizielles Protokoll

An den Sitzungen ist, ausser bei den Stabschefs, kein offizielles Protokoll geführt worden. Trotzdem lässt sich aus den privaten Aufzeichnungen der Teilnehmer der Verlauf der Konferenz bis ins anekdotische Detail rekonstruieren.

Sie wurde, vor allem bei den Plenarversammlungen, als zwanglose, gelegentlich ins Chaotische abgleitende Unterhaltung geführt. Eine Tagesordnung gab es nicht. Die Debatte hüpfte von Thema zu Thema. Die Atmosphäre war unterschiedlich, Gelöstheit und Spannungen wechselten. Churchill und Stalin sparten nicht mit Sarkasmen. Roosevelt suchte die Rolle des unparteiischen Schiedsrichters zu spielen. Hinter den Delegationschefs sassen ihre Berater, die mit eilig hingekritzelteln Notizzetteln halfen, Entscheidungen zu treffen. Vor allem Hopkins, dem Roosevelt blind vertraute, hat so den Gang der Gespräche beeinflusst. An drei gemeinsamen Dinners wurden Trinksprüche gewechselt, oft geistvolle Eingebungen des Augenblicks, oft aber auch Banalitäten oder reine Höflichkeitsfloskeln.

Im politischen Bereich beschäftigte sich die Konferenz mit vier Themen: der Zukunft Deutschlands (und in diesem Zusammenhang mit der Frage der Reparationen und der Zulassung Frankreichs zur Besetzung des Reiches), Polen, den Vereinten Nationen und der Weiterführung des Krieges gegen Japan. Im Laufe der Gespräche tauchten noch weitere Probleme auf: etwa die Behandlung der Kriegsverbrecher, Iran, die türkischen Meerengen, Jugoslawien und so fort. Auch wenn sie schliesslich Aufnahme in die Schlusspapiere fanden, so beschäftigten diese Fragen die Konferenz nur am Rande.

Die Zukunft Deutschlands

Am härtesten umstritten waren die in engem Zusammenhang stehenden Probleme Deutschlands und Polens. Für Deutschland war schon auf der Konferenz von Teheran eine Aufteilung in Aussicht genommen worden. Die Jaltakonferenz bekräftigte dies noch einmal, aber der Eifer war sichtlich geringer, und über das Wie herrschten keine übereinstimmenden Vorstellungen. Zwar lagen die Vorschläge der Londoner Europäischen Beratungskommission (ECA) vor, die im Herbst 1944 ihren Zonenplan für die Besetzung Deutschlands ausgearbeitet hatte, der nun von den Grossen Drei ohne lange Diskussion gutgeheissen wurde. Gedacht war dieser Plan nur als administrative Abgrenzung der militärischen Bereiche und nicht als das, was schliesslich daraus geworden ist, eine politische Aufteilung. Über diese sollte, so wurde in Jalta nach langem Hin und Her beschlossen, eine besondere Kommission der drei Mächte die Einzelheiten beraten. Auch die Reparationsfrage, über die man sich nicht einigen konnte, wurde an eine Dreierkommission verwiesen, die in Moskau tagen sollte.

Dagegen konnte Einmütigkeit über die Beteiligung Frankreichs an der Besetzung Deutschlands erzielt werden. Stalin stimmte zu, sofern die Sowjetzone nicht geschmälert würde. Nach einigem Widerstreben akzeptierte er schliesslich auch die Mitarbeit Frankreichs als viertes gleichberechtigtes Mitglied in dem Deutschland verwaltenden militärischen Kontrollrat.

Polen – ein Hauptzankapfel

Noch heftiger als über Deutschland wurde über Polen debattiert. Es ging im Wesentlichen um zwei Fragen: Festlegung der Grenzen und Zusammensetzung der Regierung. Von Anfang an war die westliche Verhandlungsposition hoffnungslos. Als die Jaltakonferenz tagte, war bereits ganz Polen von den sowjetischen Truppen besetzt, und eine von den Russen gebildete Marionettenregierung hatte in Warschau Sitz genommen. Das polnische Exilkabinett in London hatte durch seine starre, kompromisslose Haltung Briten wie Amerikaner verärgert. Dennoch kämpfte Churchill erbittert für ein freies demokratisches Polen. Es sei, so sagte er, für Grossbritannien eine Frage der Ehre. 1939 war Polen für England Anlass zur Kriegserklärung an Hitler gewesen. Nun, in der Hand Stalins, machte der Besitz Polens diesen zum Herrn über das östliche Mitteleuropa.

Das Ringen um Polen brachte den Westmächten jedoch nichts ein als eine vage, alle Deutungen zulassende Formulierung über die demokratischen Freiheitsrechte unter der neu zu bildenden polnischen Regierung, in welche auch die Führer der Londoner Exilpolen aufgenommen werden sollten; aber nicht einmal die Entsendung von westlichen Beobachtern zu den in Aussicht gestellten «freien Wahlen» wurde zugestanden. Vollends in der Grenzfrage setzten sich Briten und Amerikaner nicht durch. Sie waren zwar im Osten für die Curzon-Linie, wollten aber im Westen die von Stalin vorgeschlagene Oder- Neisse-Grenze nicht ohne weiteres gutheissen, um – wie Churchill es formulierte – die «polnische Gans nicht zu sehr mit deutschem Futter vollzustopfen». Schliesslich wurde eine definitive Regelung der nach dem Krieg einzuberufenden Friedenskonferenz übertragen und damit ad calendae Graecas vertagt.

Gründung der Vereinten Nationen

Entgegenkommen zeigte Stalin beim Komplex «Vereinte Nationen», dem Lieblingsthema Roosevelts auf der Konferenz. Auch hier war durch die Verhandlungen von Dumbarton Oaks 1944 einiges vorgespurt worden, aber viele Fragen waren offengeblieben, beispielsweise der Abstimmungsmodus. Die sowjetischen Führer machten sich zunächst über die allzu grossen Rechte lustig, die den kleinen Nationen in der Uno eingeräumt werden sollten. Stalin liess keinen Zweifel zu, dass er ein Direktorium der drei Grossmächte zur Garantierung des Friedens vorziehen würde. Bewusst provozierte er Roosevelt mit verächtlichen Worten über die illusionsbeladene Konstruktion der Uno. Wenn die sowjetische Seite schliesslich doch einlenkte und der Einberufung einer Gründungsversammlung auf den 25. April nach San Francisco zustimmte, fällt es schwer, darin mehr als ein taktisches Manöver zur Be-

sänftigung Roosevelts zu sehen, bei dem sowjetische Interessen kaum tangiert wurden. Gegen eine Majorisierung durch die Kleinen war die UdSSR als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates ohnehin durch das Veto abgesichert (von dem Moskau dann in den ersten Jahren der Uno eifrig Gebrauch machte). Und zudem erhielt die Sowjetunion mit der Anerkennung von Weissrussland und der Ukraine als Gründungsmitglieder zwei weitere Stimmen, nachdem der Versuch, alle 16 Sowjetrepubliken als unabhängige Staaten in die Uno zu schleusen, missglückt war.

Geschenke für Moskau im Fernen Osten

Einen ganz bedeutenden Konferenzerfolg errang die Sowjetunion im fernöstlichen Bereich. Wie dieser Triumph zustande kam, ist eine der grossen Fragwürdigkeiten der Gespräche von Jalta. Roosevelt lag daran, den Kreml für eine rasche Beteiligung am Krieg gegen Japan zu gewinnen. Er verlangte von Stalin, dass er spätestens drei Monate nach der Niederwerfung Deutschlands Tokio den Krieg erkläre. Dafür wurde den Russen die Südhälfte von Sachalin offeriert, die Inselkette der Kurilen sowie der Hafen von Dairen. Stalin verlangte ungerührt dazu noch Rechte an der ostchinesischen und der südmandschurischen Eisenbahn. Roosevelt bewilligte auch dies und nahm es auf sich, die verbündeten Chinesen (über deren Ansprüche er verfügt hatte) über den Handel zu informieren. Dieser Schacher geschah in zwei Gesprächen, die Roosevelt am 8. und am 10. Februar allein mit Stalin führte und die kaum eine Stunde dauerten.

Befriedigung der Grossen Drei

Am späten Nachmittag des 11. Februar 1945 ging die Konferenz mit der Unterzeichnung der Erklärungen und Protokolls zu Ende. Alle drei Delegationschefs waren befriedigt. Selbst der am skeptischsten gestimmte Churchill telegrafierte nach London, die Russen hätten Entgegenkommen gezeigt, das zu Zuversicht Anlass geben könne. Als Erfolg betrachtete er vor allem, dass es gelungen war, Frankreich in den Kreis der Grossmächte zurückzuführen, und er hoffte, dass so das europäische Vakuum vermieden werden könnte, das nach einem Abzug der Amerikaner entstehen würde – Roosevelt hatte in Jalta angekündigt, die Dauer der amerikanischen Präsenz nach Kriegsende werde höchstens zwei Jahre betragen.

Auch die beiden andern zeigten sich zunächst zufrieden. Stalin hatte die starke Position der Sowjetunion in Europa gesichert und im Fernen Osten grosse Zugeständnisse der Amerikaner auf Kosten Japans und Chinas erhalten. Am enthusiastischsten äusserte sich Roosevelt. Der kranke Präsident (er starb zwei Monate später) kehrte mit dem Gefühl nach Hause zurück, seine Ziele erreicht und seine Mis-

sion, der Welt eine dauerhafte Friedensordnung zu sichern, erfüllt zu haben. Er fand dabei die Zustimmung der amerikanischen Öffentlichkeit, in der die Reaktionen auf die Konferenz fast durchwegs positiv waren.

Aus heutiger Perspektive

Analysiert man heute, in Kenntnis der späteren Entwicklung, die Ergebnisse von Jalta, so bleibt von dieser Euphorie wenig übrig. Aber es gibt auch keinen Grund für eine Dämonisierung der Konferenz. Sie war ein militärisch-diplomatisches Treffen auf hoher Ebene, das durch die Anwesenheit der Regierungs- oder Staatsschefs zusätzliches Gewicht erhielt. Als solche sollte sie zunächst einmal dem Feind die Geschlossenheit der Allianz demonstrieren. Deutschland und Japan, die angesichts der offen zutage getretenen Zerwürfnisse zwischen den drei Mächten in Polen, Jugoslawien und Griechenland auf ein Auseinanderbrechen der gegnerischen Allianz spekulierten, auf ein Wunder in letzter Minute, sollte diese Hoffnung genommen werden.

Jalta hat diese Differenzen zwischen Russland, England und den USA für den Augenblick zu überspielen vermocht. Drei Dokumente sind am 11. Februar 1945 unterzeichnet worden: das für die Öffentlichkeit bestimmte Schlusscommuniqué mit seinem bewegenden Appell an die Völker des befreiten Europa, daneben die beiden geheim gehaltenen Papiere über die Beteiligung der UdSSR am Krieg gegen Japan und das Schlussprotokoll der Aussenminister. Von ihnen hat vor allem das Schriftstück über den Fernen Osten Gewicht, weil hier Entscheide vorweggenommen wurden, ehe militärische Streitkräfte politische faits accomplis geschaffen hatten. Die beiden andern Dokumente gehen mehr oder minder von den durch die Kriegsmächte in ihrem Machtbereich geschaffenen vollendeten Tatsachen aus. Dort, wo diese hätten in Frage gestellt werden können wie etwa in dem so heiss debattierten polnischen Komplex, kam man über vage, vieldeutige Formulierungen nicht hinaus, die sich in der Realität des politischen Alltags bald als rein verbale Demonstration erweisen sollten.

Jalta war eine Etappe auf dem Weg zur Liquidation des Zweiten Weltkrieges. Auf der Krim ist zwar der endgültige Anstoss zur Gründung der Uno gegeben worden. Aber die wichtigste, damit verknüpfte Erwartung, die vor allem von den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten gehegt wurde, hat die Konferenz nicht zu erfüllen vermocht, die Schaffung einer dauernden Harmonie zwischen den Mächten über den Sieg hinaus. Es war im Grunde ein utopisches Ziel. Volle und uneingeschränkte Harmonie hat auch während der schwersten Belastungen des Krieges in der Zwangscoalition nie bestanden, in welche England, Russland und Amerika durch Hitlers Aggressionen hineingetrieben worden waren. Aber nicht Jalta hat die Welt in zwei

Blöcke oder Interessensphären gespalten. Die Bipolarität war das Ergebnis der zwei grossen Kriege, in denen das einst weltbeherrschende Europa sich selbst zerstörte, so dass aussereuropäische Mächte sein Erbe antreten konnten. In Jalta wurde nur noch Inventur gemacht. Die machtpolitischen Tatsachen wurden akzeptiert, neue konnten keine geschaffen werden.

8. Mai 1945

Kriegsende in Europa

Am 11. November 1918 um 11 Uhr westeuropäischer Zeit verkündete das «Cessez le feu»-Signal eines französischen Trompeters an der Westfront, dass der im Wald von Compiègne zwischen Deutschen und Alliierten unterzeichnete Waffenstillstand in Kraft getreten und der Weltkrieg, der später der Erste genannt werden sollte, zu Ende sei. Als im Mai 1945 die Deutschen kapitulierten, ertönte kein Clairon. Zwar wurden auch dieses Mal ordnungsgemäss Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, zweimal sogar, einmal in Reims am 7. Mai zwischen den Deutschen und den westlichen Alliierten und dann noch einmal, zwei Tage später, in Berlin Karlshorst zwischen den Deutschen und der Sowjetunion. Aber das war nur noch eine Formsache. Seit am 26. April Amerikaner und Russen sich bei Torgau an der Elbe die Hände gereicht hatten, der deutsche Führer vier Tage später in der Reichskanzlei Selbstmord begangen und Berlin kurz darauf sich ergeben hatte, war der Krieg in Europa am Erlöschen. Die deutsche Wehrmacht kapitulierte in Raten, in Italien, Holland, in Nordwestdeutschland. Göring und Himmler hatten noch zu Lebzeiten Hitlers Friedensfühler auszustrecken gesucht, und der Bannstrahl des in seinem Bunker eingeschlossenen, in ohnmächtigem Zorn überall Verrat witternden Diktators hatte sie noch kurz vor dem Ende getroffen. In den letzten zwei oder drei Wochen des europäischen Krieges gab es für die deutsche Wehrmacht nur noch ein Ziel: die Soldaten der Ostfront soweit als möglich nach Westen hinüber zu retten, damit sie den Angelsachsen und nicht den rachedurstig vordringenden Russen in die Hände fallen würden.

Chaos in Europa

Die letzten Kriegstage in Europa waren ein einziges Chaos. Der Höllensturz der Diktatoren – auch den italienischen Duce Benito Mussolini hatte am 29. April das Schicksal ereilt – markierte sichtlich das Ende. Aber noch versuchte in Flensburg, im äussersten Norden des auseinandergeborstenen Reiches, der von Hitler zum Nachfolger ernannte Grossadmiral Karl Dönitz die Fiktion einer Weiterführung des Kampfes aufrechtzuerhalten. Durch zahllose Gerüchte geisterte die sagenhafte Alpenfestung, in die sich die zu allem entschlossenen, auf ihre Idee eingeschworenen Nazis zurückziehen würden, in ein nur schwer einnehmbares Reduit, in welchem der Krieg noch Wochen oder Monate lang weitergeführt werde. Im übrigen besetzten

Gebiet aber werde der «Werwolf» eine Partisanenbewegung aufziehen und den siegreichen Besetzungsmächten in den Rücken fallen. Ernst zu nehmen war das alles nicht, wie sich später zeigen sollte, es war lediglich ein letzter Nachhall der Nazi-Propaganda. Das konnte in den ersten Maitagen aber niemand mit Sicherheit voraussagen; auch war ungewiss, wie sich die von den westlichen Gegnern des Dritten Reiches seit der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 geforderte «bedingungslose Kapitulation» vollziehen sollte. So bedeutete die Doppelkapitulation von Reims und Karlshorst, die äusserlich in militärisch konventioneller Form vor sich ging, die Erlösung aus tagelanger Ungewissheit. Der Krieg in Europa war tatsächlich zu Ende, der 8. Mai wurde für Engländer und Amerikaner zum Victory Day: die Sowjetunion feierte den Sieg mit Freudenfeuern und Salutschüssen über den Kreml erst einen Tag später.

Militärisch gab es am Ausgang des Krieges nichts zu deuteln. Deutschland war geschlagen. Es gab keine in Ordnung zurückmarschierende Front wie 1918, keinen paradierenden Einzug geschlossener Einheiten in heimatliche Städte, keinen Ruf «im Felde unbesiegt», sondern nur Chaos und Auflösung. Zwar standen am 8. Mai 1945 noch deutsche Truppen in den «Atlantik-Festungen» Lorient und St-Nazaire, auf den Kanalinseln, an der Weichselmündung, im Kurlandkessel, auf den Inseln der Ägäis und in Norwegen bis über den Polarkreis hinaus – aber das waren verlorene Aussenposten, Zeugen einer Strategie, die einmal erobertes Gebiet gegen alle Vernunft um jeden Preis bis zum letzten halten wollte. Dafür war ganz Deutschland bis auf geringe Reste besetzt. Es gab keinen Anlass mehr für eine Dolchstoßlegende. Der Untergang des Dritten Reiches hatte nichts Heroisches, auch wenn der Führer mit seinem Propagandaminister in den Trümmern der Reichshauptstadt jene Götterdämmerung inszenierte, die Goebbels schon 1933 kurz nach der «Machtergreifung» angekündigt hatte, als er pathetisch erklärte, die Nationalsozialisten würden die einmal von ihnen besetzten Ämter nicht mehr verlassen, es sei denn, man trage sie als Leichen hinaus ...

Längst verlorener Krieg

Verloren aber war der Krieg für Deutschland schon längst gewesen. Spätestens nach der Landung der Alliierten in der Normandie und nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944 in Russland gab es für Deutschland angesichts der erdrückenden militärischen, technischen und wirtschaftlichen Überlegenheit der gegnerischen Koalition, deren Truppen von Ost, West und Süd her gegen das Reichsgebiet vorrückten, keine Chance mehr. Schon im Herbst 1944 überschritten sowohl im Osten wie im Westen die feindlichen Armeen die deutschen Grenzen. Im

Winter 1944/45 erhielten die Deutschen, die inzwischen mit dem Volkssturm ihr letztes Aufgebot mobilisiert hatten, nochmals eine Galgenfrist. Sie benützten diese, um in der Ardennenoffensive im Dezember 1944 den Versuch zu wagen, die westlichen Alliierten wieder an die Kanalküste zurückzuwerfen, ein Angriff, der schon nach wenigen Tagen steckenblieb und der Wehrmacht ihre letzten Reserven kostete.

Wenige Wochen später begann am 12. Januar 1945 beim Weichselbrückenkopf von Baranow der sowjetische Angriff, der erste entscheidende militärische Schlag des neuen Jahres. Die Rote Armee stürmte in kürzester Zeit bis zur Oder vor. Die deutsche Verteidigung brach völlig zusammen. Bereits jetzt schien die letzte Stunde des Dritten Reiches geschlagen zu haben. Das oberschlesische Industriegebiet fiel fast unversehrt in sowjetische Hand. Berlin lag in Griffnähe der Russen; hastig wurden in der Reichshauptstadt Barrikaden und Panzerfallen errichtet. Aber an der Oder erlahmte der sowjetische Vorstoss, und die deutsche Ostfront konsolidierte sich ein letztes Mal.

Für die Wehrmacht bedeutete das jedoch keine Atempause. Nun griffen die westlichen Alliierten an; sie erreichten in den ersten Märztagen den Rhein; durch einen Handstreich fiel ihnen bei Remagen eine unzerstörte Brücke in die Hände, und sie konnten sich auf der rechten Rheinseite festsetzen. In breiter Front wurde der Fluss erst etwa zwei Wochen später überschritten, doch dann folgte ein Vormarsch, der an Tempo alle bisherigen Offensiven des Krieges übertraf. Innerhalb von drei Wochen stiessen die amerikanischen Armeen bis zur Elbe und tief nach Thüringen hinein vor. Die Briten unter General Montgomery drangen in die Norddeutsche Tiefebene ein und bedrohten die Häfen an der Küste von Nord- und Ostsee. Das Ruhrgebiet wurde von den Alliierten umfasst und eine ganze Heeresgruppe der Deutschen liquidiert. Im Süden marschierten Amerikaner und Franzosen in Baden und Württemberg ein; General Pattons 3. Armee erreichte die Donau und die tschechoslowakische Grenze. Mitte April war die deutsche Westfront völlig zusammengebrochen; jeder organisierte Widerstand hatte aufgehört.

Schlacht um Berlin

Die wichtigste Episode in den Kämpfen der letzten drei Kriegswochen war die Schlacht um Berlin. Hier führten die Russen den entscheidenden Angriff. Während des schnellen Vormarsches der Engländer und Amerikaner in Deutschland hatte es ein paar Tage lang so ausgesehen, als würde es zwischen Ost und West zu einem Wettlauf nach der Reichshauptstadt kommen. Aber der Entscheid war bereits Ende März gefallen, als der alliierte Oberkommandierende, General Dwight D. Eisenhower, in einem Telegramm an Stalin erklärt hatte, Berlin sei kein lohnendes militärisches und politisches Ziel mehr. Gleichzeitig hatte Eisenhower dem sowjetischen

Generalissimus vorgeschlagen, das Zusammentreffen zwischen Alliierten und Russen längs der Elbelinie in Sachsen anzustreben. Stalin hatte dieses Angebot, das ihn zum Sieger von Berlin machte, unverzüglich akzeptiert.

Trotz schärfster Opposition Churchills wurde nach diesem Plan verfahren. Die Amerikaner machten an der Elbe halt und verlegten den Schwerpunkt in den südlichen Abschnitt der Front, um die Deutschen zu hindern, im Alpengebiet jene Reduit-Stellung zu beziehen, von der die Goebbelsche Propaganda furchterregende Dinge erzählt hatte.

So kam es, dass die Schlacht um Berlin von den Russen allein geschlagen wurde. Mit stärkerem Gespür als die Amerikaner hatte Stalin erkannt, dass die Reichshauptstadt, obwohl kaum mehr als ein unübersehbares Trümmerfeld, auch im Frühjahr 1945 noch immer das Kraftzentrum des deutschen Kriegswillens war. Im Januar war Hitler nach dem Misslingen der Ardennenoffensive von seinem Hauptquartier bei Bad Nauheim nach der Reichskanzlei zurückgekehrt. Von Berlin aus leitete er die Kriegshandlungen der letzten vier Monate. Als die Fronten der Amerikaner und Russen in Mitteldeutschland zusammenrückten und sich eine Aufspaltung der deutschen Wehrmacht in zwei Teile abzeichnete, beschloss Hitler nach einigem Schwanken, in Berlin zu bleiben. Die Hauptstadt des Reiches sollte das «Bollwerk» werden, an dem sich, wie es in der Terminologie der Nationalsozialisten hiess, «der bolschewistische Sturm aus den Steppen Asiens brechen» würde.

Der Kampf um Berlin dauerte ganze vierzehn Tage. Am 16. April überschritten die Russen die Oder, umfassten wenige Tage später die Reichshauptstadt in einer Zangenbewegung. Strasse um Strasse mussten sie sich in die Innenstadt vorkämpfen, wo Hitler bis zum letzten Augenblick vergeblich auf einen Entsatz von aussen hoffte. Am 30. April beging er Selbstmord; am 2. Mai kapitulierte der Kampfkommandant von Berlin, General Weidling.

«Alles oder nichts»

Es liegt wenig Sinn in dieser letzten Phase des Krieges. Die Ankündigung der deutschen Propaganda, die Waffen erst fünf Minuten nach zwölf niederzulegen, wurde wortwörtlich wahrgemacht, und dieser Aberwitz hat dem deutschen Volk in den letzten neun Monaten des Krieges mehr Verluste verursacht als in den fünf Jahren zuvor. Die deutsche Führung konnte nur noch auf ein Wunder hoffen, auf ein Auseinanderbrechen der gegnerischen Koalition etwa oder eine Wende in der Politik Amerikas nach Roosevelts Tod. Der Bevölkerung wurde vorgegaukelt, Hitler sei im Besitz von Wunderwaffen von so erschreckender Vernichtungskraft, dass der Führer in seiner Verantwortung gegenüber dem Schicksal, das die Betroffenen erwarte, zögere, diese einzusetzen. Dabei enthüllte gerade in diesem letzten Kriegsabschnitt der Nationalsozialismus seinen nihilistischen und destruktiven Charakter. Sein wichtig-

stes Ziel war stets nur die Erringung und Behauptung von Macht gewesen, der Drang nach Unterwerfung, Unterdrückung und Ausrottung fremder Völker. Verlor er die Macht, so blieb als Alternative nur die Zerstörung.

In den letzten Kriegsmonaten richtete sich diese nun gegen Deutschland selbst. Stadt um Stadt sank unter den alliierten Bombardements in Schutt und Asche. Im Osten Deutschlands floh die Bevölkerung in panischem Schrecken vor den Russen westwärts, in Ostpreussen, Schlesien und Pommern wütete die sowjetische Soldateska. Und in dieser schrecklichen Stunde der deutschen Nation gab der Führer und Oberste Befehlshaber die Weisung aus, mit einer Politik der verbrannten Erde das Zerstörungswerk zu vollenden, denn wenn der Krieg für Deutschland verlorengehe, so sei auch das Volk der Vernichtung verfallen und es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitivsten Überleben brauche, Rücksicht zu nehmen, sondern im Gegenteil besser, diese zu zerstören. Was nach dem Kampf übrig bleibe, seien ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten seien gefallen...

In Wahrheit aber hatte Deutschland als Staat mit der Kapitulation des Dritten Reiches de facto zu existieren aufgehört. Die Sieger gaben sich keine Mühe, eine gesamtdeutsche Regierung zu schaffen, die als Verhandlungspartner für einen künftigen Friedensvertrag hätte dienen können. Dem Grossadmiral Dönitz, um den sich einige dem Inferno entronnene Minister, Politiker und Offiziere versammelten und der mit ihnen die Fiktion einer Kontinuität der deutschen politischen Zentralgewalt aufrechtzuerhalten suchte, wurde einige Wochen Narrenfreiheit gewährt. Am 23. Mai zerstob das Phantom des Vierten Reiches von Flensburg; die Regierung Dönitz wurde festgenommen, die meisten ihrer Angehörigen in Lager und Gefängnisse gebracht.

Was geschieht mit Deutschland?

So war Deutschland nicht nur militärisch, sondern auch politisch am Ende. Allerdings waren sich die Siegermächte nicht darüber klar, was mit dem Reich, das sich ihnen bedingungslos übergeben hatte, geschehen sollte. Ursprünglich waren sie sich zumindest darin einig gewesen, die Einheit Deutschlands zu zerschlagen. Auf dieser Basis hatten die Grossen Drei, Roosevelt, Churchill und Stalin, auf der Konferenz von Teheran Ende 1943 debattiert, und auch in Jalta im Februar 1945 herrschte zwischen den Staats- und Regierungschefs der siegreichen Koalition Übereinstimmung, dass Deutschland aufzuteilen sei. Über das Wie hatte aber jeder seine eigenen Vorstellungen. Roosevelt skizzierte Teilungspläne auf Tischservietten, die Deutschland wie einen Kuchen zerschnitten; Churchill träumte von der Restauration einer katholischen Monarchie im Süden des Reiches. Stalin forderte die Abtrennung der deutschen Ostprovinzen; das Ruhrgebiet sollte der deutschen Kontrolle entzogen und internationalisiert werden. In den angelsächsischen Ländern geisterte in den letzten

Kriegsmonaten der Plan des amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau durch die Köpfe, welcher eine Entindustrialisierung Deutschlands und seine Rückbildung zum Agrarstaat vorsah. Roosevelt und Churchill hatten diese phantastische Utopie auf der Konferenz von Quebec im August 1944 leichthin akzeptiert; ihre Zustimmung angesichts der scharfen Opposition sowohl im britischen wie im amerikanischen Kabinett kurz darauf aber wieder zurückgezogen. Der Morgenthau-Plan war aber damit nicht tot, er lieferte zunächst der deutschen Propaganda in den letzten Kriegsmonaten willkommene Argumente für ihre Durchhalteparolen, und nach dem Einzug der Sieger in Deutschland schien er auch aus den Vorstellungen mancher westlicher Militärbefehlshaber nicht ganz verschwunden zu sein.

Um den Wirrwarr zu vervollständigen, änderte die Sowjetunion plötzlich in den letzten Kriegswochen ihre Haltung in der deutschen Frage. Moskau setzte sich nun für die Einheit Deutschlands ein, und die sowjetischen Soldaten schlugen in den eroberten Städten Plakate an mit dem Stalin-Wort: «Die Hitler kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk aber bleiben.»

Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Meinungen war zunächst ein Kompromiss. Nach dem Sieg besetzten die Truppen der einzelnen Mächte die ihnen in der Viermächtevereinbarung zugewiesenen Zonen. Die Amerikaner überliessen jene Gebiete in Mitteldeutschland, die für eine sowjetische Besetzung vorgesehen waren, nach dem Waffenstillstand den Russen; Briten, Amerikaner und Franzosen nahmen Besitz von ihren Sektoren in Berlin. Am 5. Juni 1945 wurde die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Alliierten verkündet. Von einer Aufteilung Deutschlands war nun keine Rede mehr, im Gegenteil. Zwar wurden die höheren administrativen Strukturen aufgelöst, und die deutsche Verwaltung wurde auf die kommunale Ebene beschränkt, aber Deutschland sollte als Einheit behandelt werden. Als oberstes Kontrollorgan in dem besiegten Land wirkte ein Kontrollrat aus den Oberkommandierenden der vier Siegermächte: Eisenhower, Montgomery, Schukow und de Lattre de Tassigny. Dieser Kontrollrat nahm seinen Sitz in der ehemaligen Hauptstadt Berlin. Die vier Oberkommandierenden, die nun das Amt von Militärgouverneuren versahen, versicherten, dass sie in allen Deutschland betreffenden Fragen gemeinsam vorgehen würden.

Bis zum Abschluss des Friedensvertrages ...

Das blieb jedoch rein verbale Geste. In der Praxis handelte jeder der vier Siegerstaaten eigenmächtig in seiner Besetzungszone, das spätere Auseinanderfallen Deutschlands war damit programmiert. Vor allem die Russen, denen der grösste Teil des ehemaligen Reiches zugefallen war und die schliesslich bis vor die Tore Lübecks und Kassels vorrücken konnten, schufen vollendete Tatsachen. Sie trennten die ehemaligen Provinzen Ostpreussen, Pommern und Schlesien von ihrer Zone ab und un-

terstellten sie der polnischen Verwaltung. Den nördlichen Teil Ostpreussens nahmen sie zudem für sich selbst in Anspruch. Die nach der grossen Flucht vom Januar und Februar 1945 noch verbliebenen Deutschen trieben sie und die Polen mit rücksichtsloser Härte aus. An den Ostdeutschen vollzog sich die Rache des Slawentums, ein neues blutiges Kapitel in dem jahrhundertealten Volkstumskampf, der mit der Kolonisation durch die deutschen Ordensritter im Mittelalter begonnen hatte und über Generationen hinweg in friedlicher oder kriegerischer Durchdringung des slawischen Raumes mit germanischen Siedlern weitergegangen war, bis Hitler in seiner hybriden Expansionspolitik diesen Kampf zum Rassen- und Ausrottungskrieg gemacht und damit die Katastrophe über Deutschland heraufbeschworen hatte.

Angesichts der hier auflodernden Urgewalten des Hasses war es kaum mehr als eine juristische Hilfskonstruktion, wenn sich die siegreiche Koalition bei der territorialen Definition des Deutschen Reiches auf die Formel des Deutschlands vom 31. Dezember 1937 geeinigt hatte. Deutschland sei das, was von Deutschland übriggeblieben sei, definierte Stalin, und er kam damit der Realität (die er selber mitgeschaffen hatte) am nächsten. Daran änderte sich auch nichts, als auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 die Grossen Drei nochmals das Deutschland von 1937 als Ausgangsbasis nahmen und alle definitiven territorialen Änderungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages auf schoben, im Übrigen aber die Einrichtung einer sowjetischen und polnischen Verwaltung in Ostdeutschland akzeptieren und sogar die Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet sowie aus der Tschechoslowakei und Ungarn guthiessen. Sie müsse «in geregelter und humaner Form» vor sich gehen, hiess es, was kaum mehr als blanker Hohn war.

Als die Siegermächte die Neuordnung Deutschlands unmittelbar nach Kriegsende in Europa vertagten, taten dies die westlichen Alliierten auch unter dem Druck des immer noch auf ihnen lastenden Krieges gegen Japan, in den die Sowjetunion noch nicht eingetreten war und von dem niemand voraussehen konnte, dass er nach dem Abwurf der Atombomben im August 1945 so rasch zu Ende gehen werde. Weder Aufteilung noch Wiedervereinigung Deutschlands waren ein aktuelles Thema. So blieb die Behandlung Deutschlands weitgehend den einzelnen Militärgouverneuren und ihren Mitarbeitern überlassen, und deren Weisungen waren von Zone zu Zone verschieden. Die Richtlinien des Kontrollrates legten zwar Schwerpunkte fest, die Wiedergutmachung, Demontagen, Entnazifizierung, Entmilitarisierung, Verfolgung der Kriegsverbrecher usw.; aber auch hier war die Durchführung in den einzelnen Besetzungsgebieten unterschiedlich, die sich zudem noch durch Grenzkontrollen voneinander abzuschliessen begannen.

Das deutsche Volk vor dem Nichts

Auch die Deutschen selber hatten im Sommer 1945 andere Sorgen als das Nachdenken über staatsrechtliche Konstruktionen wie das Weiterleben des Deutschen Reiches. Das Land war desorganisiert, die Städte lagen in Trümmern, die Verbindungen funktionierten nicht, Flüchtlinge strömten ins Land hinein, die im Krieg nach Deutschland zur Arbeit gepressten Ausländer wollten zurückkehren, Millionen von deutschen Soldaten waren in Kriegsgefangenschaft, Hunger, Not und Hoffnungslosigkeit überall. Chaos und Auflösung dauerten lange über das Kriegsende hinaus. Der Alltag im besiegten Land bedeutete für die meisten kaum mehr als Kampf um die nackte Existenz.

Das deutsche Volk war ins Nichts gestossen, in die nationale Katastrophe. Der Hitler-Spuk hatte sich über Nacht aufgelöst. Zu ihrer Überraschung mussten die Sieger erleben, dass der Nationalsozialismus ebenso tot war wie sein Führer. Keine fanatischen Werwölfe hielten die Fahne hoch, um für die Ideen Hitlers weiterzukämpfen. Der Nationalsozialismus, der den totalen Staat proklamiert und den totalen Krieg geführt hatte, schien über Nacht zerstoßen, als hätte es ihn nie gegeben. Er hinterliess ausser den Trümmern nichts als eine politische Leere – das war Deutschlands Stunde Null im Jahre 1945.

Die Verbrechen des Nazi-Regimes

Das Versinken des Nationalsozialismus in die Vergangenheit war ein seelischer Verdrängungsprozess, den der grösste Teil des deutschen Volkes, das in den Tagen des Siegers seinem Führer zugejubelt hatte, automatisch mitmachte. Niederlage, Zerstörung und materielles Elend wären noch zu ertragen gewesen, härter war die allmählich aufdämmernde Erkenntnis, dass auf Deutschland nicht nur der Verlust des Krieges lasten würde, sondern auch, und das vor allem, die Schande der verbrecherischen Kriegführung durch das Dritte Reich. Bei ihrem Vorstoss ins Innere Deutschlands waren die Konzentrationslager des Nazi-Regimes von den Siegern erobert und ihre Insassen befreit worden. Zwar hatten die Deutschen versucht, einzelne der Lager zu evakuieren, aber damit vergrösserten sie nur Not und Elend. Tage- und wochenlang wurden Häftlinge sinnlos über die Strassen Deutschlands getrieben, zum nächsten Lager und von dort zum nächsten. Bald waren die Lager überfüllt, und als die Befreier kamen, fanden sie fast überall ein Inferno vor, das selbst die schlimmsten Vorstellungen überstieg, welche die schärfsten Gegner des Hitler-Regimes von der Nazi-Barbarei hatten.

So war es in Bergen-Belsen, so in Buchenwald, so in Dachau und in vielen anderen Lagern. Berge von Leichen lagen da, die später von Bulldozern in Massengräber geschaufelt wurden. Ausgemergelte, bis auf das Skelett abgemagerte Menschen in

gestreifter Häftlingskleidung bettelten um Brot, lagen apathisch auf Pritschen, starrten mit klagenden Augen die fremden Soldaten an. Bilder und Filmaufnahmen davon gingen um die Welt. Das ist wohl das Erschütterndste und Eindrücklichste, das sich mit dem Kriegsende von 1945 verbindet, dieser Aufschrei der gequälten und geschundenen Kreatur, diese Leiden der Opfer eines unmenschlichen Regimes. Auf die ins Vakuum der Niederlage hineingestossenen Deutschen fiel dies alles zurück, noch ehe Ausmass und Systematik der Todesmaschinerie in den Vernichtungslagern in allen Einzelheiten bekanntgeworden waren. So waren die Deutschen die doppelt und dreifach Geschlagenen. Die Schande fiel auf das ganze Volk – Kollektivschuld hiess es, allzu simplifizierend –, ein Makel, an dem Deutschland zu tragen hatte und noch immer hat, das schreckliche Vermächtnis des Nationalsozialismus und seines Herrschaftsanspruches.

Sühne für die Verbrechen des Dritten Reiches

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg

Es ist nicht einfach, heute den Stellenwert der Nürnberger Prozesse eindeutig festzulegen. Der Versuch, den bisher grössten aller Kriege, der mit einer Brutalität ohnegleichen geführt worden war, gewissermassen durch ein juristisches Verfahren zu beenden und damit neues Recht zu setzen, konnte schon von der Sache und der Zeitsituation her nicht in allen Teilen überzeugend ausfallen. Immerhin war es ein weiterer Anlauf, für das zwischenstaatliche Recht neue Normen zu schaffen. Ein Zeichen sollte gesetzt werden, dass künftige Kriege nicht mehr frei von jeder Rücksichtnahme auf moralische und ethische Gesetze geführt werden könnten. In dieser Hinsicht reihen sich die Nürnberger Verfahren ein in die schon Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg unternommenen Versuche, das Kriegsrecht zu ordnen und Verhaltensregeln zu schaffen, die in Zukunft bei bewaffneten Auseinandersetzungen eingehalten werden sollten.

Vorbereitung während des Krieges

Der Ruf nach Sühne für die von den Deutschen in den von ihnen besetzten Gebieten begangenen Verbrechen ertönte bereits während des Krieges. Im Januar 1942 unterzeichneten die Exilregierungen von Belgien, Frankreich, Griechenland, Holland, Norwegen, Jugoslawien, Luxemburg, Polen und der Tschechoslowakei die Erklärung von St. James, in welcher die Bestrafung der Kriegsverbrecher als eines der wichtigsten Kriegsziele bezeichnet wurde. Ende Oktober 1943 genehmigte die in Moskau tagende Konferenz der Aussenminister von Grossbritannien, den USA und der Sowjetunion eine Deklaration über die deutschen Grausamkeiten im besetzten Europa. Diese Moskauer Erklärung bildete die rechtliche Grundlage für die späteren Kriegsverbrecherprozesse. Sie institutionalisierte grundsätzlich das Territorialitätsprinzip; die Angeschuldigten sollten zur Aburteilung an die Länder ausgeliefert werden, in denen die Verbrechen begangen worden waren. Daneben wurde eine besondere Kategorie von Hauptkriegsverbrechern geschaffen/deren Delikte nicht an einen geographisch bestimmten Tatort gebunden waren; diese sollten auf Grund einer gemeinsamen Entscheidung der Regierungen der Alliierten bestraft werden.

Die Schaffung des IMT

Am 2. Mai 1945, als der Krieg in Europa zu Ende ging, beauftragte der amerikanische Präsident Truman den Richter beim Obersten Bundesgericht, Robert H. Jackson, einen Bericht über die Schaffung eines Internationalen Militärtribunals (IMT) zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher zu verfassen. Jackson legte seine Anträge etwa einen Monat später vor; sie dienten den alliierten Mächten als Grundlage, welche am 8. August im Londoner Abkommen das Statut über das IMT guthiessen. Dieses setzte sich aus Vertretern der vier Deutschland besetzt haltenden Mächte USA, Grossbritannien, Sowjetunion und Frankreich zusammen. Angeklagt werden sollte eine Anzahl von Einzelpersonen sowie von Organisationen des Dritten Reiches. Es gab vier Anklagepunkte: Verschwörung zur Führung eines Angriffkrieges, Führung eines Angriff krieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der letztere Punkt wurde deshalb aufgenommen, um auch Verbrechen anklagen zu können, die innerhalb Deutschland und vor Kriegsbeginn begangen worden waren. Als Verhandlungsort wurde Nürnberg bestimmt, die alte Reichsstadt, wo einst die Nazis ihre triumphalen Parteitage abgehalten hatten.

Am 24. Oktober erfolgte die Anklageerhebung gegen 24 Einzelpersonen und sechs Organisationen. Alle Angeklagten hatten im Dritten Reich führende Positionen eingenommen; offenbar wurde ein repräsentativer Querschnitt durch alle Bereiche des Regimes angestrebt. Es handelte sich um hohe Parteifunktionäre, Minister, Militärs, Vertreter der Wirtschaft, der Geheimpolizei, der Propaganda und so fort. Angeklagt wurden Reichsmarschall Göring, Hitlers Stellvertreter Hess, die Aussenminister v. Ribbentrop und v. Neurath, die Admiräle Raeder und Dönitz, die Generale Keitel und Jodl, der Führer der Arbeitsfront, Ley, der Parteiideologe Rosenberg, die Minister Frick, Funk und Speer, der Reichsjugendführer v. Schirach, der SD-Chef Kaltenbrunner, der Generalgouverneur Polens, Frank, der Bevollmächtigte in Holland, Seyss-Inquardt, der wüste Antisemit Streicher, Reichsleiter Bormann, Reichskanzler a.D. v. Papen, Reichsbankpräsident Schacht, der Industrielle Krupp und der Radiokommentator Fritzsche. Kurz vor Beginn des Prozesses beging Ley Selbstmord, Krupp wurde verhandlungsunfähig erklärt, Bormann blieb unauffindbar, so dass schliesslich nur 21 Angeklagte vor Gericht erschienen. Angeschuldigte Organisationen waren das Führerkorps der NSDAP, die SS, die SA, die Gestapo samt SD, die Reichsregierung und der Generalstab.

Die Verhandlungen waren von Anfang an schwierig, und zwar aus formalen wie materiellen Gründen. Das Londoner Abkommen stützte sich stark auf das Gewohnheitsrecht und damit auf die angelsächsische Rechtstradition, was zu endlosen Verfahrensstreitigkeiten vor allem mit den deutschen Verteidigern führte. Die ungeheure Fülle des von der Anklage vorgetragenen Belastungsmaterials war zwar für

die historische Forschung interessant, vor Gericht aber nur schwer zu bewältigen. Alles musste zudem in vier Sprachen übersetzt werden. Schliesslich schleppte sich der Prozess nur noch langsam dahin, das Interesse der Öffentlichkeit schwand.

Differenziertes Urteil

Am 1. Oktober 1946 wurden die Urteile verkündet. Sie lauteten: Todesurteile für Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyss-Inquardt und (in Abwesenheit) Bormann. Lebenslängliche Haftstrafen erhielten Hess, Funk und Raeder. Zu 20 Jahren Haft verurteilt wurden Schirach und Speer, zu 10 Jahren Dönitz und Neurath. Einen Freispruch erhielten Schacht, Papen und Fritzsche. Als verbrecherische Organisationen wurden das Führerkorps der NSDAP, die SS und die Gestapo bezeichnet, freigesprochen wurden SA, Reichskabinett und Generalstab. Die Urteile wurden am 15./16. Oktober 1946 durch den Strang vollstreckt, in der Nacht zuvor entzog sich Göring durch Selbstmord dem Henker.

Das differenzierte Urteil zeigt, dass hier nicht nur einfach Rache geübt, sondern wirklich versucht wurde, neue Rechtsnormen zu setzen. Wenn das Resultat doch nicht befriedigen konnte, so vor allem aus zwei Gründen. Der Vorwurf, dass die Sieger über die Besiegten zu Gericht gegessen hätten, verfiel vor allem in der deutschen Öffentlichkeit; immer wieder war das Argument zu hören, zumindest dem Vertreter der stalinistischen Diktatur habe die Aktivlegitimation zur Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefehlt. Der zweite Vorwurf stützte sich auf die Nichtbeachtung des Grundsatzes *Nulla poena sine lege*, was auch auf juristischer Seite mancherorts zu Kritik Anlass gab. Ferner bot die Auswahl der Angeklagten Angriffsflächen (warum gerade der verhältnismässig unbedeutende Goebbels-Mitarbeiter Fritzsche?). Und schliesslich sah sich das Gericht mit den von ihm angewandten Rechtsnormen ausserstande, Mitverantwortliche des Machtantrittes von Hitler wie Papen und Schacht zur Verantwortung zu ziehen, obwohl gerade bei diesen beiden ihre moralische Mitschuld an der Errichtung des Naziregimes ausser Zweifel stand.

Folgeprozesse

Das Verfahren gegen die Hauptkriegsverbrecher blieb jedenfalls das einzige, das vor dem IMT durchgeführt wurde. Noch während der Prozess in Nürnberg andauerte, war im Dezember 1945 das Kontrollratsgesetz Nr. 10 verabschiedet worden, welches für die Aburteilung von Kriegsverbrechern im besetzten Deutschland eine einheitliche Rechtsgrundlage zu schaffen suchte, die Durchführung der Verfahren jedoch den einzelnen Besetzungsmächten überwies. Der schwerfällige Apparat des

IMT sollte nicht nochmals in Gang gesetzt werden. So kam es in den verschiedenen Zonen in den folgenden Jahren zu weiteren Prozessen. Am bekanntesten sind die von den Amerikanern angestrebten, die ebenfalls in Nürnberg stattfanden (Wilhelmstrassenprozess, Ärzteprozess, Flick-Prozess usw.). Der letzte dieser Reihe wurde 1949 abgeschlossen.

Markstein gegen das Vergessen

Ohne Zweifel hatten die Nürnberger Prozesse viele Mängel. Mit den Normen menschlichen Rechts wurde versucht, das irrational-unmenschliche Verbrechen des Krieges zu messen und zu sühnen und Gerechtigkeit walten zu lassen – ein Unterfangen, das von vornherein kaum voll gelingen konnte. Mancher Spiessgeselle, der ebenso Schuld auf sich geladen hatte, vermochte zu entfliehen, andere wieder traf es hart und konsequent. Als einsame Erinnerung an den Hauptkriegsverbrecher-Prozess lebte bis zu seinem Selbstmord im Jahre 1987 der zu lebenslänglicher Haft verurteilte einstige Führerstellvertreter Rudolf Hess im monumentalen roten Ziegelsteinbau des Gefängnisses von Spandau, jahrelang allein neben Hunderten von leeren Zellen ...

Trotzdem wäre es nicht richtig, die Nürnberger Prozesse nur nach ihren Widersprüchen zu beurteilen. Sie haben mit den Anstoss gegeben, das Gewissen aufzurütteln und die Unmenschlichkeit eines brutal geführten Krieges im Gedächtnis der Nachwelt wachzuhalten. Wenn bis heute immer wieder Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden und die unter dem Deckmantel des Krieges begangenen Mordtaten der Verjährung entzogen worden sind, so ist das auch eine Folge von Nürnberg 1945/46. Je mehr die zeitliche Distanz zum Krieg wächst, desto unbegreiflicher und in ihrer Art wie ihrer Dimension einmaliger erscheinen die Verbrechen, die im Namen des Dritten Reiches begangen worden sind. In Nürnberg ist versucht worden, einen Markstein zu setzen gegen das Vergessen.

Hitlers Drachensaat

Die langen Schatten des Zweiten Weltkriegs

Der Zweite Weltkrieg hat die Welt stärker verändert als alle andern bewaffneten Auseinandersetzungen zuvor. Zwar brachte bereits der Krieg von 1914 bis 1918 mit dem Zusammenbruch der alten Monarchien eine entscheidende Zäsur. Aber das damals republikanisch und scheinbar auch demokratisch gewordene Europa behielt seine Schlüsselstellung im internationalen Geschehen. Die Supermächte der Zukunft, die Vereinigten Staaten von Amerika und Russland, verharrten in Randpositionen. Die USA kehrten nach dem Sieg zur selbstgewählten Isolation zurück. Das kommunistisch gewordene russische Reich, erschöpft durch Krieg und Bürgerkrieg, wurde in eine Art Quarantäne versetzt; die Siegermächte grenzten es durch einen vom Eismeer bis zur Donaumündung reichenden «cordon sanitaire» kleiner Staaten vom Westen ab.

Die Friedensordnung des Versailler Vertrages von 1919 hatte Europa eine Gnadenfrist verschafft. Das alte Spiel des Staatensystems mit seinen Checks and balances, das England so trefflich beherrschte, ging weiter. Doch die Welt war nicht mehr dieselbe wie vor 1914. Der Krieg hatte die alte Ordnung erschüttert. Das Ziel der westlichen Alliierten war es gewesen, die Welt «reif für die Demokratie» zu machen und ein System der kollektiven Sicherheit zu schaffen. Aber schon bald kamen die jungen europäischen Demokratien ins Wanken. Viele von ihnen flüchteten in autoritäre Regime, in Militär- und Parteidiktaturen. Die Spannungen wuchsen, als 1933 in Deutschland Hitler an die Macht kam. Er forderte Revanche für Versailles, rüstete auf und überholte die seinen ständigen Friedensbeteuerungen vertrauenden Sieger von 1918. Als er sich stark genug wähnte, begann er in stets hemmungsloserer Aggressionslust, einen Nachbarstaat nach dem andern zu unterwerfen.

Hitler zerstörte so das nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene labile europäische Staatengefüge. Bewusst riskierte er auch einen grossen Konflikt, in welchem er die «besitzenden Nationen», über deren Kraftlosigkeit er spottete, zu beerben und die Vision eines mächtigen, von Deutschlands arischer Rasse beherrschten Kontinentalreiches zu verwirklichen hoffte. Hybride Verblendung trieb ihn dazu, 1941 innerhalb weniger Monate die Sowjetunion wie die USA in die Reihen der Gegner zu zwingen. Russland überfiel er im Juni, den Amerikanern erklärte er im Dezember den Krieg.

Damit waren die Weichen gestellt für den weiteren Verlauf des Krieges und auch für die Nachkriegsordnung. Zwischen den beiden Riesen in Ost und West wurde

Deutschland zermalmt, mit ihm aber zugleich Europa. Seine weltbeherrschende Rolle war ausgespielt. Die mächtigen Sieger trafen sich im Herzen des Kontinents und zogen eine Waffenstillstandslinie, die zwar durch keinen Friedensvertrag klassischer Art sanktioniert wurde, sich aber als Grenze zweier Interessensphären als recht dauerhaft erwiesen hat.

Für Deutschland, von dem das Verhängnis ausgegangen ist, hat der Krieg im Chaos und in der Katastrophe geendet. Das Land lag in Ruinen, die nationale Einheit war verspielt. Aber auch die auf der Siegerseite stehenden europäischen Mächte wurden in den Strudel des Niederganges gerissen. In ihren Kolonialreichen, der starken Stütze ihrer globalen Positionen, wuchs die Unrast. Unter dem Schlagtruf des Kampfes für Demokratie und Selbstbestimmung hatten die Kolonialmächte die ihnen Untertanen Völker überseeischer Länder zu Hilfe geholt. Dafür war nun der Preis zu zahlen. Beide Supermächte unterstützten die Bestrebungen nach Loslösung der Kolonien – die Amerikaner aus ihrem alten antikolonialen Reflex, die Sowjets in der Hoffnung, dort günstigen Boden für die Etablierung marxistischer Prinzipien zu finden. Nach dem Krieg begann ein verstärkter Kampf der Kolonialvölker um ihre Freiheit, und er führte fast überall zum Fall der alten Imperien. Neben den Blöcken in Ost und West bildete sich eine Dritte Welt voller Probleme und Konfliktstoffe.

Der Zweite Weltkrieg schuf ein neues internationales Gleichgewicht, die Balance zwischen Washington und Moskau. Die im Krieg aufkeimende Idee der «One world», die in der Neuauflage eines durch die weltumspannende Organisation der Vereinten Nationen garantierten Systems der kollektiven Sicherheit verwirklicht werden sollte, erwies sich angesichts der nach dem Krieg aufbrechenden Spannungen zwischen den freiheitlichen Kräften im Westen und den totalitären im Osten als Illusion. Die internationale Lage wurde bestimmt durch das überwältigende militärische und wirtschaftliche Potential der USA und der Sowjetunion, die mit der nuklearen Bewaffnung, über die zunächst nur Amerika, wenig später aber auch Russland verfügte, sich zu einem Gleichgewicht des Schreckens entwickelte. Es hat durch die stets präsente atomare Bedrohung die Welt in Unruhe und Angst versetzt, sich aber schliesslich paradoxerweise als ein zwar furchterregender, aber wirksamer Garant der Verhinderung eines weiteren gewaltsam ausgetragenen globalen Konfliktes erwiesen.

Unheimlich, wohin die Eigengesetzlichkeit der am 1. September 1939 entfesselten zerstörerischen Kräfte die Welt gebracht hat und wie sie den Händen dessen entglitten, der sie gerufen hatte und der glaubte, sie mit seinem Willen lenken zu können. Der Traum von einem grossen europäischen Reich verflog. Mit dem Zweiten Weltkrieg endete Europas Hegemonie. Die globale Politik wird seither von aussereuropäischen Mächten bestimmt. Zerstoben ist auch der Wahn von der Überlegenheit der weissen Rasse. Der Krieg hat mitgeholfen, ihre Herrschaft über die farbigen Völker zu brechen. Hitler gab sich als kompromissloser Kämpfer gegen den

Bolschewismus, doch er hat der Sowjetunion das Tor nach Mitteleuropa geöffnet. Und der aberwitzige russische Antisemitismus, der sich im Krieg hemmungslos mordend austobte, hat letztlich mit dazu beigetragen, dass die verfolgten Juden 1948 ihre Heimstätte in Palästina erhielten. Fast überall wurde das Gegenteil dessen erreicht, was der Haupturheber dieses Krieges wollte und plante.

Heute ist vor allem der Opfer zu gedenken, der Männer und Frauen, die im Kampf gefallen sind oder hinter der Front getötet wurden, die in Lagern starben, im Feuersturm «ausradierter» Städte oder auf der Flucht aus ihrer Heimat. Fünfzig Millionen sind es, vielleicht auch mehr. Doch was sagen dürre Zahlen aus über das unermessliche Leid, das dieser Krieg der Menschheit zufügte? Die Erinnerung an ihn wird bei der Generation, die ihn bewusst miterlebt hat, stets wach bleiben. Das gilt auch für die neutrale Schweiz, deren Bürger sich in der Abwehr drohender Gefahren zusammenfanden, entschlossen waren, jedem Angriff zu widerstehen, und die vor den schlimmsten Zerstörungen bewahrt geblieben ist.

Diese Generation hat den Krieg kennen und fürchten gelernt, und sie hasst ihn. Sie hat aber auch zusehen müssen, wie nach dem Ersten Weltkrieg die Friedenssehnsucht der Völker von skrupellosen Aggressoren missbraucht worden ist. Das blinde Vertrauen der westlichen Demokratien und ihr Verzicht auf eigene militärische Stärke haben damals mitgeholfen, die Katastrophe heraufzubeschwören. Der Versuch, die Völker Europas und der Welt einer menschenverachtenden Tyrannei zu unterwerfen, ist zwar schliesslich abgewehrt worden. Aber es ging 1939 nicht mehr anders als durch bewaffneten Widerstand in einem Weltkrieg. Der Preis für Frieden und Freiheit war erschreckend hoch.

Nachweis der Erstveröffentlichungen in der NZZ

*Die erste Zahl nach dem Datum bezeichnet die Nummer der jeweiligen Zeitung,
die zweite die Seite.*

Schicksalstag 30. Januar 1933:29.1.1983,24/5
Hitler vernichtet die Opposition: 30. 6.1984,150/5
Die Ermordung Wilhelm Gustloffs in Davos: 4.2.1986,28/33
Österreichs Anschluss an Deutschland: 11.3.1988,59/5
Flüchtlinge wohin?: 6.7.1988,155/5
Die Schweiz und der Judenstempel: 24.4.1982,94/35
Das Abkommen von München: 29.9.1963,3894*
Anatomie des nationalsozialistischen Rassenwahns: 5.11.1988,259/25
Der Todesstoss gegen die Tschechoslowakei: 11.3.1989,59/5
Die unheilige Allianz: 19.8.1989,191/7
Hitlers Krieg: 26.8.1989,197/81
Der grosse Schock vom Sommer 1940:10.5.1990,107/5
Die Balten – Opfer der Grossmachtpolitik: 17.11.1988,269/5
Englands grösste Stunde: 14.9.1990,219/5
Unternehmen «Barbarossa»: 22.6.1991,142/7
Wie die «Endlösung» beschlossen wurde: 27.7.1991,172/7
Japans Angriff auf Pearl Harbor: 7.12.1991,285/7
Wie der Holocaust organisiert wurde: 17.1.1992,13/5
Das Attentat auf Heydrich in Prag: 27.5.1992,122/5
Die Schliessung der Schweizer Grenzen von 1942:28.4.1982,97/35
Guadalcanal – «Verdun» des Pazifiks: 2.9.1992,203/5
Kriegswende 1942 in Nordafrika und Stalingrad: 7.11.1992,260/7
Symbolstadt Stalingrad: 30.1.1993,24/7
Aufstand im Warschauer Ghetto: 17.4.1993,88/9
D-Day: 4.6.1994,128/77
Tragik der deutschen Opposition: 20.7.1964,3107*
Die Polen in Warschau erheben sich: 29.7.1994,175/7
Auftakt zur Teilung Deutschlands: 10.9.1994,211/89
Auschwitz: 25.1.1975,20/65
Jalta – Etappe auf dem Weg zum Kriegsende: 2.2.1985,27/7
8. Mai 1945:4.5.1985,102/81
Sühne für die Verbrechen des Dritten Reiches: 19.11.1985,269/5
Hitlers Drachensaat: 19.1989,203/1

** andere Nummerierung der damals noch dreimal täglich erscheinenden NZZ*

